

S(t)andOrt Berlin

PROKLA-Redaktion

S(t)andOrt Berlin

Susanne Heeg

»Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung«
Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins

Günter Seiler

Von Subventionsmentalitäten und Metropolenträumen.
Wirtschaftspolitik in Berlin

Karin Lehnhardt

»Bubble-politics« in Berlin. Das Beispiel Koordinierungsausschuss
für innerstädtische Investitionen: eine »black box« als Macht- und
Entscheidungszentrale

Jens Sambale · Dominik Veith

Berliner Wagenburgen: Transformation peripherer Räume, Stigma-
tisierung sozialer Gruppen und die Abwehr von Marginalisierung

Volker Eick

Neue Sicherheitsstrukturen im neuen Berlin.
»Warehousing« öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt

Uli Jähner

No Gangs - Gangs No. Jugend, Subkulturen und Gewalt.
Eine Berliner Skizze

Eckhard Hein

Karl Marx, ein klassischer Ökonom?



PROKLA Heft 110 - 28. Jahrgang 1998, Nr.1

PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt.

Redaktion: Elmar Altvater, Heiner Ganßmann, Michael Heinrich (geschäftsführend), Sabine Krüger, Volker Lorek, Birgit Mahnkopf (presserechtlich verantwortlich), Margit Mayer, Klaus Müller, Dorothea Schmidt

In der Zeitschrift PROKLA werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse, Polarisierungen im internationalen System, das gesellschaftliche Naturverhältnis und die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften. Die Hefte werden jeweils nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt.

Der Inhalt der letzten Hefte ist auf den letzten Seiten aufgelistet. Die Schwerpunkte der nächsten Nummern (vgl. Kasten im Innern dieser Ausgabe) sind:

PROKLA 111 Juni	1998: Globalisierung und Gender
PROKLA 112 September	1998: Europa (Teil I: Osteuropa)
PROKLA 113 Dezember	1998: Konzentration des Kapitals

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Die Beiträge sollten sich in einem Umfang von 15-25 Seiten (ca. 50.000 Zeichen) halten (amerikanische Zitierweise, Bibliographie am Ende des Texts). Wir bitten, die Manuskripte in zweifacher Ausfertigung und sämtliche Angebote stets auch auf Diskette einzusenden. Die Disketten sollten für IBM-kompatible PC's lesbar (MS-DOS) und mit Word oder Winword beschrieben sein. Bitte Rückporto beilegen. Manuskripte und Zuschriften nur an die Redaktion (Postfach) adressieren.

Die PROKLA erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 16.- im Einzelverkauf DM 20.- Abonnements erhalten Sie über eine Buchhandlung oder über den Verlag (Postkarte im Innern des Hefts). Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (64.- plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils nach Erscheinen sofort zugeschickt.

Postanschrift: PROKLA-Redaktion, Postfach 100 529, D-10565 Berlin
Tel.: 030 / 336 41 42, Bürozeiten: Mi. 15-17 Uhr; Telefon außerhalb der Bürozeiten: 030 / 395 66 22;
e-mail: prokla@ipn-b.comlink.apc.org
Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr. 26a, 48145 Münster,
Telefon 0251 / 608 60 80, FAX 0251 / 608 60 20, e-mail: dampfboot@login1.com,
Internet: <http://www.login1.com/dampfboot>

Copyright 1998 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten.
Druck und Bindung: Rosch Buch GmbH, Scheßlitz.

ISSN 0342-8176 ISBN 3-89691-310-7

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Kirsch kern Buchversandes und der LE MONDE diplomatique bei.

PROKLA 110

S(t)andOrt Berlin

Inhaltsverzeichnis

<i>PROKLA-Redaktion: S(t)andOrt Berlin</i>	2
<i>Susanne Heeg: »Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung« Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins</i>	5
<i>Günter Seiler: Von Subventionsmentalitäten und Metropolenträumen. Wirtschaftspolitik in Berlin</i>	25
<i>Karin Lenhardt: »Bubble-politics« in Berlin. Das Beispiel Koordinierungsausschuß für innerstädtische Investitionen: eine »black box« als Macht- und Entscheidungszentrale</i>	41
<i>Jens Sambale, Dominik Veith: Berliner Wagenburgen: Transformation peripherer Räume, Stigmatisierung sozialer Gruppen und die Abwehr von Marginalisierung</i>	67
<i>Volker Eick: Neue Sicherheitsstrukturen im neuen Berlin. 'Warehousing' öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt</i>	95
<i>Uli Jähner: No Gangs – Gangs No. Jugend, Subkulturen und Gewalt. Eine Berliner Skizze</i>	119
<hr/>	
<i>Eckhard Hein: Karl Marx, ein klassischer Ökonom? Zur Bedeutung von Geld und Zins in der Marxschen Ökonomie und den Implikationen für eine Theorie der Kapitalakkumulation</i>	139
<i>Summaries</i>	163
<i>Zu den AutorInnen</i>	164

PROKLA-Redaktion

Editorial: S(t)andOrt Berlin

Daß die PROKLA nach dem Heft StadTRaum (PROKLA 109, Dezember 1997) nun dem "neuen Berlin" ein weiteres Stadtheft widmet, ist keineswegs einem Lokalpatriotismus der Redaktion geschuldet. Wenn Berlins Innensenator Schönbohm mahnt: "Berlin muß endlich begreifen, daß es nicht nur sich selber gehört," heißt dies ja wohl, daß auch unsere LeserInnen im "Rest" der Bundesrepublik ihre Ansprüche und Interessen an Berlin haben. Berlin, so Schönbohm, "repräsentiert die Mitte Deutschlands in der Weltöffentlichkeit", und an der wachsenden internationalen Literatur zu Berlin könnte man in der Tat ablesen, daß nicht nur das deutsche Interesse an dieser Stadt explodiert ist. Die außergewöhnlichen Bedingungen, die mit dem Mauerfall für politische, wirtschaftliche und räumliche Entwicklungen eröffnet wurden, machten Berlin zu einem Experimentierfeld "am Ende der Geschichte", wo sich kapitalistische Träume und stadtentwicklungspolitische Hoffnungen im Scheinwerferlicht internationalen Interesses entfalten – oder in den märkischen Sand setzen ließen.

Um die 1989/90 geweckten Träume von der prosperierenden Metropole von Weltformat, der europäischen Dienstleistungsmetropole und der Ost-West-Drehscheibe zu verwirklichen, setzten

die regierenden Politiker vor allem auf internationale Projektentwickler und ihre Financiers, machten die Rationalität der umworbenen Investoren zur Grundlage ihrer Entscheidungen – zur Not auch unter Umgehung oder entsprechender Abänderung lokaler Entscheidungsstrukturen zum Zwecke beschleunigter Handlungsfähigkeit. So entstand mit dem »Koordinierungsausschuß für innerstädtische Investitionen« ein in keiner Verfassung vorgesehenes, von keinem Parlament zu kontrollierendes Gremium, das von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt in den Jahren 1991-93 Grundsatzentscheidungen über die Gestaltung des "Zentralen Bereichs" von Berlin getroffen hat, an deren ökonomisch und stadtpolitisch höchst problematischen Auswirkungen die Stadt noch einige Jahrzehnte zu tragen haben wird. Die beschleunigten Investitionsentscheidungen ließen eine ganze Riege von überdimensionierten Projekten entstehen, die – wie sich schnell zeigte – zu einem Großteil am Berliner Markt vorbei geplant waren (vergl. den Beitrag von *Karin Lenhardt*).

Liest man heute die Anfang der 90er Jahre entstandenen Prognosen zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Berlins, so entsteht der Eindruck, es muß sich dabei um eine andere Stadt gehandelt haben. Statt des Zustroms hochqua-

lifizierter Neuberliner, ständig wachsender Immobiliennachfrage und einer pulsierenden Dienstleistungsmetropole sieht sich Berlin heute mit der Abwanderung der besserverdienenden Familien ins Umland, einer immer weiter steigenden Arbeitslosigkeit und einer rapide zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Hand konfrontiert. Daß mit der bloßen Fortsetzung einer Subventionierung von Investitionen und der Förderung von Existenzgründungen hier keine Veränderung eingeleitet werden kann, macht der Beitrag von *Günter Seiler* deutlich.

Wirkungslos blieb die Berliner Politik allerdings nicht: Die Finanzkrise des Senats, die sich sowohl dem Abbau der Berlin-Förderung als auch den großzügigen (sowohl in Berlin als auch in Bonn beschlossenen) Steuergeschenken an Investoren verdankt, führte immerhin zu einer radikalen Schrumpfkur für die Kultur- und Bildungseinrichtungen. Allein die Ausgaben für die drei Hochschulen der Stadt wurden innerhalb kürzester Zeit um ein Drittel reduziert. Was in den Verlautbarungen des Senats noch immer gerne als besonderer Berliner »Standortfaktor« gepriesen wird – die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft –, ist von demselben Senat in weiten Teilen bereits zur Abwicklung freigegeben worden.

Im Maß wie der Optimismus der frühen 90er Jahre auf allerlei Hindernisse stieß, und die ökonomischen Rahmendaten immer schlechter wurden, zogen die an der Gestaltung des "neuen Berlin" beteiligten Akteure eine weitere wichtige Lehre: der Traum von der prosperierenden

Dienstleistungsmetropole läßt sich nur verwirklichen, wenn der Standort Berlin nicht weiter »schlechtgeredet« wird. Viel Energie, Arbeitszeit und

Ressourcen gingen folglich in die Produktion und Verbreitung von Hochglanzbroschüren, eine Phalanx von Publikationen, sowie in unzählige Veranstaltungen, Ausstellungen, Wettbewerbe und die Inszenierung stadtpolitischer Debatten, in denen viel um Architektur und wenig um Nutzungen und soziale Ansprüche gerungen wurde. »Imagepolitik« wird in Berlin großgeschrieben. Dabei geht es nicht nur um belanglose Bilder, die einer internationalen Öffentlichkeit von Berlin vermittelt werden sollen. Wie *Susanne Heeg* in ihrem Beitrag zeigt, spielen die entsprechenden Bilder und Diskurse eine erhebliche Rolle bei der Neuformulierung einer neoliberal orientierten städtischen Politik.

Während die Projektentwickler mit Bürobauteilen, für die es keinen Bedarf gibt, Steuergeschenke realisieren, macht der neue Sozialatlas (vgl. taz vom 31.1.98) sowie ein von Stadtentwicklungssenator Strieder in Auftrag gegebenes Gutachten "Soziale Stadtentwicklung" (vgl. taz vom 27.1.98) deutlich, daß das neue Berlin von einer immer stärkeren sozialen Polarisierung gekennzeichnet ist und immer dunklere Schattenseiten aufweist. Das soeben vorgelegte Gutachten zur sozialen Stadtentwicklung identifiziert beispielsweise sechs Armutskieze, in denen schlechte Wohnausstattung und Überbelegung, illegale Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen in privaten Wohnpensionen, hohe Fluktuation der Bewohner, Verwahrlosung des Wohnumfelds, Drogenszenen, hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte die vorherrschenden Merkmale sind.

Von den wachsenden gesellschaftlichen Spannungen blieben auch die Jugendkulturen nicht verschont. Die Rede von »Gangs« ist nicht nur bei einer sensa-

tionsheischenden Presse, sondern auch bei den Jugendlichen selbst beliebt. Daß Jugendgangs in Berlin aber etwas ganz anderes darstellen als ihre medial vermittelten Vorbilder in amerikanischen Städten, weil sie trotz Kleinkriminalität und gewaltsamen Auseinandersetzungen eben nicht in eine umfassendere kriminelle Ökonomie integriert sind, macht *Uli Jähner* deutlich.

Auf die zunehmende Verarmung und Obdachlosigkeit mit all ihren nicht zu den Vorstellungen von einer properen Metropole passenden Begleiterscheinungen wird vom offiziellen Berlin zunehmend repressiv reagiert, vom »Fixerjogging«, der polizeilichen Vertreibung der Drogenszene von einem Treffpunkt zum nächsten, bis zur »Verbringung« von das Stadtbild störenden Obdachlosen in den Grunewald. Erst recht trifft diese Politik solche Gruppen, die wie Hausbesetzer oder die Bewohner von »Wagenburgen« alternative Lebens- und Wohnvorstellungen entwickeln. Daß es sich dabei nicht um marginale Bereiche großstädtischer Politik handelt, sondern um die Definition städtischen Raums zeigen *Jens Sambale* und *Dominik Veith* in ihrem Beitrag.

Die zunehmende Privatisierung von Sicherheitsdienstleistungen, mit der sich *Volker Eick* auseinandersetzt, läßt nicht nur das staatliche Gewaltmonopol, zumindest was die innerstädtischen Bereiche angeht, in Richtung einer »private-public-partnership« tendieren; sie ist auch von einschneidenden Veränderungen des öffentlichen Raumes begleitet, wovon die Privatisierung des »Los Angeles Platzes« in der Berliner City-West nur das augenfälligste Beispiel ist.

Daß sich dieses Heft vor allem mit den negativen Seiten Berlins beschäftigt, hat seinen guten Grund. Jubelliteratur, die die Literaturlandschaft im In- und Aus-

land beherrscht, gibt es schon in Hülle und Fülle.¹ Nachdem es mit der von vielen politischen Akteuren erträumten boomenden Dienstleistungsmetropole nichts werden will, klammert sich die politische Klasse der Stadt jetzt an die einzig verbleibende Hoffnung den unangenehmen Realitäten zu entgehen, den Regierungsumzug. Es ist also höchste Zeit, den "Standort" Berlin "schlechtzureden", wenn es denn doch einmal zu so etwas wie einer öffentlich und demokratisch geführten Auseinandersetzung darüber kommen soll, welche Zukunft für diese Stadt angestrebt wird.

* * *

Außerhalb des Schwerpunkts nehmen wir mit dem Artikel von *Ekkehard Hein* eine Debatte über Marx und die moderne ökonomische Theorie auf, die in einem der nächsten Hefte mit einem Beitrag von *Klaus Schabacker* fortgesetzt werden wird.

1 Siehe z.B. Werner Süß (Hg.), Hauptstadt Berlin. Band 1: Nationale Hauptstadt. Europäische Metropole, Bd. 2: Berlin im vereinten Deutschland, Bd. 3: Metropole im Umbruch. Berlin Verlag 1994-1996; Anthony Grafton, "Hello to Berlin," *New York Review of Books*, 14. August 1997; P. Goldberger, "Berlin must look like Berlin," *New York Times Magazine*, 5. Februar 1995.

Susanne Heeg

»Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung« Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins

1. Einleitung

In der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung zeigte Berlin zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung wenig Ähnlichkeiten mit anderen westlichen Städten (Strom 1996, Häußermann/Strom 1994). Sowohl in West- als auch in Ostberlin waren große kommerzielle Entwicklungsprojekte im Bereich Konsum, Gewerbeentwicklung und Immobilien, die anderen westlichen Städten das typische Gesicht einer weitflächigen Agglomeration mit abnehmender Verdichtung vom Zentrum zur Peripherie hin gaben, kaum ausgeprägt.

Insofern scheint es wenig Gemeinsamkeiten mit der Entwicklung westdeutscher oder westeuropäischer Städte zu geben. Hinsichtlich der Eingliederung Berlins in die Hierarchie des westlichen Städtesystems nach der Wiedervereinigung und den damit einhergehenden politischen Anforderungen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen läßt sich Berlin aber durchaus mit anderen Städten vergleichen. Industrieller Niedergang, massiv ansteigende Arbeitslosigkeit, Wegfall von Subventionen und städtische Haushaltszwänge forcierten hier eine Problematisierung bisheriger stadtentwicklungspolitischer Leitlinien. Dies läßt sich an der Veränderung der Argumentationsmuster ablesen und kennzeichnet einen durchaus umkämpften Übergang von einer verwaltenden und distributiv orientierten zu einer »unternehmerischen Stadt«. Im folgenden soll diese neoliberale Neubestimmung zentraler Paradigmen in der Stadtentwicklungspolitik in Berlin entlang der Achsen »Privatisierung«, »Entstaatlichung« und »Deregulierung« dargestellt werden.

Der damit umschriebenen Neuorientierung städtischer Politik liegen weitreichende wirtschaftliche und politische Umstrukturierungen im nationalen (und globalen) Maßstab zugrunde. Zentral ist in diesem Zusammenhang die selektive Abgabe von nationalstaatlichen Regulierungskapazitäten an subnationale Ebenen, u.a. der städtischen. Diese Veränderungen im nationalstaatlichen Raum- und Kompetenzgefüge beinhalten sowohl erweiterte

städtische Handlungsspielräume als auch begrenzende Rahmenbedingungen. Mit dem Umbau werden aber nicht einfach unvermeidliche Sach- und Handlungszwänge für die lokale Politik etabliert. Die städtischen Reaktionen auf diese Umbauprozesse und krisenhaften Tendenzen hängen auch von der lokal dominanten Interpretation der Krisenursachen ab, die ihrerseits das Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen ist. Im folgenden wird es deshalb darum gehen, vor dem Hintergrund der Veränderungen des nationalstaatlichen Raum- und Kompetenzgefüges, die stadtentwicklungspolitischen Debatten Berlins als Ausdruck der Interpretation von Krisenursachen und daraus resultierenden Lösungsmustern zu untersuchen.

2. Berlin als »unternehmerische Stadt«

Westberlin als eine Stadt der Moderne basierte bis zur Wiedervereinigung auf einer fordistischen Planungs- und Steuerungslogik. Eine umfangreiche nationalstaatliche Subventionspraxis sollte eine Angleichung an durchschnittliche westdeutsche Lebensverhältnisse sicherstellen. Erst mit der Wiedervereinigung und dem Verlust des »Inselstatus« erfolgte die Abkehr von einer Politik des administrativ/etatistisch organisierten Ausgleichs und der Umverteilung. Wie in anderen westdeutschen Städten auch, wurde die Politik auf die Anforderungen einer globalen Ökonomie umgestellt. Dies ging mit einer Neubestimmung stadtentwicklungspolitischer Ziele und Maßnahmen einher. Um die Reichweite der Veränderungen ermessen zu können, werden zunächst die Grundzüge der Berliner Stadtentwicklungspolitik bis zur Wiedervereinigung beschrieben.

2.1 Berliner Stadtpolitik im Fordismus

Trotz des Sonderstatus von Berlin – sowohl in der Hinsicht, daß Berlin eine geteilte Stadt war, als auch daß in West-Berlin die ehemaligen Alliierten ein gewichtiges Wort in Sicherheitsfragen mitzureden hatten – war die Stadtpolitik Berlins, wie die anderer westdeutscher Städte, von einer fordistischen Logik gekennzeichnet. Im Unterschied zu diesen Städten, die schon seit den späten 70ern auf Anforderungen einer krisenhaften Wirtschafts- und Stadtentwicklung reagieren mußten, wurde diese Politik in West-Berlin bis zur Wiedervereinigung aber weitgehend fortgesetzt. Der Symbolcharakter von West-Berlin in der Ost-West-Konfrontation legitimierte eine hochsubventionierte Ökonomie. Großunternehmen verließen Berlin in Richtung Westen aufgrund des politischen Frontstadtcharakters und dem fehlenden Hinterland. Was blieb, war vor allem eine von der öffentlichen Hand unterstützte Fließband- und arbeitsintensive Fertigung, die häufig technologisch überaltert war. Die Subventionspolitik wirkte damit

auf die Industriestruktur konservierend, da in Berlin solche Produktionsprozesse blieben, die in anderen westdeutschen bzw. westeuropäischen Städten ab den 70er Jahren ausgelagert wurden. Berlin erlebte bis 1989 nicht die Etablierung einer Dienstleistungsökonomie, die auf internationalen Headquartern, hochspezialisierten unternehmensorientierten und Finanzdienstleistungen aufbaute. Diese siedelten sich vor allem in westdeutschen Großstädten wie Frankfurt am Main, München, Köln und Hamburg an. Auch der öffentliche Dienst bzw. öffentlich finanzierte Bereich – Bundesämter und der Bereich Wissenschaft – wurde in Berlin im Rahmen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik aus arbeitsmarktpolitischen Gründen (im Verhältnis zu westdeutschen Städten) überproportional ausgedehnt. Insgesamt dominierte in West-Berlin zum einen ein überdimensionierter öffentlicher Dienst und zum anderen eine Werkbankökonomie mit einem hohen Anteil an gering qualifizierter Beschäftigung (vgl. Strom 1996, Häußermann/Strom 1994).

Der vorrangige Grund für diese Entwicklung liegt zum einen im politischen Symbolgehalt Westberlins im Zusammenhang mit der Systemkonkurrenz. Zum anderen steht dahinter eine national orientierte Ausgleichslogik, deren Ziel eine Angleichung und Modernisierung der Lebensverhältnisse im Territorium des Nationalstaates war. Unter Zugrundelegung einer keynesianischen Wirtschaftspolitik sollten durch staatliche Nachfrage insbesondere in benachteiligten Regionen Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Wohlstand garantiert werden. In diesem Sinne war die Westberliner Stadt- und Wirtschaftsentwicklung ein Ausdruck nationalstaatlicher Ausgleichspolitik: sie hing am Tropf zentralstaatlich organisierter Finanztransfers, und Berliner Stadtpolitik bestand zu großen Teilen in der administrativen Ausführung nationalstaatlicher Leitlinien.

Demgegenüber war in Ostberlin die politische Entscheidungszentrale angesiedelt; dies führte ähnlich wie in West-Berlin zu einem Verwaltungsapparat, der für die Verhältnisse nach 1989 überdimensioniert war. Hinzu kommt, daß die wichtigsten Kombinate ihren Hauptsitz in Berlin hatten; diese hatten nach 1990 aufgrund der niedrigen Produktivität und eines technologisch überalterten Standards große Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Umstrukturierung (daran hatte allerdings auch die Art und Weise der Privatisierung durch die Treuhand ihren Anteil). Insofern wiesen West- und Ostberlin ähnliche Charakteristika auf.

Für beide Stadthälften gilt, daß sie von einer fordistischen Logik des Ausgleichs, der sozialen Homogenisierung und einer Art auferlegter Entwicklung und Modernisierung (wobei die staatliche Seite den Inhalt der Modernisierung definierte) geprägt wurden. Dem lag die Annahme zugrunde, daß durch staatliche Interventionen und einem damit einhergehenden staatlichen Planungsvorrang in einer Vielzahl von sozialen Bereichen gesell-

schaftlich sinnvolle Entwicklung, Modernisierung und Rationalität gewährleistet werden könne.

Diese technokratische Logik einer fortwährenden Modernisierung, getragen von der öffentlichen Hand, blieb jedoch nicht unwidersprochen. Für Berlin zeigt sich dies am eindrucklichsten im Feld von Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik. Ein wichtiger Bestandteil keynesianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl im Bundesgebiet als auch in Westberlin bestand im Sozialen Wohnungsbau, wodurch sozial- und wirtschaftspolitische Ansprüche versöhnt werden sollten, indem zum einen Arbeitsplätze geschaffen wurden und zum anderen »breiten Schichten der Bevölkerung« eine angemessene Wohnungsversorgung ermöglicht werden sollte. Der entsprechende Ort dafür wurde in den Stadtrandgebieten gesehen. Während gleichzeitig innenstadtnahe Altbaugebiete dem Verfall (oder der Kahlchlagsanierung) preisgegeben wurden, wurden randstädtische Wohngebiete für die »gesellschaftliche Keimzelle«, die Kleinfamilie, auf dem Reißbrett entworfen (Bodenschatz u.a. 1983, Becker/Keim 1977). Doch die mit technokratischer Rationalität angegangene Planung stieß auf wenig Gegenliebe bei den Bewohnern, da es diesen Gebieten in den Anfangsjahren sowohl an Lebensqualität als auch an sozialer und Verkehrsinfrastruktur mangelte. Während sich in den neuen Großsiedlungen Proteste der Bewohner abzeichneten, bildeten sich gleichzeitig in den innenstadtnahen Gebieten Hausbesetzerbewegungen, die sowohl die technokratische (Ver-)Planungs- als auch die kleinfamiliäre Logik ablehnten. Die Hegemonie eines staatlichen Gestaltungs-, Modernisierungs- und Planungsanspruchs bröckelte damit an mehreren Orten. Jedoch nicht nur städtische Bewegungen stellten den staatlichen Allmachtsanspruch vor Ort in Frage. Auch von konservativer Seite wurde dies vorangetrieben. Staatliche Regulierungsversuche im Bereich der industriellen Beziehungen und Wirtschaftsentwicklung wurden als Überregulierung bzw. Lähmung der Privatinitiative gebrandmarkt. Diese Entwicklung hin zu einer Erosion des planenden und verwaltenden korporatistischen National-, aber auch lokalen Staates wurde dann nochmals durch die Wiedervereinigung vorangetrieben.

2.2 Berlin in den 90ern: Neoliberale Dominanz

Nach der Wiedervereinigung war Berlin ziemlich bald mit einer starken Kappung von Subventionen und einer niedergehenden Wirtschaft konfrontiert. Inzwischen sind in Berlin mit etwa 300.000 Arbeitslosen mehr Menschen arbeitslos als die Hansestadt Rostock Einwohner hat (Grosch 1998, 24). Innerhalb der letzten sieben Jahre sind über 280.000 Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe vernichtet worden (Morlang 1998, 37) mit dem Ergebnis, daß es in der Banken- und Finanzmetropole Frankfurt am Main

im Verhältnis zur Einwohnerzahl doppelt so viele IndustriearbeiterInnen gibt wie in Berlin. Der Hintergrund dafür ist unter anderem die verheerende Privatisierungspolitik der Treuhand für Ost-Berlin, die sich auf einen schnellstmöglichen Verkauf des produktiven Kapitals vor allem an westdeutsche und westeuropäische Unternehmen beschränkte: Verkauf ging vor Sanierung, da allein der Markt bzw. spätere Eigentümer über die Art und Weise der Umstrukturierung entscheiden sollte. Die Folge war eine weitgehende Deindustrialisierung Ostberlins. In West-Berlin wurden große Teile der arbeitsintensiven Werkbankfertigung mit dem Wegfall der Subventionen verlagert oder abgebaut. Die wirtschaftlichen Entwicklungen in West- und Ostberlin stehen damit für eine Rücknahme steuernder Eingriffe des Staates. Insgesamt fiel die Beschäftigungsabnahme in der Industrie viel stärker und die Zunahme im Dienstleistungssektor viel schwächer aus als erwartet (DIW 1996). Überdies sind die Aussichten auf eine Verbesserung der Situation ungünstig, da Berlin im Augenblick bundesweit das Schlußlicht bezüglich des regionalen Wirtschaftswachstums ist. Zudem ist Berlin noch mit Suburbanisierungsbewegungen konfrontiert, in deren Verlauf einkommensstarke Haushalte und damit Steuerzahler ans Umland »verloren« gehen (DIW 1997b).

Nicht nur hohe Arbeitslosigkeit und Randwanderungen bedeuten Einbußen für den städtischen Finanzspielraum. Zudem kommt noch der Abbau eines großen Teils der Finanzhilfen des Bundes bis 1994 zum Tragen. Bis zum Fall der Mauer wurde mehr als die Hälfte des West-Berliner Finanzbedarfs durch staatliche Finanzhilfen gedeckt. Zwar ist Berlin seit 1995 in das System des Länderfinanzausgleichs integriert, per saldo hat aber die Stadt erhebliche Einnahmeverluste – etwa acht Mrd. DM jährlich – hinnehmen müssen (DIW 1997b). Zu der schwierigen Finanzlage trugen weiterhin die Abschreibungsmöglichkeiten im Zuge der »Sonderabschreibung Ost« bei: die städtischen Einnahmen durch die Einkommenssteuer fielen von 600 Mio. DM 1992 auf 141 Mio. DM 1996 (Pötter 1997). Insgesamt bedeutet die Entwicklung der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik für Berlin sowohl eine Rücknahme des steuernden und unterstützenden Einflusses als auch – in bezug auf die Sonderabschreibung Ost – eine indirekte Umverteilung zugunsten von »Leistungsträgern«. Diese Ausfälle bedeuten, daß die städtischen Finanzen in höherem Maße auf die Lohnsteuer angewiesen sind. Ihr Beitrag stieg von 4,5 Mrd. DM (1992) auf 6,3 Mrd. DM (1996).

In dem Maße, in dem sich die ungünstige Wirtschaftsentwicklung nicht nur als Übergangsphänomen erwies, orientierte sich die Berliner Politik stärker an der Wirtschafts- und Stadtentwicklung anderer westlicher Städte. Die Ausrichtung der Stadtpolitik war jetzt nicht mehr redistributiv, sondern angebotsorientiert, was mit notwendigen Anpassungen aufgrund von Globalisierung und Standortkonkurrenz begründet wurde. Auf die reale Zwangs-

lage und unter dem Druck der Investoren wurde mit einer neoliberalen Umstrukturierung reagiert.

Die erhoffte Attraktivitätssteigerung des »Standortes Berlin« für internationale Investitionen ist im politischen Diskurs untrennbar mit einer Neubestimmung der Stadt verbunden – wenn auch von unterschiedlichen Akteuren unterschiedlich begründet. Diese Neubestimmung bezieht sich (a) auf Berlin als Standort und die damit verbundene Imagepolitik, (b) auf den Übergang von der Mieter- zur Eigentümerstadt und die Konstruktion eines »Stadtbürgers« und (c) auf das Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung. Diese neuen Orientierungen der Berliner Stadtpolitik sind zwar nicht unumstritten, aber sie stellen politische Leitlinien und Begründungen dar, die materielle Auswirkungen haben, z.B. im Feld der Eigentumsförderung. Insofern beinhalten diese stadtentwicklungspolitischen Diskurse mehr als nur neue Sichtweisen, sie wirken sich in der Politik ganz real aus.

a) Berlin als Standort

»Der Zustand öffentlicher Räume der Innenstadt entspricht heute an zentralen Orten nicht den Ansprüchen einer europäischen Metropole. Insbesondere im historischen Zentrum ist eine qualitative Aufwertung notwendig, um die Lebens- und Aufenthaltsqualitäten für Berliner und Besucher zu verbessern, den repräsentativen Hauptstadtfunktionen gerecht zu werden, aber auch um sich im internationalen Wettbewerb der Metropolen als Standort behaupten zu können.« (Stadtforum 1997a, 16)

In diesem Zitat in der von Stadtentwicklungssenator Strieder herausgegebenen Publikation ist eine neue räumliche Orientierung politischer Regulation erkennbar: Berlin muß repräsentativen Hauptstadtfunktionen und einem internationalen Standortwettbewerb genügen, dies erfordere eine Veränderung im städtischen Gesamtbild und ein neues Verständnis von Stadt und Stadtbild. Auch der Regierende Bürgermeister Diepgen betont die internationale Orientierung von Berlin: »Hier (am Potsdamer Platz, S.H.) kommen Investoren und Architekten aus der ganzen Welt zusammen. Sie zeigen, wie international der Wirtschaftsstandort Berlin ist« (Landespressediens 1997). Berlin ist in diesem Zusammenhang weniger eine Stadt, die aus dem nationalen Kontext heraus verstanden wird und in der eine Angleichung an national durchschnittliche Lebensbedingungen erfolgen soll, als eine Stadt die im internationalen Kontext verortet wird. Angesichts neuer Anforderungen seien sowohl »harte Anpassungsleistungen« als auch das Aufgeben »lokaler Befindlichkeiten« notwendig.

Der städtische bzw. lokale Raum wird jetzt international gedacht. Berlin als zukünftiger Standort internationaler Unternehmen in einem globalen Wettbewerb benötigt damit eine Reformulierung des städtischen Images zur Attraktivitätssteigerung. Die neuen Bilder von Berlin speisen sich aber nicht länger aus der lokalen Geschichte des fordistischen Berlin. Schönbohm als

Innensenator formulierte den damit einhergehenden Gestaltungs- und Ordnungsanspruch gerade in Abgrenzung zum Vergangenen: »Berlin muß endlich begreifen, daß es nicht nur sich selber gehört« bzw. »Die Stadt ist nicht mehr länger die Summe ihrer Kieze, sondern repräsentiert die Mitte Deutschlands in der Weltöffentlichkeit« (Schönbohm zit. nach Kil 1997).

Damit wird eine Delegitimierung und Entwertung des alten Verständnisses von Berlin vorangetrieben. Weil sich Berlin intern umstrukturieren muß, wird die »subventionsverwöhnte« Berliner Bevölkerung dazu aufgerufen, sich im Zusammenhang mit Berlin als zukünftiger Dienstleistungsmetropole neu zu identifizieren. Dies erfordert ein verändertes Image, welches sich auf die städtische Gestalt, Ordnung und Wirtschaftsstruktur in Abgrenzung zur industriellen Tradition bezieht. Insbesondere der Mitte Berlins bzw. zentralen städtischen Gebieten wird politische Aufmerksamkeit zuteil. Die Anstrengungen konzentrieren sich auf die Schaffung einer »environment for sale«, die Berlin zu einem Standort für hochrangige Dienstleistungen bzw. innerstädtische Bereiche zu einer Shopping Mall umfunktionieren. Der städtische Raum wird dabei unter der Maßgabe eines ökonomistischen Verständnisses umgestaltet. Ziel ist es, eine Attraktivitätssteigerung von Berlin als Wirtschafts- und Konsumstandort zu erreichen. So ist die Überwachung zentraler innerstädtischer Gebiete durch private Sicherheitsdienste und Polizei zum Alltag geworden (vgl. Eick in diesem Band). In diesem Sinne trägt der Diskurs über Berlin als internationalem Standort Früchte und setzt sich in politische Maßnahmen um. Öffentlicher Raum wird zunehmend als Standort von Dienstleistungen und Konsum wahrgenommen, der der Überwachung bedarf, um eine »Belästigung« durch Obdachlose, Bettler, Drogendealer etc. auszuschließen. Eine entsprechende bauliche Gestalt und wirtschaftskulturelle Atmosphäre wird zur Voraussetzung für die Etablierung von Berlin als internationaler Dienstleistungsmetropole erklärt. Dabei orientieren sich sowohl große Bauprojekte, wie z.B. am Potsdamer Platz, als auch die Gestaltung und Organisation von Einkaufsstraßen an internationalen Beispielen, um angeblichen Standards einer Dienstleistungsmetropole zu genügen. Vermeintliche Standards werden in diesem Sinne zu strukturierenden Prinzipien in einer städtischen Lebenswelt, die weniger sozial als vielmehr ökonomisch verstanden wird.

Bei der Frage, was wichtige Eckpunkte einer wirtschaftsfreundlichen Atmosphäre sein könnten, herrscht ein breiter parteipolitischer Konsens. Sowohl die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SPD) als auch die für Inneres (CDU) beziehen sich auf die Notwendigkeit einer städtischen Umstrukturierung und einer Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Städtische Wettbewerbsfähigkeit wird demzufolge weniger durch externe Faktoren als interne, wie z.B. Vandalismus, Verwahrlosung, Kriminalität etc., bedroht. Beide Seiten konstituieren einen Sicherheits- und Privatisie-

rungsdiskurs, der essentieller Bestandteil eines Versuchs wirtschaftlicher Neuverortung und internationaler Orientierung von Berlin ist. Die neue Berliner Identität muß ihre Legitimität aus dem internationalen Wettbewerb, als Hauptstadt Deutschlands und der Notwendigkeit des Übergang in eine neoliberal verstandene Normalität beziehen.

Trotz der Bemühungen, Berlin als »europäische Dienstleistungsmetropole« oder »Ost-West-Drehscheibe« zu präsentieren, waren diese Anstrengungen bisher von wenig Erfolg gekrönt. Selbst die städtische Marketinggesellschaft »Partner für Berlin« gestand vor kurzem den mangelnden Erfolg einer internationalen Werbestrategie ein (taz 13.1.1998). Statt auf den Umzug großer Unternehmen nach Berlin zu warten, sei es sinnvoller, so Volker Hassemer, Chef der Marketinggesellschaft und ehemaliger Stadtentwicklungssenator, die endogenen Potentiale und Stärken von Berlin auszubauen. Wenn man als Indikator der Entwicklung Berlins zu einer internationalen Dienstleistungsmetropole die Ansiedlung von Unternehmenszentralen und die Zunahme von Finanzströmen von und nach Berlin zugrundelegt, dann trifft diese negative Einschätzung durchaus zu. Nach einer Untersuchung von Georg Dybe (1997, 4) wuchsen von 1991 bis 1993 die Direktinvestitionen in Berlin sehr viel stärker als im übrigen Bundesgebiet. Im Zeitraum von 1993 bis 1995 wurden allerdings die Neueinlagen durch Liquidationen mehr als konterkariert; im Gegensatz zum Bundestrend sanken die Direktinvestitionen sogar. Auch die Ansiedlungsvorhaben stellen ausnahmslos nicht die Konzernzentralen weltweit agierender Unternehmen dar. »Deutsche Konzerne verlagern nur die Führungsetagen bestimmter Schwerpunktfunktionen nach Berlin, ausländische Firmen nur ihre Deutschland- bzw. Europa-Zentralen« (Dybe 1997, 5). Hoffnungen auf eine Sogwirkung bestätigen sich auf dieser Grundlage nicht. Dies bedeutet allerdings nicht, daß der Diskurs über Berlin als Wirtschaftsstandort keine Relevanz hätte. Auch wenn diese Bemühungen wenig faktischen Erfolg zeigen, so ziehen sie dennoch eine an der Etablierung einer internationalen Dienstleistungsmetropole orientierte, interne soziale Disziplinierung bzw. Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen nach sich, was am Sicherheitsdiskurs rund um »Zero Tolerance« und der Konstruktion von »gefährlichen Orten« (vgl. Eick in diesem Band) verfolgt werden kann.

b) Von der Mieter- zur Eigentümerstadt, Konstruktion des »Stadtbürgers«
»Das Stadtforum sollte zum Laboratorium des künftigen Stadtbürgers werden« (Klaus Hartung im Stadtforum 1997b, 18)¹. Als Allheilmittel gegen

1 Das Stadtforum ist sowohl eine Publikation, die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung herausgegeben wird, als auch eine Veranstaltung, in der über Berliner Stadtentwicklung diskutiert wird. An dieser Stelle meint Hartung die Veranstaltung.

eine »Kiezmentalität« und für eine kosmopolitische Öffnung der Stadt wird die Geschichte der »besitzenden Stadtbürger« in Berlin wiederentdeckt bzw. neu geschrieben. Im eingeforderten Umdenkungsprozeß wird der Stadtbürger als positive Identifikationsfläche und Akteur hervorgehoben, dessen vorherrschende Charakteristika im Unterschied zu gewissen Berliner Befindlichkeiten der Nachkriegszeit Weltoffenheit und Liberalität gewesen seien. Im Prozess der Vergegenwärtigung einer vermeintlichen historischen Kontinuität soll über den Rückbezug auf den Berliner Stadtbürger die alte Mitte Berlins und darüber eine Gesamt-Berliner Identität jenseits von Ost und West wiederentdeckt werden. Die Zeit des realexistierenden Sozialismus wie auch der westdeutschen Moderne wird übersprungen (»Ablösung der Paradigmen der Stadt der Moderne«) und der Stadtbürger je nach Gusto unterschiedlich verortet: entweder in der Zeit bis 1939 (Bodien 1997, 19), bis 1933 (Schlögel 1997) oder bis zum Ende des letzten Jahrhunderts (Siedler 1997). Die »neue städtische Gesellschaft« wird dabei durch einen Rückbezug auf eine kleine städtische Schicht des wilhelminischen Berlins bzw. der Weimarer Republik konstruiert. Auf alle Fälle wird in dieser selektiven Geschichtsaneignung die Industrie- und Arbeitergeschichte Berlins ausgeklammert.

Die Wiederinbesitznahme der Innenstadt gegen eine kalte Moderne – als Programm des Planwerks Innenstadt² – soll von »Stadtbürgern« als dem Symbol einer deregulierten städtischen Gesellschaft getragen werden. Dieser Anspruch ist damit explizit gegen einen staatlichen Planungsanspruch der 70er gewendet.

»Die Stadt, die übernommen wurde, entspricht nicht den Bedürfnissen der neuen städtischen Gesellschaft nach Vergesellschaftung. Sie braucht einen anderen Raum als die bürokratisch verfaßte Stadt, als die 'staatliche Veranstaltung'.... Es geht um die Entmonumentalisierung, um die Weitläufigkeit, um das Verschwinden der großen Ebenen, über die der Wind pfeift, um die Stadt, die nicht das Anhängsel eines Herrschaftskomplexes ist, sondern die Relation umdreht« (Schlögel 1997, 11).

In der Planersprache wird dies folgendermaßen umgesetzt:

»Weite Bereiche des historischen Zentrums weisen heute einen für Innenstädte sehr hohen Anteil an ausgewiesenen Grün- und Freiflächen auf. Sie verfügen jedoch über viel zu geringe Aufenthalts-, Nutzungs- und Gestaltqualitäten und eine unzureichende Vernetzung« (Stadtforum 1997a, 16).³

2 Das Planwerk Innenstadt, das im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung entworfen und unter den Schlagworten »Identität, Permanenz und Modernisierung« der Öffentlichkeit Ende 1996 vorgestellt wurde, soll ein »überzeugendes, identitätsstiftendes städtebauliches Gesamtkonzept für den Innenstadtbereich darstellen« (Stadtforum 23/96). Das Planwerk stellt den Versuch einer städtischen Modernisierung und Zusammenfügung des Historischen Zentrums (Ost) und der City West dar. Darüberhinaus wird ein Gesamtkonzept für die zukünftige Berliner Stadtentwicklung entworfen.

3 Auch wenn die »Leere« und »Unfertigkeit« dieser Plätze (z.B. Schloßplatz oder Kulturforum) immer wieder betont wird, so verhält es sich doch wie mit der Frage nach dem halb-

Es scheint, als ob die städtische Gestalt im östlichen Teil Berlins – und damit die realsozialistische Stadtplanung – nur eine Interpretation zuläßt. Diese recht einseitige Interpretation rief massiven Unmut unter der Ostberliner Bevölkerung, die auf dem Stadtforum versammelt war, hervor und ist wohl auch der Anlaß dafür, daß bei der Planung zum Ostberliner Spittelmarkt, ein Jahr nachdem das Planwerk Innenstadt zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgelegt worden ist, ein Ko-Gutachten angefertigt wurde. Darin wird die ursprüngliche Vorstellung des Planwerks, in der der Spittelmarkt wieder historischen Grundrissen nachgebildet werden sollte – »alt und retrospektiv« –, relativiert und die bestehende Bebauung ins Zentrum gestellt (taz 3.12.1997).

Die Probleme der modernen Stadt als Ausdruck einer durchstaatlichten Gesellschaft sollen im Rahmen des Planwerks Innenstadt⁴ durch die Rückübereignung des öffentlichen Raums an die Stadtbürger gelöst werden. Als ein Ansatzpunkt in diese Richtung wird die Bebauung der leeren Flächen, der Rückbau der breiten realsozialistischen Verkehrsschneisen und der Verkauf des gewonnenen Landes als Privateigentum für selbstgenutzte Stadthäuser bzw. Eigentumswohnungen gesehen.

»Der auf kleiner Parzelle errichtete Stadthaustyp zeigt jenes hohe Maß an Nutzungsflexibilität und Nutzungsmischung, das für die Aufwertung der Innenstadt, für die Sicherheit des privaten Kleinanlegers und für ein verändertes stadtbürgerliches Bewußtsein von größter Bedeutung ist« (Stadtforum 1997a, 16).

Es findet eine diskursive Verschränkung von Entstaatlichung, Privatisierung, einer (selektiven) historischen Kontinuität und Identität statt, was sowohl zur Lösung der städtischen »Verwahrlosungs«tendenzen als auch zur Attraktivitätssteigerung des Standortes beitragen soll.

Vandalismus und Verwahrlosung werden dabei als Krankheitssymptome der modernen Stadt aufgefaßt, die eine Neuordnung und Disziplinierung nach innen erfordern, um nach außen attraktiv zu sein. Dies soll durch den Typus des besitzenden Stadtbürgers gewährleistet werden, der über den privaten Besitz eine erhöhte Verantwortung für seine Umgebung empfindet und in der Folge eine Ordnungsfunktion im unmittelbaren öffentlichen Raum ausüben soll. Die strategische Manipulation von Bildern, Geschichte und Kultur liefert dabei eine Grundlage für die Bildung von städtischen Wachstumskoalitionen. In der Beschwörung von spezifischen Stadtbildern soll städtische Identität geschaffen werden, um lokale Unterstützung für ein neues Wachstumsmodell zu gewinnen. Jedoch nicht nur in Berlin, sondern

leeren bzw. halbvollen Glas Wasser. In der Berliner Stadtzeitung »scheinschlag« (25/97) wird dazu angemerkt: »Man kann in einer Leere eine Chance sehen, eine Möglichkeit – oder aber schlicht ein Loch, daß zugestopft werden muß, und zwar so schnell wie möglich.«

4 Das Planwerk Innenstadt ist nur ein Beispiel für diese Tendenz. Ein weiterer Beleg hierfür ist der Umgang mit öffentlichem Raum in innerstädtischen Bereichen, der einer tendenziellen Privatisierung unterliegt, indem von privaten Sicherheitsdiensten und Polizei Zugängskriterien festgelegt werden.

in vielen westeuropäischen Städten ist die Beschwörung von städtischen Images und Kultur im Zusammenhang mit dem Konkurrenzkampf der Regionen zum integralen Bestandteil einer Wettbewerbsstrategie geworden (vgl. Hall/Hubbard 1996, 162).

Dem Planwerk Innenstadt zufolge soll mit einer strategischen Entwicklungsvorgabe die Berliner Identität jenseits von Ost- und Westbefindlichkeiten neu formuliert werden. Gesamtstädtische Modernisierung bedeutet, aus dem Historischen Zentrum (Ost) und der City West die Berliner Innenstadt zu machen und durch das Einbauen dieser Teile in das Gesamtgefüge der Stadt die Trennung zwischen Ost und West zu überwinden. Als ob Geschichte nicht stattgefunden hätte, soll insbesondere die realsozialistische Moderne überdeckt werden, um im veränderten Kleid eines Standortes von besitzenden und selbstnutzenden Stadtbürgern eine identitätsstiftende Rolle zu erhalten. Nicht nur das an dieser Stelle prominente Planwerk Innenstadt, sondern auch die Ordnungsbemühungen von Innensenator Schönbohm und die Stadtranderschließungen des Bausenators Klemann zielen – wenn auch von unterschiedlichen Ansatzpunkten ausgehend – auf die Einbindung breiter städtischer Schichten in ein Erneuerungs- und Wachstumsprogramm. Allerdings scheinen die Pläne zur Stadtranderschließung durch Eigenheimbau bei den entsprechend finanzkräftigen Berlinern eher auf Gegenliebe zu stoßen als Eigentumswohnungen im Innenstadtbereich. Tatsächlich ziehen schon jetzt mehr besserverdienende Haushalte ins Umland als neue zuziehen. Zudem kommt über die Hälfte der jetzt Zuziehenden mit der Hoffnung auf kaum noch vorhandene, industrielle bzw. niedrig qualifizierte Arbeitsplätze, d.h. es handelt sich um Haushalte mit geringem Einkommen (taz 22.10.1997, 27.1.1998 Berliner Lokalteil). Aber allen gegenteiligen Entwicklungen zum Trotz wird an der Vision finanzkräftiger »Urbaniten« festgehalten. Diejenigen, die Eigentum erwerben wollen, kommen in den Genuß von öffentlicher Unterstützung und Steuererleichterungen. Dies gilt aber ebenso für diejenigen, die am Stadtrand bauen wollen. Staatssekretär Wolfgang Baroner (Wirtschaftsverwaltung) sieht im Berliner Stadtrandgebiet das Potential für mehr als 100.000 Eigenheime. Der Eigenheimbau soll mit Preisnachlässen von bis zu 100.000 DM bei dem Verkauf landeseigener Grundstücke an bauwillige Familien gefördert werden. Die Förderung dieser einkommensstarken Bevölkerung soll der *strukturellen Stabilität* Berlins dienen, indem die Abwanderung von Familien samt Steueraufkommen ins Umland verhindert wird (vgl. Heeg/Sambale 1998). Insgesamt beinhaltet die Programmatik des Übergangs von der Mieter- zur Eigentümerstadt eine Reformulierung städtischer Politik zugunsten von Besserverdienenden (ob am Stadtrand oder in der Innenstadt). Die andere Seite der Medaille sind Ausgrenzungsprozesse und Segregationstendenzen, die diejenigen betreffen, die nicht zu den »Leistungsträgern« gehören.

c) *Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung*

«Das Coming-Out der Bürgergesellschaft ist auch das Coming-Out der im Schoß der Nachkriegsordnung nachgewachsenen und reif gewordenen Stadtgesellschaft. Sie ist über die Vereinfachung hinaus und hat die Potenz, die von ihr hervorgebrachten Probleme selber zu lösen. Sie bedarf der Organisation von oben nicht mehr, sondern organisiert sich selber.» (Schlögel 1997, 13)

Die beschworene Wiedergeburt der Bürgerstadt bzw. Stadtgesellschaft geht einher mit der Delegitimierung der Stadtentwicklung der Moderne als »passiv-bürokratische Stadtplanung«. Es wird ein Umdenkungsprozeß eingefordert, der zur Mobilisierung privater Ressourcen aufruft und damit die Staatsaufgaben neu bestimmt. Erforderlich ist demzufolge – wie den Empfehlungen des 59. Stadtforums zu entnehmen – beim »Neudenken des Staates« eine Aktivierung bürgerschaftlicher Verantwortung, die zu einer »sachgerechten Verteilung der Aufgaben zwischen Staat einerseits und ziviler Verantwortung andererseits führt. Als unverzichtbare Hauptfunktion des Staates bleibt die aktive Gestaltung der Rahmenbedingungen« (Stadtforum 1996, 23). Im Kontext der Privatisierung städtischer Unternehmen (Bewag, Bäder, Sporteinrichtungen etc.) und der Kürzung sozialpolitischer Maßnahmen und Einrichtungen (z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit) ist die politische Umgestaltung über das »Neudenken« hinaus und strukturiert schon die Alltagspraxis. Insbesondere weite Bereiche der Sozial- und Kulturpolitik werden in diesem Zusammenhang zu einer finanziellen Belastung für die Stadt bzw. zur Aufgabe des Einzelnen und privater Unternehmen erklärt. Aber auch in der Wirtschaftspolitik erfolgt der Übergang zu angebotspolitischen Zielsetzungen, die die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern sollen. Zu viele gesetzliche Regulierungen und Verwaltungspraktiken würden kreative Lösungen hemmen. Da der Wettbewerb zwischen Regionen härter wird und Investitionen knapper, müssen Städte »wie private Unternehmen wirtschaften lernen« (Adamaschek 1996). Dabei wird der Übergang von etatistischen zu zivilrechtlichen Formen der Vergesellschaftung auf allen Ebenen politischer Regulation (zwischen Nationalstaat und subnationalen Ebenen) eingefordert. Der Staat soll zu einem »schlanken, funktionalen und aktivierenden Staat« werden, der die optimalen Rahmenbedingungen für die privaten Akteure garantiert (vgl. Huber 1996, 19). Ähnlich wie im nationalen Maßstab wird auch auf der lokalen Ebene eine angebotsorientierte Politik zur scheinbar unerläßlichen Voraussetzung der Freisetzung von Privatinitiative. Eine angebotsorientierte, flankierende und moderierende Wirtschaftspolitik des lokalen Staates wird damit zum Charakteristikum eines »modernen Standortes«.

«Das traditionelle Interventions-Instrumentarium des Staates ist nicht mehr in der Lage, die ökonomischen, sozialen und technologischen Probleme der Gesellschaft zu lösen... Moderne Politik muß sich von etatistischen Denkmustern lösen und zum kooperativen Akteur in den

Netzwerken aus Politik, Wirtschaft und Interessengruppen werden. Politische Führung erwächst über die kompetente Wahrnehmung der ordnungspolitischen Gewährleistungsverantwortung« (Strieder 1997b, 4).

In diesem Kontext soll Stadtplanung durch ein flexibles Stadtmanagement ersetzt werden, dessen Aufgabenbereich eher Dienstleistungen, Organisation von konsensualen Abstimmungsprozessen und Servicemaßnahmen umfaßt. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung des NARVA-Geländes, wo auf einem 46.000 qm großen Grundstück 140.000 Quadratmeter Bürofläche, 330 freifinanzierte Wohnungen und 15.000 Quadratmeter für den Einzelhandel entstehen sollen. Die Initiative geht dabei nicht von der Stadt, sondern vom Investor aus, der die Stadt allenfalls in die Abstimmung einbindet. Mehr noch: in dem Maße, in dem Planung zu einer privaten Veranstaltung von Investoren wird, wird die Stadt als Dienstleister eingebunden. Mit der Planung der Verkehrsinfrastruktur beauftragte Roland Ernst das Tiefbauamt Friedrichshain (Hoffmann 1997, 20). Damit ist eine Veränderung hin zu einer entstaatlichten Planung umschrieben; der Kontext dafür ist eine Interpretation, die die gegenwärtigen städtischen Probleme der Überregulierung zuschreibt.

Beispiele für eine »entstaatlichte Planung« bzw. ein flexibles Stadtmanagement sind sogenannte Public-Private Partnerships oder privatisierte, parastaatliche Entwicklungsträger. Privatisierte öffentliche und halbstaatliche Entwicklungsträger werden mittlerweile in Berlin bei den meisten Großprojekten eingesetzt, z.B. im Falle der Wasserstadt Oberhavel in Spandau, der Entwicklung des Alten Schlachthofes, der Rummelsburger Bucht usw. (Lanz 1997, Hellweg 1997, 400).

Entstaatlichung bzw. »Stärkung der Privatinitiative und der vermittelnden Staatsfunktion« ist dabei kein Projekt einer politischen Minderheit, sondern gewinnt in breiten gesellschaftlichen Bereichen und politischen Gruppierungen an Gewicht und Einfluß. Auch wenn hier auf Berlin bezug genommen wird, handelt es sich nicht um eine Berlin-spezifische Frage, sondern charakterisiert die wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik. Franziska Eichstädt-Bohlig, die baupolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag und Berliner Bundestagsabgeordnete, forderte in einer Diskussion die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Frei- und Grünflächen in Berlin, um dort mit privatem Eigentum (und Eigentumswohnungen) der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft und der Dichotomie zwischen Markt und Staat durch die Stärkung des Mittelstandes gegenzusteuern (taz 6.11.1997, Berliner Lokalteil)⁵. Dies geht einher mit der Aufforderung, die naive Hoffnung auf den Wohlfahrtsstaat aufzugeben. In der Tat ist es notwendig, die bürokratischen, normalisierenden und diszip-

5 Dies entspricht allerdings nicht der Mehrheitsmeinung der Grünen in Berlin und ist insofern Ausdruck für eine Dominanz, aber nicht Hegemonie des Privatisierungs- und Deregulierungsdiskurses.

linierenden Dimensionen des Wohlfahrtsstaates und technokratische Planbarkeitsvorstellungen in weiten Bereichen der Gesellschaft zu hinterfragen und zu kritisieren. Allerdings stellt sich die Frage, ob die »Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft« dabei weiterhelfen.

Gegen eine »durchplante« und »durchstaatlichte« städtische Gesellschaft und für mehr Eigeninitiative argumentiert auch der liberale Stadtplanungsvordenker Dieter Hoffmann-Axthelm, wenn er konstatiert, daß das Luisenstädtische Kreuzberg zum Pflegefall verkommen sei, weil dort durch staatlichen Paternalismus die Privatinitiative verkümmert wäre (Hoffmann-Axthelm 1997). »Man hat sich an die Ausnahmerolle gewöhnt; daran, daß alles, was wünschbar ist, mit Hilfe öffentlicher Mittel irgendwie auch machbar ist. Man hat sich unmerklich abgewöhnt, selber verantwortlich zu sein, mietspiegelgerechte Mieten zu zahlen, Risiken ohne Sozialplan einzugehen, wie in Lankwitz oder Reinickendorf üblich.« Da Kreuzberg zu den ärmsten Bezirken mit dem höchsten Anteil an Sozialhilfeempfängern in Berlin gehört, stellt sich die Frage nach der sozialen Tragfähigkeit dieser Aussage. Diesen Ausführungen zufolge führen die staatlichen Sanierungsbemühungen zu einer Lähmung der Fähigkeiten zu eigensinniger Selbständigkeit und Privatinitiative. Planungsbürokratie, Leistungsdefizite, mangelnde Flexibilität, fehlender Unternehmergeist und mangelnde Selbsthilfe sind die Krankheitssymptome einer überplanten bzw. verstaatlichten Gesellschaft. Durch die erneute »Inwertsetzung« privater Initiative und mit einem Rückzug des Staates können diesem Ansatz entsprechend die Probleme bekämpft werden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Probleme sinnvoller mit einem Rückzug des Staates oder mit veränderten staatlichen Regulierungen bearbeitet werden können. Steuernde staatliche Eingriffe (des National- oder lokalen Staates als unterschiedliche räumliche Ebenen des Staates) mit einer Gefahr der Überregulierung gleichzusetzen, verkennt die Veränderungsfähigkeit staatlicher Formen. In dieser Diskussion wird die staatliche Ausprägung einer bestimmten historischen Formation, des Fordismus, mit der allgemeinen Form des Staates gleichgesetzt. Demgegenüber kristallisieren sich zum einen im Zuge neoliberaler Deregulierungsbemühungen neue staatliche Formen heraus, zum anderen verkennt diese Auffassung räumliche, lokale Spezifiken. Gerade Berlin zeichnet sich durch ein spezifisches Verhältnis von Projektkultur und Regulierungsbemühungen des lokalen Staates aus, indem es durch eine hohe gegenseitige Kontroll- und Mißtrauenshaltung geprägt ist. Im Zuge städtischer Modernisierungs- und Normalisierungsversuche (z.B. im Feld von Wohnungsbaupolitik) wurden städtische Bewegungen eher als Zumutung denn als Bereicherung verstanden. Insofern ist eine Generalisierung der Berliner Verhältnisse und ein Rückschluß auf allgemeine staatliche Charakteristika zumindest fragwürdig.

Zum anderen wird in der Diskussion um Deregulierung und Entstaatlichung immer die andere Seite der Medaille vergessen: indem Besserverdienende über Eigentumsförderung und Steuererleichterungen privilegiert werden, handelt es sich tatsächlich um eine Reregulierung. Als Leitlinie städtischer Politik wird sozialer Ausgleich und wohlfahrtsstaatliche Orientierung abgelegt zugunsten der Begünstigung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch Eigentumsförderung oder Sonderabschreibung Ost. Beide Maßnahmen begünstigen diejenigen, die die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen haben, um überhaupt die Risiken eines Eigenheimbaus oder einer Investition in Gewerbeentwicklung auf sich nehmen zu können. Die angebotsorientierte Stadtentwicklungspolitik zeichnet sich damit aber – im Gegensatz zu öffentlichen Verlautbarungen – durch eine massive Intervention zugunsten derjenigen Bevölkerungsgruppen aus, die als »Leistungsträger« gesehen werden. Während Lohnempfänger einen immer größeren Anteil an den öffentlichen Lasten tragen, während wohlfahrtsstaatliche Versorgung mit Hinweis auf knappe öffentliche Kassen reduziert wird, während diejenigen, die durch den ökonomischen Strukturwandel besonders hart betroffen sind, ausgegrenzt und diszipliniert werden, werden Besserverdienende bei der Verwirklichung ihres Eigenheimbaus noch öffentlich unterstützt. Mit der Kritik am Privatisierungs- und Entstaatlichungsdiskurs sollen zwar keine Reformbemühungen delegitimiert werden; es stellt sich aber die Frage, ob eine Reform, die lediglich auf Privatinitiative und Markt setzt, der richtige Weg ist angesichts einer Entwicklung in Berlin, die ähnlich wie in anderen Städten in Richtung einer Einkommenspolarisierung und Verarmung von größeren Teilen der Bevölkerung geht.

3. Städtische Regulation im Kontext von Globalisierung und Regionalisierung

Ziel der Analyse des stadtentwicklungspolitischen Diskurses war es zum einen darzulegen, wie eine diskursive Umformulierung von Berlin zum »Standort« im internationalen Kontext stattfindet. Zum anderen sollten die praktischen Auswirkungen der diskursiven Neubestimmung stadtentwicklungspolitischer Leitlinien gezeigt werden. Gerade am Beispiel Berlin kann verfolgt werden, wie eine neoliberale, angebotsorientierte Ein- und Anpassung der Stadtentwicklungspolitik an vermeintliche Anforderungen, die durch Globalisierung und Regionalisierung vorgegeben werden, erfolgt.

In der wirtschaftsgeographischen Forschung gibt es eine weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die kapitalistische Produktionsweise gerade unter den Bedingungen eines anspruchsvollen, informations- und technologieintensiven Produktionsprozesses und weltweiter Marktbeziehungen auf spezifische subnationale und lokale Räume angewiesen ist (vgl. Scott 1996,

Storper 1995, Läßle 1996). Demnach drängen die aktuellen Markt- und Konkurrenzbeziehungen gleichzeitig zur Globalisierung *und* spezifisch räumlichen Verortung, d.h. Regionalisierung wirtschaftlicher Tätigkeiten (vgl. Brenner 1997; Jessop 1997a, b). In dem Maße, in dem unternehmerische Standortentscheidungen von einer räumlich fixierten infrastrukturellen Ausstattung abhängen, können entsprechende Räume auch als »regional motors of the global economy« verstanden werden (Scott 1996). Regionen als Ausgangsvoraussetzung unternehmerischer Wettbewerbsfähigkeit müssen damit gleichzeitig interne Umstrukturierungen und Anpassungen vornehmen. Gegenwärtig beinhaltet dies überwiegend Maßnahmen der Deregulierung, Entstaatlichung und Modernisierung der sozio-ökonomischen und politischen Beziehungen. Beispiele, wie Liverpool oder Sheffield, wo in den 80er Jahren bis zur Entmachtung durch die Regierung Thatcher eine lokale keynesianische Arbeitsmarktpolitik betrieben wurde, belegen allerdings, daß die Art der Umstrukturierung keinen Sachzwang darstellt, sondern ein Ergebnis politischer Auseinandersetzungen ist (Parkinson 1992, Hall/Hubbard 1996). Im Mainstream gilt allerdings die »unternehmerische Stadt« als Antwort, wenn nicht gar Lösung, der gegenwärtigen Probleme. Die Kapazität eines städtischen Regimes zu einer angebots- bzw. imageorientierten Umgestaltung der Politik variiert allerdings beträchtlich. Sie hängt davon ab, inwieweit es gelingt, die Wünsche, Anforderungen und Interessen einzelner Gruppen zu versöhnen, als städtische Interessen zu repräsentieren und Wachstumskoalitionen zu bilden.

Der lokale Staat fungiert in diesem Zusammenhang nicht mehr als der verlängerte Arm der Zentralgewalt und ausführendes Organ im Rahmen einer Angleichung der Lebensverhältnisse, sondern formt eigene, neue Organisations- und Managementformen aus, die sich an der Schnittstelle zwischen öffentlicher und privater Sphäre befinden. Private und parastaatliche Akteure werden z.B. durch sogenannte Public-Private-Partnerships in die Gestaltung und Formulierung zentraler Politikfelder einbezogen (Helbrecht 1994). Auch institutionalisierte Stadtforen, in denen eine interessierte Bevölkerung und Fachpublikum über stadtentwicklungspolitische Fragestellungen diskutiert, können in diesem Zusammenhang als ein Versuch der Modernisierung sozial-räumlicher Logiken gesehen werden (Schmals/Jahn 1997). Das Stadtforum in Berlin und das Planwerk Innenstadt als dessen Diskussionsgrundlage kann in diesem Sinne als ein entsprechendes Medium gesehen werden, wo Moderation und Mediation an Bedeutung gewinnt gegenüber Planung und Administration. Durch die Diskussion zentraler stadtentwicklungspolitischer Themenfelder werden Prozesse in Gang gebracht, die eine Selbstdefinition als internationaler Standort bzw. eine internationale Orientierung forcieren und neue – gleichwohl umkämpfte – regionale Regulationsformen anstoßen.

Am Beispiel von Berlin konnte man sehen, daß damit außerdem eine strategische Manipulation von Bildern, selektive Geschichtsaneignung und die Anpassung an neoliberale Argumentationsmuster einhergeht. Unter neoliberalen Vorzeichen werden dabei neue Leitlinien in der lokalen Politik geprägt. Zentrale Punkte sind die Etablierung neuer Wachstumskoalitionen, die Disziplinierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, Privatisierung und Entstaatlichung. Diese städtische Modernisierung setzt zwar verstärkt auf Public-Private-Partnerships, strategische Allianzen und Netzwerke. Kooperation zwischen privaten, para-staatlichen und staatlichen Akteuren wird gegenüber einem bloß administrativ-exekutiven Handeln der Vorzug gegeben. Diese Organisationsformen sollen durch eine horizontale Integration von Bevölkerungsgruppen Aktivitätspotentiale freisetzen und soziale Einbindung in Wachstumskoalitionen sichern. Allerdings wäre es falsch, davon auszugehen, daß diese Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik ohne Hierarchien auskämen: es handelt sich um diskursiv etablierte Machtverhältnisse.

Literatur

- Adamaschek, B. (1996): Kommunen im Wettbewerb. Leistungsvergleiche zwischen deutschen Verwaltungen, in: *Stadtforum*, No. 23, Berlin.
- Becker, H./Keim, K.D. (Hg.) (1977): *Gropiusstadt: Soziale Verhältnisse am Stadtrand. Soziologische Untersuchung einer Berliner Großsiedlung*. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 59, Stuttgart.
- Boddien, W.v. (1997): Vertrautes Antlitz. In: *Foyer*. Magazin der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen, Verkehr, Nr. 2, 7. Jg., Berlin.
- Bodenschatz, H. u.a. (1983): *Schluß mit der Zerstörung?* Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin. Amsterdam und London, Gießen.
- Brenner, N. (1997): Die Restrukturierung staatlichen Raums. Stadt- und Regionalpolitik in der BRD 1960-1990, in: *PROKLA* 109, 545-565.
- DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996): *Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin*, Nr. 37, 63. Jg., Berlin.
- (1997a): *Berliner Finanzpolitik in einem fast ausweglosen Dilemma – Aktuelle Tendenzen im Landeshaushalt von Berlin*, Nr. 39, 64. Jg., Berlin.
- (1997b): *Bevölkerungsentwicklung in der Region Berlin*, Nr. 41, 64. Jg., Berlin.
- Dybe, G. (1997): Berlin auf dem Weg zu einer internationalen Dienstleistungsmetropole? In: *IRS aktuell*, Nr. 17, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Erkner.
- Grosch, S. (1998): Boomtown Berlin? In: *Schöne neue Arbeitswelt?*, Berlin.
- Hall, T./Hubbard, P. (1996): The entrepreneurial city: new urban politics, new urban geographies? In: *Progress in Human Geography*, Vol. 20, No. 2, 153-175.
- Häußermann, H. (1997): Berlin: Lasten der Vergangenheit und Hoffnungen der Zukunft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 17, 10-19.
- Häußermann, H./Strom, E. (1994): Berlin: the once and future capital, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 18, No. 2, 335-347.
- Heeg, S./Sambale, J. (1998): *Unternehmen Berlin: Stadtentwicklung und Stadtverkauf*. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.
- Helbrecht, I. (1994): »Stadtmarketing«. *Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik*. Basel/Boston/Berlin.

- Hellweg, U. (1997): Auf zu neuen Ufern – Stand und Perspektiven der Berliner Wasserstadt, in: *Bundesbaublatt*, Nr. 6, 46. Jg., Hrsg. vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn.
- Hoffmann, H.W. (1997): Lichternes Dach. Denkmalpflege auf dem NARVA-Gelände, in: *Stadtforum*, No. 26, Berlin.
- Hoffmann-Axthelm, D. (1997): Broschürenrealität ohne Frischluft, in: *taz* 10.1.97.
- Huber, J. (1996): Den Staat neu denken. Mangelnde Beweglichkeit und Differenziertheit in der Haushaltspolitik, in: *Stadtforum*, No. 23, Berlin.
- Jessop, B. (1997a): Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: Becker, S./Sablowski, T. (Hg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Hamburg.
- (1997b): The Entrepreneurial City. Re-imagining localities, redesigning economic governance, or restructuring capital? In: Jewson, N./MacGregor, S. (eds.): *Realising cities*, London.
- Kil, W. (1997): Würde, Idylle, Segregation. Wie ein »Planwerk« versucht, die Metropole zu bändigen, in: *Kommune*, Nr. 2.
- Krätke, S. (1991): Berlins Umbau zur neuen Metropole, in: *Leviathan*. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Opladen.
- Landespressediens (1997): <http://www.berlin.de/graphics/politik/landespressediens/senkan/003-061.html>.
- Lanz, S. (1997): *Wer entwickelt was in der Stadt. Leitbilder, Strategien und Politik-Koalitionen der wirtschaftlichen, administrativen und politischen Akteure vor dem Hintergrund neuer Urbanisierungsprozesse*. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.
- Läpple, D. (1996): Städte im Umbruch. Zu den Auswirkungen des gegenwärtigen Strukturwandels auf die städtischen Ökonomien – Das Beispiel Hamburg. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): *Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten*, Hannover.
- Mayer, M. (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, in: Borst, R. u.a. (Hg.): *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*, Basel/Boston/Berlin.
- (1995): Stadtpolitik im Umbruch, in: Hitz, H. u.a. (Hg.): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*, Zürich.
- Morlang, T. (1998): Blühende Dienstleistungslandschaft Deutschland? In: *Schöne neue Arbeitswelt?: Teilzeit – Freizeit – Auszeit*, Berlin.
- Parkinson, M. (1992): Die sozialen Folgen des ökonomischen Strukturwandels und politische Reaktionen in Liverpool, in: Häußermann, H. (Hg.): *Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas: Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien*, Basel/Boston/Berlin.
- Pötter, B. (1997): Steiler Absturz für das Solidarprinzip, in: *taz* 12.12.1997, Berliner Lokalteil.
- Sassen, S. (1996): *Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities*, Frankfurt am Main/New York.
- Schlögel, K. (1997): Operation Mitte. Die Wiederbelebung osteuropäischer Stadtzentren, in: *Stadtforum*, No. 24, Berlin.
- Schmals, K.M./Jahn, W. (1997): Simultanpolitik durch Stadtforen? Das Beispiel Berlin, in: Heinelt, H./Mayer, M. (Hg.): *Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege zur Ressourcenmobilisierung*, Opladen.
- Scott, A.J. (1996): Regional motors of the global economy, in: *Futures*, Vol. 28, No. 5, 391-411.
- Siedler, W.J. (1997): Die beiden Stadtzentren Berlins: Unter den Linden und Kurfürstendamm, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B17.
- Stadtforum (1996): *Dichte als Voraussetzung*. No. 23, Hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.
- (1997a): *Emanzipation der Mieter*. No. 25, Hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.
- (1997b): *Die Qualifizierung der Freiräume*. No. 26, Hrsg. von der Senatsverwaltung für

- Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.
- Storper, M. (1995): The resurgence of regional economies, ten years later: the region as a nexus of untraded interdependencies, in: *European Urban and Regional Studies*, Vol. 2, No. 3, 191-223.
- Strieder, P. (1997a): Bühne der Stadt. Zum Wesen des öffentlichen Raumes, in: *Stadtforum*, No. 26, Berlin.
- (1997b): Von Rio nach Kyoto. Gesellschaftspolitische Herausforderungen und die Politik der Nachhaltigkeit, in: *Stadtforum*, No. 27, Berlin.
- Strom, E. (1996): The Political Context of Real Estate Development: Central City Rebuilding in Berlin. In: *European Urban and Regional Studies*, Vol. 3, No. 1, 3-17.

Günter Seiler

Von Subventionsmentalitäten und Metropolenträumen Wirtschaftspolitik in Berlin

Berlin befindet sich in einer tiefen ökonomischen Krise. Die auffälligsten Symptome dieser Krise sind ein eklatanter Verlust an Arbeitsplätzen, eine extrem hohe Arbeitslosigkeit sowie ein äußerst mäßiges Wirtschaftswachstum. In Zahlen ausgedrückt stellt sich die Situation folgendermaßen dar:¹

Im Zeitraum von 1991 bis 1996 ist in Berlin die Zahl der Erwerbstätigen um 183.200 gesunken. Bezogen auf das Ausgangsniveau von 1991 bedeutet das einen Verlust von 11% (BRD: -5,6%). Besonders betroffen ist das Verarbeitende Gewerbe. Hier wurden im genannten Zeitraum 136.600 Erwerbstätige weniger verzeichnet (-42%; BRD: -23%). Da die Zahl der Erwerbstätigen weitgehend identisch sein dürfte mit der Zahl der Arbeitsplätze, ist damit auch der Umfang des Arbeitsplatzabbaus umrissen.

Proportional zu den Arbeitsplatzverlusten stieg die Arbeitslosigkeit. Ende 1997 wurden in Berlin rund 276.000 Arbeitslose offiziell registriert. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 16,2% (BRD: 11,8%). Damit ist Berlin im Vergleich zu den alten Bundesländern das Land mit der höchsten und im Vergleich zu den neuen Bundesländern das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote.

Das reale (preisbereinigte) Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich von 1991 bis 1996 in Berlin lediglich um insgesamt 3,6% (BRD: 7,0%). Die letzten Jahre waren gar von einer rückläufigen Entwicklung gekennzeichnet, während im gesamten Bundesgebiet immerhin noch ein positives, wenn auch mäßiges Wachstum (1,8% in 1995 und 1,4% in 1996) zu verzeichnen war.

Soweit zunächst die Quantifizierung der Krisensymptome.

1 Alle Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung sind – soweit nicht anders vermerkt – den amtlichen Veröffentlichungen zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Landesamtes Berlin sowie des Statistischen Bundesamtes entnommen. Die Angaben über Arbeitslose und Arbeitslosenquoten entstammen den amtlichen Veröffentlichungen des Landesamtes Berlin-Brandenburg sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

Wie die ökonomische Krise entstanden ist

Die Krise von Wirtschaft und Arbeitsmarkt resultiert aus dem Zusammenwirken überregionaler und regionaler Einflußfaktoren. Bei den überregionalen Einflußfaktoren handelt es sich insbesondere um:

- die gegenwärtige, gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Investitionsschwäche (ausgelöst durch eine stagnierende Inlandsnachfrage), die die Integration bzw. Reintegration der Arbeitslosen in den Erwerbsprozeß erschwert;
- die extreme Arbeitsplatzvernichtung in Folge der schnellen Transformation der maroden DDR-Wirtschaft in das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System der BRD.

Bei den regionalen Einflußfaktoren handelt es sich im Falle Berlins in erster Linie um

- die weiterhin wirksamen ökonomischen Auswüchse der geographischen und politischen Isolation West-Berlins in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren;
- die Zerrüttung des öffentlichen Haushalts, die fast ausschließlich vereinigungsbedingte Gründe hat, und Berlin (neben Bremen und dem Saarland) zu einem der finanzschwächsten Bundesländer werden ließ.

Die genannten Einflußfaktoren sind ausschlaggebend dafür, daß Berlin – obgleich ein Ballungszentrum – wirtschaftlich eher als strukturschwache, periphere Region angesehen werden muß. Berlin als künftiger Sitz von Parlament und Regierung mag zwar ein politisches und kulturelles Zentrum sein bzw. werden, wirtschaftlich ist und bleibt Berlin jedoch deutlich hinter anderen Ballungsgebieten zurück.

Der folgende Artikel beschäftigt sich hauptsächlich mit den regionalspezifischen Gründen der Wirtschaftskrise. Er skizziert deren Entstehen, beschreibt und kritisiert die wirtschaftspolitische Strategie des Senats, skizziert alternative Lösungsmöglichkeiten, zeigt aber zugleich die äußerst engen (finanziellen) Grenzen auf, die der Berliner Politik – von welchen Parteien sie auch immer getragen sein mag – bei der Realisierung möglicher Alternativen gesetzt sind.

Ökonomische Auswüchse der jahrzehntelangen Isolation West-Berlins

West-Berlin wäre ohne Subventionen und andere Transferzahlungen aus der BRD nicht überlebensfähig gewesen. Die Subventionierung der Wirtschaft bezifferte sich Ende der achtziger Jahre auf jährlich weit mehr als 10 Mrd. DM. Rechnet man den Zuschuß des Bundes zum West-Berliner Landeshaushalt mit ein, der Ende der achtziger Jahre ebenfalls deutlich mehr als 10 Mrd. DM jährlich ausmachte, und berücksichtigt man weitere Finanzhilfe wie z.B. zinsgünstige Kredite aus dem European-Recovering-

Programm (Marshall-Plan), Frachtkostenzuschüsse, Transitkostenpauschalen und Flugkostenermäßigungen, so zählte die Stadt zu den am höchsten subventionierten Wirtschaftsregionen weltweit. Mittels des enormen staatlichen Finanzaufwands sollte die Bindung West-Berlins an das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der BRD aufrechterhalten und zementiert werden. Deshalb wurde praktisch jede Transaktion zwischen West-Berlin und der BRD subventioniert. Wie immer man die einseitige West-Bindung West-Berlins politisch beurteilen mag, ökonomisch folgte daraus eine weitgehende Ausdünnung der innerstädtischen Wirtschaftsverflechtungen, eine fast vollständige Auflösung der wirtschaftlichen Beziehungen nach Mittel- und Osteuropa sowie eine gravierende Einschränkung der Ex- und Importgeschäfte mit dem westlichen Ausland. Die Stadt verlor den Großteil ihrer ökonomischen Substanz. Strukturbestimmend wurden und sind bis heute die sog. verlängerten Werkbänke, d.h. Produktionszweige, die Massenware erzeugen, hohe Umsätze auf Basis hoher Vorleistungen tätigen, deshalb nur in geringem Maße Wertschöpfung erzielen, hierzu nur wenige und mäßig qualifizierte Arbeitskräfte benötigen, die Umwelt nicht unerheblich belasten und wirtschaftliche Beziehungen praktisch nur zur Unternehmenszentrale unterhalten. Beredte Beispiele sind die Endmontage von Gebrauchsgütern, die Herstellung von Verpackungen, das Abfüllen von Getränken, die Produktion von Zigaretten, Schokolade und Kaffee.

Nach der Vereinigung sah man in Bonn und in den übrigen Bundesländern keinen Grund mehr, West-Berlin weiterhin im gewohnten Umfang zu alimentieren. Der Wegfall der Berlinförderung offenbarte die Schwächen der West-Berliner Wirtschaft um so deutlicher. Die geringe innerstädtische Verflechtung, die überwiegende Ausrichtung nach Westdeutschland, die Dominanz flacher Produktionen und der Mangel an zukunftssträchtigen Produktionszweigen und international wettbewerbsfähigen Unternehmen mindern weiterhin die Wachstumspotentiale der Stadt, mehren die Arbeitslosigkeit und schwächen die Standortattraktivität.

Diese strukturellen Mängel zu beseitigen oder zumindest zu mildern und dafür zu sorgen, daß im Osten Berlins nicht ähnliche Fehlentwicklungen verursacht werden, ist die zentrale Aufgabe der Berliner Wirtschaftspolitik. Dabei ist es durchaus kein Trost, daß vermeintliche und tatsächliche Experten, die sich zur Bewältigung dieser Aufgabe berufen fühlen, mitunter die selben sind, die die Probleme (mit)verursacht haben. So plagen Wirtschaftssenator Pieroth, der bereits in den achtziger Jahren für die Berliner Wirtschaftspolitik verantwortlich war, offenbar keine Zweifel, wenn er in seinem jüngsten Wirtschaftsbericht darauf hinweist, daß »sich im ehemaligen West-Berlin aufgrund der politisch geographischen Situation eine Industriestruktur gebildet (hat), die den heutigen Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit in vielen Bereichen nicht entspricht« und daß »sich die relativ schwache Standortbin-

dung 'verlängerter Werkbänke' in erheblichem Umfang in Kapazitätsanpassungen« niederschlägt. Daraus zieht Pieroth nach mehr als 15-jähriger Tätigkeit als Wirtschafts- und Finanzsenator in Berlin den messerscharfen Schluß, daß »in dieser Situation konsequente Anstrengungen zur Erhaltung und zum Ausbau zukunftsfähiger Potentiale wirtschaftspolitische Kernaufgabe« sind (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, 1997, 20)

Auch die Berliner Bauwirtschaft ist wegen der jahrzehntelangen Isolation West-Berlins von Strukturschwächen geprägt. Die von überregionaler Konkurrenz abgeschotteten und fast nur von öffentlichen Aufträgen lebenden West-Berliner Bauunternehmen waren nach dem Fall der Mauer der auswärtigen Konkurrenz nicht im geringsten gewachsen, mußten Tausende Bauarbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen und können – soweit sie überhaupt noch existieren – bis heute am Baugeschehen in der Stadt kaum partizipieren. Aus diesem Grunde profitiert die Stadt von der regen Bautätigkeit ökonomisch gesehen so gut wie nicht, obwohl momentan der Berliner Bauboom innerhalb Europas der ausgeprägteste sein dürfte. Die durch private und öffentliche Bauaufträge entstehenden Einkommen (einschließlich der Steueraufkommen) fließen letztlich in die Regionen, aus denen die Auftragnehmer und ihre Arbeitnehmer kommen. Und dazu gehört in den seltensten Fällen Berlin.

Zerrüttung des öffentlichen Haushalts

Infolge der konjunkturellen Flaute und aufgrund exzessiver Steuervergünstigungen für Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen (von Steuerflucht ganz zu schweigen) bleiben die Steuereinnahmen aller öffentlichen Haushalte seit einigen Jahren weit hinter den Erwartungen zurück. So auch in Berlin. In keinem anderen Bundesland und keiner anderen Gemeinde sind jedoch die öffentlichen Ausgaben vereinigungsbedingt so stark angestiegen wie in der ehemaligen Mauerstadt. Sanierung und Unterhalt der neu hinzugekommenen städtischen Infrastruktureinrichtungen (Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verkehr, Ver- und Entsorgung), die Übernahme zusätzlichen Personals, die Renovierung öffentlicher Gebäude, die Aufwendungen für ein nunmehr umfänglicheres Gesundheits- und Sozialwesen etc. ließen das Haushaltsvolumen Berlins von knapp 25 Mrd. DM in 1990 auf über 43 Mrd. DM in 1995 ansteigen.² Damit einher ging der völlige Abbau des Bundeszuschusses zum Landeshaushalt. Statt dessen ist Berlin seit 1995 in den Länderfinanzausgleich eingebunden, erhält auf diesem Weg jedoch wesentlich geringere Einnahmen als durch die

2 Zu der Ausgabensteigerung haben sicher auch überflüssige Prestigeprojekte beigetragen, wie z.B. die Olympiabewerbung und der damit verbundene Sportstättenneubau oder der aufwendige Ausbau des Messegeländes; letztlich ausschlaggebend für die derzeitige Haushaltssituation sind diese Ärgernisse jedoch bei weitem nicht.

direkten Bundeszuweisungen. Steigende Ausgaben, mit denen die Einnahmeentwicklung längst nicht Schritt halten konnte, führten zu einer Zunahme des Budgetdefizits von 1,6 Mrd. DM in 1990 auf 10,7 Mrd. DM in 1995. Gegenwärtig finanziert Berlin lediglich 36% seiner Ausgaben über Steuereinnahmen und ist damit das Bundesland mit der geringsten Steuerquote. Die Sanierung der Staatsfinanzen soll durch Vermögensverkäufe, Personalabbau, kostenbewußteres Verwaltungshandeln sowie Kürzungen bei den öffentlichen Investitionen gelingen. Dennoch wird auch künftig eine zusätzliche Nettokreditaufnahme zwecks Ausgleich des Haushaltsdefizits erfolgen müssen – in 1998 mindestens 3,5 Mrd. DM, wodurch die Gesamtverschuldung Berlins auf über 50 Mrd. DM (rund 14.500 DM pro Einwohner) steigen wird. Da bereits gegenwärtig ca. 16% aller Einnahmen für Zinsverpflichtungen ausgegeben werden müssen, bedeutet jeder weitere Schuldenanstieg eine empfindliche Einschränkung des finanziellen Spielraums der Berliner Politik (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1997, 697ff).

Wie der Berliner Senat der ökonomischen Krise entgegenwirken will

Die Anforderungen an die Berliner Wirtschafts- und Finanzpolitik sind nunmehr benannt. Es geht darum, die strukturellen Schwächen der West-Berliner Wirtschaft zu korrigieren, ähnliche Fehlentwicklungen im Osten zu vermeiden, damit den ökonomischen Revitalisierungsprozeß zu beschleunigen und gleichzeitig den Landeshaushalt zu sanieren.

Den strukturellen Wandel und die Intensivierung des wirtschaftlichen Wachstums will die Berliner Landesregierung hauptsächlich mit Hilfe der Subventionspolitik bewerkstelligen – ungeachtet der erwähnten negativen Erfahrungen mit der inzwischen abgewickelten Berlinförderung. Die Gewährung von Subventionen ist zur vorherrschenden Form in der Regionalpolitik geworden, und zwar sowohl auf bundesdeutscher als auch auf europäischer Ebene.³ Unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen einzelner Regionen lassen sich bestenfalls noch als Nuancierungen bezüglich der Zielgruppe der Subventionsempfänger und der Vergabebedingungen erkennen. In allen strukturschwachen Gebieten der Bundesrepublik – so auch in Berlin – konzentriert man den Großteil der Fördergelder auf die Belebung der Investitionstätigkeit. Berlinspezifische Ausprägungen der Subventionspolitik sind die Unterstützung von Existenzgründungen, von betrieblichen Maßnahmen zur Entlastung der Umwelt sowie von Vorhaben zum Ausbau der Ost-West-Beziehungen.⁴

3 Auf die Gründe für die Dominanz der Subventionspolitik im Rahmen regionalwirtschaftlicher Strategien wird weiter unten eingegangen.

4 Mit berlinspezifisch ist nicht gemeint, daß es die genannten Subventionsprogramme ausschließlich in Berlin gibt, sondern daß sie zwar auch in anderen Förderregionen existieren, in

Zur Wirksamkeit der Investitionsförderung

Berlin zählt zu den als strukturschwach eingestuften Regionen, zu den sog. Förderregionen.⁵ Unternehmen, die in einer solchen Region investieren, können einen auf die Investitionsausgaben bezogenen Zuschuß aus der Staatskasse erhalten. Eine kritische und von öffentlichen Auftraggebern unabhängige Evaluierung der Investitionsförderung in Berlin gibt es bislang nicht. Deshalb läßt sich deren Wirkung nur an Hand einiger makroökonomischer Parameter grob abschätzen. Das ist insofern ein legitimes Verfahren, als investive Maßnahmen in Berlin immerhin mit ca. 600 Mio. DM pro Jahr subventioniert werden (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, 1997, 58ff), ein Betrag, der sich nur dann rechtfertigen läßt, wenn er mit einer sichtbaren Verbesserung der regionalwirtschaftlichen Entwicklung einhergeht. In Relation zum Bundesdurchschnitt hat Berlin – wie wir eingangs an Hand empirischer Werte gezeigt haben – jedoch an Boden verloren, ganz zu schweigen von einem Vergleich mit den ökonomisch starken Regionen wie beispielsweise Baden-Württemberg oder Bayern. Es ist im übrigen keine Berliner Spezialität, daß trotz umfänglicher Wirtschaftsförderung der Abstand zu den weniger oder gar nicht subventionierten Regionen eher größer denn kleiner wird. Zunehmende Disparitäten im Wohlstandsgefälle zwischen wirtschaftlich peripheren (subventionierten) Räumen und Ballungszentren sind die Regel und nicht die Ausnahme. So blieb – bezogen auf die alte BRD – das Wirtschaftswachstum der Bundesländer mit den höchsten Fördergebietsanteilen (Bremen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein) im langfristigen Vergleich deutlich hinter dem Wachstum der Bundesländer mit den geringsten Fördergebietsanteilen (Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen) zurück (zum Umfang der Fördergebiete: Deutscher Bundestag, 1997, 8). Während das reale Bruttoinlandsprodukt der erstgenannten Ländergruppe im Zeitraum 1970 bis 1995 um 77% anstieg, erreichte die letztgenannte Ländergruppe ein Wachstum von 97%.⁶ Auf diese Tatsache hingewiesen, reagieren Regionalpolitiker zumeist mit der Entgegnung, ohne Subventionen wäre die Diskrepanz noch größer. Das klingt nicht sehr überzeugend. Zum einen wäre selbst das zu

Berlin jedoch einen vergleichsweise hohen Stellenwert hinsichtlich der finanziellen Ausstattung und/oder des propagandistischen Aufwands von Seiten des Senats genießen.

5 Die Förderregionen werden von der Bundesregierung und der Europäischen Union im Einvernehmen mit den Bundesländern festgelegt.

6 Ein direkter Vergleich zwischen dem langfristigen Wirtschaftswachstum von Fördergebieten und dem von Ballungszentren ist mangels aktueller empirischer Daten leider nicht möglich. Deshalb mußte der Umweg über einen Vergleich zwischen Bundesländern mit vielen Fördergebieten (hohem Subventionsniveau) und wenigen Fördergebieten (geringes Subventionsniveau) gewählt werden. Ein direkter Wachstumsvergleich zwischen Fördergebieten und Ballungszentren würde wahrscheinlich noch größere Vorspünge der Ballungszentren zeigen.

beweisen und zum anderen ist die Regionalpolitik schließlich nicht angetreten, Schlimmeres zu verhindern, sondern Besseres zu bewirken. Immerhin, der Fortbestand der Subventionstöpfe läßt sich mit dem Argument des vermutlichen second-best offenbar sichern.

Wirksamkeit der berlinspezifischen Förderprogramme

a) Die Förderung von Existenzgründungen

Existenzgründungen werden in erster Linie in Form von Eigenkapitalhilfen, Gründungsprämien, zinsgünstigen Betriebsmittel-Krediten sowie Zuschüssen zu den Kosten von Unternehmensberatungen subventioniert. Die Förderung von Existenzgründungen bildete bereits in den achtziger Jahren und nunmehr wieder seit 1996 – nach Rückkehr des zwischenzeitlich auf dem Posten des Finanzsenators den Überblick verloren habenden Herrn Pieroth ins Wirtschaftsressort – einen zumindest propagandistischen Schwerpunkt der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik des Berliner Senats. Eine Begründung für den überaus hohen Stellenwert, den die sog. »Existenzgründeroffensive« im Rahmen der Berliner Wirtschaftspolitik einnimmt, läßt sich schwer finden, zumal positive Auswirkungen kaum zu erkennen sind. Das räumt selbst Pieroth (indirekt) ein, indem er im letzten Wirtschaftsbericht einerseits betont, daß in den Jahren 1995 und 1996 die Zahl der Gewerbeanmeldungen höher war als die der Gewerbeabmeldungen, andererseits aber eingesteht, daß die Zahl der Insolvenzen weiterhin steigt, und daß gut zwei Drittel der in Konkurs gegangenen Firmen Neugründungen waren (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, 1997, 8). Auch die Selbständigenquote (Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen) ist in Berlin nicht überdurchschnittlich hoch. In West-Berlin stagniert sie, in Ost-Berlin ist sie seit 1989 natürlich rapide angestiegen, aber insgesamt liegt sie mit 9,1% nicht über dem Bundesdurchschnitt von 10,4%. Das hindert den Wirtschaftssenator allerdings nicht zu behaupten:

»Die Annäherung an den Bundesdurchschnitt ist vor allem ein Ergebnis der hohen Gründungsdynamik in der Stadt. Die lebhaftige Gründungstätigkeit in der Stadt wird auch deutlich bei einem Vergleich der Selbständigenquote der östlichen Bezirke Berlins von 10,1% mit den neuen Bundesländern insgesamt, die 8,2% beträgt, wodurch eindrucksvoll die guten Voraussetzungen für Existenzgründungen in der Stadt bestätigt werden.« (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe 1997, 67f)

Diese Aussage ist zynisch. Die Zunahme der Selbständigkeit ist gerade in Ost-Berlin vor allem eine der Not gehorchende »Tugend«. Sie ist Konsequenz der Abwicklung nicht nur fast aller Betriebe, sondern insbesondere der Forschungseinrichtungen, die innerhalb der ehemaligen DDR fast ausschließlich in Ost-Berlin konzentriert waren, so z.B. die Akademie der Wissenschaften. Ein Großteil der Wissenschaftler hatte nach deren Auflösung gar keine andere Wahl als Ingenieurbüros, Analyse-Labors, Software-

firmen etc. zu gründen. Auch der Senat selbst hat einen Teil der ehemaligen Akademie in sog. Forschungs-GmbHs umstrukturiert, damit zwar eigenständige »Unternehmen« gegründet, die jedoch nur mittels Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und anderer öffentlicher Zuwendungen mehr schlecht als recht existieren. Das sind die Bedingungen der »Gründungsdynamik in der Stadt« und der eigentliche Grund für die im Vergleich zum Durchschnitt der neuen Bundesländer höhere Selbständigenquote in Ost-Berlin. Das Gerede von der »Gründeroffensive« klingt auch insofern hohl, als der Umfang öffentlicher Aufträge in Anbetracht der kritischen Haushaltslage ebenso gesunken ist wie die Zahlungsmoral des Senats, was einigen kleinen und mittleren Unternehmen, hauptsächlich Handwerksbetrieben, bereits die Existenz gekostet haben dürfte und noch kosten wird.

b) Förderung von betrieblichen Maßnahmen zur Entlastung der Umwelt
Ein weniger propagandistisch umnebeltes Feld stellt die Förderung umweltentlastender Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft dar. Bereits gegen Ende der achtziger Jahre wurde in Berlin an Konzepten für eine Symbiose von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik gearbeitet (Knigge u.a., 1987). Gleich nach Bildung der rot-grünen Koalition 1989 startete der Senat das bundesweit erste umweltorientierte Wirtschaftsförderprogramm, das allerdings noch von dem konservativen Vorgängerssenat konzipiert worden war. Nach dem schnellen Ende von Rot-Grün führte die große Koalition dieses Programm nicht nur weiter, sondern legte zusätzliche Programme auf, die ein umweltentlastendes Verhalten von Unternehmen mit Subventionen belohnen. Mittels dieser Programme werden Zuschüsse zu Investitionen gewährt, die den betrieblichen Ressourcenverbrauch mindern, sowie zu umweltorientierten Forschungs-, Entwicklungs- und Kooperationsprojekten. Für einen Teil dieser Programme liegt eine Evaluierung bezüglich der Beschäftigungseffekte vor. Die Studie wurde vom Senat beauftragt und gelangt zu einem positiven Ergebnis (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1997, 709ff). Dennoch sind Zweifel angebracht, ob die umweltbezogenen Förderprogramme relevante Wirkungen im erhofften Umfang entfalten. Zwar sind die Voraussetzungen für eine effektive Subventionsgewährung im Falle umweltentlastender Aktivitäten grundsätzlich besser als bei Programmen, die ganz unspezifisch jede Form von Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen fördern, weil betriebliche Umweltentlastungsmaßnahmen, sofern sie über gesetzlich vorgeschriebene Normen hinausgehen, nicht zwingend durchgeführt werden müssen und deshalb die Mitnahmeeffekte bei Umweltprogrammen deutlich geringer sind als bei der Subventionierung von Investitionen, die via Wettbewerbsdruck ohnehin erfolgen würden. Andererseits kommen die öffentlichen Mittel aus den Berliner Umweltprogrammen ganz überwiegend kleinen, zuweilen auch middle-

ren Betrieben aus Handwerk und Industrie zugute. Diese gehören jedoch weder zu den großen Umweltverschmutzern noch zu den großen Arbeitgebern, weswegen die Umweltentlastungs- ebenso wie die Arbeitsplatzwirkungen selbst dann begrenzt bleiben dürften, wenn man unterstellt, daß von den Fördergeldern eine positive Stimulans ausgeht.

c) Die Förderung der Ost-West-Beziehungen

Die Unterstützung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Berlin und den Ländern Mittel- und Osteuropas erfolgt durch die Bezuschussung von Exportbestrebungen Berliner Unternehmen in diese Länder (Messeteilnahme, Auslandspräsentationen, Kooperationsprojekte, Joint-Ventures etc.) sowie durch die Finanzierung von Berliner Institutionen, die um eine Intensivierung der Ost-West-Beziehungen bemüht sind.

Auch hier ist Skepsis angebracht ob der erzielten und erzielbaren Effekte. Da die West-Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten auf den Austausch mit der BRD getrimmt und die ehemalige Ost-Berliner Wirtschaft abgeräumt wurde, ist der wirtschaftliche Austausch Berlins mit seinen östlichen Nachbarn verkümmert. Darüber kann weder das Gerede von Berlin als »Drehscheibe zwischen Ost- und West im Herzen Europas« hinwegtäuschen, noch vermögen die für Ost-West-Projekte verausgabten Fördergelder unter solchen Voraussetzungen durchschlagende Wirkung zu entfalten. Im Vergleich zu Wien und Prag beispielsweise »dreht« sich in Berlin wenig. Die Exporte Berlins in die mittel- und osteuropäischen Staaten beliefen sich in 1996 auf knapp 1,9 Mrd. DM (nach 1,1 Mrd. DM in 1992), was lediglich 15% aller Exporte entspricht. Diese »Größe« relativiert sich zusätzlich, wenn man bedenkt, daß die Außenhandelsverflechtungen der Berliner Wirtschaft extrem dürftig sind. Im Jahre 1996 betrug das gesamte Exportvolumen nur gut 8% des Berliner Bruttoinlandprodukts. In der BRD machen die Exporte dagegen rund ein Viertel des Bruttoinlandprodukts aus.

Auch als Sitz von Institutionen, die um den Ausbau der Beziehungen zu Osteuropa bemüht sind, kommt Berlin nicht recht voran. Unter den einschlägigen Organisationen, die in Berlin residieren, sind vor allem das Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft, die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie das Ost-West-Kooperationszentrum zu nennen. Die ebenfalls hier angesiedelte Ost-West-Wirtschaftsakademie hat ihre Pforten jedoch unlängst wieder geschlossen.

Regionalpolitik als Variante neoliberaler Wirtschaftspolitik

Die neoklassische Wirtschaftstheorie geht davon aus, daß sich eine regional disparate Verteilung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks dadurch herausbildet, daß – bedingt durch regional unterschiedliche Standortkosten –

regional differenzierte Kapitalrenditen existieren. Neoliberale Wirtschaftspolitik setzt auf die Wiederherstellung des regionalen Gleichgewichts mittels Flexibilisierung und Liberalisierung der Märkte, was dazu führen soll, daß Kapital aus den Regionen mit geringen Kapitalrenditen (wg. hoher Standortkosten) ungehindert in die Regionen mit hohen Kapitalrenditen (wg. geringer Standortkosten) wandern kann. So ist aus neoliberaler Sicht beispielsweise die Auflösung von Flächentarifverträgen ein wichtiger Schritt zur weiteren Ausdifferenzierung regionaler Standortkosten. Da die völlige Flexibilisierung und Liberalisierung der Märkte (vor allem der Arbeitsmärkte) jedoch auf Widerstand stößt, will die gegenwärtige regionale Wirtschaftspolitik dem räumlichen Umverteilungsprozeß dadurch nachhelfen, daß sie die ohnehin geringeren Standortkosten der strukturschwachen Räume zusätzlich subventioniert, um wenigstens auf diesem Wege ausreichend Anreize für eine Kapitalverlagerung zwecks Renditesteigerung zu schaffen. Die Erfolge dieser Strategie bleiben jedoch – wie dargelegt – weit hinter den proklamierten Zielsetzungen zurück. Das wirft Fragen auf: Warum verlaufen die räumlichen Kapitalbewegungen eher in umgekehrter Richtung als von der Neoklassik postuliert?⁷ Was verschafft der erfolglosen Subventionspolitik eine mittlerweile Jahrzehnte anhaltende Lebensdauer? Wie sehen die Alternativen aus?

Zunächst zu den Ursachen für die Wirkungslosigkeit der regionalen Subventionspolitik: Daraus, daß die subventionsbedingt zusätzliche Senkung der Standortkosten peripherer Räumen die ökonomischen Vorteile, die Zentren trotz höheren Kostenniveaus offenbar zu bieten haben, nicht kompensieren kann, läßt sich schließen, »daß Ballungsräume für bestimmte Kapitalfraktionen ein profitableres Milieu darstellen als geringer verdichtete Räume« (Heine 1989, 93). Die Vorzüge des »profitableren Milieus« bestehen in erster Linie in der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, der guten verkehrsmäßigen Erschließung, der räumlichen Nähe zu den produktionsorientierten Dienstleistern (ingenieurtechnische Planung, betriebswirtschaftliche Beratung, Wartung des Maschinenparks, Forschung und Entwicklung, Weiterbildung, Werbung etc.), dem räumlich engen Kontakt zu Abnehmern und Zulieferern (regionale Binnenverflechtung) und nicht zuletzt in einem vielfältigen Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebot. Diese sog. Agglomerationsvorteile führen aufgrund vermehrter Ansiedlungs- bzw. Expansionsvorhaben und dadurch ausgelöster Nachfragesteigerungen nach Arbeitskräften, Grundstücken, Dienstleistungen etc. zwar zu höheren Stand-

7 Diese Tendenz läßt sich – wie das Beispiel West-Berlin zeigt – auch nicht dadurch beheben, daß man das Subventionsniveau nochmals drastisch erhöht. Zu Zeiten der Berlinförderung wurden industrielle Investitionen durch die Kombination von Steuerermäßigungen und Investitionszulagen in der Regel zu 100% aus der Staatskasse finanziert, dennoch potenzierten sich die Strukturschwächen der West-Berliner Wirtschaft.

ortkosten, ohne daß hiermit jedoch Investitionshemmnisse aufgebaut würden. Die höheren Standortkosten in Ballungszentren sind vielmehr »Ausdruck besserer Verwertungsbedingungen« (Heine 1989, 93), d.h. ein hohes Niveau der Standortkosten ist solange unschädlich, wie sich aufgrund der beschriebenen Agglomerationsvorteile eine bessere Kapitalverwertung erzielen läßt als in Regionen mit geringeren Standortkosten, aber gänzlich ohne oder zumindest deutlich weniger Agglomerationsvorteilen. Aus diesem Grunde haben sich die als reich und teuer geltenden Regionen wie München, Stuttgart, Erlangen/Nürnberg, Karlsruhe/Mannheim/Heidelberg, Frankfurt/Mainz/Wiesbaden ökonomisch gesehen deutlich positiver entwickelt als beispielsweise Passau, Marburg, Oldenburg, Göttingen, Goslar, Hannover, Bochum, Saarbrücken und letztlich auch Berlin, um nur einige der Städte zu nennen, in denen per Subventionierung die ohnehin geringeren Standortkosten zusätzlich gesenkt wurden und werden.

Obwohl es der Politik nicht verborgen geblieben sein kann, daß die strukturschwachen Räume immer weiter hinter den Zentren zurückbleiben, gibt es kaum einen breiteren wirtschaftspolitischen Konsens als den über die Aufrechterhaltung der regionalen Subventionspolitik. An der Sinnhaftigkeit von Agrarsubventionen, der Förderung von Kohle und Stahl, Werften und Wohnungsbau werden hin und wieder schon mal Zweifel laut. In diesen Bereichen gelten Subventionen eher als Hemmnisse, die bestehende Strukturprobleme konservieren, anstatt zu überwinden. Ähnliches ist bezüglich der Subventionierung strukturschwacher Regionen nicht zu vernehmen. Von Schwarz über Rot bis Grün sind sich alle einig, daß regionale Wirtschaftsförderung sein muß. Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich dadurch erklären, daß die Subventionierung von Landwirtschaft, Kohle, Stahl, Werften und Wohnungsbau vor allem sozialpolitisch motiviert ist, während die Regionalförderung zwar nicht unbedingt neoliberale Politik in lupenreiner Form umsetzt, aber immerhin ihrer Logik folgt. Das ist den Konservativen kein Dorn im Auge und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Grüne sehen darin ohnehin die Lösung des Konflikts zwischen sozialen Erfordernissen und vermeintlichen Zwängen des Marktes.

Regionalwirtschaftliche Alternativen

Regionalwirtschaftliche Alternativen zu formulieren ist Neuland, denn jenseits einer Regionalpolitik, die die Standortkosten der peripheren Räume via Subventionierung senken und damit die Wettbewerbsfähigkeit dieser Standorte erhöhen will, gibt es keine ausformulierten regionalwirtschaftlichen Strategien. Es kann also im folgenden nur darum gehen, einige Grundsätze einer alternativen Regionalökonomie zu skizzieren.

Wenn die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts nicht primär über das Ni-

veau der Standortkosten vermittelt wird (das gilt im übrigen auch bezüglich des »Standorts Deutschland«), sondern über Agglomerationsvorteile, also über Vorteile, die sich aus einer räumlichen und wirtschaftlichen Verdichtung ergeben, dann muß die Wirtschaftspolitik darauf gerichtet sein, derartige Vorteile entweder erst einmal herzustellen oder – falls bereits vorhanden – zu bündeln und zu potenzieren. Berlin verfügt über einige Agglomerationsvorteile, jedoch nicht in hinreichendem Umfang, um in Konkurrenz zu den ökonomisch prosperierenden Regionen (insbesondere im süddeutschen Raum) Vorsprünge erlangen zu können. Mängel gibt es vor allem bezüglich der geringen innerstädtischen, wirtschaftlichen Verflechtung. Zentrales Instrument zur Behebung dieser Mängel im Rahmen einer alternativen regionalwirtschaftlichen Konzeption ist das öffentliche Nachfrageverhalten, vor allem die Gestaltung der staatlichen Investitionsausgaben. Regionale Wirtschaftspolitik müßte in erster Linie darauf gerichtet sein, die Stärken eines Standorts mit Hilfe einer gezielten staatlichen Investitionspolitik auszubauen. In Berlin gibt es Ansätze hierzu, was nicht heißen soll, daß der Senat auf dem Wege ist, vom Primat der Subventionspolitik abzurücken, sondern daß selbst den härtesten Befürwortern subventionsgestützter Entwicklungsstrategien klar zu sein scheint, daß eine Stadt wie Berlin mehr zur Steigerung der Standortattraktivität tun muß als Fördergelder bereitzustellen. Zu den Stärken Berlins zählen die wissenschaftlichen Potentiale der Stadt sowie das breit gefächerte Bildungs- und Ausbildungsangebot. Von daher wundert es nicht, daß der Senat durch Investitionen in die wirtschaftsnahe, technisch-wissenschaftliche Infrastruktur eine engere Verflechtung von Wissenschaft, (Aus)Bildung und Wirtschaft bewirken will, um den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die betriebliche Praxis zu beschleunigen und neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu initiieren. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei die Errichtung eines ausgedehnten Technologieparks in Berlin-Adlershof. Hier sollen produzierende Unternehmen, Dienstleistungsbetriebe, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie die naturwissenschaftlichen Fakultäten der Humboldt-Universität angesiedelt werden. Nach Senatsangaben sind bislang knapp 470 Mio. DM in das Projekt geflossen, insgesamt sollen 1,5 Mrd. DM dafür aufgewandt werden (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, 1997, 90).

Die Errichtung des Technologieparks Berlin-Adlershof ist – wie gesagt – ein Ansatz zu einer Politik des Ausbaus von Agglomerationsvorteilen, ausreichend ist diese singuläre Aktivität jedoch nicht. Weitere Infrastrukturvorhaben könnten beispielsweise sein:

– die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, womit zugleich positive Nachfrageimpulse in Richtung der im Berliner Raum angesiedelten Unternehmen der Bahntechnik, insbesondere des Waggonbaus, verbunden

wären;

– die ökologische Ausgestaltung der Ver- und Entsorgung, was gleichzeitig zu einer Belebung der Geschäftstätigkeit der in Berlin ansässigen Hersteller umwelttechnischer Produkte und Dienstleistungen beitragen könnte;

– die Einbeziehung der Solarenergie in die Strom- und Wärmeproduktion, was neben einer Verbesserung der Berliner Luft für die in der Stadt noch unterentwickelten Anbieter von Hard- und Software zur Erzeugung regenerativer Energien bessere Zukunftsaussichten eröffnen würde.

Auf diesem Wege könnte man sowohl die Qualität der städtischen Infrastruktur verbessern, als auch die regionale Nachfrage beleben. Letzteres ist gerade in Zeiten konjunktureller Flaute sinnvoll, weil dann die Steigerung der Nachfrage tatsächlich zu Kapazitäts- und nicht nur zu Preiseffekten führt. In Berlin müßte man also durch die Erhöhung staatlicher Investitionsausgaben einen auf den vorhandenen regionalen Potentialen basierenden Entwicklungsprozeß in Gang setzen, der mittelfristig die innerstädtischen Wirtschaftsbeziehungen verdichtet und so weitere Agglomerationsvorteile schafft. Dies ist die Alternative zur Subventionsvergabe, die immer Gefahr läuft, lediglich »verlängerte Werkbänke« zu produzieren.

Eine bedeutsame Rolle im Rahmen einer auf diese Weise neu konzipierten regionalen Wirtschaftspolitik könnten die öffentlichen Betriebe spielen, sofern man sich dazu entschließen würde, diese nicht nur als Träger staatlicher Aufgaben (Wasserversorgung, Entwässerung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, öffentlicher Nahverkehr) anzusehen, sondern auch als Wirtschaftsunternehmen, die in Berlin zu den größten Arbeitgebern, Auftraggebern und damit auch Nachfragern gehören. In diesem Sinne auf die Unternehmen politisch Einfluß zu nehmen (gegebenenfalls zusammen mit den Gewerkschaften) hat man bislang allerorten unterlassen. Der Grund: die ideologische Dominanz der angebotsorientierte Politik, unter deren Diktat Nachfragedeterminanten nunmal keine strategischen Größen politischen Handelns sind.

Der skizzierte Weg ist für die Berliner Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen jedoch kaum gangbar. Dem stehen nicht nur ideologische Barrieren entgegen, sondern vor allem die prekäre Situation des Landeshaushalts. Dieser soll durch den Verkauf der (für eine offensive Infrastrukturpolitik unerläßlichen) öffentlichen Betriebe und landeseigenen Grundstücke sowie mittels drastischer Ausgabenkürzungen saniert werden. Die Erfolgsaussichten sind ungewiß. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziert trotz aller Sanierungsbemühungen ein Haushaltsdefizit von 9 Mrd. DM für 1999 und von reichlich 8 Mrd. DM für 2000 und kommt zu dem Schluß: »Die finanzpolitischen Perspektiven Berlins sind denkbar ungünstig. Trotz eingeleiteter, teilweise rigider Sparmaßnahmen ist eine wesentliche Verbesserung der Finanzlage nicht in Sicht. Der Ver-

such, die Haushaltsdefizite abzubauen, ähnelt dem Wettlauf von Hase und Igel: Immer wieder werden die Ausgabenkürzungen durch Steuerausfälle kompensiert.« Die Wirtschaftsforscher bezweifeln, daß »sich Berlin aus eigener Kraft aus dem Finanzdilemma befreien kann« und betrachten als einzigen Ausweg, eine »Haushaltsnotlage« zu reklamieren und zusätzliche Bundesergänzungszuweisungen zu fordern (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1997, 708ff). Dem mag man entgegen, daß in Anbetracht der Hunderte von Millionen Mark, die in Berlin nach wie vor für Subventionszwecke ausgegeben werden, die Lage doch eigentlich gar nicht so hoffnungslos sein kann. Die Subventionen stammen allerdings zum ganz überwiegenden Teil aus Finanzierungsquellen des Bundes und der Europäischen Union, nämlich aus der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GA), dem »Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung« (EFRE) und dem »Europäischen Sozialfonds« (ESF). Eine regionalwirtschaftliche Strategie, die räumliche Entwicklungen nicht durch Subventionierung, sondern durch staatliches Investitionsverhalten beeinflussen will, muß über das finanzielle Potential zur Ausweitung der öffentlichen Investitionen verfügen. Hierzu ist Berlin auf absehbare Zeit nicht in der Lage, im Gegenteil: wer auch immer die Stadt in Zukunft regiert, wird unter dem Druck ausbleibender Einnahmen die öffentlichen Investitionsausgaben senken müssen (die konsumtiven Ausgaben im übrigen auch). Selbst wenn es zusätzliche Hilfen vom Bund geben sollte, werden diese zur Entspannung der Haushaltskrise gewährt, nicht jedoch zur Alimentierung einer regionalen Wirtschaftspolitik, die auf eine Expansion von Infrastrukturausgaben zwecks Schaffung weiterer Agglomerationsvorteile setzt. Eine solche Alternative zur Subventionspolitik läßt sich – zumindest in Berlin – erst dann realisieren, wenn es zu einer grundlegenden Reform des öffentlichen Finanzwesens gekommen ist, mit dem Ziel, Ländern und Gemeinden mehr finanzielle und damit auch politische Spielräume zu verschaffen. Das wird aber erst der Fall sein, wenn der neoliberale Mainstream versiegt ist.

Um nicht ganz so hoffnungslos zu enden, wollen wir uns wenigstens noch den positiven Botschaften der Standortwerbung öffnen. Berlin, das sich sogar im Schatten der Mauer als Weltmetropole zu verkaufen suchte (hüben wie drüben), hat in dieser Hinsicht einiges zu bieten. In einer von »Partner für Berlin, Gesellschaft für Hauptstadtmarketing« herausgegebenen Hochglanzbroschüre, die den Titel »Berlin – die Stadt« trägt, steht unter der Überschrift »Die obere Grenze ist der Himmel« Folgendes zu lesen:

»Völker der Welt, schaut auf diese Stadt, rief Ernst Reuter 1948 auf dem Höhepunkt der Berlin-Blockade. Heute schauen Menschen aus aller Welt nicht nur interessiert nach Berlin, sie bringen ihr Geld, sie investieren in Berlin. Die Geschäfte boomen. Die Infrastruktur wächst. Unternehmen siedeln sich in Deutschlands neuer Hauptstadt an ... Berlin ist auf dem Weg, Europas führende Wirtschaftsstadt zu werden. Und wieder ruft ein Regierender Bürgermeister

von Berlin, Eberhard Diepgen, die Völker der Welt. Aber diesmal richtet er seinen Appell an die Geschäftsleute, die Investoren, die Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften... Und tatsächlich ist Berlin derzeit die geschäftigste Stadt der Welt... «

Literatur

- Deutscher Bundestag (1997): *Drucksache 13/7205, Sechszwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« für den Zeitraum 1997 bis 2000 (2001)*, Bonn.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1997): Berliner Finanzpolitik in einem fast ausweglosen Dilemma – Aktuelle Tendenzen im Landeshaushalt von Berlin, in: *DIW Wochenbericht* 39/97, 697 – 708.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1997): Integration von Umweltschutz und Beschäftigungssicherung, in: *DIW Wochenbericht* 39/97, 709 – 715.
- Heine, Michael (1989): *Von der Peripherie zur Wirtschaftsmetropole – und zurück, Grundzüge einer Theorie räumlicher Agglomerationsvorteile am Beispiel Berlins*, Berlin.
- Knigge, Rainer u.a. (1987): *Strukturprogramm Arbeit und Umwelt in Berlin, Gutachten im Auftrag der SPD Fraktion*, Berlin.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betrieb (1997): *Wirtschaftsbericht Berlin 1997*, Berlin
- Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betrieb (1992): *Auf dem Weg zur Wirtschaftsmetropole Berlin, Empfehlungen der Strukturpolitischen Expertenkommission*, Berlin

PROKLA 111 (Juni 1998): **Globalisierung und Gender**

Globalisierung ist eines der zentralen Themen der 90er Jahre. Im Mittelpunkt der Debatte standen bisher die Konsequenzen, die sich aus der Unterminierung nationalstaatlicher Regelungskapazitäten für sozialstaatliche Sicherungssysteme und gewerkschaftliche Vertretungsmöglichkeiten ergeben. Die Globalisierungsprozesse lassen aber auch die Geschlechterverhältnisse keineswegs unberührt. Daß der Abbau des Sozialstaats Frauen häufig stärker trifft als Männer ist bekannt, die Verhältnisse sind aber noch weit komplizierter. Es verstärken sich nicht nur die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, sondern auch innerhalb der Geschlechter. Gewinner(innen) und Verlierer(innen) gibt es auf beiden Geschlechterseiten und zuweilen stehen sie in direktem Zusammenhang. Die Überlagerung von Klassen- und Geschlechterverhältnissen, von Migration und rassistischer Diskriminierung bringt unter dem Druck der Globalisierung ganz neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse hervor.

Karin Lenhardt

»Bubble-politics« in Berlin

Das Beispiel Koordinierungsausschuß für innerstädtische Investitionen: eine »black box« als Macht- und Entscheidungszentrale¹

»Leer.«

Star Architekt Philip Johnson auf die Frage, wie er sich die Friedrichstraße in fünf Jahren vorstellt. (Tagesspiegel vom 31.10.95)

Mit dem Mauerfall im November 1989 nahm in Berlin ein einmaliger und außergewöhnlicher Prozeß seinen Anfang. Das Zentrum einer Millionen-Stadt konnte neu ge- und verplant werden. Denn einerseits gab es die Branchen, die die Befestigungsanlagen des DDR-Regimes ins Herz der Stadt geschlagen hatten, und andererseits schienen mit der Auflösung der Zentralverwaltungen, Regierungsfunktionen und Großkombinate die bis dato »volkseigenen« Areale und Gebäude quasi herrenlos. Die Aussicht auf die Verfügbarkeit großer Filetstücke inmitten Berlins lockte weltweit agierende Investoren, häufig Banken und Versicherungen, sowie Developer an, die bemüht waren, Grundstücke aus dem begrenzten Angebot für sich zu reservieren. Doch die ungeklärte Frage der Verfügungsberechtigung über die Grundstücke stand einer schnellen Verwertung entgegen. In einem in Einzelfällen noch immer nicht abgeschlossenen Prozeß wurden die Grundstücke gemäß des Grundsatzes »Rückgabe vor Entschädigung« an Alteiligentümer rückübertragen, gingen in die Hand des Bundes über oder wurden rekommunalisiert. Im politisch-administrativen Apparat suchten die damaligen Berliner Akteure der vordersten »Front« händeringend nach Wegen, trotz allseitigem Chaos und der Unübersichtlichkeit der Lage potentiellen Investoren baldige Realisierungschancen ihrer Vorhaben in Aussicht stellen zu können. Denn im schnellen Aufbau der »Dienstleistungsmetropole Berlin« sahen die politisch Verantwortlichen das einzige zu-

1 Die empirischen Befunde dieses Aufsatzes sind im Rahmen des Berlin-Forschungsprojekts »Wem gehört die Mitte Berlins? Der Umbau der City-Ost – eine Entscheidungsprozeßanalyse am Beispiel des Alexanderplatzes und der Friedrichstraße« in Zusammenarbeit mit Jürgen Ungerer unter der Projektleitung von Margit Mayer erhoben worden. Dies gilt auch für nicht anderweitig belegte Aussagen von Berliner Akteuren, die Interviews entstammen, die von der Autorin geführt wurden.

kunftsträchtige Leitbild der Stadt, die ihrer Sonderstellung als »Schaufenster des Westens« im ehemaligen Westteil und als »Hauptstadt der DDR« im ehemaligen Ostteil abrupt beraubt war. Als vordringlich galt es, nach neuen Wegen zur zukünftigen Finanzierung des bereits zum damaligen Zeitpunkt vor dem Bankrott stehenden Stadtstaates zu suchen. Der aufkommende »bubble« auf dem Immobiliensektor (so wird ein Aufschwung bezeichnet, der auf sich selbst verstärkenden, spekulativen Erwartungshaltungen fußt) wurde durch eine entsprechende »bubble-politics« begünstigt, die in der »Stunde der Exekutive« aufgrund der besonderen transformationspezifischen Bedingungen durchführbar war.

Hier beginnt die Geschichte des KOAI, des Koordinierungsausschusses für innerstädtische Investitionen, der zusammen mit den sich teils neu konstituierenden Stellen zur Regelung der komplizierten Vermögensfragen im direkten Austausch aller beteiligten Kräfte die konkurrierenden ökonomischen und politischen Interessen zum Ausgleich bringen sollte. Als maßgebliches Gremium stellte er die politischen Weichen zur Umstrukturierung weiter Teile der City-Ost mit Schwerpunkt Friedrichstraße und angrenzender Gebiete zu einem neuen Dienstleistungsquartier. Der von Beginn 1991 bis Herbst 1993, also in der »Boomphase« aktive KOAI entschied faktisch über die konkreten Projekte, von der Grundstücksvergabe und den zum Zuge kommenden Investoren bzw. Projektentwicklern bis hin zum städtebaulichen Konzept. Trotz der weitreichenden Entscheidungen, die seine Mitglieder, alles Akteure der höchsten Landes- und Bundesebene, getroffen haben, blieb der KOAI bis heute nahezu unbekannt. Das in keiner Verfassung vorgesehene Gremium hat nicht nur jenseits von Parlament und (Fach-)Öffentlichkeit agiert, sondern jede Publizität bewußt verhindert.

Die geheimen KOAI-Entscheidungen im Stile einer Arkanpolitik stehen in auffallendem Kontrast zur parallelen, medienmächtigen, aber einflußarmen Inszenierung von stadtpolitischen Debatten, wie sie von den zuständigen Senatsverwaltungen für Bau- und Wohnungswesen sowie Stadtentwicklung und Umweltschutz initiiert wurden. Diese Debatten dienten eher dazu, die fehlende Legitimationsbeschaffung des KOAI wortreich zu ummanteln denn zu Parzipation und demokratischer Offenheit beizutragen.

Nur die besonderen transformationspezifischen Umstände hatten das Gremium in der dagewesenen Form ermöglicht. Die verhandelten Projekte sind großteils realisiert, einige Planungen in den Schubladen verschwunden, andere aufgeschoben. Die Zeit des KOAI ist unwiederbringlich vorbei. Dennoch ist die Betrachtung dieses in »geheimer Mission« agierenden Zusammenschlusses auch ex post von besonderer Relevanz bei der Frage nach Mustern politischen Handelns.

Die öffentlich geführten Debatten sind, so die These, als Inszenierungen zu deuten, eine kritische (Fach-)öffentlichkeit zu beschäftigen, während hinter

den Kulissen die politischen Entscheidungen getroffen wurden, die vom Grundsatz her nie zur Disposition gestellt wurden. Diese Inszenierung von Stadt-Diskurs bei davon abgekoppelten Entscheidungsprozessen scheint, trotz neuer Legislaturperiode und Wechsel in den betreffenden Senatsspitzen, auch heute ihren Fortgang zu finden. Zwar haben alle politischen Entscheidungen symbolische und ideologische Anteile und werden gelegentlich öffentlich inszeniert. Neu erscheint jedoch ein Muster, welches reale politische Entscheidungsprozesse von der Legitimationsbeschaffung völlig abkoppelt, wie dies besonders für die Arbeit des KOAI und die parallelen stadtpolitischen Debatten gilt.

Aber auch abgesehen vom Demokratiedefizit macht sich beim Blick auf die erhoffte Haben-Seite, alsbald eine prosperierende Metropole von Weltformat zu sein, bis dato Katerstimmung breit. Und betriebswirtschaftlich scheinen die Ergebnisse der »bubble-politics« im Moment ebenfalls nicht allzu gewinnversprechend zu sein. So mancher Projektentwickler entgeht nur dem Konkursrichter, weil seine Banken die Schulden in Eigenkapital umwandeln. Der Preis für die beschleunigte Handlungsfähigkeit war also nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch hoch und stellt die Produktivität der Berliner Hauruck-Politik, lange bevor sie präsidentiell empfohlen wurde, gleich doppelt infrage.

1. Berlin seit der Wende

Der 9. November 1989 markiert den Beginn einer neuen Zeitrechnung in Berlin. Sprichwörtlich über Nacht sollten sich seitdem wesentliche bis dato gültige Grundbedingungen ändern, auf die die Politik Antworten zu finden hatte. Dies gilt verstärkt für den Ostteil der Stadt, die ehemalige Hauptstadt der DDR, deren einst privilegierte Bewohnerinnen und Bewohner mit ansehen mußten, wie der Westen sie mit seinen kapitalistischen Lobpreisungen überrollte, und der wie Ostdeutschland insgesamt einer im Vergleich zu den exkommunistischen Ländern Osteuropas beschleunigten Systemtransformation unterworfen wurde. Dies gilt aber auch für den Westteil, der sich urplötzlich seiner einzigartigen historischen Rolle als freiheitlich-demokratisches Bollwerk inmitten des feindlichen sozialistischen Systems und damit auch des Sonderstatus bei der Zuteilung staatlicher Mittel beraubt sah. All die Jahre subventionsverwöhnt durch die milliardenschweren Sonderzahlungen, die es nur noch zu verwalten und zu verteilen galt, schwante den politisch Verantwortlichen Schlimmes. Woher sollte nun das ökonomische Potential kommen, woher die Rezepte für eine starke Region, die es im Wettbewerb mit anderen Städten und Kommunen aufnehmen könnte?

Zwei Prozesse prägten und prägen das Geschehen, die mit den Stichworten »Strukturwandel« und »Transformation« umschrieben werden können. Be-

schreibt der eine Prozeß gemeinhin die Veränderungen sozio-ökonomischer Strukturdaten einhergehend mit dem Wandel politischer Entscheidungsstrukturen und Akteurskonstellationen, so bezeichnet der andere den Umbruchs-, Wandlungs – und Übergangsprozeß von einem realsozialistisch organisierten Staat hin zu marktwirtschaftlichen Strukturen in einer parlamentarischen Demokratie (Reißig 1994).

1.1 Transformation

Wird die Transformation der ehemaligen DDR im Vergleich zu ihren osteuropäischen Bruderstaaten als Sonderfall betrachtet (Wollmann 1991; 1995; Zapf 1994; von Beyme 1996), dann kann Berlin als Sonderfall des Sonderfalls gelten. Nicht umsonst wird Berlin als Experimentierfeld, als »Werkstatt der Einheit« (Henkel/ Mäding 1995: 298) beschrieben, als Mikrokosmos, in dem sich deutsch-deutsche Probleme in aller Deutlichkeit widerspiegeln. Denn hier trafen Ost und West in einer Stadt aufeinander, hier war der Veränderungsdruck besonders groß. Bei der Untersuchung stadtentwicklungspolitischer Entscheidungen im »Zentralen Bereich« sind drei transformationsspezifische Momente von besonderer Relevanz: die Eigentumsfrage, der Verwaltungsaufbau und die fehlenden Planungsgrundlagen.

a) Eigentumsfrage

Mit Auflösung des Staates DDR war das Zentrum der ehemaligen Hauptstadt quasi herrenlos geworden. An die Stelle zentralstaatlicher Verfügungsberechtigung Ost rückte die Verfügungsberechtigung nach westlichem Muster im Sinne kapitalistischer Eigentumsstrukturen. Die Organisation dieses Umwandlungsprozesses oblag den in die Bresche springenden bzw. sich neu konstituierenden staatlichen Institutionen unter westlicher Führung. Sie schufen die Regularien zur Lösung eines der schwerwiegendsten Probleme bei der Ankurbelung ökonomischen Wachstums: der unübersichtlichen vermögensrechtliche Lage, also der Eigentumsfrage. Neben der öffentlichen Hand erhielten private Alteigentümer nach dem Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung« Grundstücke und Gebäude zurück. Nun mußte die Eigentumsfrage unter zentralstaatlicher Oberhoheit Bonns so weit in den Griff gebracht werden, daß private Investitionstätigkeit in großem Maßstab möglich wurde. Die dazu notwendige Umwandlung des sozialistischen Bodens in kapitalistisches Eigentum und schnelle Entscheidungen zugunsten privater Investoren konnte im wesentlichen durch zwei staatlich geregelte Instrumentarien vollzogen werden.

Zum einen war dies die Treuhand, die treuhänderisch das gesamte Staatsvermögen der DDR übernahm und an Bund und Kommunen weiterreichte sowie die Verfügungsberechtigung über sämtliches Betriebsvermögen in-

nehatte und damit auch über viele Grundstücke. Mit der ab Mitte 1990 strikten Privatisierungslinie der Treuhand wurde dieses Betriebsvermögen an private Investoren veräußert. Für die Privatisierung von Grundstücken und Gebäudekörpern war die Anfang 1991 gegründete Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) zuständig.

Zum zweiten waren dies die verschiedenen Stufen des Vermögensgesetzes, welches den Zugriff auf Privatgrundstücke erlaubte, angefangen von dem, zusammen mit dem im Einigungsvertrag inkraft getretenen »Gesetz über besondere Investitionen« bis hin zum »Investitionsvorranggesetz« von 1992. Diese gesetzlichen Regelungen konterkarierten den im Einigungsvertrag festgesetzten Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung«, der die Rückgabe von Vermögenswerten an jene ehemaligen Eigentümer und deren Nachkommen festschrieb, die nach dem 30. Januar 1933 ihren Besitz unter Zwang verkaufen mußten oder widerrechtlich enteignet worden waren. Der von vielen Beobachtern als der größte Fehler des Vereinigungsprozesses gewertete Grundsatz konnte damit abgemildert und in Berlin faktisch umgekehrt werden.² Denn das Vermögensgesetz schuf die Voraussetzung, unter bestimmten Bedingungen Investitionen selbst dort zu ermöglichen, wo langwierige Restitutionsverfahren in der Schwebe waren bzw. positiv zugunsten eines Alteigentümers entschieden wurden. Dieser erhielt eine Entschädigungszahlung oder konnte sich als Partner am Projekt beteiligen.³ Die angelegten Kriterien bei der Vergabeentscheidung der Grundstücke wie Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Deckung von Wohnbedarf und die Schaffung hierfür erforderlicher Infrastrukturmaßnahmen begünstigten über mehrere Parzellen reichende Großprojekte und sollten die Quasi-Enteignungen von Alteigentümern auch bei eigenen Nutzungsplänen rechtfertigen.

b) Verwaltungsaufbau und ostdeutsche Akteurschwäche

Der Zusammenbruch des Staates DDR und die Integration in das westdeutsche System erforderte den Auf- und Umbau der Verwaltungsstrukturen in Ostdeutschland. Zum Aufbau der Länder wurde bereits im Einigungsvertrag Verwaltungshilfe festgeschrieben (Wollmann 1995). Partnerschaften zwischen den Ländern, aber auch einzelnen Kommunen Ost- und Westdeutschlands sollten den Verwaltungsauf- und Umbau vorantreiben, indem auf institutionelle Regelungen aus dem Westen zurückgegriffen wurde. Zwar kommen einzelne empirische Fallstudien zum Ergebnis, daß ostdeut-

2 Nach Aussagen des Leiters des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen, Hugo Holzinger, lag die Quote 1996 bei 70% Entschädigung zu 30% Rückgabe.

3 Auch deren Rechtsnachfolger, meist waren es Projektentwickler, die die Ansprüche aufgekauft hatten, wurden im Laufe der »Reparaturgesetzgebung« von dieser Regelung begünstigt und hatten entsprechende Vorteile im Ringen um den Erhalt von Grundstücken.

sche Akteure auf Landes- und Kommunalebene je nach spezifischen Rahmenbedingungen eigenständige Positionen entwickeln und gewichtige Rollen im politischen Prozeß einnehmen konnten und können (Wollmann 1995; Berg u.a. 1996). Für den Stadtstaat Berlin lassen sich diese Befunde im hier untersuchten Politikfeld aber nicht bestätigen.

Insgesamt weist der Berliner Verwaltungsaufbau Ost einige Besonderheiten auf. Der Ostteil konnte bei der Suche nach westlichen Partnern auf das Know-How und die Infrastruktur, im Einzelfall auch schon ganz früh auf finanzielle Mittel aus dem Westteil zurückgreifen. Der »Bonus« der unmittelbaren Nähe führte in Berlin in den Augen der politischen Mandatsträger zu einem »Vereinigungszwang« noch vor dem offiziellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, denn eine gesamtstädtische Perspektive schien unabdingbar. Die gemeinsamen Sitzungen von Magistrat Ost und Senat West, der »Magi-Senat«, sollten den Gleichklang in den unzähligen notwendigen Entscheidungen gewährleisten. Mit den Vorteilen ging jedoch eine deutliche ostdeutsche »Akteursschwäche« einher. Die Verwaltungshilfe West verwandelte sich noch vor dem offiziellen Beitritt im hier relevanten Bereich der Stadtentwicklungspolitik zur westlichen Dominanz mit anschließender Vereinnahmung zumindest auf Landesebene. Der Westen schickte sich an, seinen Geltungsbereich auf den Ostteil auszudehnen, noch bevor es dafür rechtliche und institutionelle Grundlagen gab. Zentrale Aufgaben wurden von Westakteuren übernommen, die offiziell zwar Ostakteuren weisungsgebunden waren, faktisch aber den politisch Verantwortlichen West verbunden blieben. Nach den ersten Gesamtberliner Wahlen im Dezember 1990 verschwanden nicht nur die Ostberliner politischen Mandatsträger von der Bildfläche, auch deren Verwaltungen wurden in den oberen Gehaltsstufen mit Angestellten aus dem Westen besetzt, schenkt man den Aussagen damals Betroffener Glauben.⁴

Aber nicht nur diese Fühlungsnähe, sondern auch der besondere Druck auf Berlin erklärt die westliche Dominanz. Vielfache Interessen kulminierten insbesondere im neuen/alten Zentrum der Stadt. Berlin sollte nicht nur Dienstleistungsmetropole, sondern Hauptstadt eines vereinigten Deutschlands werden, d.h., nicht nur der Westberliner politisch-administrative Apparat, sondern auch die politische Spitze Bonn meldete ihre Forderungen an. Nur der Rückgriff auf westliches Know-How konnte die schnelle Organisation dieses Umbaus Berlins gewährleisten.

c) Fehlende Planungsgrundlagen

Nach dem Zusammenbruch der DDR war der Osten ein gleichsam rechtsfreier Raum. Zwar galt mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik das

4 Vgl. E. Kraft, erster freigewählter Baustadtrat Ost, am 7.6.96, sowie Schweizer (1996: 56).

deutsche Planungs- und Baurecht, seine konkrete Umsetzung in Flächennutzungs- und Bereichsplanungen, in Gestaltungs- und Erhaltungssatzungen etc., fehlte vor Ort völlig. An einer beschleunigten Erarbeitung und Verabschiedung solcher Grundlagen arbeiteten die auf der Ebene der Investorenakquisition so rührigen politischen Mandatsträger entweder gar nicht oder nur im Sinne ihres politischen Verständnisses einer großinvestorenfreundlichen Politik. Dies zeigt beispielsweise der Flächennutzungsplan von 1994 (SenStadtUm 1994). Er wurde parallel zu den Zentrumsentscheidungen erarbeitet, verzichtete aber auf die Festlegung von Höhen-, Baumassen- oder anderen gestalterischen Konzepten oder das Benennen übergeordneter Stadtentwicklungsziele (Schulz 1996; Eichstädt 1995).

So kam es, daß in vielen Fällen, u.a. in der Friedrichstraße allein der »Lückenparagraph« (Bodenschatz) § 34 BauGB als einzige Planungsgrundlage zur Anwendung kam. Er erklärt ein Vorhaben »innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile« dann für zulässig, wenn es sich »in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt«. Er sieht also allenfalls Lückenschließungen im Innenbereich vor, nicht aber die Umstrukturierung eines ganzen Quartiers. Was denn die Eigenart einer Umgebung bestimmt, wird der Interpretation der politisch Verantwortlichen überlassen. Der Einsatz von § 34 war auch deshalb attraktiv, weil er eine öffentliche Beteiligung nicht vorsieht und über einen einfachen Verwaltungsakt, im Falle Berlins in Bezirksverantwortung, den Weg zur begehrten Baugenehmigung ebnen kann.

Der Umgang mit allen drei Transformationsspezifika orientierte sich an einem Ziel: der Beschleunigung von privaten Investitionsaktivitäten, die Berlin zu einer prosperierenden Metropole machen sollten.

1.2 Strukturwandel

Die Entwicklung Gesamtberlins nach der Wende läßt sich vereinfacht in zwei Phasen einteilen, eine bis in das Jahr 1993 hineinreichende Boomphase, der eine – bis heute anhaltende – Ernüchterungsphase folgte.

a) Die Boomphase

Die Befürchtungen eines möglichen ökonomischen Bankrotts wurden durch die unzähligen Wachstumsprognosen für die Stadt als Drehscheibe des neu aufkeimenden Ost-West-Handels und möglicher Regierungssitz verdrängt. Die diensthabenden Politiker in Ost und West traten in aller Eignigkeit die Flucht nach vorne an und wollten Berlin als »Weltmetropole«, »Weltstadt« oder »Global City« sehen. Die Prognosen gaben ihnen recht. Die Bevölkerungszunahme sollte demnach zwischen 0,6 und 1,4 Mio. bis zum Jahre 2010 betragen (vgl. SenBauWohnen 1990, SenStadtUm 1991),

der Büro- und Wohnflächenbedarf im gehobenen Bereich wurde allein für das Gebiet innerhalb des S-Bahnringes auf bis zu 4 Mio. Quadratmeter Bruttogeschoßfläche bis zum Jahre 2000/2005 prognostiziert (Eichstädt/ Jahn 1991: 154). Der damalige Bausenator Wolfgang Nagel rief eine »neue Gründerzeit« aus (Nagel 1990: 13). Die Metropolenwerdung der Stadt und der Einstieg in eine »unternehmerische Stadtpolitik« (Diepgen 1994) sollte in der politischen Rhetorik als Lösung nahezu aller städtischen Probleme erhalten.

Ökonomen, Stadtplaner und Soziologen, die schon in der ersten Nachwendzeit die Folgen dieses erwarteten Wachstums kritisch diskutierten (Sen BauWohnen 1990; SenStadtUm 1991) und die Negativposten einer schockartig entstehenden, polarisierten »global city« aufzeigten (Krätke 1992), paßten nicht in dieses euphorisierte Zukunftsbild. Alternative Entwicklungsszenarien (Häußermann/Siebel 1991) blieben ungehört, das Leitbild einer polyzentralen Entwicklung um den S-Bahnring herum (SenStadtUm 1994a), welches selbst vom ersten Gesamtberliner Stadtentwicklungssenator der Großen Koalition, Volker Hassemer (CDU), favorisiert wurde, blieb bei den Entscheidungen im Zentralen Bereich unberücksichtigt.

Die Politik wollte nur noch die Weichen für eine beschleunigte Investitionstätigkeit stellen. Mit dem vorzeitigen Ende der rot-grünen Koalition im Herbst 1990, die von einer Großen Koalition im Januar 1991 abgelöst wurde, konnte die öffentliche Hand ohne größere Reibungsmomente zur Sache gehen. Denn an privaten Akteuren für diesen Umbau mangelte es nicht.

Die Stadt wurde Anfang der 90er Jahre zu einem der attraktivsten Standorte für international agierende Immobilien-Unternehmen, sowie Großunternehmen und Banken, die als Finanzanlage auch an Grundbesitz interessiert sind. Die Steuergeschenke des Bundes zur Förderung privater Investitionen in den neuen Ländern taten ein Übriges. Projektentwickler aus aller Welt schacherten, kaum war die Mauer gefallen, um Grundstücke, tummelten sich im direkten Wortsinne im quasi rechtsfreien Raum, akzeptierten Höchstpreise von bis zu 40.000 Mark pro Quadratmeter und ließen Berlins feine Zukunft in bunten Computersimulationen und Entwurfzeichnungen aufleben. In der Folgezeit erlebte der Immobilienmarkt einen einzigartigen Boom, einen »bubble«, der aus einem spekulativen Moment heraus entsteht, und auf positiven Erwartungshaltungen fußt. Dieser bubble wurde durch die Hauptstadtentscheidung des deutschen Bundestags vom 20. Juni 1991 und die Olympia-Bewerbung für das Jahr 2000 weiter angeheizt.

Bis ins Jahr 1992 war die Stimmung auf dem Immobilienmarkt denn auch rosig. Immerhin hatten die großen Immobilienbüros einen zusätzlichen Bedarf von rund 10 Millionen Quadratmeter Bruttogeschoßfläche errechnet (Handelsblatt 9.3.90). Doch bereits im Laufe des Jahres 1993 nahmen die Hiobsbotschaften zu, wonach die heiße Phase der Höchstmietpreise vorbei

und ein Überangebot an Büroflächen zu erwarten sei. Dem neuesten Bericht zum Büroflächenmarkt Berlins zufolge wurden zwischen 1991/92 und 1995/96 630 Vorhaben mit rund 7,65 Millionen Quadratmeter Bruttogeschossfläche (BGF), davon 5,82 Millionen BGF allein an Bürofläche fertiggestellt, befanden sich im Bau oder waren baurechtlich genehmigt (SenSUT/IHK 1997: 19). Die Leerstandsquote in Berlin wird für 1997/98 auf 12-14% geschätzt mit sinkender Tendenz in den darauffolgenden Jahren (ebd., 30). Gegenwärtig hat Berlin mit über einer Million Quadratmeter in absoluten Zahlen den höchsten Leerstand bei Büroflächen in Deutschland. Investoren an der Friedrichstraße zeigen sich erfreut, wenn sie einen Vermietungsstand von 40% aufweisen können (FAZ 18.8.97).

Die Verwerfungen auf dem Immobilienmarkt spiegeln die gesamtstädtischen ökonomischen Probleme wider. Denn wo die Mieter für die neuen Büroflächen fehlen, fehlen auch die Steuereinnahmen dieser Unternehmen, deren Arbeitsplätze und die Kaufkraft für den Einzelhandel. Die Wachstumserwartungen der direkten Nachwendzeit hatten keine solide Basis.

b) Ernüchterungsphase

Ernüchterung und Skepsis machten ab 1993, beschleunigt durch die Negativentscheidung zu Olympia 2000, der Euphorie der Wendejahre Platz. Die Wirtschaft entwickelte sich nicht in der erwarteten Geschwindigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg von 1990 bis 1996 um 69% (Häußermann 1997: 16), und das Interesse potenter Unternehmen, sich in Berlin anzusiedeln, war geringer als erhofft. Die Politik hielt ungeachtet dessen dennoch am Vergleich Berlins mit Weltmetropolen wie London oder Paris fest, um den Substanzverlust der Stadt mit einem versuchten Imagegewinn als einer zukünftig prosperierenden Wachstumsregion abzufangen.

Aber an eine Zukunft Berlins als »global city« mochte keiner mehr so recht glauben. Dazu hinkte die Stadt beim Umbau als Standort von Industrie und »verlängerter Werkbank« zu einer modernen dienstleistungsorientierten Ökonomie zu weit hinterher. Eine Expertenkommission beim Senat für Wirtschaft und Technologie prognostizierte Berlin eine Zukunft als »Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur« (Expertenkommission 1992). Berlin werde, so wird an anderer Stelle konstatiert, wichtiger »Mitspieler« im deutschen und europäischen Städtevergleich werden, aber in realistischen Zeiträumen nicht die Kriterien einer »global city« erfüllen (Henckel/Mäding 1995: 301).

Der tiefgreifende wirtschaftliche Strukturwandel hält indes an. Noch ist das Ende der Fahnenstange bei der Abnahme von Arbeitsplätzen laut einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nicht erreicht (DIW 1996: 613). Zur düsteren Wirtschaftslage kommt die desolante Finanzsituation des Landes hinzu, die den politischen Handlungsspielraum

massiv einschränkt. Durch den schnellen Abbau der Subventionen aus dem Bundeshaushalt, die ansteigenden Ausgaben zum Um- und Ausbau der Infrastruktur insbesondere im Ostteil der Stadt und die unzähligen Investitionen in metropolendienliche Projekte sowie die Steigerung bei den Sozialausgaben bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen stieg die Schuldenlast weiter rapide an.

Verhalten positive Effekte auf die Wirtschaftslage werden vom Regierungsumzug erwartet (Henckel/Mäding 1995: 299; DIW 1996), aber es ist zu bezweifeln, daß hiervon hinreichende Anstöße für die Entwicklung einer neuen ökonomischen Struktur auszugehen vermögen (Häußermann 1997: 18). Dennoch gilt den in Berlin für Bauen und Stadtentwicklung zuständigen Politikern das Umzugsdatum als der Anfang vom Ende der Krise. Je offensichtlicher die Krise, auch auf dem Immobiliensektor, desto eher werden Grundsteinlegungen, Richtfeste und Eröffnungen geradezu zelebriert. Die Verpflichtung zum Erfolg in Manier einer »self-fulfilling-prophecy« eint die Politiker mit den Investoren der zuhauf leerstehenden Dienstleistungsflächen, die ebenfalls auf den Regierungsumzug hoffen.

»Das Reden über die künftige Rolle Berlins im deutschen Städtesystem ist in vielerlei Hinsicht ein Reden über Bilder, die durch die früheren Funktionen bestimmt sind und über Hoffnungen, was Berlin wieder werden könnte.« (Henckel/ Mäding 1995: 301)

Diese Hoffnungen richteten und richten sich vornehmlich auf die ehemals zentralen Orte der Stadt, die nun wieder reaktiviert werden sollen: auf den Potsdamer Platz mit seinen Unternehmenszentralen, die Friedrichstraße mit ihren Büropalästen, den Alexanderplatz mit seiner (geplanten) Skyline.

2. Der Bezirk Mitte im Brennpunkt der Interessen

Mitte avancierte zum absoluten Boomstandort und löste die City-West, vor allem Charlottenburg, als Büroflächenstandort ab (SenStadtUm/IHK 1995: 26). Hier bündelten sich in besonderer Weise die Interessen von Landespolitikern, Hauptstadtplanern und Investoren.

Ohne Alternativvorschläge auch nur zu diskutieren, ließ der damalige und bis Ende 1995 verantwortliche Bausenator Wolfgang Nagel eine Betreuungsstelle für bauwillige Investoren einrichten und schickte sich an, die attraktivsten Standorte international renommierten Projektentwicklern zu versprechen. Der »wilde Osten« galt nicht nur den Investoren als Wunderland, auch die diensthabenden Politiker konnten hier – zumindest bis ins Jahr 1991 hinein – ihrem Wunschen freien Lauf lassen, ohne sich nach Gesetzen oder Wünschen der Öffentlichkeit richten zu müssen.

Zu DDR-Zeiten war Mitte als Regierungsbezirk das offizielle politische und kulturelle Zentrum der »Hauptstadt der DDR«. Kommunen hatten in der DDR als eigenständige politische Instanzen faktisch keine Rolle ge-

spielt. Doch die Hoffnung der Bezirksverantwortlichen in Mitte nach dem Ende der DDR die eigenen Geschicke selbst in die Hand nehmen zu können wurde enttäuscht, denn die Berliner Verfassung sieht für die Bezirke allenfalls eine Beteiligung an der Selbstverwaltung vor. Die Unsicherheit der frischgebackenen Bezirkspolitiker wurde bei den Entscheidungen bewußt ausgenutzt. Wenn von einer »Kolonisierung« des Ostens (Vilmar/Dümke 1993) durch den Westen geredet werden kann, dann sicher zwischen Brandenburger Tor und Jannowitzbrücke.

Ganz konkret äußerte sich dies im Umgang mit den städtischen Räumen im allgemeinen und der Bebauung aus der DDR-Zeit im besonderen (vgl. Lütke-Daltrup 1995; Bodenschatz 1994). Um dem gewünschten Ergebnis der sauberen, gewinnträchtigen und repräsentationstüchtigen Innenstadt alsbald näher zu kommen, wurde Mitte mit Sonderzonen überzogen, die die Eigenständigkeit des Bezirks in jenen Abschnitten zur Makulatur werden ließen. Daß der Bezirk allen gehört und damit unter besonderen Zugriffsrechten steht, stellt auch das Ende 1996 veröffentlichte »Planwerk Innenstadt« außer Frage. Die City-Ost sei »in Zukunft nicht nur Zentrum einer 3,5 Millionen-Einwohner-Stadt, sondern ebenso ein räumlicher, funktionaler und emotionaler Bezugspunkt der Bundesrepublik« (SenSUT 1997: 20).

Der Auftakt zur Metropolenpolitik in Mitte erfolgte mit der Vergabeentscheidung zu den Friedrichstadt-Passagen im Frühjahr 1991, die erst nach einem langwierigen, komplizierten Auswahlverfahren möglich geworden war. Schneller und unkomplizierter konnten die politisch Verantwortlichen erst mithilfe des KOAI entscheiden.

3. Der Koordinierungsausschuß für innerstädtische Investitionen (KOAI)

»Damals haben wir gesagt, wir müssen alles – aus heutiger Sicht ist man immer schlauer – müssen alles tun, damit wir unter Beweis stellen, daß die Politik in Berlin handlungsfähig ist, und Handeln meint nicht, dicke Papiere zuwege zu bringen, sondern Bagger auffahren zu lassen.« (Ex-Bausenator Wolfgang Nagel 10.6.96)

3.1 Gründung und Aufgaben

Der KOAI wurde eigens initiiert, die Umwandlung sozialistischen Bodens in kapitalistische Strukturen dort zu beschleunigen, wo es um große, umstrittene und als besonders wichtig erachtete Projekte ging. Von besonderer Relevanz war der KOAI weniger in quantitativer denn in qualitativer Hinsicht. Alle, zur damaligen Zeit medienrelevanten Projekte, darunter alle Planungen in der mittleren Friedrichstraße, wurden von seinen Mitgliedern entschieden. Der KOAI trat am 12. Februar 1991 bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und entschied in insgesamt 14 Sitzungen bis zum September 1993 über mehr als 50 Großprojekte (davon allein 16 an der Friedrichstraße), de-

ren Grundstücks-, Eigentümer- und Nutzungsstruktur. Formal handelte es sich nur um Empfehlungen an die TLG, die die Verhandlungen mit den Investoren führte, faktisch war der KOAI das zentrale Organ, dem alle anderen Institutionen zuarbeiteten.

Der KOAI war auf höchster bundes- und landespolitischer Ebene angesiedelt. Neben den relevanten Berliner Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Bau- und Wohnungswesen sowie Finanzen, sporadisch auch Verkehr und Justiz waren die Oberfinanzdirektion Berlin, die Treuhandanstalt (THA) bzw. die Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG), die Reichsbahndirektion Berlin, das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (LAROV) sowie das Bundesfinanzministerium beteiligt. Ab der zweiten Sitzung wurden auch die betroffenen (Ost-)Bezirke geladen – offenbar gegen den Willen des Bausenators. Aber deren Beteiligung schien sinnvoll, da sie formal für die Schaffung des Planungsrechts nach § 34 BauGB zuständig waren. Grund für das informelle Zusammenwirken auf höchster politischer Ebene – es gab keine formalen Beschlüsse – war die offene Grundstücksproblematik, das größte Hindernis für Investoren, zumal in der Friedrichstraße. Ein Teil der damit befaßten Institutionen wie die TLG oder das LAROV waren noch in der Aufbauphase. Gleichzeitig existierte mit dem im Einigungsvertrag erlassenen »Gesetz über besondere Investitionen« ein – im Vergleich zu später eingeführten Regelungen – unsicheres Instrument zur Durchsetzung von Investitionen gegenüber den Restitutionsansprüchen von Alteigentümern.

Im Sinne »konzertierter Aktionen«, so der Initiator Wolfgang Nagel, sollten alle maßgeblichen Institutionen an einen Tisch gebracht und nicht zuletzt der Abstimmungsbedarf innerhalb der Berliner Verwaltung geregelt werden. Dies schien auch dringend notwendig. Denn hinter den Kulissen rumorte es heftig, wenngleich alle am KOAI beteiligten Akteure grundsätzlich an schnellen Investitionen interessiert waren.

Je attraktiver die Adresse, desto mehr potentielle Investoren gaben sich beim Investorenbetreuer der Bauverwaltung, Hanno Klein, der als Berater der Baustadträte Ost schon ab Anfang 1990 seinen Dienst im Ostteil versah, die Klinke in die Hand. Die Filetstücke an der Friedrichstraße zählten zum interessantesten, was die Stadt zu bieten hatte. Gut an den ÖPNV angebunden, in direkter Nähe zum (möglichen) neuen Regierungsviertel, mit vielen Brachen oder Planungsruinen versehen, weil von der DDR-Regierung bis in die 80er Jahre hinein vernachlässigt, und mit dem besonderen Mythos des ursprünglichen Zentrums schlechthin geadelt, wurden die Grundstücke im Einzelfall mit bis zu 40.000 DM pro Quadratmeter gehandelt. Die schnellsten Investoren hatten sich bereits 1990, noch zu DDR-

Zeiten beim Magistrat Ost unter Mithilfe von Klein⁵ Verkaufsoptionen für Grundstücke und Gebäude gesichert hatten, ohne daß die Alteigentümerfrage dabei eine Rolle gespielt hätte.

»Der KOAI war der Versuch, die Entscheidungsvorgänge zu straffen und zu bündeln« (Nagel) sowie »hinderliche Hierarchiestufen« (Klein 1991) abzubauen. Er hatte die Aufgabe, aus dem großen Kreis der Bewerber für die Grundstücke, nicht selten gab es 20 und mehr Interessenten für ein Grundstück, diejenigen auszuwählen, die die Gewähr zu bieten schienen, schnell die Projekte realisieren zu können. Der KOAI war in der Lage, ganz individuell, je nach Situation, zu reagieren, und konnte auch über das Prozedere zur Auswahl des geeigneten Investors selbst entscheiden.

Im Laufe der Entwicklung kristallisierten sich zwei Verfahrenswege heraus, zunächst ein zweistufiges Investorenauswahlverfahren, welches ab März 1991 immer mehr von der schnelleren Direktvergabe an einen Investor bzw. eine Investorengruppe verdrängt wurde. Diese Verfahren wurden im einzelnen immer wieder modifiziert und den Besonderheiten eines Projektes bzw. den sich verändernden rechtlichen Rahmenbedingungen angepaßt. Das Gremium avancierte immer mehr zur Vermittlungsinstanz zwischen streitenden Parteien, etwa wenn konkurrierende Restitutionsanmeldungen für die gleichen Grundstücke vorlagen oder Projektentwickler praktisch gleiche Projektstrukturen vorsahen. Grundsätzlich ging es darum, etwaige Rechtsstreitigkeiten zu verhindern und einen zügigen Projektbeginn zu ermöglichen.

3.2 Die Interessen der Akteure im KOAI

Die Umstrukturierung der Friedrichstraße war von privaten Investoren angeschoben worden. Die öffentlichen Akteure empfingen sie mit offenen Armen. Es waren im wesentlichen zwei im KOAI vertretene Akteursgruppen, die erstens das Verfahren selbst konstituierten und zweitens die politischen Entscheidungen für die Umstrukturierung der Friedrichstraße prägten. Das waren zum einen die Treuhandanstalt (THA) bzw. die Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) zusammen mit der Oberfinanzdirektion (OFD) als verlängerter Arm des Bonner Finanzministeriums, die für die Privatisierung der Grundstücke zuständig waren; das waren zum zweiten die mit Fragen von Stadtentwicklung, Bauaktivitäten und Grundstücksfragen befaßten Senatsressorts des Landes Berlin. Der dritte öffentliche Ak-

5 Hanno Klein, der für seine Vorliebe für Mega-Projekte bekannt war und öffentlich schon mal die »provinzielle« Ablehnung großer Investoren als »Investoren- und Developer-Rassismus« bezeichnete (Rheinischer Merkur 30.11.90), spielte eine ganz besondere Rolle für die Umstrukturierung der Friedrichstraße und sorgte mit seinen Weichenstellungen selbst nach seinem gewaltsamen, bis heute nicht aufgeklärten Tod im Juni 1991 für Konfliktstoff im KOAI (vgl. Schweizer 1996: 55ff).

teur, der Bezirk, spielte aufgrund der politischen Zuständigkeiten die unglückliche Rolle eines Don Quijote.

Die Handlungsprämissen der Treuhand⁶ bzw. ihrer 1991 gegründeten Liegenschaftsgesellschaft TLG waren mit dem, noch unter der de-Maiziere Regierung verabschiedeten Treuhand-Gesetz vom Juni 1990 in Richtung Privatisierung von Grundstücken und Immobilien festgelegt. Nach dem Muster »Erfassen, Bewerten, Verwalten, Verwerten« (Himstedt 1995: 1) sollten alle verfügbaren, nicht-betriebsnotwendigen Immobilien und Grundstücke schnellstmöglich privatisiert werden. Die Politik der Treuhand bzw. der TLG wurde immer wieder heftig kritisiert. Neben dem erklärten Ziel, schnellstmöglich zu privatisieren, waren es die Vergabekriterien für Grundstücke, die der Treuhand die Kritik einbrachte, preistreibend zu wirken. Tatsächlich sollten die Liegenschaften maximal verwertet werden, d.h. einen möglichst großen Zuschuss erhalten und vor allem möglichst teuer verkauft werden. In der Phase der Investorenauswahlverfahren wurden die Grundstücke grundsätzlich im Wege eines Bieterverfahrens an den Markt gebracht, d.h. daß Investoren in ihren Bewerbungen einen für sie akzeptablen maximalen Kaufpreis anzugeben hatten. Der Meistbietende wurde bei der Auswahl von der TLG begünstigt und erst bei »preisgleichen schlüssigen Geboten das nach Abwägung aller Umstände bessere Konzept« (ebd., 6) ausgewählt. Als Rechtfertigung galten die fehlenden Vergleichswerte für den Berliner Bodenmarkt. Diese hochgepuschten Grundstückspreise wurden dann auch bei den späteren Direktvergaben zugrundegelegt.

Die Folgen für die städtebaulichen Strukturen lassen sich in der Friedrichstraße besichtigen. Das Bieterverfahren trieb die Preisspirale nach oben, ohne daß eine ökonomische Basis dafür vorhanden gewesen wäre. Die siegreichen Investoren standen nun unter dem Druck, ihre Grundstücke maximal auszudehnen und in höchster Dichte zu bebauen. Zwölfgeschossige Bauten sind die Regel, Frei- und Grünflächen wurden zum unbezahlbaren Gut. Die Investoren kalkulierten mit höchsten Mietpreisen (nicht selten 100 Mark und mehr pro Quadratmeter Bürofläche⁷), die weniger rentable Nutzungen wie Wohnungen im mittleren Preisbereich oder Kultureinrichtungen ausschlossen. Stattdessen entstanden einige wenige Luxus-Appartments oder Boarding-Houses, auf Kultureinrichtungen oder den Erhalt von Grünflächen verzichtete der KOAI mit der Rechtfertigung, man dürfe die Wirtschaftlichkeit der Projekte nicht gefährden.

Die TLG konnte die Grundstrukturen in der Friedrichstraße wesentlich mitbestimmen, da sie in den meisten Fällen Verfügungsberechtigter mit

6 Vgl. aus der großen Anzahl der inzwischen erschienenen Analysen und kritischen Betrachtungen der Treuhand Lietke (1993), Fischer (1993), Köhler (1994).

7 Tatsächlich liegen gegenwärtig in der Friedrichstraße die Quadratmetermieten bei höchstens 50 DM für Büroflächen und 150 DM für kleinere Ladenflächen (FAZ 28.2.97).

dem größten Anteil war und in diesen Fällen ein Veto-Recht besaß. Insofern ist der häufig vorgebrachte Vorwurf, die TLG habe Stadtentwicklungspolitik betrieben, was ihr nicht zustehe, nicht ganz falsch. Aber die TLG war auf den Konsens im KOAI angewiesen, denn die Schaffung von Planungssicherheit oblag den verantwortlichen Stellen in der Stadt. Tatsächlich deckten sich die Interessen der Vertreter des Landes Berlin mit den Verkaufsinteressen der TLG dort, wo möglichst schnelle, möglichst große »metropolendienliche« Investitionen auf den Weg gebracht werden konnten. Daß sich die TLG auch Kleinparzellierungen angeschlossen hätte, wenn diese vom Senat gewünscht worden wäre, wie ihr Leiter, Himstedt (1995: 14), öffentlich betonte, wird auch vom damaligen Bausenator und seinem Senatsbaudirektor bestätigt. Eine kleinteilige Bebauung mit Nutzungsmischung und einer differenzierten Eigentümerstruktur war gerade von den zuständigen Stellen im Senat, allen voran Wolfgang Nagel, aber nicht erwünscht.

Darüberhinaus kann es als gesichert gelten, daß das Land Berlin massiven Einfluß auf den Gesetzgebungsprozeß im Bereich des Vermögensgesetzes genommen hat, in dem u.a. die Grundstücksfragen geregelt werden. Dessen wesentliche Modifikationen bis hin zur Novellierung von 1992 mit dem Investitionsvorranggesetz, welches die Stellung von Investoren gegenüber Alteigentümeransprüchen stärkte und Großstrukturen zum Maßstab von Investitionsvorrangbescheiden machte, sind teilweise von Berlin aus gesteuert worden. Die Reparaturgesetzgebung wurde von denjenigen Institutionen angeschoben, die zusammen mit dem KOAI Probleme mit offenen Grundstücksfragen aus dem Weg zu räumen hatten. Dies erklärt auch, warum der KOAI die Auswahlmodalitäten je nach Bedürfnis verändern bzw. auch immer wieder im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen entscheiden konnte.

Der Bezirk Mitte, im KOAI von der damaligen Baustadträtin Dorothee Dubrau vertreten, ist als einziger Akteur auszumachen, der ein, den Interessen der anderen Parteien entgegenstehendes Profil zeigte, wenngleich auch er Investitionen nicht verhindern wollte. Der Bezirk hatte jedoch aufgrund der formalen Zuständigkeiten und verstärkt durch die besonderen transformationsspezifischen »Schwächen« in den ersten Jahren nach der Wende, die undankbare Rolle des Steigbügelhalters für Großinvestoren zu übernehmen. Zwischen die Wahl gestellt, sich ganz zu verweigern oder in Aushandlungsprozessen punktuelle Veränderungen durchzusetzen, entschied er sich für letzteres. Die Kompromißlösungen, schließlich hatte der Bezirk die Baugenehmigung zu erteilen, schienen in Einzelfällen tatsächlich kleine Punktsiege des Bezirks zu beinhalten, etwa beim Verzicht auf Abriß alter Bausubstanz. Sie wurden jedoch durch die ungesicherte Konstruktion des Gremiums und seiner Beschlüsse häufig konterkariert.

3.3 Defizite der KOAI

a) Planungsdefizit

Die verantwortlichen Stellen haben bewußt auf die Anwendung von Planungsinstrumenten und juristische Absicherungen, die u. a. einen Einfluß auf die Bodenpreisentwicklung ermöglichen können, verzichtet. Um alle beteiligten Kräfte im KOAI für eine schnelle Bearbeitung der Fälle zu gewinnen, wurden die Entscheidungen einvernehmlich getroffen, d.h. es waren Kompromißlösungen. Die Zusagen des potentiell kritischen Bezirks wurden mit »schwammigen Formulierungen« erkaufte, »in denen sich dann eben jeder wiederfand«, wie die damalige Baustadträtin von Mitte und Mitglied im KOAI betont. Ex-Bausenator Nagel gesteht heute, daß dieses Vorgehen taktisch bestimmt war. »Das macht man immer so, um nicht gleich nein zu sagen.« Die KOAI-Beschlüsse waren aber, und das war ihm nach eigenen Angaben damals schon bekannt, rechtlich nicht abgesichert. Ein Investor konnte sich also trotz Zusage, die Beschlüsse als bindend zu betrachten, was schließlich die Voraussetzung für den Zuschlag war, über die Auflagen hinwegsetzen. Üblicherweise geschah dies nach dem Grundstücksverkauf und der erhaltenen Baugenehmigung durch den Bezirk, dessen Baustadträtin Dubrau sich mehr als einmal hintergangen fühlte.

Da die »Ersatzplanung« im KOAI ausschließlich an den § 34 BauGB geknüpft war, war das Vorgehen der Investoren rechtlich nicht angreifbar. Ob die in den Verwaltungen diskutierte Alternative, die Festsetzung eines Bebauungsplanes durch den zuständigen Bausenator, tatsächlich zu gänzlich anderen städtebaulichen Strukturen geführt hätte, sei dahingestellt. Er hätte zumindest theoretisch zur Festschreibung von Regelungen führen können, die für die Investoren bindend gewesen wären, wie einen höheren Wohnanteil oder die Festsetzung der Nutzungsdichte. Und er hätte nach den §§ 3 und 4 BauGB zur Beteiligung der Öffentlichkeit verpflichtet. Aber Nagel wollte den Investoren nicht unnötig Steine in den Weg legen.

b) Demokratie- und Diskussionsdefizit

Die maßgeblichen Stellen haben strikt jede Kontrolle, Beteiligung oder Diskussion von außen an den KOAI-Entscheidungen unterbunden. Der ausdrückliche Verzicht auf einen Bebauungsplan ist dafür nur ein Indiz. Um den reibungslosen und schnellen Betrieb zu gewährleisten, verzichtete der Initiator des KOAI, Wolfgang Nagel, im Einvernehmen mit den anderen Beteiligten der ersten Stunde auf jegliche Kontrollmechanismen. Wie viele vereinigungsbedingte Gremien war auch der KOAI jenseits des politischen Normalbetriebes angesiedelt. Weder in irgendeiner Verfassung vorgesehen noch einer öffentlichen Kontrolle zugänglich gemacht, konnten die ausgewählten Gremienmitglieder ihre Entscheidungen im stillen Kämmer-

lein mit dem Bewußtsein treffen, nicht von öffentlicher oder politischer Seite zur Rechenschaft gezogen zu werden. Rechtfertigungsgrundlage dafür war der Umstand, daß alle Entscheidungen zu Grundstücksgeschäften prinzipiell vertraulich behandelt werden müssen, sobald Interessen Dritter, in diesem Falle die der Privatinvestoren, betroffen sind. So konnten Anfragen von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses abgewiesen werden, und sämtliche KOAI-Unterlagen waren ohnehin »geheime Verschlusssachen«. Auf eine senatsinterne Kontrolle verzichtete die Exekutive großzügig. Schließlich hatten alle politisch Verantwortlichen in der Umbruchssituation genug eigene Probleme zu bewältigen und Großinvestitionen sollten, da war man sich auch ohne große Senatsbeschlüsse einig, ohnehin gefördert werden. Die Medien wurden erst benachrichtigt, sobald die Computersimulationen neuer, im KOAI bereits entschiedener Vorhaben vorlagen.

3.4 Der KOAI als »black box«

Die Einrichtung eines informellen Gremiums zur schnellen Problembewältigung war für die damalige Phase der Transformation typisch. Damit bestätigt sich auch in Berlin, daß

»die Kontinuität und leidliche Funktionstüchtigkeit des Regierungssystems der Bundesrepublik im Vereinigungsprozeß nur um den Preis einer provisorischen Auslagerung wesentlicher Entscheidungen und Belastungen aus dem politischen Normalbetrieb erreichbar war. Davon zeugen nicht nur die Koordinationsgremien, wie sie im Umfeld von Treuhandanstalt, Bundeskanzleramt und neuen Ländern gewachsen sind (...), sondern auch die Vermehrung und das Volumen von Schattenhaushalten sowie die faktische Ausschaltung parlamentarischer Kontroll- und Eingriffsrechte.« (Czada 1994: 247).

Das Macht- und Entscheidungszentrum für die Umstrukturierung der Friedrichstraße und anderer Projekte war eine »black box«, die sich die Rahmenbedingungen ihres Wirkens noch teilweise selbst zurechtlegen konnte. Im Grunde tat der KOAI nichts anderes als in beschleunigter Art und Weise, in »konzertierter Aktion« eben, westlich-kapitalistische Bedingungen für die Grundstücksnutzung herzustellen, in einer Zeit, als im Osten rechtliche, institutionelle und personelle Grundlagen fehlten. Die Gestaltungschance, die darin lag, daß die öffentliche Hand Eigentümerin bzw. Verfügungsberechtigte über den Großteil der Grundstücke war, wurde vertan. Die öffentliche Hand hat im Falle des KOAI eine historisch wohl einzigartige Machtfülle, ohne auch nur eine symbolische Beteiligung von welcher Öffentlichkeit auch immer und in aller Geschwindigkeit allein dazu verwendet, einem völlig ungesicherten Metropolenleitbild zu folgen, ohne zu klären, ob dieses Leitbild realistisch sein würde, welche Nebenwirkungen damit verbunden wären, und welche alternativen Entwicklungsmodelle denkbar gewesen wären. Immer wieder gilt der Verweis auf das zu sichernde ökonomische Überleben der Stadt als Rechtfertigung einer weltweit einzigartigen

beschleunigten Zusammenballung von Großprojekten, deren ökonomischer, städtebaulicher und sozialer Nutzen bis auf weiteres ungeklärt bleiben wird. Der Ex-Bausenator erklärt heute, er habe einzig das öffentliche Interesse umzusetzen versucht. Die Diskussion darüber hat er indes verhindert.

3.5 Zur Rolle des Städtebaulichen Strukturplans

Stattdessen veröffentlichte die Senatsbauverwaltung im Sommer 1992 einen »Städtebaulichen Strukturplan für den Bereich Friedrichswerder, Friedrichstadt und Dorotheenstadt« (SenBauWohnen 1992), der sich auf das vieldiskutierte Konzept der »Kritischen Rekonstruktion« (Stimmann 1994) stützt. Ein Regelwerk schien in der Tat überfällig angesichts der Fülle an Projektplanungen in der City-Ost und dem gleichzeitigen Mangel an Orientierung schaffenden planungsrechtlichen und planungspolitischen Grundlagen. Aber wer gehofft hatte, damit sei endlich ein starkes politisches Instrument geschaffen worden, um das Treiben der Investoren kontrollieren zu können, wurde enttäuscht. Denn der Strukturplan, der »die Grundlage eines Dialogs aller am Wiederaufbau der Stadt Beteiligten« (ebd., 4) sein und zur »Identifizierung« (ebd., 12) aller Berliner mit dem Zentrum führen sollte, setzte lediglich auf Überzeugungsarbeit.

An dieser Stelle muß auf eine ausführliche Analyse verzichtet werden. (vgl. dazu Bodenschatz 1995: 215ff; arch+ 1994). Festzuhalten bleibt, daß der Strukturplan politisch nicht per Senatsbeschluß abgesichert und damit nicht bindend war. Dies mag nicht allzu hoch bewertet werden, denn die ausführende Bauverwaltung hatte sich mit dem Strukturplan eine Selbstbindung auferlegt. Zeitlich kam er für die meisten Projekte an der Friedrichstraße zu spät und bündelte eher im Nachhinein von den Investoren durchgesetzte Forderungen, Verkaufsinteressen der TLG und stadtentwicklungspolitische Grundsätze zu einer scheinbaren Kompromißformel, die dem verantwortlichen Bausenator Nagel als Beweis dafür galt, daß sich die Privatinvestoren auch öffentlichen Interessen zu beugen hatten (SenBauWohnen 1992: 12). Da nach den Grundsätzen schon vor der schriftlichen Fixierung entschieden wurde, ist die zeitliche Komponente auch nicht allzu erheblich. Eigentlicher Knackpunkt ist die Frage nach der Bedeutung der Grundsätze in der konkreten Umsetzung der Projekte. Bei genauer Betrachtung fällt nämlich ins Auge, daß die »Forderungen« des Strukturplans den Investoren jede Menge Freiräume ermöglichten. Tatsächlich war der Plan »für die Investoren gedacht«, so Hans Stimmann heute. Daß der Strukturplan nur mässigen Einfluß auf die Grundsatzentscheidungen im KOAI haben würde, war den Verantwortlichen durchaus bekannt (Stimmann 1994, 121).

Wirkungsvoll war der Strukturplan vor allem in anderer Hinsicht, nämlich als kluges Instrument, nach außen Handlungsfähigkeit zu demonstrieren,

die »europäische Stadt« trotz Großbaustellenboom retten zu wollen, nicht zuletzt durch den eigens eingesetzten Senatsbaudirektor Hans Stimmann, der die politische Verantwortung zu tragen hatte und die Grundsätze glaubwürdig vertreten konnte. Nach innen konnte Bausenator Nagel seine investorenfreundliche Politik durchsetzen, notfalls unter ausdrücklichem Ausschluß von Stimmann, und hatte zugleich eine Rechtfertigungsgrundlage. Überdies lenkte der Strukturplan und die Diskussion darüber von anderen Fragestellungen, wie etwa die nach Legitimität und Kontrolle des KOAI und dessen konkreten Entscheidungen oder den sozialen und ökologischen Folgen für das Quartier ab.

Das ist den Vätern des Strukturplans auch weitgehend gelungen. Denn fortan stürzte sich die (Fach-)Öffentlichkeit auf das Regelwerk. Befürworter und Gegner trafen sich in den einschlägigen Zirkeln wie dem vom Senat für Stadtentwicklung und Umweltschutz initiierten »Stadtforum«, dem der Ruf als Alibiveranstaltung anhängt, und bei den »Berliner Architekturgesprächen« des Bausenats zum Schlagabtausch. Mit dem amtlichen Berliner Leitbild einer »preußischen« bzw. »Berlinischen Architektur« (Burg 1994), das im wesentlichen das Produkt einer einzigen Veranstaltung der Senatsbauverwaltung im Juni 1993 war (Bodenschatz 1995: 220), trieb Stimmann die Debatte voran. Ihm war es gelungen, eine in der Tat notwendige stadtentwicklungspolitische Debatte auf einen Architektur-Diskurs, einen »Streit über guten und schlechten Geschmack« (so Wolfgang Kil in der Berliner Zeitung 27./28.1.96) zu verengen. Er mußte vielerlei fachliche Kritik einstecken (arch+ 1994), aber es mag kein Zufall sein, daß ausgerechnet er, und nicht Bausenator Nagel zur öffentlich kritisierten Person wurde, denn solange um architektonische und städtebauliche Fragen – und dafür stand Stimmann – gerungen wurde, blieb wenig Platz, über politische und soziale Dimensionen des Themas zu streiten. Die Arbeitsteilung schien perfekt. Nagel trieb seine Großinvestoren-Politik voran, und während Stimmann, als Staatssekretär in einem politischen Amt und einflußreiches Mitglied im KOAI, öffentlich als eher unpolitischer Senatsbaudirektor auftrat, »sicherten sich Investoren ganze Blöcke und bedienten sich schlitzohrig der vorhandenen Mythen, um das Nostalgiebedürfnis mit einem Maximum an Büroquadratmetern in Einklang zu bringen« (Käpplinger 1995: 22). Wie wir wissen, taten sie das mit dem ausdrücklichen Segen der Politik auch auf Landesebene.

Strukturplan und KOAI-Politik sind insofern nur die beiden Seiten einer Medaille, die eine, die offizielle Seite, ausgeleuchtet bis ins letzte Detail, die andere, die informelle Seite, dem Einblick gänzlich entzogen. Die Betrachtung der Entscheidungsstrukturen um die neue Friedrichstraße zeigt deutlich die Doppelbödigkeit der Berliner Stadtentwicklungspolitik nach der Wende, die Legitimation inszenatorisch herstellt, tatsächlich aber aus-

schließlich dem Leitbild des »Schöner, Größer, Besser« folgt, ungeachtet der öffentlichen Diskussionen und vor allem der volks- und betriebswirtschaftlichen Prognosen. Die Investorenerwartungen im »bubble«-Rausch waren das Maß aller Dinge im politischen Entscheidungsprozeß. Die entsprechende »bubble-politics« galt für die Zentrumsplanung insgesamt, wie ein kurzer Blick auf die Entscheidungsstrukturen um die (geplanten) Umstrukturierungen von Potsdamer Platz und Alexanderplatz erhellt.

3.6 Kritische Aspekte der Zentrumsplanung

Anders als für die Friedrichstraße mit den einzelnen KOAI-Entscheidungen waren am Potsdamer und am Alexanderplatz städtebauliche Wettbewerbe die zentralen Entscheidungsmodi und sollten jeweils ein Gesamtkonzept für mehrere Einzelprojekte zum Ergebnis haben. In beiden Fällen waren die Investoren bereits Eigentümer der Grundstücke. Am Potsdamer Platz beschloß der Senat im Juli 1990 trotz heftiger Streitigkeiten innerhalb der damaligen rot-grünen Koalition, dem Hauptinvestor Daimler Benz ein 60.000 Quadratmeter-Areal weit unter Wert, für nur 1500 Mark pro Quadratmeter, zu verkaufen, wohlwollende Verkaufsverträge mit Sony (1991) und ABB (1992) folgten. Der Großteil der Investoren am Alexanderplatz hatte die Grundstücke bzw. Gebäudekörper nach der Wende von der THA, also ohne Einfluß des Landes Berlin erworben.

Bei allen Unterschieden ist den drei Fällen gemeinsam, daß die jeweiligen Entscheidungsverfahren das Ergebnis nicht strukturiert haben. Die Verfahren wurden vielmehr den gewünschten Ergebnissen angepaßt, die in ihren Grundzügen – schnellstmögliche und größtmögliche Investitionen – bereits feststanden. Der wesentliche Unterschied zwischen dem KOAI-Verfahren und den Wettbewerbsverfahren liegt darin, daß ersteres ohne demokratische Kontrolle durchführbar war, und letztere zumindest eine formale Beteiligung der Öffentlichkeit vorsahen. Während im Falle des KOAI das Verfahren informell und hauptsächlich durch die beteiligten Akteure konstituiert war, lagen bei den Wettbewerbsentscheidungen rahmensetzende Grundlagen vor. Sollen Wettbewerbe dazu dienen, objektivierbare, demokratische und pluralistische Entscheidungen herbeizuführen, was ihre Anwendung rechtfertigt, so zeigen Untersuchungen jedoch, daß die Interessen einzelner Akteursgruppen die Entscheidungsfindung weitaus mehr bestimmen als der offene und fachliche Diskurs (Becker 1992; de Jong/ Mattie 1994). Zwar existieren Richtlinien zur Durchführung, es gibt jedoch jede Menge Einflußmöglichkeiten, angefangen von der Entscheidung über die Wettbewerbsart (offener oder beschränkter Wettbewerb) und der Auswahl der Teilnehmer, über die Formulierung der Wettbewerbsvorgaben bis hin zur Besetzung der Jury und ihres Vorsitzenden.

Auch die Entscheidungsverfahren am Potsdamer Platz und am Alexanderplatz zeigen bei näherer Betrachtung, daß die städtebaulichen Verfahren keineswegs so offen waren, wie es die Durchführung eines Wettbewerbs suggerierte. Am offensichtlichsten war dies am Alexanderplatz, wo die Investoren direkt am Wettbewerb beteiligt waren, indem sie die Wettbewerbsvorgaben mitformulierten und in der Jury vertreten waren – bis dahin ein Novum in Berlin. Im Laufe des Verfahrens konnten sich die Interessen der Investoren zunehmend durchsetzen, und just der Entwurf wurde ausgewählt, der die größte Bruttogeschoßfläche bereitstellte. Der massiven Kritik aus der Öffentlichkeit am Wettbewerb und seinem Ergebnis setzten Senat wie Investoren eine bis dato einzigartige Öffentlichkeitskampagne entgegen. Sie war allein dazu angelegt, Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen, nicht aber das Ergebnis zu beeinflussen.

Am Potsdamer Platz traf eine Jury ohne Beteiligung der Investoren die Entscheidung, wonach sich die Planungen an der historischen Struktur orientieren sollten, Hochhäuser wurden abgelehnt. Ein daraufhin von den Investoren Sony und Daimler Benz präsentierter Gegenentwurf sah dagegen Hochhäuser vor. Schließlich einigten sich das Land Berlin und die Investoren in einer geheimen Sitzung auf den Entwurf des Landes Berlin, allerdings mit der wesentlichen Modifikation, doch drei Hochhaustürme zuzulassen. Nach außen blieb der Schein gewahrt, indem der Senat »seinen« Entwurf durchsetzte, tatsächlich aber verbeugte er sich auch hier vor den Investoreninteressen. Besonderes Interesse in der breiteren Öffentlichkeit erregten diese Vorgänge nicht, denn direkt Betroffene waren rar. In der Fachöffentlichkeit regte sich jedoch Widerstand. Einige Stadtplaner und Architekten, die »Gruppe 9. Dezember«, prangerte die »anarchistische Entwicklung« am Potsdamer Platz an und kritisierte die »öffentlich finanzierte Privatisierung von Stadtraum« (Rheinischer Merkur 30.11.90). An die große Glocke hängte die Landesregierung diese Entscheidung, bereits ganz im Stile der für die folgenden Jahre so typischen aktionistischen Geheimratspolitik, nicht. Diskussionen im Abgeordnetenhaus oder den Beiräten, die sich die Senatoren Hassemer und Nagel in beratender Funktion zur Seite gestellt hatten, unterblieben. Um das gesetzlich notwendige Maß an Bürgerbeteiligung vorweisen zu können, sah sich der Senat veranlaßt, eine Bürgerinitiative finanziell zu fördern. Deren Einwände gegen eine bauliche Überfrachtung des Gebiets blieben wie selbstverständlich unberücksichtigt. Wie später beim Alexanderplatz auch, wurden die zentralen Absprachen nur zwischen Investoren und Senat jenseits der eigentlichen Verfahren getroffen, in einer Sphäre des Nicht-Öffentlichen und Nicht-Nachvollziehbaren. Bereits hier galt also der keineswegs unübliche, im Nachwendeb Berlin aber auf die Spitze getriebene Grundsatz »formale Beteiligung bei quasi-informeller Entscheidung«.

4. »Bubbles und »bubble politics« – was bleibt?

Städte und Regionen haben heute mehr denn je die Aufgabe, im Sinne des »Unternehmens Stadt« als Initiatoren wirtschaftlicher Entwicklung zu agieren. Die veränderten Funktionsbedingungen des Steuerstaates im Kontext der fortschreitenden Globalisierung der Ökonomie⁸ verlangen auch und gerade der lokalen Ebene als unterster Stufe besondere Anpassungsleistungen ab, um im Ringen bei der Ansiedlung potenter Unternehmen erfolgreich zu sein. »Glokalisierung« (Swyngedouw) lautet denn auch das treffliche Schlagwort zur Beschreibung des Spannungsfeldes zwischen Globalität und Lokalität (Robertson 1995). Fallstudien belegen lokal spezifische Entwicklungspfade, wie auf die Herausforderungen der globalen Umstrukturierungen reagiert wurde (Mayer 1991; Heinelt/Mayer 1992). Als allgemeiner Trend wird »eine zunehmende Mobilisierung der lokalen Politik für die wirtschaftliche Entwicklung« konstatiert, »wobei die kommunale Politik private Kapitalakkumulation unter Einbeziehung relevanter weiterer Akteure organisiert« (Mayer 1991: 52).

Dies gilt auch und gerade für die Stadtentwicklungspolitik Berlins nach der Wende, deren Parameter schleunigst an den Gesetzen des interlokalen und -regionalen Wettbewerbs ausgerichtet werden mußten. Die Befürchtung, in der internationalen Städtehierarchie nur einen mittelmäßigen Platz einnehmen zu müssen, war in den Senatsbüros übermächtig, wurde aber vom Metropolenzauber verdrängt. In Berlin wie anderswo dient Globalisierung und Standortkonkurrenz häufig als Legitimationsformel für die Durchsetzung von Großprojekten aller Art – ungeachtet ihrer 'Stadtverträglichkeit' oder des Subventionsaufwandes. Eine ernsthafte Auseinandersetzung über alternative Entwicklungspfade fand nicht statt, ein Blick auf die Kosten-/Nutzenbilanzen anderer Kommunen unterblieb.

Anstatt auf die Entfaltung der »endogenen Potentiale« der Region zu setzen, blieb die Mittelstandspolitik halbherzig⁹, und die verantwortlichen Politiker schielten allein auf die »exogenen Potentiale« der internationalen Projektentwickler und deren Financiers. Endlich mit den Großen und Mächtigen der Welt am Tisch zu sitzen, erschien wichtiger als lokale Optionen zu berücksichtigen. Geflissentlich wurde auch darüber hinweggesehen, daß viele Großprojekte nicht in erster Linie aufgrund des Eigenbedarfs der Investoren entstanden, was selbst in der Bankenmetropole Frankfurt am Main die Regel ist, sondern daß es sich häufig um rein spekulative Projekte

8 Vgl. zur jüngeren Debatte um eine veränderte Staatlichkeit u.a. die Debatten in Grimm (1996) sowie Fach (1997).

9 Zur Option einer »qualifizierten Strukturanpassung mit sozialer Stabilisierung« vgl. Krätke (1994: 191).

von austauschbaren Projektentwicklern handelte, bei denen kurzfristiges Gewinninteresse vor langfristigem Nutzungsinteresse steht. Berlin war neben Leipzig und Dresden herausragender Ort, an dem sich die Expansion des Immobiliengeschäftes im Nachwendedeutschland durch ein System der »Steuervermeidung« voll entfalten konnte. Den Steuerzahlern bleiben dann mit Steuergeschenken finanzierte Bürohalden als sichtbarer Verwendungsnachweis öffentlicher Mittel.

Mittelständische Investoren oder auch Alteigentümer, die zu Investitionen bereit gewesen wären, waren im Wettbewerb mit international agierenden Developern, die auf spektakuläre Großprojekte verweisen konnten, chancenlos. Sicher kann man darüber streiten, ob sie die Garanten für eine alternative Entwicklungsdynamik mit kleinteiliger Nutzungsstruktur zugunsten einer urbanen Vielfalt hätten sein können. Immerhin hätte allein mehr Zeit dem einen oder anderen Geldgeber oder Entscheider gezeigt, daß so manches Projekt mit seiner Überdimensionierung am Berliner Markt vorbei geplant war. Und dann wäre, so ganz nebenbei, auch ein bißchen mehr an Demokratie möglich gewesen, und sei es nur in Form eines Bebauungsplanverfahrens mit all seinen Gutachten und dem vorgeschriebenen Diskussionsbedarf (obwohl auch dies nicht notwendigerweise zu anderen Ergebnissen hätte führen müssen, wie uns das Beispiel Alexanderplatz zeigt). Eine demokratische Debatte hätte all jene Fragen – wie etwa nach den langfristigen Nutzungen oder auch den öffentlichen Kosten für die Infrastruktur – auf die öffentliche Agenda gebracht. Die Berliner Akteure machten aber allein die Rationalität des Ökonomischen und damit die Logik der umworbenen Investoren zur einzigen Grundlage ihrer Entscheidungen. Es scheint, als zeichne sich vor allem hierdurch die Berliner Variante der »unternehmerischen Stadt« aus. Eine politische Rationalität, die offene Verfahren und Kontrollinstanzen hätte konstituieren können, blieb außen vor und wurde durch die Inszenierungen des Stadtdiskurses ersetzt.

Man mag ebenso darüber streiten, ob zumindest in der ersten Nachwendephase das Leitbild der Global City realistisch zu sein schien – immerhin gingen auch Kritiker von entsprechenden Entwicklungen aus (Krätke 1991) –, und daß etwas zu geschehen hatte, lag auf der Hand. Aber die Kosten des blind eingeschlagenen Weges waren doppelt hoch, im demokratischen wie im volkswirtschaftlichen Sinne. Sicher scheint heute, daß die öffentliche Förderung des »bubbles« der Spekulanten mittels einer »bubble-politics« der Stadt nicht den wirtschaftlichen Nutzen brachte, der in Totschlagmanier als einzige Rechtfertigung für die beschleunigten Investitionsentscheidungen genannt wurde. Auch viele Projektentwickler mitsamt finanzierender Banken und Investmentfonds warteten auf den erhofften Reibach bislang vergeblich und können ihre Verluste gleich noch einmal steuerlich zu Lasten des Staates geltend machen.

In Berlin haben zumindest die eifrigsten Stadtentwicklungspolitiker aus der Nachwende-Zeit zweierlei gelernt. Lehre Nr.1: ohne die streitsüchtigen Bürgerinnen und Bürger ist leichter und schneller, also reibungsloser Politik zu machen. Lehre Nr. 2: wenn die Bürgerinnen und Bürger schon an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden müssen, dann tut es auch der Aufguß der formalen Beteiligung, und wenn man schon den Investoren nachgibt – schließlich sind sie die Geldgeber von morgen – dann kommt es auf die richtige Vermittlung der Politik in die Öffentlichkeit an. Die Kulturalisierung stadtentwicklungspolitischer Debatten, das Reden über Architektur anstelle der Diskussion über Nutzungen, bietet sich als Methode an, denn an Anschauungsmaterial, mangelt es nicht.

Die Verantwortlichen fühlten und fühlen sich in den Höhen metropolitaner Zukunftsträume wohler als in den Niederungen demokratischer Streitkultur. Die zweite Generation der Verantwortungsträger macht weiter wie gehabt. Profilierungsucht, man muß sich schließlich von den erfolgreichen Schöpfern des Baubooms absetzen, gepaart mit dem hoffnungslosen Festhalten am Metropolentraum treiben teils absurd anmutende und doch ganz reale Blüten. Der eine, Bausenator Jürgen Klemann (CDU), bietet den Bebauungsplan-Entwurf für die Skyline des neuen Alexanderplatzes wie warme Semmeln als »das einzig richtige Zeichen in einer schwierigen Zeit« an, womit er wohl auch den Investoren Mut machen will, die jenseits einer Steigerung der Bodenpreise gegenwärtig kaum Interessen mit dem hochhausbeturmt Alexanderplatz verbinden. Und auch für die City-West läßt er gegenwärtig das entsprechende Leitbild einer Postkarten-Skyline¹⁰ entwickeln. Dem anderen, Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD), gelang der PR-Coup eines »Masterplans« für die beiden Cities, womit er nicht nur sich ins Gespräch brachte, sondern auch den schon wieder am meisten betroffenen Bezirk Mitte auf die Palme, u.a. deshalb, weil dessen Planungsgrundlagen infrage gestellt werden, wie die fast fertige Bereichsentwicklungsplanung, die mit der Verwaltungsebene des Stadtentwicklungssenats bereits abesprochen war, nun aber nach dem Willen der politischen Spitze in der Schublade verschwinden soll.

Trotz oder gerade wegen der anhaltenden Krise üben sich die verantwortlichen Politiker im »muddling through«. Anstatt realistische Rezepte für die Zukunft zu suchen und die ganz offensichtlich veränderten Parameter der Entwicklung zur Grundlage ihres Handelns zu machen, beharren sie auf dem Erfolg der »self-fulfilling-prophecy« und machen weiter wie gehabt.

10 Vgl. die Äußerung Klemanns bei der Erörterungsveranstaltung zum Bebauungsplanverfahren Alexanderplatz am 11. Juni 1997, Berlin habe nun mal keine Berge, womit auf Postkarten geworben werden könne, heute sei eine Hochhaussilhouette gut für die Werbung. Tags drauf stellte er eine Studie für den Bau von Hochhäusern rund um den Bahnhof Zoo vor (Tagesspiegel 13.6.97).

Dazu zählt auch die Inszenierung des Scheins, so daß man fragen kann, ob in Berlin eine Variante der neuen »Herrschaftstechnik« (Fach 1997) eingeübt wurde, von der in der Staatsdebatte die Rede ist.

Literatur

- arch+ (1994): *Von Berlin nach Neuteutonia*, H. 122/94.
- BauGB (1994): *Baugesetzbuch*, 25. Auflage Juni 1994, Beck im dtv, München.
- Becker, Heidede (1992): *Geschichte der Architektur- und Städtebauwettbewerbe*, Stuttgart.
- Berg, Frank; Nagelschmid, Martin; Wollmann, Hellmut (1996): *Kommunaler Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozeß*, KSPW-Bd 12, Opladen.
- Beyme, Klaus von (1996): Der kurze Sonderweg Ostdeutschlands zur Vermeidung eines erneuten Sonderweges: Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 3/ 96, S. 305 – 316.
- Blanke, Bernhard (Hg.) (1991): *Staat und Stadt*, PVS-Sonderheft 22/ 1991, Opladen.
- Bodenschatz, Harald u.a. (1995): *Berlin. Auf der Suche nach dem verlorenen Zentrum*, Junius, Hamburg.
- Bodenschatz, Harald (1994): Berlin Alexanderplatz, in: Architektenkammer Berlin (Hg.), *Architektur in Berlin*, Jahrbuch 1993/ 94, Hamburg, Junius, S. 86 – 95.
- Burg, Annegret (Hg.) (1994): *Neue Berlinische Architektur: Eine Debatte*, Berlin.
- Czada, Roland (1994): Schleichweg in die »Dritte Republik«. Politik der Vereinigung und politischer Wandel in Deutschland, in: *PVS*, H. 2/ 94, S. 245 – 270.
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (1996): Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin, in: *DIW-Wochenbericht* 37/ 96, S. 607 – 613.
- Dieppen, Eberhard (1994): Die Hauptstadt im Werden: Berlin auf dem Weg ins Jahr 2000, in: Buddenberg, Helmut (Hg.), *Unternehmen Deutschland*, Stuttgart.
- Eichstädt, Wulf (1995): *Alternativen der Berliner Zentrumsplanung* (Ms.).
- Eichstädt, Wulf; Jahn, Edvard (1991): Perspektiven der innerstädtischen Entwicklung, in: *SenStadtUm* (1991), S.153 – 159.
- Expertenkommission (1992): *Empfehlungen der strukturpolitischen Expertenkommission des Senators für Wirtschaft und Technologie: Auf dem Weg zur Dienstleistungsmetropole Berlin*, Berlin Mai 1992.
- Fach, Wolfgang (1997): Die Sehnen der Macht. Zur Physiognomie des »schlanken Staates«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/97, S. 222 – 231.
- Fisch, Stefan (1988): *Stadtplanung im 19. Jahrhundert*, München, Oldenburg.
- Fischer, Wolfram u.a.(Hg.) (1993): *Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen*, Berlin.
- Grimm, Dieter (1996): *Staatsaufgaben*, Ffm.
- Häußermann, Hartmut (1997): Berlin: Lasten der Vergangenheit und Hoffnungen der Zukunft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17/97, S. 10 – 19.
- (1996): Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus, in: Häußermann, Hartmut; Neef, Rainer (1996): *Stadtentwicklung in Ostdeutschland*, Opladen.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1991): Bausteine zu einem Szenario der Entwicklung von Berlin, in: *SenStadtUm* (1991), S. 23 – 58.
- Heinelt, Hubert; Mayer, Margit (Hg.) (1992): *Politik in europäischen Städten. Fallstudien zur Bedeutung lokaler Politik*, Berlin.
- Henckel, Dietrich; Mäding, Heinrich (1995): Berlin im deutschen Städtesystem, in: *Süß* (1995), S. 285 – 303.
- Himstedt, Günter (1995): *Aufgaben der TLG – Treuhandliegenschaft mbH*, Vortrag zur Tagung »Wie entsteht die neue Mitte Berlins« an der Humboldt-Universität, 9./10.6.95, (Ms.).
- Käpplinger, Claus (1995): Entlang der Friedrichstraße: Der Bauch Berlins, in: *Foyer* 3/95, S.22-26.
- Klein, Hanno (1991): Anmerkungen zu Berlins neuem Weg, in: *Berlin heute. Projekte für das neue Berlin*, Katalog zur Ausstellung in der Berlinischen Galerie, S. 9- 14.

- Köhler, Otto (1994): *Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte*, München.
- Krätke, Stefan (1994): Stadtsystem im internationalen Kontext und Vergleich, in: Roth, Roland; Wollmann, Hellmut (Hrsg.), *Kommunalpolitik*, Opladen, S. 176 – 193.
- (1991): Berlin: Umbau zur neuen Metropole, in: von Petz, Ursula; Schmals, Klaus M. (Hg.), *Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung*, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 60, S. 343 – 352.
- Lietke, Rüdiger (Hg.) (1993): *Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen*, München.
- Lütke-Daltrup, Engelbert (1995): Vier Jahre Hauptstadtplanung: Eine kritische Zwischenbilanz, in: *Süß (1995)*, S. 419 – 439.
- Mayer, Margit (1991): Neue Trends in der Stadtpolitik – eine Herausforderung für die Lokale Politikforschung, in: *Blanke (1991)*, S. 51 – 71.
- Nagel, Wolfgang (1990): Einführung: Berlin im Umbruch, in: *SenBauWohnen (1990)*, S.11-22.
- Reißig, Rolf (1994): Transformation – Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 3, S. 323 – 343.
- Robertson, Robert (1995): Glocalisation: Time – Space and Homogeneity – Heterogeneity, in: Featherstone, Mike et al., *Global Modernities*, London, S. 25 – 44.
- Schulz, Klaus Dieter (1996): Stadtgestaltung? Probleme der Ostberliner Stadterneuerung, in: *Jahrbuch Stadterneuerung 1996*, Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen und Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin (Hg.), Berlin, S. 93-111.
- Schweizer, Eva (1996): *Großbaustelle Berlin. Wie die Hauptstadt verplant wird*, Berlin.
- SenBauWohnen (Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen) (Hg.) (1995): *Stadt Haus Wohnung. Wohnungsbau der 90er Jahre in Berlin*, Ausstellungskatalog.
- (1992): *Städtebaulicher Strukturplan. Kritische Rekonstruktion des Bereichs: Friedrichswerder, Friedrichstadt, Dorotheenstadt*, Städtebau und Architektur Bericht 6.
- SenBauWohnen (Senatsverwaltung für Bauen und Wohnungswesen) (Hg.) (1990): *Erste Stadtkonferenz Berlin, Planen, Bauen, Wohnen, 25./26. Juni 1990*, Kongreßbericht.
- SenSUT (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie) (Hg.) (1997): *Planwerk Innenstadt Berlin*. Ein erster Entwurf.
- SenSUT/IHK (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Industrie- und Handelskammer zu Berlin) (Hg.) (1997): *Büroflächenmarkt Berlin – Tendenzen von Nachfrage und Angebot bis zum Jahr 2005*.
- SenStadtUm/IHK (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Industrie- und Handelskammer zu Berlin) (Hg.) (1995): *Büroflächenbericht Berlin 1994/95*.
- SenStadtUm (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz) (Hg.) (1994): *Flächennutzungsplan Berlin – FNP 1994*.
- (1994a): *Ausgewählte Leitvorstellungen zur Stadtentwicklung* (Tischvorlage).
- (Hg.) (1991): *Metropole Berlin: Mehr als Markt*. Dokumentation des Symposiums 26./27. November 1990.
- Stimmann, Hans (1994): Kritische Rekonstruktion und steinerne Architektur für die Friedrichstadt, in: *Burg (1994)*, S. 107 – 122.
- Süß, Werner (Hg.) (1995): *Hauptstadt Berlin. Berlin im vereinten Deutschland*, Band 2, Berlin Verlag/Arno Spitz, Berlin.
- Vilmar, Fritz; Dümke, Wolfgang (1993): Kolonisierung der DDR? Kritische Analysen des deutschen Vereinigungsprozesses, in: *Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt*, Nr. 3/4, Berlin, S.5-10.
- Wollmann, Hellmut (1995): Regelung kommunaler Institutionen in Ostdeutschland zwischen »exogener Pfadabhängigkeit« und endogenen Entscheidungsfaktoren, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 4/ 95, S. 497 – 514.
- (1991): Kommunalpolitik und -verwaltung in Ostdeutschland: Institutionen und Handlungsmuster im »paradigmatischen« Umbruch, in: *Blanke (1991)*, S.237-258.
- Zapf, Wolfgang (1994): *Zur Theorie der Transformation*. Beitrag auf der 4. Transformations-Konferenz des BISS. Berlin, 9./10. Dezember 1993.

Jens Sambale, Dominik Veith

Berliner Wagenburgen: Transformation peripherer Räume, Stigmatisierung sozialer Gruppen und die Abwehr von Marginalisierung

»Der städtische Raum ist konkreter Widerspruch« (Roger Keil, 1993: 305)

Wagenburgen, Spontansiedlungen, mobile Wohnformen, Zeltstädte, Obdachlosigkeit in allen Schattierungen und viele andere Unterbringungsformen jenseits des Normalmietverhältnisses sind urbane Wachstumsphänomene und keine der Schrumpfung. Begriffe wie De-Urbanisierung, Exurbanisierung oder Suburbansierung kennzeichnen eine konkurrierende Realität der Stadtentwicklung (Garreau, 1991, Soja 1992, Ronneberger 1997b). Die Gleichzeitigkeit der Bevölkerungszunahme in den urbanen Zentren und der Ausdehnung der bebauten Fläche an den städtischen Rändern, scheint das klassische Urbanisierungsmodell der Einheit von sozialer und räumlicher Mobilität zu bestätigen: Danach erfolgt die Integration von ZuwanderInnen in die Stadt über die Arbeits- und Wohnungsmärkte in den Zentren und findet ihren Abschluß idealerweise in der Eigentumbildung am Stadtrand. Arbeitsverhältnisse mit tariflichem Lohn und garantierten sozialen Leistungen sowie Mietverhältnisse mit gesetzlichen Standards und Ansprüchen münden in der bürgerlichen Kernfamilie mit Wohneigentumswunsch. Daß dieses wachstumsorientierte Modell sozialer und räumlicher Mobilität immer schon auf dem selektiven Ein- und Ausschluß Anspruchsberechtigter (Becker 1997) gegründet war und daß die gegenwärtige Krise der Arbeits- und Wohnungsmärkte von Ausgrenzungsprozessen gekennzeichnet ist, können wir hier nicht weiter thematisieren. Im Unterschied zu Obdachlosenunterkünften und anderen prekären Unterbringungsformen, die das Scheitern der Wohnraumversorgungspolitik kennzeichnen, formulieren Wagenplätze eine aktive Kritik an der Warenförmigkeit städtischen Lebens und den disziplinierenden Zumutungen der Normalbiographie. Mit der Transformation (West-) Berlins von der urbanen Ausnahme zur metropolitanen Kapitale wandelt sich die Funktion der Wagenburgen für die städtische Reproduktion: An die Stelle des Zeugnisses Westberliner Toleranz

und Offenheit gegenüber kollektiven Lebensformen tritt die städtische Feinderklärung. Gegenstand des Textes ist dieser Funktionswandel, der eng an die verwertungsorientierte Aufwertung ehemals peripherer Räume gebunden ist sowie die taktischen und strategischen Maßnahmen der WagenbewohnerInnen gegen die Politik der Stigmatisierung.

Restrukturierung der sozialräumlichen Ordnung

»Bitte bleiben Sie in Berlin. Bleiben Sie Berliner« (Bausenator Klemann auf den Schautafeln zu der Ausstellung Eigentum 2000, 1997)

Die oben angedeutete Gleichzeitigkeit von Bevölkerungszunahme im Zentrum und der Ausdehnung der Wohngebiete an der städtischen Peripherie beiderseits der Stadtgrenze, scheint für Berlin nicht zuzutreffen. Stagnation und Krise bestimmen die Rhetorik städtischer Eliten. Die Berliner Besonderheit der Einheit von Siedlungsgebiet und Gebietskörperschaft¹ weicht dank steuerlicher Vergünstigungen einem uniformen Siedlungsbrei von Wohn- und Gewerbeparks jenseits der Stadtgrenze, auf die Berliner Planungsbehörden kaum Zugriff haben. Diese unkontrollierte Ausdehnung urbaner Randgebiete artikuliert einen Prozeß sozialen Wandels, der mit dem Begriff nachholender Suburbanisierung nur unzureichend beschrieben ist. Trotzdem kann in Berlin keineswegs von einer Verödung des geographischen Zentrums gesprochen werden. Die Arbeitsplatz- und Bevölkerungsdichte liegen mit 1,2 Millionen EinwohnerInnen und 800.000 Arbeitsplätzen in der Innenstadt deutlich höher als im Rest der Republik (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe 1995: 9). Auch EinwanderInnen- und Arbeitslosenquartiere wie der Bezirk Kreuzberg wachsen allen Abwanderungsprognosen zum Trotz bei sinkendem Wohnungsbestand ungebrochen weiter. Allerdings siedelt hier immer weniger der ökonomisch potente *Stadtbürger* (vgl. Heeg im vorliegenden Band) als vielmehr eine wachsende Zahl diskriminierter Bevölkerungsgruppen.

Die Suburbanisierung von Produktion, Handel und einkommensstarken Haushalten über die Stadtgrenze hinweg, führt zur Reorientierung lokaler Politik. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Bauverwaltung und die Wohnungswirtschaft reagieren mit konkurrierenden Maßnahmen auf diesen Verlust von WählerInnen, MieterInnen und SteuerzahlerInnen. Zur Sicherung der »strukturellen Stabilität« der Stadt, so Staatssekretär Ba-

1 Im Westteil verhinderte die Mauer die Ausdehnung des Siedlungsgebietes über die Stadtgrenze hinaus. Auch im Osten fand extensiver Wohnungsbau fast ausschließlich innerhalb der Stadtgrenze an der östlichen Peripherie statt. Der Anteil des privaten Wohnungsbaus in und um Berlin fällt weit hinter den nationalen Durchschnitt der DDR und dem anderer RWG-Staaten zurück (vgl. Schulz 1991). Beiden Stadthälften war die Ausdehnung der Gebietskörperschaft völkerrechtlich untersagt.

roner (1996: 2), legt die Bauverwaltung eine Eigentumsoffensive² am Stadtrand auf, der Stadtentwicklungssenator publiziert das *Planwerk Innenstadt*³, das die City als Standort für den immobilienbesitzenden *Stadtbürger* erschließen soll und die Wohnungswirtschaft setzt eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz ihrer Investitionen durch. So sieht u.a. das *Maßnahmenprogramm zur Sicherung und Verbesserung des Sozialgefüges im Sozialwohnungsbestand der Großsiedlungen* in elf Gebieten ab April 1998 vor: Auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe zu verzichten, die Belegungsbindungen aufzuheben und Besetzungsrechte nicht mehr wahrzunehmen.⁴ Damit entgeht dem strapazierten Budget Berlins nicht nur eine Einnahmequelle, der lokale Staat verzichtet darüber hinaus auf eine der wenigen Möglichkeiten, diskriminierte Gruppen mit Wohnraum zu versorgen. Die politische Orientierung an den Mittelklassen und ihre polizeiliche wie private Absicherung markieren Versuche, die Zentralität Berlins als Hauptstadt und Standort zu stärken. Immer wieder betont das *Planwerk* das *Primat der Mitte* (taz 28.11.96). Bevölkerungsgruppen und Nutzungen, die sich nicht in dieses neue städtische Leitbild fügen können (Obdachlose und Arme) oder wollen (Wagenplätze, HausbesetzerInnen) werden marginalisiert und an die städtische und soziale Peripherie gedrängt. Polizei, Sicherheitsdienste und die verschiedenen Senatsverwaltungen agieren als *Raumpatrouille*, die akzeptierte Nutzungen und Verhaltensweisen in städtischen Teilräumen definiert und sanktioniert. Dieser Privilegierung der räumlichen Form über soziale Prozesse liegt die Vorstellung zugrunde, daß innerhalb einer fixierten räumlichen Gestalt durch geschicktes Management der planenden Verwaltung soziale Prozesse gesteuert und kontrolliert werden können. Diese räumliche Kontrollfunktion leitet nicht allein das *Planwerk Innenstadt* und die Eigentumsoffensive, sondern auch die Vertreibungsprozesse in den Innenstädten und die *NIMBY-Revolten*⁵ an der urbanen Peri-

2 Der Angriffscharakter gegen MieterInnen kommt in der Maßnahme zur Geltung: Es ist nicht die »Emanzipation der Mieter« (Titel *Stadtforum*, Mai 1997), sondern die »Emanzipation von dem Mieter« (Titel *MieterEcho* 263/97), die hinter der *Offensive* steht (zur Mittelklasseorientierung dieser Maßnahmen siehe Heeg in diesem Band, für eine generelle Kritik der Eigentumsbildung in Berlin siehe Wolff 1996).

3 Zum *Planwerk* vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 1997a, kritisch u.a.: Architektenkammer (1997), Hain (1996), Tageszeitung/Scheinschlag (1996), Schmals/Jahn (1997).

4 Die Maßnahmen sind auf zunächst drei Jahre befristet. Das *Maßnahmenprogramm* steht unmittelbar vor der Verabschiebung (Korrespondenz mit der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Januar 1998, vgl. AH 1996f).

5 *NIMBY* ist das angelsächsische Akronym für: Not In My Back Yard. *NIMBY-Strategien* haben sich in den USA als ausgesprochen erfolgreich bei der Abwehr unerwünschter Nutzungen in Eigenheimsiedlungen erwiesen. Die Definition unerwünschter Nutzungen wird dabei immer weiter ausgedehnt. Handelte es sich klassisch um Einrichtungen der technischen (Müllverbrennungsanlagen) und der sozialen Infrastruktur (Obdachlosenhilfe, forensische Kliniken) werden mittlerweile selbst Apotheken als potentielle Anbieter von Spritzen für DrogenkonsumentInnen an der Ansiedlung gehindert. Ratio dieser Politik ist

pherie (s.u.). Die Errichtung polizeilicher Verbotszonen und Zugangsbarrieren gegenüber den unwürdigen Armen, die kontinuierliche Ausweitung des Hausrechtes über ehemals öffentliche Räume (Innen!Stadt!Aktionen! 1997),⁶ die Abschottung wohlhabender Haushalte von den Konsequenzen polarisierter Einkommens- und Vermögensverteilung⁷ usw. versuchen, die urbane Geographie der Ungleichheit zu organisieren. Diese Geographie ist nicht eindeutig fixiert. In diesem Prozeß ist Marginalität keine statische Kategorie der Sozialstruktur, sondern eine dynamische Strategie lokaler Eliten (Sambale/Veith 1997). Die räumliche Konzentration stigmatisierter Gruppen, nicht ihre konkrete (Über-)Lebenssituation,⁸ nährt Ghettophantasien und schürt eine erregte Angstlust beim Publikum. In diesen komplexen und widersprüchlichen Prozessen der Territorialisie-

der Erhalt und die Steigerung des Bodenwertes, Resultat ist die ethnische Risikodiskriminierung in den Siedlungsgebieten der Armen und EinwanderInnen, denen diese Nutzungen aufgebürdet werden (Sambale 1994). Auch wenn es *NIMBYism* von MieterInnen zur Verteidigung der *Lebensqualität* gibt, halten wir den Klassencharakter und die Verräumlichung ungleicher sozialer Beziehungen für das bestimmende Kriterium. Von daher scheidet der Begriff des *Sankt-Florian-Prinzips* aus.

- 6 Der Berliner *Los-Angeles-Platz* im Windschatten des Kurfürstendamms artikuliert die weitreichenden sozialen Konsequenzen, die ein geringfügiger Wechsel im Eigentumsregime zeitigt. Unter dem als öffentliche Grünfläche ausgewiesenem Platz betrieb die AG City, der Zusammenschluß des Handelskapitals entlang des Kurfürstendamms, im Auftrag des Berliner Senates ein Parkhaus gegen geringes Entgelt, um automobile KundInnen in der Innenstadt zu halten. Die Intensivierung der Kontrollen am Kurfürstendamm trieb marginalisierte NutzerInnen in den Park. Mit der Veräußerung des Parkhauses an einen verwertungsorientierten Investor, gegen den Einspruch der AG City (Berliner Zeitung, 21.01.1997), wurde die Grünfläche privatisiert. Der neue Eigner schöpfte die Möglichkeiten des Hausrechtes umgehend aus. Alltagspraxen wie Essen, Trinken und Ballspielen sind untersagt. »Wir wollen Penner und Drogenabhängige vertreiben« verlaublich der Geschäftsführer (Berliner Morgenpost, 26.03.1997). Die dankbare Methaphorik des privatisierten *Los Angeles Platzes* auf dem Dach einer Tiefgarage mobilisierte zwar den Protest städtischer Gruppen, die im Rahmen der *Innen!Stadt!Aktion! 1997* ein öffentliches Picknick auf dem Platz veranstalteten, geändert hat sich an den Zutrittsbarrieren indes nichts (Grell/Sambale/Veith 1997).
- 7 Das Unternehmen Groth&Graffs plant am zentralen *Klingelhöferdreieck* eine Luxuswohnanlage mit Sicherheitszonen und Wachdiensten für Manager, Geschäftsleute und Botschaftsangehörige. Eine geplante öffentliche Kita, die die Kinder des einkommensschwachen Bezirkes Tiergarten auf das Gelände bringen würde, lehnt der Bauherr ausdrücklich ab (Tagesspiegel 22.6.1996).
- 8 Legende wurde Ende 1997 ein Artikel im Spiegel über Neukölln (*Endstation Neukölln*), der pauschal die Arbeitslosen und EinwanderInnen des größten Berliner Bezirkes als Frauenschläger und Kriminelle diskriminierte. Die diskursiven Auf- und Abwertungen städtischer Teilräume bereiten deren materielle Auf- und Abwertung vor und haben eine lange Tradition in Westberlin (Bodenschatz 1987). Sie sind Bedingung und Folge der Kapitalbewegungen im städtischen Raum. Anfang der 90er Jahre setzte nach langen Jahren der Sanierung ein publizistisches *Kreuzberg-dreschen* (z.B. taz 10.1.97) ein, das sich mit der Konsolidierung der Wohnungsmärkte im Prenzlauer Berg und in Mitte intensivierte. Gegenwärtig deutet sich eine zögerliche Renaissance des Bezirkes für die *HIPeisie* (Smith 1996a: 33) an. So werden verlassene Fabriketagen kapitalintensiv in Lofts mit eigener Servicestruktur für »gehobene Ansprüche« entwickelt (taz 10.1.98, Tagesspiegel 28.12.97).

zung sozialer Beziehungen in Berlin übernahmen die Wagenplätze und besetzten Häuser unfreiwillig die Rolle der städtischen Feinde.

Wagendörfer und der Bedeutungswandel urbaner Räume

»Die Wagenburgen sind im Schatten der Mauer entstanden. Jetzt werden die kostbaren Innenstadtbereiche für eine andere Nutzung benötigt« (Norbert Schmidt, Senat für Inneres, taz, 31.07.1995)

Wagenburgen oder der weniger defensive Terminus Wagenplätze, sind kollektive Wohnformen in unterschiedlichen, zumeist stillgelegten Anhängern oder Fahrzeugen (Zirkus- und Bauwagen, Wohnwagen, Lastwagen, teilweise PKW).⁹ Wir werden im folgenden die defensiven und sozial deklasierten Zufluchtsräume der WagenbewohnerInnen *Wagenburgen* nennen und die sozial stabilen, politisch aktiven Siedlungen *Wagenplätze* oder *Wagendörfer*.¹⁰ Die Unterscheidung ist von uns und reflektiert weder das Selbstverständnis der BewohnerInnen noch die Wahrnehmung der Medien oder der Verwaltung. Obwohl die Mehrzahl der Wohneinheiten mit Rädern versehen ist, sollten die Wagendörfer nicht mit mobilen Lebensformen wie jenen der Sinti und Roma oder der Wander- und SaisonarbeiterInnen verwechselt werden.¹¹ Auch der Vergleich mit den *mobile homes* Nordamerikas trifft nicht zu. Zwar ähnelt sich die stadträumliche Form, doch die normativen Vorstellungen der BewohnerInnen und ihr Verhältnis zur Mehr-

-
- 9 Analytische Literatur zum Thema Wagenplätze ist rar. Eine Studie wurde im Rahmen des Nationalberichts zur *HABITAT II* Konferenz erstellt, die wegen der Räumungen überholt ist, doch immer noch zitiert wird (Knorr-Siedow/Willmer 1994, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1996). In der *Bauwelt* (Schubert 1997) und in der *AK* (5.5.1993) sind weitere Texte erschienen. Ein Mitglied des Berliner Wagenburgenplenums hat einen längeren Beitrag geliefert (Berg 1997). Es liegen einige unveröffentlichte Diplomarbeiten vor. Die Arbeit von Kropp (1997) mit einer ausführlichen Bibliographie ist über das Wäglarchiv verfügbar (<http://www.bis.uni-oldenburg.de/~kropp>). Weiter stützen wir uns auf verschiedene Selbstdarstellungen und Flugblätter der Wagenplätze (Wagenburg am Kinderbauernhof 1996, Wagenburg am Schwarzen Kanal 1997, Wagendorf Lohmühle 1997, Plenum der Berliner innerstädtischen Wagenplätze 1997a, b, c) sowie Gespräche mit den BewohnerInnen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin liefert umfangreiche Dokumente (AH 1996-1997). Presseklärungen der Senatsinnenverwaltung (1996a, b), der CDU (1996) und der Oberfinanzdirektion (1996) schließen die meisten Lücken. Alle Berliner Zeitungen haben ausführlich über den Konflikt berichtet. Die BI West-Staaken (1996) überließ uns eine Informationsbroschüre und stand für Nachfragen ebenso zur Verfügung wie die Bezirksverordnetenversammlung Spandau (1996).
- 10 Diese Trennung ist analytisch, sie dient nicht dazu, die *bösen* Wagenburgen von den *guten* Wagenplätzen zu scheiden. Der Wandel eines Platzes oder Dorfes zur Burg wird durch externe Einflüsse erzwungen. Der Unterschied erscheint uns nur sinnvoll zur Beschreibung von Differenzierungen innerhalb der baulichen Form Wagensiedlung. Wir beschränken uns auf die Berliner Wagenplätze, die in den 80er Jahren im Westteil der Stadt entstanden sind.
- 11 Die Haltung, die diesen Gruppen entgegenschlägt, ist ähnlich ablehnend. So ist in Berlin ein dauerhafter Platz für ortsfremde Sinti und Roma immer wieder umstritten. Das gleiche gilt für irische und britische WanderarbeiterInnen (taz 22.7.96).

heitsgesellschaft unterscheiden sich erheblich.¹² In Nordamerika handelt sich nicht um alternative Lebensentwürfe, sondern um Anpassungsstrategien an den Arbeitsmarkt.

Einzelne WagenbewohnerInnen mögen von Zeit zu Zeit reisen oder den Standort wechseln, doch die Kollektive hängen von der Dauerhaftigkeit der Plätze ab, um den Kontakt zum lokalen Arbeitsmarkt, zum Schul- und Ausbildungssystem aufrechtzuerhalten, um Verbindungen in die umliegende Nachbarschaft zu reproduzieren und die Notwendigkeiten und Annehmlichkeiten des täglichen Lebens jenseits der garantierten städtischen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur zu organisieren.

Wagendorfer umfassen in der Regel nicht mehr als 25 EinwohnerInnen mit heterogenem Einkommens- und (formalem) Bildungsniveau – von vollzeitarbeitenden ArchitektInnen bis zu SozialhilfeempfängerInnen. Eine Studie von 1994 kommt zu dem Schluß, daß die Mehrheit der BewohnerInnen sich hinsichtlich sozialer Kompetenz und Einkommensquellen nicht von der Wohnbevölkerung vernachlässigter Gebiete unterscheidet; je 20% werden den dauerhaft Wohnungslosen und der jugendlichen Punkszene zugerechnet (Knoor-Siedow/Willmers: 22-34). Mehr als jede dritte BewohnerIn bezog ihr Einkommen 1994 aus einem Arbeitsverhältnis oder Arbeitslosengeld, ebenfalls mehr als ein Drittel lebt von Sozialhilfe und insbesondere die Wohnungslosen und Punks müssen betteln – »in der Regel auch eine zeitaufwendige Tätigkeit« (ebd., 31). Das Problem dieser Kategorisierungen liegt in der erheblichen Differenzierung der einzelnen Plätze, die solche Generalisierungen nicht zulassen. Die Räumungen der sozial schwächsten Plätze nach 1994 hat die durchschnittliche Sozialstruktur der Plätze nachhaltig verändert. Die innerstädtischen Plätze liegen zum Teil deutlich über den soziökonomischen Werten ihrer behausten Nachbarn. Die WagenbewohnerInnen selbst schreiben: »Die einzelnen Plätze in Berlin sind recht unterschiedlich. ... Die größte Gruppe unter den WagenbewohnerInnen sind wohl JobberInnen und Leute, die sich in einer Ausbildung befinden« (Plenum 1997c: 4). Damit leugnen sie nicht die Präsenz hilfsbedürftiger WagenbewohnerInnen, sondern betonen, daß diese Menschen unterschiedlich auf die Plätze verteilt sind. Entscheidend ist, daß die jeweilige Gruppe sozial stabil ist: »Wenn es jedoch eine funktionierende Gruppe ist, dann wird der Fürsorgebedarf – sofern vorhanden – von dieser abgedeckt« (ebd.). Wagenplätze sind keine Wohnform Jugendlicher, die Mehrheit der BewohnerInnen ist mit deutlichen Streuungen 25 – 35 Jahre alt.

Der Anschluß an die städtische Infrastruktur ist durch unterschiedliche Mittel

12 Auch die *vehicularly housed communities* (Stefan 1997) und die selbstverwalteten Obdachlosensiedlungen der USA (Dear/Mahs 1994, 1997) sind nicht aus der Entscheidung für eine alternative Lebensform entstanden, sondern aus der Not geboren.

gewährleistet, die idealerweise dem Anspruch der BewohnerInnen auf eine *Verzichtsökologie* nach *den Prinzipien des sparsamen Gebrauches* gerecht werden: »Es gibt Solarzellen, Regenwassernutzungen, Schilfkläranlagen, Kompostklos, Bepflanzungen...« (ebd.). Wasser muß in Kanistern transportiert werden und kommt wie die Stromversorgung häufig aus der Nachbarschaft – mal gegen Geld, mal nicht. Mit der Verlagerung der Plätze fallen solche Vereinbarungen weg. Die Post kommt oft direkt an den Wagen, Telekommunikation wird mit dem Handy geführt. Es gibt BewohnerInnen mit e-mail-Adressen. Die Rede- und Diskussionsbeiträge der Berliner *Wagentage* (s.u.) 1996 wurden im Internet publiziert. Handygebrauch und Internetkompetenz sind einige der Attribute, die auch den *Stadtbürger* zieren.

Entscheidungen, z.B. über neue MitbewohnerInnen, werden in der Regel auf dem Plenum des jeweiligen Platzes konsensual getroffen. Aus diesem Entscheidungsprinzip ergibt sich eine überschaubare Gruppengröße von maximal 25 Personen und notwendigerweise Selbstverwaltung, da ein übergeordneter Trägerverein oder »ein Nutzungsabkommen mit Einzelverträgen jede Gruppenstruktur bereits im Ansatz unmöglich machen würde« (Plenum 1997c: 3). Die Berliner Wagendörfer organisieren sich seit 1995 im wöchentlich tagenden *Plenum der innerstädtischen Berliner Wagenburgen*, die überregionale Koordination erfolgt seit 1990 im Quartalsrhythmus über die *Wagentage*. *Wagentage* finden in wechselnden Städten statt und dienen der Vernetzung der 120 dokumentierten Plätze in der BRD. Während der *Wagentage* wird die Zeitschrift *Vogelfrai* publiziert, die über Räumungsdrohungen, Verlagerungen, Umzüge u.ä. berichtet. Die *Vogelfrai* ist ausdrücklich nicht als Informationsblatt gedacht, sondern als internes Medium der BewohnerInnen. Diese Form der Gemeinschaftsbildung wird durch die Dauerhaftigkeit der einzelnen Standorte gewährleistet.

Die schwankende Bevölkerung der Wagendörfer in Berlin umfaßt einige hundert Personen in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen und meteorologischen Klima. Die 1994 geschätzte Zahl von Ein- bis einigen Tausend BewohnerInnen in Berlin ist sicherlich zu hoch (Knorr-Siedow/Willmer 1994: 7). Das *Plenum der innerstädtischen Wagenburgen* kalkuliert im März 1997 ca. 600 BewohnerInnen an den damals 13 Standorten (Plenum, 1997c: 1), die ausnahmslos räumungsgefährdet sind. Bis auf zwei Standorte gelten alle anderen im März 1997 als illegale Siedlungen. Bei den legalisierten Standorten handelt es sich Ersatzflächen für geräumte Wagenburgen, die Anfang der 90er Jahre an der östlichen Peripherie ausgewiesen wurden.¹³

Zusammenfassend sind Wagendörfer in ihrer sozialen Struktur, ihren Ent-

13 Auch diese Plätze genießen keine dauerhafte Vertragssicherheit. Gegen Auflagen und Pacht wird ein temporärer Aufenthalt gewährt, keine dauerhafte Nutzung.

scheidungsfindungsprozessen, ihrer Binnensolidarität und ihrer Kritik an den dominanten Lebensformen mit Hauskollektiven oder großen Wohngemeinschaften vergleichbar. Mit dem allerdings fundamentalen Unterschied in der baulichen Form: »Allein die Organisation des Alltages ist beträchtlich zeitaufwendiger, als es das Leben in einer Geschoßwohnung erfordert« (Plenum 1997c: 3).

Vom autoritären Sozialstaat zur strafenden Armenfürsorge: Zwei Räumungen

*»Ich bin nicht bereit, in dieser Stadt rechtsfreie Räume zu dulden«
(Schönbohm, Senat für Inneres 1996a: 3)*

Entstanden aus der Kritik an der Warenförmigkeit städtischen Lebens im Umfeld der Westberliner HausbesetzerInnenbewegung, siedeln einzelne Wagenplätze bereits seit Mitte der 80er Jahre auf dem zum Osten gehörenden aber nur vom Westen zugänglichen Mauervorland. Dieses Mauerland war einer der sensibelsten Räume im geteilten Berlin und durch komplexe völkerrechtliche Vereinbarungen reguliert. Jeder Vorfall, der die Integrität dieses Grenzgebietes in Frage stellte, hatte das Potential, internationale Verwicklungen zu provozieren. Geographisch konzentrierten sich die Siedlungen bis Mitte der 90er Jahre in und um den Bezirk Kreuzberg, der eine Infrastruktur von Arbeitsmöglichkeiten, sozialen Diensten und Solidarität bereithielt.

Mit dem Mauerfall und der Verschärfung der chronischen Krise des (West-) Berliner Wohnungsmarktes, realisierten die Wagenburgen die Chance, die diese Räume an der internen Peripherie zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung boten. Seit der Vereinigung ist deren Verwertung zwischen unterschiedlichen Akteuren (Bund, Land, Alteigentümer, Bahn, Militär) heftig umstritten. 1990 besetzt eine Gruppe einen Teil des Mauerstreifens und wird für einen Tag von den polizeilichen Organen der DDR gegen die Westberliner KollegInnen geschützt. Danach greift die Vereinbarung der Polizeipräsidenten beider Stadthälften, daß die Westberliner Polizei »Extremisten und Störer« über den Mauerstreifen hinweg verfolgen darf (Telegraph, 4/90: 4). Die abrupte Verwandlung dieser einst ökonomisch peripheren Räume in erstklassiges Bauerwartungsland nährt Verwertungsgelüste unter Investoren und Politikern. Die Bodenrichtwerte der Grundstücke steigen 1994 in kerngebietstypischen Lagen wie der *East Side* (s.u.) auf 5.000-11.000 DM pro Quadratmeter (Gutachterausschuß 1995: Blatt 17). Die sozialdemokratische Variante der organisierten Verlagerung der Standorte an die städtischen Randzonen mit (befristeten) Nutzungsverträgen, Platzordnungen, Entgelten und Versorgungsinfrastruktur weicht einer Innenpolitik der Null-Toleranz. Bereits 1990 hatte der Senat beschlossen,

keine weiteren Wagenplätze in der Innenstadt zu dulden und für die bestehenden Standorte Ersatzflächen auszuweisen. Im Frühjahr 1991 sichert die damalige Sozialsenatorin Stahmer (SPD) den BewohnerInnen des Wagendorfes am Potsdamer Platz ihre Unterstützung zu und der Kultursenator Roloff-Momin (parteilos) wünscht alles Gute (taz 15.4.91). Insgesamt aber wird ein harter Kurs eingeschlagen. An der Wagenburg am *Engelbecken* zwischen den Bezirken Kreuzberg und Mitte wird der neue Umgang mit sozial desintegrierten und vernachlässigten Wagenburgen vorexerziert. Die Wagenburg am *Engelbecken* bestand seit 1987 auf dem Mauervorland und galt als sozial schwächste der Berliner Wagendörfer. Nur 50% der BewohnerInnen¹⁴ erhalten Sozialhilfe, der Rest ist auf Betteln angewiesen. Auf dem Gelände existieren keine ausreichenden sanitären Anlagen. Unterstützung erfahren die BewohnerInnen nur von kirchlichen Kreisen, einzelnen Wohlfahrtsverbänden und lokalen Initiativen. Auf einer Pressekonferenz im Mai 1993 (»Mit Außenseitern leben«) werben die BewohnerInnen um Toleranz. Die kirchlichen Veranstalter weisen darauf hin, daß Dealer Platzverbot haben und der Schrott zu weiten Teilen vom Mülltourismus der NachbarInnen stammt. Schließlich haben Kühlschränke und Fernseher nur begrenzten Wert auf Plätzen, die nicht an das Stromnetz angeschlossen sind. Die Pressekonferenz endet desaströs, da ein Photograph der *Welt* gewaltsam daran gehindert wird, die Unterkünfte abzulichten (taz, 11.5.93). Die Zusicherung des Bezirksamtes Mitte, die Wagenburg nicht zu räumen bevor der vorgesehene Wohnungsbau realisiert werde, wird gebrochen. Das Bezirksamt spricht am 7.10.1993 ein sofortiges Nutzungsverbot aus und läßt den BewohnerInnen eine Frist von 3 Stunden¹⁵, um zu verschwinden. Die Anlässe für die Räumung sind bemerkenswert: Neben bau-, eigentums- und ordnungsrechtlichen Begründungen wird den BewohnerInnen vorgeworfen, daß die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht gewährleistet sind. Die Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird damit begründet, daß ein »Verstoß gegen ungeschriebene gesellschaftliche Verhaltensregeln und Wertvorstellungen vor[liegt], die nach herrschender Anschauung als unerläßliche Voraussetzung für ein gedeihliches staatsbürgerliches Zusammenleben anzusehen sind« (Bezirksamt Mitte, 1993: 5). Weiter widerspricht die bauliche Form Wagenburg den »modernen Vorstellungen von einem geordneten Zusammenleben in einer Großstadt, zumal in der Innenstadt, insbesondere auch dem ästhetischen

14 Die EinwohnerInnenzahlen variieren in der Presse um den Faktor Zehn, es werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten zwischen 40 und 400 BewohnerInnen gezählt. Der letzte Wert ist maßlos übertrieben.

15 Ausschlaggebend für dieses minimale Ultimatum war die Sorge, autonome Gruppen könnten den Platz besetzen und so die Räumung vereiteln (Bezirksamt Mitte 1993: 6f).

Empfinden der übrigen Bevölkerung« (ebd.).¹⁶ *Ungeschriebene Gesetze, moderne Vorstellungen* und das *ästhetische Empfinden der Bevölkerung* sind Bedingungen, die über das Aufenthaltsrecht Armer, *zumal in der Innenstadt*, entscheiden. Die Begründung des Bezirksamtes unterscheidet sich von späteren Räumungen darin, daß die Voraussetzung für die Räumung die Bereitstellung eines angemessenen Ersatzgeländes und die Verhinderung von Obdachlosigkeit war. In späteren Verwaltungsdokumenten (s.u.) wird stets davon ausgegangen, daß die BewohnerInnen nicht obdachlos werden, sondern bereits wohnungslos sind und eine Räumung nichts an ihrem sozialen Status ändere.

Nach einer Pressekampagne, einem Seuchenalarm¹⁷ und der pauschalen Kriminalisierung der BewohnerInnen durch führende CDU-Politiker¹⁸ wird das Gelände am Engelbecken im Herbst durch 900 PolizistInnen geräumt. Ein Teil der BewohnerInnen zieht auf das Ersatzgelände nach Pankow, lehnt aber jede Fremdverwaltung ab: »Wir sind keine Treber, keine Obdachlosen, sondern Kulturträger für alternative Wohn- und Lebensformen und bestehen auf Selbstverwaltung und Eigenverantwortung« (taz, 13.10.93). Der Bezirk Pankow wehrt sich anfänglich vehement gegen die Ansiedlung, anonyme AnwohnerInnen hetzen auf Flugblättern gegen die WagenbewohnerInnen und im angrenzenden Ortsteil Karow gründet sich eine Initiative »Für ein sicheres und sauberes Karow« (taz, 6.9.93). Drei Jahre später ist das Verhältnis zwischen Wagenplatz und Nachbarschaft jedoch entspannt (scheinschlag, 18/96: 3). Dezentral organisiert und in Eigenregie geführt, beherbergt der Platz ca. 100 BewohnerInnen. Auf dem Gelände am Engelbecken wird für zwei Millionen DM ein temporärer Sportplatz eingerichtet, der nach nur drei Jahren dem Wohnungsbau weichen muß (Morgenpost, 18.10.97).

Runde Tische, die von den Wagedörfern zur Lösung des Konfliktes seit August 1995 einberufen werden, ignoriert die Verwaltung. Daraufhin setzen die Wagenplätze die Gespräche im November aus.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst 1995 büßt die große Koalition über 400.000 Stimmen ein, bleibt aber an der Macht. Die Wahl

16 Die gestörte *Ästhetik* wird u.a. einerseits durch den Mülltourismus der NachbarInnen mitverursacht und ist andererseits der Tatsache geschuldet, daß die Wagen weder Stauraum noch Keller für Brennmaterial u.ä. bieten. Die Nutzung des Platzes zur Aufbewahrung der Bau- und Brennmaterialien stört die uninformierten Betrachter, die vermutlich nicht ohne Keller oder (Hänge-)Böden wohnen.

17 Der damalige Gesundheitsstadtrat Engelmann (CDU) dramatisiert: »Das Engelbecken ist Berlins schlimmste Müllhalde. Wenn hier nicht sofort geräumt wird, hat bald halb Kreuzberg die Gelbsucht« (Bild, 8.8.91).

18 Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU und Initiator des Anti-Graffiti-Vereins nofitti beschreibt die Wagenburg als »Schrottplatz« (Neue Zeit, 6.8.92), »Chaotendorf« und »innerstädtischen Schandfleck« (taz, 13.7.93). Die BewohnerInnen bilden »einen Querschnitt durchs Strafgesetzbuch« (Morgenpost, 4.8.92).

markiert eine Zäsur. Die Olympiabewerbung war gescheitert, nur zögerlich siedeln sich Investoren an, der lokale Arbeitsmarkt kollabiert und immer mehr einkommensstarke Haushalte verlassen die Stadt. Der Senat forciert die Standortpolitik und erhöht den Druck gegenüber besetzten Häusern, Wagensiedlungen, Obdachlosen und einer Vielzahl von Verhaltensweisen und kultureller Praxen, die gegen mittelständische Standards verstoßen. Darunter fällt das Grillverbot in Parkanlagen und eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung des *Stadtbildes*,¹⁹ unter anderem die Räumung von elf besetzten Häusern und Wagenburgen bis Mitte 1997 (taz, 13.6.97). Anfang 1998 gibt es in Berlin noch ein besetztes Haus.

In diesem Kontext wird eine einzelne Wagenburg am Ufer der Spree (*East-Side-Wagenburg*) primäres Objekt polizeilicher Intervention. Die Siedlung lag hinter dem international bekannten kilometerlangen Mauerstreifen, der von KünstlerInnen aus 21 Ländern gestaltet worden ist (*East-Side-Gallery*). Die soziale Desintegration an diesem Standort mit ca. 150 – 200 BewohnerInnen, war in erster Linie Resultat vorangegangener Räumungen²⁰ und der Verweigerung sozialer Dienste gegenüber den EinwohnerInnen geschuldet. Obwohl das Gelände seit 1990 genutzt wird, stellt der Senat für Gesundheit und Soziales erst im Herbst 1994 wenige Toilettencontainer (10) auf. Im gleichen Jahr beginnen *Treberhilfe* und *Berliner Tafel*²¹ den Platz anzufahren, um die BewohnerInnen mit Nahrung und Hilfe zu versorgen. Es gibt weder Wasser noch Strom. Der Platz gilt als der sozial schwächste in Berlin. Im April 1996 treffen sich mehrere hundert WagenbewohnerInnen zu den überregionalen *Wagentagen* in Berlin, um sich gegen die Pathologisierung ihrer Lebensform zu wehren. Daraufhin verschärft sich die Kampagne gegen die *East-Side*. Im Vorfeld der Wagentage war es an der *East-Side* zu einem Mord an einem ortsfremden Jugendlichen auf der Suche nach Drogen gekommen, kurz darauf wurde ein weiterer Fremder verletzt. Wenige Tage später erklärt die Polizei das Gelände zum 'gefährlichen Ort' was den Entzug grundlegender Bürgerrechte für die BewohnerInnen bedeutet (vgl. Eick im vorliegenden Band). Unseres Wissens ist nie geklärt worden, ob der Mord und die Körperverletzung von BewohnerInnen begangen wurde. Konflikte um Drogen geraten auch an anderen Orten schnell außer Kontrolle. Es geht weder um die Bagatellisierung oder Beschönigung der Taten noch um die Leugnung gewaltförmiger sozialer Beziehungen auf der *East-Side*, sondern darum, daß diese mit der baulichen Form Wagenburg verknüpft werden. Die Realität der *East-Side* war zu diesem Zeitpunkt das Re-

19 Vgl. beispielsweise den *Bericht zur Rettung des Stadtbildes* (Senatsverwaltung für Jugend Schule und Sport 1997).

20 Aus der Kreuzberger Wilhelmstraße im Frühjahr 1990 und vom Engelbecken im Herbst 1993.

21 Eine private Mahlzeitennothilfe, die die Armen der Stadt kostenlos mit unverkaufter Nahrung versorgt.

sultat eines Prozesses, der von Vernachlässigung, Ausgrenzung und Stigmatisierung der BewohnerInnen gekennzeichnet war. Weder die soziale Struktur noch die bauliche Form transformieren einen Raum zum Ghetto, sondern die Diskriminierung der BewohnerInnen. Die anderen Wagenplätze waren sich des dynamischen Slumcharakters der *East-Side* bewußt und prognostizierten, daß die dringend gebotene Lösung der Probleme durch eine Räumung nur verlagert werden würde (Berg 1997).

Die Presse kann mit den folgenden Razzien kaum Schritt halten, erweist sich aber als Instrument bei der Stigmatisierung des Platzes als *outlaw ghetto*. Die öffentliche, auch kritische Wahrnehmung, wurde durch die Medien, nicht die Erfahrung, geformt. Die mediale Repräsentation der Wagenburg als feindliches Kollektiv, das die städtische Gesellschaft durch Kriminalität, Drogen und Seuchen bedroht, war allgegenwärtig.

Politisch isoliert und fast ohne jede Unterstützung, verlassen die mobilen BewohnerInnen ab April den Platz. Mitte Juli wird auf dem Gelände die Leiche eines Bewohners entdeckt. Wie sich später klärt, war er an einer Lungenentzündung verstorben, doch der Verdacht auf Tuberkulose reicht als Räumungsanlaß zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.²² Die verbliebenen 112 BewohnerInnen werden geräumt, 54 von ihnen haben keine deutsche Staatsbürgerschaft und sind nach der Räumung unerreichbar für Sozialarbeiter verschwunden. Die Presse schreibt von »zerzausten, zerlumpte[n], schmutzstarrenden Gestalten« auf der »bestbewachten Müllhalde der westlichen Hemisphäre« (Welt, 18.7.96), die BZ titelt mit »Drogen, Dreck und Tbc« (18.7.96) und der Tagesspiegel bringt die Einheit von Seuchen, Unrat und Drogen auf den Nenner: »Tuberkolose, Wracks und ein Cannabisfeld« (18.7.96).

Damit ist das Gelände frei für ein Projekt des Chicagoer Stararchitekten Helmut Jahn, der an dieser Stelle ein Büro- und Geschäftshaus mit dem Titel *Spreefoyer* für den Investor *Opus* plant. Das Gelände der Wagenburg lag auf einem geplanten Uferweg und einem *Spreepark*, der in der Planung des Investors von einem öffentlichem Raum zu einem »kleinem Freigehege für die Mittagspausen der Büroarbeiter« einschrumpft (taz, 6.7.95). Ein Jahr nach der Räumung wird das Gelände als Baustofflager genutzt und kostenintensiv bewacht. Von Investitionen keine Spur.

22 Die Seuchengefahr war allerdings tatsächlich nur der Anlaß. Maßgeblich war der privatrechtliche Anspruch des Bundesvermögensamtes, mit dem die Senatsinnenverwaltung einen Räumungstermin verabredet hatte (Tagesspiegel 18.7.96). Die Oberfinanzdirektion, die das Bundesvermögen in Berlin verwaltet, war allerdings nicht glücklich mit diesem Arrangement und fühlte sich zum Räumungsantrag erpreßt (Scheinschlag 18/96)

Die gescheiterte Regulation metropolitaner Armut an der Peripherie

»Je weiter wir aus dem Inneren heraustreten, desto politischer wird die Atmosphäre. Es kommen die Docks, die Binnenhäfen, die Speicher, die Quartiere der Armut, die zerstreuten Asyle des Elends: das Weichbild. Weichbilder sind der Ausnahmezustand der Stadt, das Terrain auf dem ununterbrochen die große Entscheidungsschlacht zwischen Stadt und Land tobt« (Walter Benjamin, 1928: 63)

Diese *große Entscheidungsschlacht* zwischen Zentrum und Peripherie gegen die *Asyle des Elends* wurde in Berlin 1996f geschlagen. Während der Konflikt um die *East-Side* kaum Solidarität von der städtischen Linken erfuhr, entfachte der Beschluß des Senates, den BewohnerInnen ein temporäres Ersatzgelände²³ an der westlichen Peripherie zuzuweisen, eine ausgewachsene *NIMBY*-Rebellion. Der gewählte Standort in Staaken-West unterscheidet sich nur scheinbar von den anderen Ersatzstandorten, die ausnahmslos an der östlichen Peripherie liegen. Administrativ gehört der Ortsteil Staaken-West (4000 EinwohnerInnen) zum Bezirk Spandau. Zwar wurde das Dorf 1920 nach Großberlin eingemeindet, doch nahmen die britischen Alliierten mit der Sowjetunion 1945 einen Gebietsaustausch zugunsten eines Militärflughafen vor. Trotzdem überließ die Sowjetunion zwischenzeitlich Westberlin die Verwaltung des Gebietes. Erst 1951 besann sich die DDR ihrer Hoheitsrechte und besetzte den Ort durch die Volkspolizei. In unmittelbarer geographischer Nähe zu Berlin, doch abgelegen von den Arbeits- und Wohnungsmärkten der Hauptstadt der DDR, wird der Ort mit dem Vereinigungsvertrag wieder der Stadt zugeschlagen. Das zeitigt kuriose juristische Konsequenzen wie die temporäre Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbrüchen (taz, 21.12.90). Laut Zeitungsberichten fühlen sich die BewohnerInnen nicht annektiert, sondern sind stolz auf ihren neuen Status als Großstädter (ebd.), Großstadt ja, auch Hauptstadt, aber nicht Metropole: Die Entscheidung des Senates zur Ausweisung dieses Ersatzstandortes traf keineswegs auf eine fragmentierte Machtstruktur an der geographischen Peripherie, sondern auf die geschlossene Front von BewohnerInnen, deren Meinung über die *East-Side* von der vorangegangenen Kampagne der Medien geformt und gefestigt worden war. »Staaken zittert vor den Rollheimern« titelt der Berliner Kurier (18.7.96). Der entmachtete Bezirk Spandau²⁴ und die AnwohnerInnen wehren sich

23 Die Ausweisung eines Ausweichstandortes hatte sich seit Monaten hingezogen und war in sämtlichen Bezirken an Protesten der AnwohnerInnen und Bezirksämter (Pankow, Weißensee, Hohenschönhausen) gescheitert. Im Frühsommer beginnt die Sozialverwaltung exterritoriale, berlineigene Flächen in Brandenburg (sog. Stadtgüter) zu prüfen, was dort auf Argwohn stößt (Berliner Zeitung, 28.6.96).

24 Der Bezirksbürgermeister Birkholz (CDU), wurde wenige Tage vor der Räumung von einem Staatssekretär parteiintern über das geplante Ausweichgelände informiert und mußte sich auf »kurze, heftige Unfreundlichkeiten beschränken« (Bezirksamt Spandau 1996:

gegen diese Arroganz der Macht, die aus ihrer Perspektive metropolitane Armut in ihren Vorgärten entsorgt (BVV Spandau 1996, Bürgerinitiative 1996). Ca. 100 BewohnerInnen zwingen fünf anreisende Wagen zur Umkehr, indem sie sie mit Hämmern und Fäusten begrüßen (Tagesspiegel 25.7.96). Obwohl die meisten BewohnerInnen der *East-Side* sich der Einlieferung in das 'Internierungslager' widersetzen, müssen sie innerhalb von 14 Tagen einen legalen Standort nachweisen, um ihre konfiszierten Besitztümer und Wagen von der Polizei zurückzuerhalten. Während die geräumten BewohnerInnen in anderen Wagensiedlungen unterkommen oder verstreut über die Innenstadt temporäre Siedlungen formen, beweisen die EinwohnerInnen von Staaken-West die Zentralität der Peripherie. Sie bilden eine Bürgerinitiative und formen eine mächtige Koalition aus CDU,²⁵ Bund der Steuerzahler, verschiedenen Senatsverwaltungen, anrainenden Privateigentümern, die sich weigern, den Wagenburgen das Wegerecht zu gewähren, Abwasserverbänden und anliegenden Umlandgemeinden bis hin zur direkten Unterstützung durch den Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU). Die Sozialverwaltung zeigt sich unbeeindruckt: »Niemand kann uns den Zugang zu unserem Land verwehren. Notfalls richten wir eine Luftbrücke ein« (Berliner Kurier 30.7.96).

Noch im Oktober überreicht die Bürgerinitiative Diepgen mehr als 13.000 Unterschriften (taz, 1.11.96). Im Frühjahr 1997 folgt das Abgeordnetenhaus einer Empfehlung des Petitionsausschusses und läßt alle Pläne für ein Ersatzgelände in Staaken-West oder anderswo fallen, um die jungen, hausbesitzenden Familien mit kleinen Kindern vor genau den Zumutungen zu schützen, wegen derer sie unter Inkaufnahme erheblicher finanzieller Belastungen aus der Innenstadt geflüchtet sind: »Nach Ansiedlung einer Wagenburg wären die Kinder nicht mehr sicher« (AH 1996g: 11). Die WagenbewohnerInnen werden der Fürsorge bezirklicher Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe überantwortet. Doch nur wenige sind verzweifelt genug, dieses Angebot wahrzunehmen.

Die letzte Zuflucht für ca. 30-50 verbliebene BewohnerInnen aus Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich und Polen auf einer ungenutzten Straße zwischen den Bezirken Mitte und Kreuzberg wird mittels der Straßenverkehrsordnung in der Osterwoche 1997 geräumt: Der betreffende Straßenabschnitt wurde Montagabend zur Parkverbotszone erklärt und

10). Der Senat reagiert auf die anschließende Kritik nicht. Hauptkritikpunkt der Bezirksverordnetenversammlung ist die Entmachtung des Bezirkes und die Entziehung des Grundstückes aus dem bezirklichen Finanzvermögen durch die Hauptverwaltung.

25 So beschließt der CDU-Landesverband (1996): »Weder im innerstädtischen Bereich noch an der Landesgrenze kann es Bestandsgarantien für Obdachlose oder auch andere Bürger in Wagedörfern auf Kosten der Steuerzahler geben.« Der Fraktionsvorsitzende Landowsky will generell keine Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in der Nähe von Wohnsiedlungen dulden (Morgenpost 19.8.96).

Mittwochmorgen geräumt.

Es ist zweifelhaft, ob die Verhinderung der Ansiedlung dem Erfolg der Bürgerinitiative in Staaken zuzuschreiben ist. Die überwiegende Mehrheit der WagenbewohnerInnen wollte und konnte nicht umsiedeln. Die vital wichtige Nähe zu sozialen Dienste, Arbeitsmärkten und solidarischen Strukturen der Innenstadt verunmöglichte die Verlagerung. Die Aussicht auf einen temporären Standort (drei Monate) inmitten einer feindlichen Umwelt mit Zugangskontrollen, Zwangsattesten, überwachter Einhaltung der Platzordnung und vor allem einen Kostenbeitrag von 550 DM monatlich pro Wagen taten ein Übriges (AH 1996b: 1). Es darf allerdings bezweifelt werden, daß der Ersatzstandort je eine ernstgemeinte Option der Hauptverwaltung war. Innensenator Schönbohm erklärte unmittelbar nach der Räumung, die Verlagerung nach Staaken sei eine »Fiktion« (Welt 19.7.96). Bausenator Klemann (CDU) erklärt, er habe mit der Wagenburg »nichts am Hut« und halte die Verlagerung »für eine übertriebene Fürsorge Berlins«. Er blockiert offen das Genehmigungsverfahren (Berliner Zeitung 27.11.96). Stadtentwicklungssenator Strieder (SPD) stellt sich wenig später ebenfalls gegen das Projekt. Sozialsenatorin Hübner (CDU) verlautbart im September 1996, das Gelände in Staaken sei eine Drehscheibe, von der aus die WagenbewohnerInnen auf ein zukünftiges Gelände der Berliner Stadtgüter in Brandenburg vermittelt werden sollten (Berliner Zeitung 16.9.96). Damit befinden sich die wichtigsten betroffenen Verwaltungen in Opposition zum Senatsbeschluß der Verlagerung. Im April 1997 beschließt der Senat unter Hinweis auf die prekäre finanzielle Lage der Stadt, das Gelände in Staaken fallenzulassen, nachdem bereits 55.000 DM investiert worden sind.²⁶ Bei zukünftigen Räumungen sollen keine Ersatzflächen mehr ausgewiesen, sondern die bezirkliche Wohnungslosenhilfe beansprucht werden (taz 30.4.97).

Die Rolle der Bürgerinitiative in diesem Konflikt bleibt widersprüchlich. Gegen die mediale Gleichsetzung der BI mit einzelnen Knüppelschwingern, hat sie sich stets verwahrt. Nach Auskunft einer Gründerin, wird die Initiative von Müttern und Hausfrauen getragen, die sich sehr schnell das professionelle Protestrepertoire angeeignet haben. Zudem stehen die Datschen- und SiedlungsbewohnerInnen in Staaken selbst unter erheblichen Restitutionsdruck (scheinschlag 18/96: 3). Die gemeinsame Interessenlage mit den WagenbewohnerInnen resultierte nicht in einer taktischen Allianz gegen den Senat und für die Duldung innerstädtischer Plätze. Statt dessen verteidigt die BI ihre territorialen Interessen in der Allianz mit dem dominanten Ausgrenzungsdis-

26 Davon 40.000 DM für die Errichtung eines Zaunes und 10.000 DM für Vermessungsarbeiten (AH 1996a). Insgesamt wurden Kosten von 2 Millionen Mark kalkuliert, die allerdings soweit wie möglich auf die Entgelte der BewohnerInnen umgelegt werden sollten.

kurs. Diese Ehe mit den hegemonialen Kräften gebärt das erwünschte Kind: »Wir hatten viel Streß. Aber es ist wie bei einer Schwangerschaft. Wenn man es überstanden hat, ist vieles vergessen«, so die Initiatorin der Bewegung (Berliner Zeitung 2.5.97). Die Initiative erweist sich als wirkliche *NIMBY*-Bewegung. Ihr militanter Partikularismus wendet sich gegen jegliche bauliche Verdichtung und mobilisiert nun mit einer weiteren BI gegen eine dänische Investorengruppe, die auf dem Gelände einen riesigen *Tivoli-Theme-Park* für 700 Millionen DM errichten will (Berliner Zeitung 8.3.97).

Die Herstellung der Hauptstadtfähigkeit

»Die Räumung der East-Side-Gallery ist nach der Räumung der besetzten Häuser ... ein weiterer Schritt zur Behebung von schwerwiegenden Mißständen, welche das Ansehen Berlins und den Stolz der Berliner auf ihre Stadt empfindlich beeinträchtigen« (Schönbohm, in: Der Senat für Inneres 1996a: 3)

Die Räumung der *East-Side* war ein Signal an alle Wagenplätze und besetzten Häuser. Der Senat kündigte mit der Räumung an, sämtliche bestehenden Wagendörfer, also auch die legalisierten Standorte, bis Ende des Jahres 1997 zu räumen. Während die *East-Side* ein stets gefährdeter defensiver Raum der städtischen Armutsbevölkerung war, stammen die politisch aktiven und sozial stabilen Wagenplätze in und um Kreuzberg aus der Tradition der HausbesetzerInnenbewegung. Diese Artefakte einer vergangenen partizipatorischen Planungskultur stellen ein Hindernis bei der Verwertung innerstädtischer Räume dar und stören das Leitbild der Dienstleistungsmetropole. In den Augen des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU Hapel sind sie nichts weiter als bewohnte Müllkippen (taz 13.7.95). Der Innensenator Schönbohm beschreibt die Räumung als Teil einer Strategie, die unruhige Metropole zu normalisieren:²⁷ »In diesem Sinne ist die Räumung der *East-Side* ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Normalität und zur Stärkung der Hauptstadtfähigkeit Berlins« (Senatsverwaltung für Inneres 1996a: 3). Mit der Entscheidung, keine weiteren Ersatzstandorte auszuweisen, bricht der Senat entschlossen mit der *Berliner Linie* und reorganisiert die Geometrie der Macht, indem er die Verantwortlichkeit für Wagenplätze an die Bezirke abgibt. Die *Berliner Linie* ist (oder besser: war) das lokale Arrangement zwischen Kommunalpolitik und HausbesetzerIn-

²⁷ Die Notwendigkeit solcher *Normalisierungen* wird nicht von allen Eliten geteilt. So sieht der Siemens Vorstand Martinsen keine Beeinträchtigung des Standortes Berlin durch Wagenplätze, HausbesetzerInnen oder linksradikale Szenen: »Sicherlich kann man das Thema kontrovers diskutieren. Aber eine Stadt zeigt Vitalität, wenn sie verschiedene Strömungen toleriert und mit ihnen lebt. In Hausbesetzungen sehe ich keine Beeinträchtigung des Standortes Berlin« (taz 19.8.93). Er betont damit weniger die Toleranz der industriellen Investoren als den relativen Bedeutungsverlust urbaner sozialer Bewegungen in Berlin.

nenbewegung. Es war nicht unbedingt ein Dokument des Erfolges der HausbesetzerInnenbewegung, doch es bot verlässliche Regelungen und Verfahren für den Fall einer Besetzung oder Räumung. Die *Berliner Linie* ist nicht offiziell außer Kraft gesetzt, sondern weiter Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU (Koalitionsvereinbarungen 1995: 61), aber die Praxis des Senates, ein Ersatzgelände für geräumte Wagensiedlungen auszuweisen, ist mit dem Senatsbeschuß vom 29.4.97 obsolet. Damit werden Wagenplätze aus der Tradition urbaner sozialer Bewegungen herausgelöst und administrativ als hilfsbedürftige Wohnungslose redefiniert.

Wir haben uns in der Darstellung des Konfliktes auf die ordnungspolitische Praxis konzentriert. Dagegen ließe sich einwenden, daß offiziell nicht der Senator für Inneres, sondern die Senatorin für Gesundheit und Soziales für Wagenburgen zuständig ist. Doch spätestens 1996 entwickelt sich das Problemfeld Wagenburgen zu einer ressortübergreifenden Aufgabe: Der Senat für Finanzen stellt das Grundstück in Staaken zur Verfügung, der Senator für Bau, Wohnungswesen und Verkehr prüft die Genehmigungsfähigkeit, der Senat für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie erteilt befristete Ausnahmegenehmigungen für das Wasserschutzgebiet in Staaken und der Senator für Inneres räumt. Die Wahrnehmung der immer wieder betonten Angebote der Sozialverwaltung hätte bedeutet, daß die BewohnerInnen sich der Armenfürsorge anvertrauen, die weite Teile der Wohnungslosenhilfe kennzeichnet. Bedingung der Hilfgewährung ist die Anerkennung der herrschenden gesellschaftlichen Normen und eines rigiden Zeitregimes. In diesem Sinne ist das Ausweichgelände in Staaken als eingezäuntes, kontrolliertes, temporäres und überwachtes *Einschließungsterrain* nicht das Gegenteil von Sozialpolitik, sondern das extreme Ende eines Kontinuums, das Verhaltensanpassung zur Bedingung von Hilfgewährung macht. Auf die Frage eines Wagenplatzes, *was* die BewohnerInnen denn nun genau zu Obdachlosen mache, antwortet die Sozialsenatorin u. a.: Das Fehlen von Verträgen. Die Köpenikiade des *fin de millenium*: Obdachlos ist, wer keinen (Miet-) Vertrag hat und einen Vertrag erhält nicht, wer als wohnungslos definiert ist.

Innerstädtisches Territorium im Bedeutungswandel

»Innerstädtisch besagt, innerhalb der Berliner Stadtgrenze« (Hübner 1997)

Diese eigenwillige Definition der Senatorin für Soziales ist auf die Wagenplätze gemünzt (AH 1997), beschreibt aber gut die Standortpolitik des Senates gegenüber allen städtischen Flächen. Freiflächen, Brachen, öffentliche Räume usw. werden samt und sonders für Investitionen mobilisiert. Insbesondere das große und heterogene Areal innerhalb des inneren S-

Bahnringes (der sog. *Hundekopf*), das konventionell »Innenstadt« genannt wird, ist aus der Perspektive des Senates primärer Raum, der durch primäre Nutzungen verwertet werden muß. Die ausgedehnten industriellen Brachlandschaften, die der Deindustrialisierungsprozeß der Treuhand hinterließ, mit den eingestreuten Archipelen der leerstehenden Büro- und Einzelhandelsflächen an den Knotenpunkten der S-Bahn, lassen Zweifel aufkommen an der behaupteten Hochwertigkeit aller Flächen. Standorte für Wagenplätze gäbe es genug, aber die Weigerung des Senates, Flächen für solche konkurrierenden Nutzungen auszuweisen, ist nicht allein der Arroganz der Macht geschuldet, sondern verweist auf die unterschätzte Möglichkeit marginalisierter Gruppen und unerwünschter Nutzungen, im Urbanisierungsprozeß die Umwertung der Bedeutung von Räumen vorzunehmen und ihrer eigenen Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Wie oben beschrieben ist Marginalisierung keine statische Kategorie, sondern eine dynamische Strategie. Die Marginalisierung ausgewählter Gruppen, Nutzungen und Räume mag ein Projekt der lokalen Wachstumskoalition zur Herstellung eines urbanen Konsenses sein, das spezifische Produkt ist jedoch Resultat sozialer Auseinandersetzungen und politischer Kämpfe. Das Verständnis des Urbanisierungsprozesses ist integraler Bestandteil des Verständnisses polit-ökonomischer und sozialer Prozesse und Probleme. Daher ist der Konflikt um die Berliner Wagenplätze nicht auf die BewohnerInnen begrenzt, sondern artikuliert die Krise der Stadt: Die ausgedehnten innerstädtischen Industriebrachen zeugen von der ökonomischen Transformation; der ordnungspolitische Zugriff auf die Wagenburgen ist ein Versuch, der sozialen Polarisierung politisch Herr zu werden und nur ein Beispiel für die eskalierenden Ausgrenzungsprozesse aus öffentlichen Räumen, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Die Wagenplätze sind nicht hilflose Opfer der Berliner Stadtentwicklungspolitik, sondern zeichnen sich durch den stets gefährdeten, doch gegenwärtig erfolgreichen Versuch aus, ihre Stigmatisierung als gesetzlose *Desperados* abzuwehren. Dank einer Reihe von Aktionen wie Demonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit, Tage der offenen Tür, Diskussionsveranstaltungen, Presseerklärungen, Runde Tische, Lobbying von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bis hin zu Gesprächen mit dem Innensenator und der Wahrnehmung ihrer Interessen im formalen Planungsprozeß, konnten sie das öffentliche *Labeling* als unwürdige Obdachlose teilweise abwehren und statt dessen ihr Selbstverständnis als kollektive Lebensform betonen. Unter anderem durch den Verweis auf die Disziplin, die es erfordert, bei begrenztem Zugang zu Strom und Wasser unter Berliner Witterungsbedingungen in Wagen zu leben, erlangten die Wagenplätze vorläufige und prekäre Sympathien. Seit Ende 1996 sind die Presseberichte weniger feindlich. Selbst ein so mächtiger Akteur wie die Oberfinanzdirektion (OFD), die die

Grundstücke des Mauerstreifens verwaltet, erklärt, keine Räumungsklage einzureichen (Oberfinanzdirektion 1996: 1): »Uns ist eine funktionierende Wagenburg lieber als ein leeres Grundstück, das wir für viel Geld bewachen lassen müßten« (BZ 14.8.96).²⁸

Lokale Reaktionen: Bezirksämter, AnwohnerInnen und InvestorInnen

»Sie versuchen mit dieser Politik zu erreichen, daß sich die Wagenburgler metastasenartig in dieser Stadt festsetzen, und dieses werden wir verhindern« (Schönbohm, AH 1996h: 995)

Dieser Wahrnehmung der Wagenplätze als feindliche und unkontrollierbare Kollektive, die den städtischen Gesamtkörper bedrohen, mögen sich die verantwortlichen Bezirksämter nicht länger anschließen. 1997 deuten sich erste Lösungen an. Die Mehrzahl der innerstädtischen Bezirke steht dabei im offenen Widerspruch zur Senatspolitik. Die Bürgermeisterin des Großsiedlungsbezirkes Hohenschönhausen Grygier (für PDS) hätte zum Schrecken der lokalen CDU und besorgter WählerInnen gerne eine Wagensiedlung. Allerdings geriet auch hier der Kontakt zwischen WagenbewohnerInnen und KleingärtnerInnen²⁹ zum Fiasko (MieterMagazin 12/97: 15). Die WagenbewohnerInnen des Vereins *Engelbecken e. V.* werben vergeblich um Verständnis: »Wir wollen nicht anders leben als Schrebergärtner. Nur, daß wir in unseren Wagen auch übernachten wollen« (Berliner Zeitung, 21.8.97). Das Büro der Bürgermeisterin teilte mit, daß wegen der besondere Sensibilität der Annäherung beider Gruppen die Öffentlichkeit vorläufig ausgeschlossen bleibe. Der Kreuzberger Bürgermeister Schulz (Bündnis'90/Die Grünen) erneuert gegenüber den beiden Wagenplätzen vor Ort die Duldung. Der Bezirk hält gegen die CDU an der *Kreuzberger Linie* fest, die Bestandsschutz für bestehende Siedlungen garantiert (Berliner Zeitung 16.4.97). Der Bezirk Friedrichshain verlagert in Absprache mit dem Investor *OMG* (Hotel), einem Staatssekretär (Kurth, CDU)³⁰ und den Wa-

28 Noch zwei Wochen zuvor hatte die OFD die Räumung aller Wagenplätze auf den Liegenschaften der Behörde angekündigt (Welt 10.8.96), wenige Tage später weicht sie jedoch von dem Konfrontationskurs ab. Die OFD überläßt die Räumungsklagen den zukünftigen privaten Eigentümern, an die die Liegenschaften nach dem *Gesetz über den Verkauf von Mauer- und Grenzgrundstücken an die früheren Eigentümer* verkauft werden sollen. Über den Einfluß einer Demonstration der Wagenplätze vor dem Sitz der OFD auf diese Entscheidung kann nur spekuliert werden.

29 Die WagenbewohnerInnen verweisen regelmäßig ironisch auf ihre Nähe zu den SchrebergärtnerInnen. Beide Nutzungen sind Sondernutzungsflächen, die im formalen Planungsprozedere nicht vorgesehen sind. Allerdings sind die 100.000 Kleingärtner Berlins ausgesprochen normenkonform und verfügen mit Angehörigen und Sympathisanten über 500.000 Stimmen. Noch kein Politiker hat ernsthaft erwogen, diese wertvollen innerstädtischen Flächen in großem Maßstab für andere Nutzungen zur Verfügung zu stellen: »Wer Kleingärtner quält, wird abgewählt« (taz 18.10.95).

30 Investor und Finanzverwaltung teilen sich die Kosten für die Säuberung der Ersatzfläche

genbewohnerInnen den Standort innerhalb des Bezirkes und handelt sich damit die Klage einer Investorengruppe ein, die auf dem Nachbargrundstück 60 Eigentumswohnungen errichten will. Die NachbarInnen laufen gegen die Umsiedlung Sturm und der Verfassungsschutz unterrichtet das Bezirksamt, daß die Republikaner sich diese Stimmung zu Nutze machen wollen (Morgenpost 11.9.97). Die Klage einer Nachbarin, die die Verwertung ihres Eigentums durch den Wagenplatz gefährdet sieht, wird im August als unbegründet abgewiesen. Die klagenden Investoren haben mehr Erfolg. Das Gericht weist das Bezirksamt an, ein Nutzungsverbot auszusprechen und dieses sofort zu vollziehen (Berliner Zeitung 26.11.97). Damit sind die bereits ausgehandelten Pachtverträge mit den WagenbewohnerInnen hinfällig. Im Bezirk Treptow setzt die CDU handstreichartig die Räumung der »integrationsunwilligen Obdachlosen« durch, die wiederum von dem Betreiber eines benachbarten Vergnügungsparks medienwirksam einen Stellplatz angeboten bekommen. Die WagenbewohnerInnen sollen auf dem Gelände Jugendarbeit ihres Vereines (*KulturBanausen e.V.*) anbieten, wie schon im ganzen Bezirk (Berliner Zeitung 1.10.97). Sie sammeln über 4.000 Unterschriften in der Nachbarschaft für den Erhalt des Platzes, verhandeln aber auch mit dem Bezirk Lichtenberg über einen neuen Standort.

Sowohl die Befürchtungen der Investoren und der AnwohnerInnen als auch die Hoffnungen des Vergnügungsparkbetreibers verweisen darauf, daß Wagedörfer und andere Marginalisierte in der Lage sind, die Bedeutung urbaner Räume aufzuwerten, abzuwerten oder gar zu entwerten. Diese mögliche Transformation der Bedeutung städtischer Räume durch unerwünschte NutzerInnen ist die Ratio hinter den Vertreibungsprozessen in den deutschen Innenstädten. Dies widerspricht der Annahme, daß die Marginalität von Räumen die Marginalität der NutzerInnen reproduziert. Die Kontrolle des Zuganges zu ihren Plätzen und die Definition der sozialen Bedeutung dieser Plätze sind Beispiel und Bedingung strategischer Raumkontrolle (s. u.), die Wagenplätze von den meisten anderen Marginalisierten unterscheidet – zumindest im Moment.

Strategisches Handeln und taktisches Verhalten – die Verhandlung von Aufenthaltsrecht in der Innenstadt

»Mit der 'Möblierung' und Bepflanzung der Straßen, vor allem der Fußgängerzonen, bieten sich auch Verwahrlosten neue Aufenthaltsorte an, wo sie am städtischen Leben Anteil nehmen können. Es wird also das Bemühen der Städte beeinträchtigt, bestimmte Plätze und Straßen in den Innenbereichen wieder zu Begegnungsräumen zu machen« (DST 1978: 25).

Der Städtetag beklagte früh die Verwahrlosung der Innenstädte durch die

Präsenz Obdachloser, die alle Urbanitätsbemühungen zunichte zu machen drohten. Die relativen und prekären Erfolge der Wagenplätze bilden keine einmalige Ausnahme. In Berlin und anderswo finden sich weitere Beispiele der Aushandlung territorialer Kompromisse (vgl. Schmid 1996), in denen z.B. Obdachlose und ihre BetreuerInnen gegen die Stigmatisierung der *Verwahrlosung* Aufenthaltsrecht erstreiten.

Wagendorfer genießen das Privileg strategischer Raumkontrolle gegenüber taktischer Raumeignung (Ruddick 1996: 58ff). Strategisches Handeln ruht auf der Kalkulation von Machtbeziehungen und der planvollen Umsetzung von normativen Orientierungen im Konflikt. Taktisches Verhalten findet im Konflikt selbst statt, es ist eher raffiniert als kalkuliert. Eine Taktik nimmt Gelegenheiten wahr, wie sie sich bieten und hängt von der Anwesenheit und Identifizierung solcher Gelegenheiten ab. Taktiken arbeiten mit dem cleveren Gebrauch der Zeit, ohne räumliche Basis. Strategien operieren von kontrollierten Räumen aus. Der Erwerb und die Sicherung solch selbstbestimmter Territorien macht Strategien möglich, ihr Verlust macht Taktiken nötig. Militaristisch formuliert wird Taktik in der Schlacht und Strategie im Krieg angewandt.

Solch geschickter und kalkulierter Gebrauch der Zeit, zeigt sich in den Raumeignungspraxen Wohnungsloser. Ein Beispiel ist die Taktik, der gesellschaftlichen Stereotypisierung als Obdachloser zu entgehen, indem die Betroffenen sich als solche unsichtbar machen, um Zugang zu öffentlichen Räumen zu finden. Damit werden nur scheinbar bestehende Strukturen reproduziert, denn diese Taktik stellt eine *Verhandlung* dar, deren Ziel es ist, den Raum für Zwecke zu nutzen, die nicht vorgesehen sind – das Überleben in der Innenstadt.³¹ Aus dieser Perspektive erscheint die Unstetigkeit oder Unfaßbarkeit Obdachloser nicht als psychologischer Mangel und Ursache der Wohnungslosigkeit, sondern als Überlebenstaktik Unterprivilegierter. Nur dieser prekäre, transitorische Gebrauch von Räumen sichert den Obdachlosen relative Permanenz an zentralen Orten. Wohnungs-

31 Da an dieser Stelle der Platz fehlt, das Argument für Wohnungslose weiterzuverfolgen, führen wir hier nur ein Beispiel an: Der Bahnhof Zoo ist nach der Privatisierung der Bundesbahn zu einem stark kontrollierten Ort geworden. Das Bemühen der *Bahn AG*, die soziale Bedeutung des Raumes *Bahnhof* von traditionellen Konnotationen zu befreien, scheint erfolgreich. In den komplett kommodifizierten Bahnhofshallen ist vorgeblich kein Platz mehr für Wohnungslose und andere, deren Anwesenheit mit monatlich Tausenden Bahnstufenverweisen allein am Zoo geahndet wird (vgl. Eick im vorliegenden Band). Dieser Schein trägt. Auf der dem Bahnhof abgewandten Seite des Zoos hat sich ein komplexer Servicecluster etabliert. Diese sozialen und medizinischen Dienste sind nicht stationär, sondern mobil. Die Fahrzeuge bieten zu regelmäßigen Zeiten am Zoo ihre Dienste an. Die Entscheidungen über die Standorte werden in einem der Senatsinnenverwaltung zugeordneten Gremium namens *CITY AG* gefällt, das bedarfsabhängig die relevanten AkteurInnen (z.B. Bahn AG, Einzelhandelsvereinigung, Anbieter sozialer Dienste usw.) versammelt und Standorte zuweist.

lose sind nicht a priori auf den taktischen Gebrauch von Räumen zurückgeworfen. In den Straßenzeitungsprojekten finden sich Beispiele, in denen die soziale Position Obdachloser redefiniert, Konzessionen von Autoritäten erhandelt und Zugänge zu Ressourcen eröffnet werden. Diese erlauben es, dem Diktat täglicher Bedürfnisse zu entkommen und wieder langfristige Ziele zu verfolgen. Die im Umfeld der Straßenzeitungen entstehenden Wohn- und Arbeitsprojekte bieten die Basis für die Etablierung strategischer Raumkontrolle.

Noch aber sind es in erster Linie die Wagenplätze, die den Zugang, die Nutzung und die soziale Bedeutung ihrer Standorte definieren und kontrollieren. Diese Fähigkeit ist keine inhärente Qualität der baulichen Form Wagendorf, sondern muß ständig durch die BewohnerInnen und UnterstützerInnen reproduziert werden. Sie ist nicht nur durch direkte Repression gefährdet, sondern ebenso durch die Verlagerung der Standorte an die städtische und soziale Peripherie. Die Selbstwahrnehmung der Wagendorfer ist das Resultat ihrer kollektiven Anstrengung, ihre Räume zu definieren und zu kontrollieren und ihre Plätze an das breitere Spektrum alternativer Lebensentwürfe anzuschließen. Wenn diese homologe Beziehung zwischen Räumen, Identitäten und der Subkultur nicht mehr gewährleistet ist, kann aus der Lebensstilentscheidung *Wagenplatz* schnell eine bloße Adaptionsstrategie gegenüber Obdachlosigkeit an den geographischen und sozialen Rändern der Stadt werden. Die Wagendorfer sind sich der komplexen Beziehungen zwischen ihren Identitäten, ihrer Subkultur und den Räumen, in denen sie leben, bewußt. Bedingung ihrer Verhandlungsbereitschaft mit dem Senat ist nicht das Beharren auf den gegenwärtigen Standorten,³² sondern darauf, daß alle Ersatzangebote in der Innenstadt innerhalb des inneren S-Bahnringes liegen müssen. Die geographischen Imaginationen der Sozialsenatorin (s.o.) lassen keinen Zweifel daran, daß der Senat nicht gewillt ist, diese Bedingung zu akzeptieren. Der feste Räumungswille wird weitere Wohnungslose produzieren und den Konkurrenzdruck in peripheren Räumen und um überforderte Dienste verschärfen. Die Kritik an der Warenförmigkeit städtischen Lebens wird so zum mangelnden Vermögen, in dieser Stadt zu leben, undefiniert.

Die Repräsentationspolitiken der Wagenplätze sind ein Versuch, dieses gut entwickelte Vermögen zu reproduzieren und vertraglich zu fixieren. Obwohl kein nachhaltiger Durchbruch zu verzeichnen ist, sind die zögerlichen

32 Das wäre die beste Lösung, da an den etablierten Standorten aufgrund langjähriger Kontakte kaum Konflikte mit den NachbarInnen auftreten und die BewohnerInnen in Schulen, Vereinen und Nachbarschaften integriert sind. »Warum sollte mensch diese gewachsenen Strukturen zerstören und an anderer Stelle Menschen ungefragt (!) eine Wagenburg vor die Tür setzen, welche Sie auf keinen Fall wollen?« (Plenum der Berliner innerstädtischen Wagenplätze 1997c: 4).

Signale der Bezirke ein Beleg, daß sich die entschlossene Intervention der Wagenplätze in die lokale Politik trotz aller Niederlagen und Rückschläge gelohnt hat. Immerhin stehen gegen den erklärten Willen des mächtigen Innensenators noch 11 Wagenplätze in der Stadt (Stand: Januar 1998). Als das größte Hindernis bei dem Ringen um Anerkennung als berechnete BewohnerInnen der Innenstadt formulieren die Wagenplätze den ständigen Rechtfertigungsdruck: »After all, the biggest conflict is the permanent need to justify ourselves in the face of pressure, to open ourselves to and provide services for the general public« (Berg 1997: 5). Nur einige größere Hauskollektive bieten noch ein vergleichbares Niveau an nicht-warenförmigen Angeboten (Zirkus, Variété, Feste, Konzerte usw.) und niemand käme auf die Idee, von Zehlendorfer VilleneignerInnen den Zutritt zu ihren Grünflächen zu verlangen, wie er von den Wagenplätzen im allgemeinen gewährt wird. Ob es sich tatsächlich um (sicherlich nicht gleichberechtigte) Aushandlungsprozesse handelt oder um die bloße Zuweisung immer nur geduldeter Standorte und Standzeiten, die jederzeit widerrufen werden können, muß hier offen bleiben. Politische und wissenschaftliche Analysen jedoch, die a priori den universellen Geltungsanspruch metropolitaner Standortlogik anerkennen, sind diesem Urbanisierungsprojekt schon erlegen und arbeiten an dessen Ausdehnung mit. Diese Ausdehnung bedeutet eskalierende Ausgrenzung: aus dem Arbeitsmarkt, aus dem Wohnungsmarkt, aus dem öffentlichen Raum, aus der städtischen Gesellschaft und damit aus dem Geltungsbereich sozialer Bürgerrechte.

Wie der Konflikt um die Berliner Wagenburgen und Wagenplätze innerhalb der gespannten Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie zeigt, ist Urbanisierung ein widersprüchlicher Prozeß ungleicher und unbestimmter Entwicklung. »Obwohl hegemonial, kann die Logik der Kapitalakkumulation niemals jede Nuance der Urbanisierung kontrollieren« (Harvey 1997: 6). In dieser Ungleichheit und Widersprüchlichkeit lokaler Politiken und hegemonialer Projekte liegt die Möglichkeit und Notwendigkeit politischer Intervention jenseits der formalen Beteiligungsgremien.

Das revanchistische Berlin

»Kriminelle, Asoziale und sonstige unnormale Menschen, die ihre Daseinsberechtigung höchstens auf isolierten Stadtgütern in der Mark Brandenburg fristen dürften« (Landowsky)

So qualifiziert der Fraktionsvorsitzende der CDU die WagenbewohnerInnen ab und verbannt sie rhetorisch in Reservate (zitiert nach: Kropp 1997: 3.5.1.). Diese Wiederkehr gefährlicher Klassen (*Kriminelle, Asoziale, sonstige unnormale Menschen*) an gefährdeten Orten wird neuerdings auch

hierzulande als die Formation einer *urban underclass* kontrovers diskutiert (Bremer/Gestring 1997, Häußermann 1997b, Kronauer 1996, Siebel 1997). Die neue Qualität sozialer Spaltung, die damit beschrieben wird, variiert lokal. Die Restratifizierung von Räumen und Gruppen in Berlin ist kein Prozeß, der allein marktförmig über das Bodenregime und über den Arbeitsmarkt vermittelt wird. Dieser Prozeß wird von einer lokalen Politik getragen, die Neil Smith *revanchistische Stadtpolitik* nennt (1996: 189-232, 1996b, c). Damit beschreibt er eine Politik der Restauration gegenüber den Errungenschaften urbaner sozialer Bewegungen und des lokalen Sozialstaates als Bedingung und Konsequenz ökonomischer und politischer Expansion der städtischen Zentren. Kennzeichnend für diesen *Revanchismus* ist die Transformation liberaler Sympathie mit den Marginalisierten zur Verteidigung von Privilegien und Subventionen in Zeiten scharfer Budgetkürzungen. Wenn es weniger Güter und Leistungen zu teilen gibt, soll auch mit immer Wenigeren geteilt werden, die ihre Berechtigung als legitimierte Anspruchsberechtigte zu beweisen haben. Der Kreis der legitimen EmpfängerInnen wird dynamisch enger gezogen und der Leistungsbezug an Normenkonformität geknüpft. Wer den Kriterien nicht genügen kann oder will fällt dem *strafenden Staat* (Wagenplätze 1997) anheim. In diesem Kontext trotz ihrer wiederholten Zahlungsbereitschaft als mietstreikende Parasiten, die wertvollen Raum widerrechtlich besetzen. Sie werden als urbane Anomalie des späten, hochsubventionierten Westberlin begriffen, deren reine Anwesenheit einen Imageschaden für die nationale Bedeutung Berlins darstellt. »Berlin ist nicht Hauptstadt der Wehrdienstverweigerer, nicht Hauptstadt der Wagenburgen, nicht Hauptstadt der Hausbesetzer, sondern Berlin ist die Hauptstadt der Deutschen« stellt der ehemalige General und *Ernst Jünger*-Liebhaber Schönbohm klar (AH 1996h: 995). In dieser Stadt sind alle Berliner normenkonforme Deutsche, deren standortrelevante Sekundärtugenden Schaden nehmen könnten an der Alternative eines selbstbestimmten urbanen Lebens in Würde mit wenig Geld, wie es die Wagenplätze vorleben.

Literatur

- AH (Abgeordnetenhaus von Berlin) 1996a: *Kleine Anfrage 13/1070 der Abgeordneten Heike Ließfeld (SPD) über bisher entstandene und noch zu erwartenden Kosten für die Herrichtung des Ersatzstandortes in West-Staaken für die Eastside Wagenburg und Antwort der Senatorin Hübner* (30.12.96), Berlin.
- 1996b: *Kleine Anfrage Nr. 893 der Abgeordneten Ruth Mecklenburg (SPD) über Wagenburg in West-Staaken und Antwort der Senatorin Hübner* (12.9.96), Berlin.
 - 1996c: *Inhaltsprotokoll der 10. Sitzung des Ausschuß für Soziales* (9.9.96), Berlin.
 - 1996d: *Kleine Anfrage 13/1339 der Abgeordneten Ruth Mecklenburg (SPD) über die geplante Wagenburg in West-Staaken und Antwort der Senatorin Hübner* (30.12.96), Berlin.
 - 1996e: *Inhaltsprotokoll der 12. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ord-*

- nung (14.10.96), Berlin.
- 1996f: *Inhalts- sowie Beschluß-Protokoll der 14. Sitzung des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen U. a. zum Abbau der Fehlsubventionierung im Berliner Wohnungswesen sowie zur Fehlbelegungsabgabe* (30.10.96), Berlin.
 - 1996g: *Votum des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin zum Standort Staaken für eine Wagenburg*, in: Drucksache 13/1234, Berlin.
 - 1996h: *Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN über Häuserräumungen, Auflösungen von Wagenburgen – Wohin treibt der Säuberungswahn den Senat?* (20.8.96), in: Drucksache 13/664, Berlin.
 - 1997: *Kleine Anfrage 13/2445 der Abgeordneten Marion Seelig (PDS) über Senatsbeschluß zu Wagenburgen und Antwort der Senatorin Hübner* (9.7.97), Berlin.
- AK – *Analyse und Kritik*, ehemals Arbeiterkampf.
- Architektenkammer Berlin (Hg.) 1997: *Planwerk Innenstadt Berlin: Eine Provokation*, Berlin.
- Baroner, Wolfgang 1996: *Eigenheimbau in Berlin stärker fördern, Neuformulierung eines politischen Schwerpunktes*. (unveröffentlichtes Ms.).
- Becker, Ruth 1997: *Im Labyrinth der Wohnungspolitik. Anmerkungen zu Mieten, Belastungen, Förderungsmodellen und Subventionsformen. Ist der soziale Wohnungsbau obsolet geworden?*, Ms. Beitrag für einen Ausstellungskatalog des BDA in Hamburg.
- Benjamin, Walther 1929: *Denkbilder*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1994.
- Berg, Renate 1997: *Islands in a Coded Public Space*, in: INURA (Hg.): *Possible Urban Worlds – The Reader of the 7th INURA Conference 1997* (im Erscheinen).
- Berliner Mietergemeinschaft 1997: *Emanzipation von dem Mietern*. In: *MieterEcho*. Zeitung der Berliner Mietergemeinschaft, Nr. 263, Juli/August 1997.
- Bezirksamt Mitte 1993: *An die Bewohner der »Wagenburg« auf dem ehemaligen Grenzstreifen Legiendamm/Ecke Waldemarstraße/Ecke Dresdener Straße am Engelbecken*. In: Knorr-Siedow, Thomas; Walther Willmer 1994: *Sozialverträglicher Umgang mit unkonventionellen, mobilen Wohnformen am Beispiel des Wohnens in Wohnwagendörfern und Wagenburgen*. Berlin: IRS.
- Bodenschatz, Harald 1987: *Platz frei für das neue Berlin. Geschichte der Stadterneuerung in der größten Mietskasernenstadt der Welt seit 1871*. Berlin.
- Bremer, Peter; Norbert Gestring 1997: *Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung in deutschen Städten?*, in: PROKLA 106, S. 55-76.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1996: *Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik. Nationalbericht Deutschland zur Konferenz HABITAT II*. Bonn.
- Bürgerinitiative West-Staaken 1996 (Hg.): *Informationsbroschüre gegen die Ansiedlung einer Wagenburg*.
- BVV (Bezirksverordnetenversammlung) Spandau 1996: *Protokoll der Sitzung vom 16.8.96 u.a. das Ausweichgelände für die Wagenburg Staaken betreffend*.
- CDU Landesverband 1996: *Beschlüsse in Sachen Wagenburgen*, Pressemitteilung (19.8.96).
- Dear, Michael; Mahs, Jürgen von 1994: *Genesis I Evaluation. Final Report*. Los Angeles: University of Southern California.
- 1997: *Housing for the Homeless, By the Homeless, And of the Homeless*, in: Ellin, Nan (Hg.), *Architecture of Fear*. Princeton: Architectural Press.
- Deutscher Städtetag (DST) 1978: *Stadtstreicher. Kommunale Erfahrungen, Probleme, Antworten*. In: Reihe B. DST-Beiträge zum Kommunalrecht, Heft 3. Köln: Deutscher Städtetag.
- Foyer, siehe Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr.
- Garreau, Joel 1991: *Edge City. Life on the new Frontier*. New York: Doubleday.
- Grell, Britta; Sambale, Jens; Veith, Dominik 1997: *Inner!City!Action! – Crowd Control, Interdictory Space and the Fight for Sociospatial Justice*, in: INURA (Hg.): *Possible Urban Worlds – The Reader of the 7th INURA Conference 1997* (im Erscheinen).
- Gutachterausschuß für Grundstückswerte in Berlin, Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hg.) 1995: *Bodenrichtwerte 21.12.1994*.
- Hain, Simone 1996: *'Nun wächst zusammen, was zusammeng gehört!?' Erster Kommentar zum Planwerk*. Referat zur 60. Sitzung des Stadtforums (29.11.96).
- Harvey, David 1997: *The New Urbanism and the Communitarian Trap*, in: *Harvard Design Review* No. 1 (Winter/Spring), S.5-6.

- Häußermann, Hartmut 1997a: Was ist eine Innenstadt?, in: Architektenkammer Berlin (Hg.) 1997: *Planwerk Innenstadt Berlin: Eine Provokation*. Berlin, S. 64-67.
- 1997b: Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in: *Leviathan* 1. S. 12-27.
- Innen!Stadt!Aktion! 1997: Gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung. Zeitungsbeilage der Innen!Stadt!Aktion! erschienen in: *Berner Tagwacht*, *scheinschlag*, *taz* und *WoZ*.
- Keil, Roger 1993: *Weltstadt – Stadt der Welt. Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Knorr-Siedow, Thomas; Walther Willmer 1994: *Sozialverträglicher Umgang mit unkonventionellen, mobilen Wohnformen am Beispiel des Wohnens in Wohnwagendörfern und Wagenburgen*. Berlin: IRS.
- Koalitionsvereinbarung zwischen der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands (CDU) Landesverband Berlin und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Landesverband Berlin (1995), Berlin.
- Kronauer, Martin 1996: 'Soziale Ausgrenzung' und 'Underclass': Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *SOFI-Mitteilungen* Nr. 24. S. 53-69.
- Kropp, Herbert 1997: *Wagenleben – Das Leben wagen*. Empirische Studie über das Leben und Wohnen in fahrbaren Behausungen, Diplomarbeit an der Universität Oldenburg.
- MieterEcho*, siehe Berliner Mietergemeinschaft.
- Oberfinanzdirektion 1996: Weiteres Vorgehen der OFD Berlin gegenüber den Wagenburglern auf dem ehemaligen Mauerstreife, in: *Pressemitteilung*, 15/96 (26.8.96), Berlin.
- Plenum der Innerstädtischen Berliner Wagenplätze 1997a: *Berlin braucht Freiräume für alternatives Wohnen – Wagenplätze in Berlin*. Flugblatt (Februar 1997).
- 1997b: *Stadt-Ab-Wicklung oder Alternatives Wohnen*. Flugblatt (Mai 1997).
- 1997c: *Freiräume für alternatives Wohnen – Wagenplätze für Berlin*. Vortragsmanuskript für das 9. Stadtforum von Unten (3.3.97).
- Ronneberger, Klaus 1997a: *Bronx in Deutschland*. Vortragsmanuskript für die Konferenz: Peripherie oder neue Stadt? Zur Amerikanisierung der Stadtentwicklung, Bauhaus Dessau, (1.-3.5.97).
- 1997b: Peripherie – die Zukunft des Städtischen? In: *Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie* 1, S. 8 – 14.
- Ruddick, Susan 1996b: *Young and Homeless in Hollywood. Mapping the Social Imaginary*. London: Routledge.
- Sambale, Jens 1995: 'Racism comes in Birkenstocks' – Städtischer Umweltschutz und ethnische Risikodiskriminierung, in: Sträter, Frank 1995: *Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt. Los Angeles – Berlin*. Stuttgart: context. S. 66-77.
- Sambale, Jens; Veith, Dominik 1997: Marginalisierung als urbaner Prozeß, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2. S. 100-103.
- Schmals, Klaus M., Jahn, Walther 1997: Simultanpolitik durch Stadtforen? – Das Beispiel Berlin, in: Heinelt, Hubert; Mayer, Margit (Hg.) 1997: *Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege der Ressourcenmobilisierung*. Opladen: Leske & Budrich S. 192 – 215.
- Schmid, Christian 1996: Urbane Region und Territorialverhältnis – Zur Regulation des Urbanisierungsprozesses, in: Bruch, Michael; Krebs, Hans-Peter (Hg.) 1996: *Unternehmen Globus. Facetten nachfordistischer Regulation*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S.224-254.
- Schubert, Manuela 1997: Wagendörfer. Eine alternative mobile Wohnform, in: *Bauwelt*, Heft 38. S. 2136 – 2137.
- Schulz, Marlies 1991: Der Tauschwohnungsmarkt in der zentralistischen Planwirtschaft. Das Beispiel von Ostberlin, in: *ISR-Forschungsberichte*, Heft 3. Wien.
- Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr 1997: Berlin zu Hause. Eigentum in der Hauptstadt, in: *Foyer, Magazin der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr*, 3/97.
- Senatsverwaltung für Inneres 1996a: 'Wagenburg an der East-Side-Gallery wird heute geräumt', *Pressemitteilung* Nr. 49 (17.07.1996).
- 1996b: *Pressemitteilung* Nr. 54 (24.7.96) zu *Senatsbeschluß zu Wagenburgen*.
- Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, 1997: *Bericht zur Rettung des Berliner Stadtbildes*.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.) 1997a: Plan-

- werk Innenstadt. Ein erster Entwurf, in: *Stadtentwicklung*, Band 4. Berlin: Kulturbuchverlag.
- 1997b: Emanzipation der Mieter, in: *Stadtforum. Journal der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie*, No. 25.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe (Hg.) 1996: *Berlin – Räume für die Wirtschaft*.
- Siebel, Walter 1997: Armut oder Ausgrenzung? Vorsichtiger Versuch einer begrifflicher Eingrenzung der sozialen Ausgrenzung, in: *Leviathan* 1/97. 67-75.
- Smith, Neil 1996a: *The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City*. London: Routledge.
- 1996b: Social Justice and the New American Urbanism: The Revanchist City, in: Merrifield, Andy; Swyngedouw, Erik (Eds.), *The Urbanization of Injustice*. London: Lawrence & Wishart, S. 117 – 137.
- 1996c: After Tompkins Square Park: Degentrification and the Revanchist City, in: King, Anthony (Hg.) 1996: *Re-presenting the City. Ethnicity, Capital and Culture in the 21st-Century Metropolis*. New York: New York University Press, S. 93-110.
- Soja, Edward 1992: Inside Exopolis. Scenes from Orange County, in: Sorkin, Michael (Hg.) 1992: *Variations on a Theme Park. The New American City and the Event of Public Space*. New York City The Noonday Press. S. 94 – 122.
- Stadtforum*, siehe Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie.
- Stephan, Eric 1997: EPIC ENTER. Crashing in Cars. In: *San Francisco Bay Guardian*, May 7th. S. 24-26.
- tageszeitung/scheinschlag (Hg.) 1996: *stadt.plan.mitte*. Gemeinsame Beilage von schein-schlag und taz zur Diskussion über das Berliner 'Planwerk Innenstadt'. (November 1996).
- Veith, Dominik; Sambale, Jens 1997: Mythos öffentlicher Raum – oder: Warum der Kampf um die Innenstadt wichtig ist. In: *Arranca!* 12 (Juni).
- Wacquant, Loïc J. D. 1997: Vom wohltätigen zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika. In: *Leviathan* 1/97. S. 50-66.
- Wagenburg Schwarzer Kanal 1997: *Die Wagenburg Schwarzer Kanal erfüllt wichtige soziale, kulturelle, ökologische, politische und städtebaulich wertvolle Funktionen im Bezirk Mitte*. Flugblatt.
- Wagendorf Lohmühle 1997: *Neuigkeiten über Wagenburgen*, Flugblatt.
- Wagenplatz am Kinderbauernhof 1996: *Selbstdarstellung*. 11 Seiten.
- Wolff, Katrin 1996: Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Berlin. Ursachen, Umfang und Folgen, in: *ISR Diskussionsbeitrag* Nr. 45. ISR: Berlin.

PROKLA 112 (September 1998): **Europa (Teil I: Osteuropa)**

In zwei Heften wird sich PROKLA mit dem Thema Europa beschäftigen. Im Osten ist die Transformation der ehemals »realsozialistischen« Länder in kapitalistische Marktwirtschaften weit vorangeschritten, ohne daß sie damit schon zum Abbild Westeuropas geworden wären. Ein spezifisch »politischer Kapitalismus« hat sich herausgebildet. Auf der anderen Seite befinden sich auch die westeuropäischen Länder in tiefgreifenden Umbruchprozessen sowohl ihrer wohlfahrtsstaatlichen Strukturen als auch - mit der Einführung des Euro - ihrer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen untereinander. Regionale Unterschiede werden zunehmen, während sich die Rolle der Nationalstaaten erheblich verändern wird. Damit verschieben sich auch die Bedingungen unter denen Gewerkschaften, soziale Bewegungen und politische Parteien ihre Auseinandersetzungen führen.

Volker Eick

Neue Sicherheitsstrukturen im »neuen« Berlin *Warehousing* öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt

»Fakt ist eigentlich, daß die Polizei, also auch die Operative Gruppe City-West, mit unserem Sicherheitsdienst Hand in Hand arbeitet. Und daß wir sozusagen fast ein verlängerter Arm geworden sind der Polizei. Ich denke, daß das in Ordnung ist und auch im Interesse der Öffentlichkeit.« (Remus-Woelffling 1997)

Was die Geschäftsführerin der *Arbeitsgemeinschaft City e.V. (AG City)*, dem derzeit elaboriertesten Zusammenschluß Berliner Geschäftsleute¹, hier als »kundenorientiertes Denken« beschreibt, ist das in den vergangenen Jahren gewonnene sicherheitspolitische Destillat des »neuen Berlin« (IHK-Slogan), auch wenn tatsächlich die Berliner Polizei als verlängerter Arm organisierter Geschäftsinteressen zu bezeichnen ist und nicht andersherum. Dieses aus der Eindampfung sozialpolitischer und ökonomischer Problemlagen zu Fragen von Sicherheit und Sauberkeit gewonnene Destillat wird – massenmedial aufbereitet – im »Unternehmen Berlin« (Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen) über die im Wachstum begriffenen Randgruppen der Stadt ausgeschüttet. Mit Verdrängung aus innerstädtischen Räumen, »Verbringung« an den Stadtrand und Kriminalisierung wird gegen marginalisierte Teile städtischer Bevölkerung vorgegangen.² Fraktionierung und Spaltung städtischer Gesellschaften, verbunden mit Regulierungs- und Flexibilisierungsbemühungen eines dysfunktional gewordenen fordistischen Kapitalismusmodells (vgl. Bruch/Krebs 1996; Becker u.a. 1997), sind von der Restrukturierung staatlicher und privater Si-

1 Die »Arbeitsgemeinschaft City e.V.«, 1976 gegründet, schließt etwa 150 Geschäftsleute am Kurfürstendamm und in seinen Seitenstraßen zu einer Interessensgemeinschaft zusammen (Eick/Strunk 1995). Die »Operative Gruppe City-West« ist eine Sondereinheit der Berliner Polizei, die – auf Druck der »AG City« aufgestellt – ausschließlich dieses städtische Areal bearbeitet (Eick 1995).

2 Für Berlin liegen u.a. erste Untersuchungen zur Verdrängung von Wagenburgen (Sambale/Veith in diesem Band), Vertreibung von DrogenkonsumentInnen (Gangway 1996) und Prostituierten (Strack 1993) vor; für Frankfurt/M. vgl. Noller/Ronneberger (1995) sowie Jaschke (1997); für weitere Beobachtungen aus bundesrepublikanischen Städten vgl. Innenstadtaktion (1997).

cherheit nicht zu trennen. Dabei folge ich der These von Dangschat (1995; 1997), daß die derzeitigen Modernisierungsbemühungen städtischer kapitalistischer Gesellschaften Armut produzieren, ausweiten und räumlich konzentrieren (»Armut durch Wohlstand«). Diese Produktion von Armut geht in Berlin derzeit mit einem fraktionsübergreifenden politischen Diskurs einher, der zwischen den jährlich anfallenden 40 Tonnen Hundekot und mehreren zehntausend Obdachlosen, zwischen Armutsflüchtlingen und Fixerbesteck, zwischen Graffiti-Sprayern (»optischer Terrorismus«) und gebührenpflichtigem Sperrmüll keinen Unterschied mehr machen mag. Soweit diese Verschränkung von Sicherheit und Sauberkeit mit der räumlichen Konzentration von Armen in der Öffentlichkeit und in öffentlichen Räumen einhergeht, werden diese in Berlin ordnungspolitischer Gegenstand und Ziel repressiver Aktivität.³

Die intensivierte, privatwirtschaftliche Nutzung innerstädtischer Räume verwandelt öffentliche Räume in durch Hausrecht eingehegte private, umsatzorientierte Archipele (*Warehousing*). Das führte schon in den vergangenen Jahren immer wieder zu, wie es in einer Mischung aus *Understatement* und wissenschaftlicher Kategorie heißt, »Nutzungskonflikten«. Heute jedoch werden sie kaum mehr zu »territorialen Kompromissen« kleingearbeitet, sondern mit dem Ziel endgültiger Vertreibung ausgefochten (*Warhousing*).⁴

Dies hat einen Grund darin, daß Berlin mit dem Anschluß der DDR und Westberlins an die Bundesrepublik nach vier Jahrzehnten als verlängerte Werkbank wieder Teil der internationalen Ökonomie und »Standort« wurde. Ehemalige Randbezirke wie Kreuzberg verlieren ihre Nischen und werden mit dem Fall der Mauer zu Innenstadtbezirken, die Begehrlichkeiten von Banken und Versicherungen ebenso wecken, wie international tätige *developer* ihre Aktivitäten auf diese verarmten Großstadtbezirke ausdehnen und sie damit unter Gentrifizierungsdruck setzen. Von Berlin, das endlich »Eigentümerstadt« werden müsse, von einem »neuen Stadtbürgertum«, von, so der Masterplaner Hoffmann-Axthelm, »Liebe, Kultur und Grappa«

3 Mir scheint es daher gerechtfertigt, von einem Paradigmenwechsel zu sprechen. Nicht mehr die Beseitigung oder doch fordistische Verwaltung von Armut, sondern die Beseitigung der Armen steht auf der Agenda unternehmerischer Städte (Eick 1995a).

4 Der Begriff *Warhousing* rechtfertigt sich nicht zuletzt aus der Terminologie involvierter Geschäftsleute und dem Polizeiapparat, die vom »Krieg am Ku'damm« (Spielbankbesitzer und AG City-Mitglied Peter Hosemann), von »Fixerjogging« (Polizeijargon für die Vertreibung offener Drogenszenen aus einem Stadtteil in den anderen), vom »Krieg gegen das Verbrechen« (William Bratton, Ex-Polizeichef von New York) und von »Operationen« beim Einsatz gegen Armutsbevölkerung sprechen. Die Trommel der Kriegsterminologie wird nicht nur gerührt, sondern ist auch in den Polizeistrukturen selbst verankert. Der bis 1996 als Grenzschutzkommandant Ost in Berlin tätige Bernd Kahnert: »In der Tat läuft das, was sie als Vertreibung bezeichnen, was ich als geborener Ostpreuße mit etwas Schmerz empfinde, bei uns (...) unter Verbringungsgewahrsam« (zit.n. Abgeordnetenhaus von Berlin 1996).

ist die Rede, wenn privatisierte Stadtplanung und deregulierte Wohnungsmärkte⁵ sich ein Stelldichein geben (Sewing 1997).

Auch die Beschäftigungsstruktur ist von Polarisierung gekennzeichnet. Der Beseitigung von Industriearbeitsplätzen – in wenigen Monaten zerschlug die Treuhandanstalt nahezu die gesamte Industriestruktur Ost – steht ein nur mäßiges Wachstum von (neuen) Dienstleistungstätigkeiten gegenüber, die zu einem geringen Teil als hochqualifizierte Tätigkeiten – und dann in den Branchen I&K-Technologie, Marketing, Finanzdienstleistungen – vorfindlich sind. Sie ziehen eine wachsende Zahl niedrig qualifizierter, schlecht entlohnter und entgarantierter Arbeitsplätze nach sich (*working poor*).⁶ Die mit dieser Art Restrukturierung zwingend einhergehenden Verarmungs- und Verelendungstendenzen haben inzwischen auch in deutschen Metropolen ein Ausmaß angenommen, das in der jüngeren Vergangenheit die (wissenschaftliche) Frage nach dem Entstehen einer »Urban underclass« aufgeworfen hat (vgl. Bremer/Gestring 1997; Häußermann 1997; Kronauer 1997). Berlin, das sich nach Ansicht des Berliner Senats auf den Weg zur »Europäischen Dienstleistungsmetropole« gemacht hat, nach den Daten zu Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit, zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte und Wirtschaftskraft aber eher den Eindruck eines »Regionalzentrums Ost«⁷ vermittelt, entwickelt sich zu einer hochpolarisierten Stadt. Die Schere zwischen Arm und Reich in der Bevölkerung, zwischen Banken und Versicherungen und der fiskalpolitisch marginalisierten Kommune klafft weit auseinander.

Im Zeichen globaler Standortkonkurrenz orientieren sich städtische Verwaltungen in betriebswirtschaftlicher Logik am Bild der »unternehmerischen Stadt«; verstehen sich, kurz gefaßt, als Manager eines Wirtschaftsstandortes statt als Verwalter eines Gemeinwesens (Heinelt/Mayer 1997). Städte und Regionen konkurrieren heute untereinander, schaffen für »neue Urbaniten«⁸ attraktive innerstädtische Räume, in denen Platz und Ort für

5 Im Bundesvergleich hat Berlin, bedingt durch die politische (und geographische) Lage nach dem 2. Weltkrieg, einen sehr hohen Mietwohnanteil (Wolff 1996; Sewing 1997).

6 Der *boom* im Bereich der privaten Sicherheitsdienste ist hierfür ein eklatanter Beleg; zum polarisierten Dienstleistungsphänomen grundsätzlich: Häußermann/Siebel (1995); Grabow (1996).

7 Die vom Berliner Senat 1991 eingesetzte Strukturpolitische Expertenkommission veröffentlichte eine Analyse (Treuner-Studie), die sich mit den Perspektiven Berlins auseinandersetzte und dabei drei Szenarien (»Europäische Dienstleistungsmetropole«, »Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur [Normalisierung]«, »Berlin als Regionalzentrum Ost«) genauer untersuchte (Strukturpolitische Expertenkommission 1992).

8 Der »neue Urbanit«, der nach den Wünschen des Berliner Senats und seiner Zuträger die Berliner Innenstadt bevölkern soll, stellt sich nicht ein; stattdessen wird mit dem Zustrom vor allem osteuropäischer Armutsbevölkerung gerechnet. Die Bezeichnung selbst geht auf die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem »Planwerk Innenstadt« (Centrum 1997) zurück, die sich u.a. an der Frage entzündete, ob der dort verwendete Terminus »neuer Stadtbürger« in eins zu setzen sei mit der Absicht des Berliner Senats, in die-

demonstrativen und hochpreisigen »Erlebnis-Konsum« geschaffen wird. Der Charme, den die Fußgängerzone der 70er Jahre mit ihren Kundenfrequenz-, Kundenstrom- und Kundenlaufanalysen (inklusive der lustigen Blumenkübel) ausstrahlte – charakterisiert als »'Taylorisierung' städtischer Öffentlichkeit« (Schmidt 1980) –, findet in Galerien, Passagen und Malls seine konsequente Fortsetzung. In diesen als »Erlebnisraum« inszenierten öffentlichen Räumen stellen private Sicherheitskräfte die dazugehörige Dienstleistungsperipherie (Hasse 1994).

Denn eingebettet in diese privatwirtschaftlich orientierte Stadtkonzeption kommen sicherheits- bzw. ordnungspolitisch motivierte Regulationsmodi gegen die städtische Armutbevölkerung zur Anwendung, denen in Berlin insbesondere der mittelständische Einzelhandel zum Durchbruch verhalf. Im Verlauf der letzten Dekade hat sich so eine neue sicherheitspolitische Doktrin herausgebildet, deren bestimmendes Moment die Exklusion ist. Im Rahmen dieser Neukonzeption avanciert dabei ein als »subjektives Unsicherheitsgefühl« thematisiertes Phänomen – wie die als »Verwahrlosung« beschriebene Verarmung von Stadtteilen oder die sich daraus speisenden kleinkriminellen Begleiterscheinungen – zum weichen Standortfaktor (Grabow u.a. 1995) und verselbständigt sich zur Ideologie.⁹

Die Privatisierung von Stadt und städtischer Gesellschaft zieht Privatisierung von Sicherheit nach sich und findet im privatwirtschaftlichen Kontrollanspruch öffentlicher Räume auch ihren privaträumlichen Niederschlag. Der Beitrag will diesen Zusammenhang verdeutlichen. Zunächst wird die in Berlin zur Verfügung stehende *hardware* staatlicher und privater Sicherheitsagenturen addiert und ein Blick auf deren Arbeitsfelder geworfen, sodann setze ich mich mit der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume in Berlin auseinander, die sich in ihrer Ausgestaltung zu *no go areas* für bestimmte Bevölkerungsgruppen manifestiert. Im dritten Abschnitt wird in Hinblick auf die *boomende* Branche privater Sicherheitsanbieter die Frage diskutiert, ob wir von einem Ende des staatlichen Gewaltmonopols in den nachfordistischen Stadtgesellschaften sprechen müssen.

1. Die *hardware* städtischer Sicherheit

Einige Daten zum Berliner Sicherheitsapparat

Mit rund 30.000 Polizisten hat Berlin im Bundesvergleich die höchste Polizeidichte. Bei knapp 3,5 Millionen EinwohnerInnen ist das statistisch ein

sen innerstädtischen Räumen die Bevölkerung austauschen zu wollen (Rada 1997; Steglich 1997).

9 »Nicht mehr das ursprüngliche Objekt des Schützens wird jetzt ins Auge gefaßt, sondern das Schützen selbst wird Objekt im Denken und Handeln.« (Kaufmann 1970: 71)

Verhältnis von 1:119. Nach der Maueröffnung wurde die Berliner Polizei – unterstützt durch das Beratungsunternehmen Mummert & Partner reorganisiert und hat kleinräumig u.a. mit Spezialeinheiten reagiert:

* Hierzu zählen die »Operativen Gruppen« (OGn), aus Schutz- und Kriminalpolizei zusammengesetzte Spezialeinheiten, die an bestimmten als »soziale Brennpunkte« bezeichneten Orten aktiv sind. Alle OGN bestehen aus ca. 20 Beamten, die von Verwaltungsarbeiten weitgehend entlastet sind, über ein eigenes Datenverarbeitungssystem verfügen und sowohl uniformiert, wie auch in Zivil auftreten. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, auf andere Polizeieinheiten zurückzugreifen, verfügen über eigene technische Ausrüstung auch für verdeckte Observationen und unterstehen direkt der jeweiligen Direktionsleitung: Die »OG City-West« (Bezirk Charlottenburg) bearbeitet das gesamte Areal am Kurfürstendamm und in seinen Seitenstraßen. Ihre Arbeit konzentriert sich dabei nach eigenen Angaben nicht auf eine konkrete Zielgruppe, sondern hat das gesamte innerstädtische Areal im Blick (Eick 1995). Aus den Veröffentlichungen ergibt sich dennoch ein klares Bild, gegen wen hier vorgegangen wird: Obdachlose, DrogenkonsumentInnen, Jugendliche und vor allem MigrantInnen werden hier in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, vertrieben oder an den Stadtrand »verbracht« (Antirassistische Initiative 1997).

Die »OG Alex« am Alexanderplatz (Mitte) mit den Schwerpunkten obdachlose Jugendliche, Punks und Hütchenspieler entstand ebenfalls auf Druck von Einzelhändlern und Touristen, die sich dort beim Glücksspiel betrogen sahen.¹⁰ Seit April 1997 sind die polizeilichen Aktivitäten intensiviert worden, gleich nachdem der Stadtentwicklungssenator, Peter Strieder (SPD), und die ehemalige Justizsenatorin, Peschel-Gutzeit (SPD), ihre »Aktion Saubere Hauptstadt« initiierten. Vor allem Punks berichten von wiederholten »Verbringungen« in den am Stadtrand gelegenen Grunewald (Weber 1997).

Der »OG Potse« in der Potsdamer Straße (Schöneberg), die gegen Drogenprostitution, -konsum und -handel vorgeht, wird wegen ihres operativen Einsatzziels, offene Drogenszenen zu zerschlagen, der Vorwurf gemacht, für den zunehmenden Hochrisikokonsum von (intravenösen) DrogenkonsumentInnen und damit für deren zunehmende gesundheitliche und soziale Verelendung verantwortlich zu sein.¹¹

10 An zentralen Orten der Stadt wird dabei meist um Beträge von fünfzig bis einhundert Mark gespielt, wobei die Passanten erraten sollen, unter welcher von z.B. drei Streichholzschachteln sich eine Staniolkugel befindet. Da sich die als »Hütchenspieler« bezeichneten Männer meist als Gruppe organisieren, schnell verdientes Geld versprechen, letztlich aber Tricks anwenden, verlieren vornehmlich Touristen ihr Geld. Polizei und Medien erhoben regelmäßig den Betrugsvorwurf, konnten ihn jedoch nie erhärten; die Vertreibung durch sog. »aggressive Streifenfälligkeit« und vorläufige Festnahmen basiert daher lediglich auf dem Berliner Straßengesetz, daß die Ahndung unberechtigter Nutzung öffentlichen Straßenlandes als Ordnungswidrigkeit zuläßt.

11 »Durch das repressive Vorgehen der Ordnungspolitik gegen die offenen Szenen wurden

Die »OG SO 36« ist schwerpunktmäßig am Kottbusser Tor (Kreuzberg) aktiv. Nach eigenen Angaben besteht ihre Arbeit in der Kontrolle des dortigen Drogenmilieus. Trotz getroffener Absprachen, so berichten MedizinerInnen und soziale Hilfsorganisationen, die mit Gesundheitsbussen und Drogenberatung vor Ort zu helfen suchen, würde ihre Arbeit durch den hohen Repressionsdruck der Polizei zunehmend torpediert (Eick 1996).

* Auf die Spezialisierung Berliner Polizeiarbeit entlang ethnischer Kriterien in sogenannten »Ermittlungs- oder Arbeitsgruppen« (AG) ist der Berliner Polizeipräsident und Ex-BKA-Chef, Hagen Saberschinsky, stolz (1996). Entsprechend lesen sich die Titel dieser dergestalt ethnisierten Einheiten (in Klammern: offizieller Vorwurf): AG Vietnam (Zigarettenhandel), AG Araber (illegalisierte Drogen), AG Russenmafia (Geldwäsche), AG Kurden (Schutzgelder), AG Rumba (»Rumänische Bandenkriminalität«, Handtaschendiebstahl). In den Rumänen soll sich die Einheit »richtig festbeißen«, wie es der Leiter der Direktion 2, Polizeidirektor Gerhard Kilian, immer so schön auszudrücken weiß (Doring 1997). Der Soziologe Joachim Kersten (1997) hat in Hinblick auf das New Yorker Sicherheitsmodell (»Saubermachen durch Polizei«) darauf hingewiesen, daß die nicht besonders angesehene Tätigkeit des Saubermachens in Männlichkeitskulturen nur dann akzeptabel wird, »wenn es hart und effektiv durchgeführt wird, nicht als alltägliche, geduldige, ermüdende, aber notwendige Routine, sondern als Einsatz von Spezialsaubermachern.« Berlins »Spezialsaubermacher« befinden sich nach eigenem Selbstverständnis an vorderster Front im Kampf gegen das Verbrechen, mithin zugleich im geschilderten Dilemma, das – nicht zufällig – zugleich rassistische Züge trägt und sich in eben solchen organisiert. In diesen Zusammenhang räumlicher Segementierung gehört das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), das die Voraussetzung zur Etablierung sog. »gefährlicher Orte« und damit auch zur Einschränkung elementarer Grundrechte schuf. An diesen Orten kann die Polizei verdachtsunabhängig Ausweis- und Personenkontrollen durchführen sowie – ebenfalls ohne Begründungszwang – Platzverweise aussprechen und mit »Verbringungsgewahrsam« durchsetzen (Köbschall 1996).

* Im April 1997 kam es zu einer weiteren raumorientierten Spezialisierung der Polizei: Es wurde ein erster »Sondereinsatzzug« (SEZ) gebildet, der auf der U-Bahnlinie 7 (U7: Rudow – »Endstation Neukölln«, Der Spiegel) in Zivil tätig ist. Das Modell »gefährlicher Ort« ist mit der Gründung des

die Maßnahmen der Streetwork und anderer niedrighschwelliger Angebote in der Gesundheitsprävention zunichte gemacht« (Schaffranek 1996: 247). Für die gängige Praxis, Drogenkonsumenten von einem Stadtteil in den anderen zu vertreiben, hat sich im Polizeijargon der Begriff »Fixerjogging« etabliert, Jugendliche werden regelmäßig dem »pressing und checking« (erkennungsdienstliche Behandlung und Zuführung), häufig verbunden mit einer Hausdurchsuchung, unterzogen.

»SEZ U7« auch auf den ÖPNV ausgedehnt worden, während sich die Zahl der als »gefährlich« ausgewiesenen stationären Orte von 24 (1995) auf bisher 30 (1997) erhöht hat.¹² Weitere sog. »Organisationsformen auf Zeit« (Büchler u.a. 1994) sind in Berlin aufgebaut worden (Voß 1993). Spezialeinheiten, wie die »AG Jugendgewalt« und die »Gemeinsame Ermittlungsgruppe Graffiti in Berlin« (GiB), die sich aus Landes- und Bundespolizei (BGS) zusammensetzt, zeichnen für wesentliche Teile der Polizeilichen Kriminalstatistik zum Thema Jugendkriminalität verantwortlich (Gangway 1997; Becker/Berndt 1996; Diederichs 1995).

* Bundesweit hat der Bundesgrenzschutz (BGS) etwa 32.000 Polizeivollzugsbeamte und Anwärter im Einsatz (Mai 1997), von denen im Rahmen der Neuorganisation des BGS künftig 18.600 einzeldienstlich eingesetzt werden. Die vier einzeldienstlichen Einsatzfelder – grenz- und bahnpolizeiliche Aufgaben, Luftsicherheit, polizeilicher Schutz von Bundesorganen – kommen alle auch in Berlin zum Tragen. Nach der Neustrukturierung werden 880 Einsatzkräfte dem Bereich Bahnsicherheit zugeteilt, der dann 5.540 Personen umfaßt (+20%): »Die Präsenz des BGS in der Fläche wird verbessert durch weiträumigen zugbegleitenden Einsatz, mobile Bestreifung der Bahnanlagen«. Für die Organisation und Verteilung sind »kriminalgeographische Erkenntnisse maßgeblich«, die Einsatzschwerpunkte liegen in »Präventions- und Strafverfolgungsaufgaben auf den Bahnhöfen und Bahnanlagen« (mit der Erteilung von Hausverboten bis zu zwei Jahren) und in der »gezielten Streifentätigkeit in kriminalitätsgefährdeten Zügen, insbesondere im Nahverkehr in Berufspendler- und Schülerzügen« sowie bei »Fußballfan-Begleitung und Nukleartransporten« (Bundesministerium des Innern 1997). In Berlin ist der BGS derzeit mit ca. 1.000 Beamten stationiert, von denen etwa 250 im Objektschutz von Regierungsbauten und -baustellen tätig sind (1999: 674) sowie ca. 420 bei der Kontrolle des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs (Zimmermann/ Hellberg 1997). Fassen wir die skizzierten Phänomene »flexible Spezialisierung«, Ethnisierung und Vergeheimdienstlichung polizeilichen Tätigwerdens zusammen, so ergibt sich ein Konglomerat aus leidlich berechenbarer Polizeireaktion (Repression), operativen Konzepten vorbeugender Verbrechensbekämpfung (Prävention), Kontroll- und Strafverfolgungsinteressen (s.u.) und symbolischen Aktionen zur Befriedung selbst angeheizter »subjektiver Unsicherheitsgefühle« (Funk 1996). Zunehmend werden private Sicherheitsdienste Teil dieses Konglomerats.

* Die erste Wach- und Schließgesellschaft wurde 1901 in Hannover ge-

12 Beim unterirdischen Kreuzen des Neuköllner Hermannplatzes mit der U7, wo sich quasi zwei »gefährliche Orte« überlagern, kommt es so gelegentlich zu der kuriosen Situation, daß zwar das Verhältnis von Uniformierten zu Zivilpersonen noch knapp 1:4 ist, jeder zehnte Zivilist aber bei der Polizei...

gründet, in Berlin hatten Grundbesitzer bereits kurz vor der Jahrhundertwende einen Dienst zum Schließen ihrer Häuser eingerichtet. Bis zum 2. Weltkrieg blieb die Kontrolle privater Liegenschaften das Kerngeschäft der Sicherheitsbranche (Mahlberg 1988). Noch bis in die 60er Jahre kann Wach- als Werkschutz charakterisiert werden. »Terroristen«-Hatz, der Schutz kerntechnischer und militärischer Anlagen, das beginnende *Outsourcing* – Auflösung betriebseigener Werkschutz-Einheiten – und die technologischen Neuerungen der I&K-Technologie (Alarmaufsichtungen; Videoüberwachung) bescherten in den 70er Jahren einen *boom*. Erstmals wurden private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum eingesetzt, die »Schwarzen Sheriffs« der Münchener Verkehrsbetriebe, und lösten eine erste breitere Debatte um den Einsatz privater Sicherheitsdienste aus (Hoffmann-Riem 1977). Mit Beginn der 90er Jahre gibt es einen deutlichen Zuwachs an Betrieben und Beschäftigten auf heute bundesweit ca. 1.500 Dienste (1989: 700) mit etwa 250.000 Beschäftigten.¹³ In Berlin konkurrieren heute 330 Sicherheitsdienste mit knapp 15.000 Beschäftigten um Aufträge aus der Privatwirtschaft (60%) und von der öffentlichen Hand (40%), während sich Privatpersonen als Auftraggeber – etwa in den Villenvierteln Berlins und anderer Großstädte, noch kaum meßbar niederschlagen. Etwa 6% der Mitarbeiter sind mit Schußwaffen ausgerüstet, über Schlagwaffenausstattung liegen keine Angaben vor. Der bundesdeutsche Sicherheitsmarkt erwirtschaftet in den drei Branchen Elektronische Sicherungstechnik 4,2 Mrd., Mechanische Sicherungstechnik 6,4 Mrd. und Bewachung 3,9 Mrd. DM (Hohl 1995)¹⁴.

Private Sicherheitsdienste stellen eine spezifische Form nicht bzw. niedrig qualifizierter und schlecht entlohnter Dienstleistungsökonomie dar¹⁵, deren Geschäftsführer und Berater bedeutsamer Akteur im Rahmen der Neudefinition von öffentlichen Räumen, hoheitlichen Aufgaben und öffentlicher Sicherheit und Ordnung werden. Bereits 5% aller Beschäftigten sind in öf-

13 Je nach aktuell politischem und ökonomischem Interesse, aber auch in Hinblick auf Sozialversicherungspflicht, Scheinselbständigkeit, Kurzzeitbeschäftigung und Schwarzarbeit (resp. Illegalität) variieren diese Zahlen in der aktuellen Literatur z.T. erheblich: Der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) gibt die Zahl privater Sicherheitsdienste bspw. mit 1.600 Unternehmen und 115.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten plus 50.000 sozialversicherungsfreien bei einem Gesamtumsatz von 4,7 Mrd. DM in 1997 an. Für Berlin werden 75 Unternehmen mit 12.000 Beschäftigten (500 Mio. DM Umsatz) genannt, während allerdings zugleich bestätigt wird, daß zwischen 1990 und 1996 knapp 620 Betriebe neu angemeldet wurden, von denen sich lediglich 352 wieder aus dem Markt zurückzogen. Das Landeskriminalamt Berlin hat 1993 in einer Stichprobe 130 Unternehmen untersucht (Olschok-Tautenhahn 1997; Hohl 1995).

14 Glavic (1995) spricht von sieben Geschäftsfeldern: Sicherheitsberatung und -schulung, Sicherheitsdienste (Werkschutz, Objektschutz, Spezialdienste), Notruf- und Servicezentralen, elektronische Sicherheitstechnik, Geld- und Wertdienste, mechanische Sicherheit.

15 So werden z.T. Löhne von unter sieben Mark gezahlt (Frese 1997; Tagesspiegel 26.9.97: 17).

fentlichen Räumen tätig (Olschok-Tautenhahn 1997), andere Quellen sprechen von über 13% (Schult 1996). Es liegt im ökonomischen Interesse der Branche, öffentlichen zu privatem Raum zu definieren, ihn also dem Hausrecht zugänglich zu machen; gleiches gilt für das Interesse, hoheitliche Aufgaben aus den vom Staat monopolisierten Bereichen herauszuschneiden (Glavic 1995; Schult 1996; Zimmermann 1996).¹⁶

Anders als die Polizei haben private Sicherheitsdienste und ihre Auftraggeber in der Regel kein Interesse an Öffentlichkeit und Transparenz: Im Rahmen ihrer Tätigkeit wird »Ordnung« unter der Hand durchgesetzt, und Leistungsnachweise zirkulieren höchstens im Rahmen der Kundenwerbung. Öffentliche Rechtspflege, wie sie sich – bei aller Kritik – in den polizeilichen Kriminalstatistiken oder Pressemitteilungen der Polizei ausdrückt, ist ihnen fremd. Private Sicherheitsdienste agieren nur auf der Grundlage der »Jedermannrechte«, die keine Verhältnismäßigkeit des Einsatzes erfordern, und jeweiligen Gewerbeordnungen, die sich durch geringe Regelungsdichte auszeichnen (Weichert 1995). Staatliche Sicherheitspolitik wird der Tendenz nach durch eine sich demokratischer Kontrolle entziehende Arbeit auf einem fragmentierten Sicherheitsmarkt abgelöst.

Bob Hoogenboom (1992) hat auf eine damit in Zusammenhang stehende Problematik hingewiesen: auf das Phänomen der Zusammenarbeit von staatlicher Polizei und privaten Sicherheitsdiensten am Rande und jenseits der Legalität (»grey policing«). Und in der Tat liest sich die Riege der Geschäftsführer, Berater und Teilhaber privater Sicherheitsdienste wie ein *Who is who* aus den alten Führungsetagen von Polizei, Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Staatssicherheit der einverleibten DDR, die sich mit den noch in staatlichem Dienst befindlichen Kollegen zu einem »old boy network« verdichten.¹⁷ Hier liegt auch einer der zentralen Anknüpfungspunkte für die Diskussion um die Gefähr-

16 Der ehemalige Vizepräsident der Polizeiführungsakademie Hiltrup und jetzige Berater bei Raab Karcher Sicherheit, Horst Schult, geht sogar soweit, die Schutzfunktion des Staates insgesamt neu definieren zu wollen: »Auf allen politischen Ebenen wird z.Zt. so intensiv wie nie zuvor die Frage diskutiert, welche Aufgaben nach Umfang und Tiefe der moderne Staat in einem fortzuschreibenden Selbstverständnis erfüllen muß, erfüllen will bzw. real noch erfüllen kann. (...) Hinsichtlich der individuellen Sicherheit wird man dem Bürger eingestehen müssen, daß er aufgrund begrenzter staatlicher Ressourcen oder als Ausfluß eines modifizierten Staatsverständnisses ein möglicherweise zunehmend wachsendes Restrisiko zu tragen hat.« (1996: 306)

17 Solche personellen Kontinuitäten finden sich auch in Berlin: Bei der »Berliner Wache«, die von ehemaligen SEK-Beamten aus Hannover geführt wird; beim B.O.S.S.-Sicherheitsdienst, dem ein ehemaliger Offizier der Staatssicherheit vorsteht; beim Sicherheitsstab der Berliner S-Bahn, der vom ehemaligen Polizeidirektor, Hans-Joachim Leupholt, geführt und durch die Kriminaldirektorin a.D. Ellen Karau beraten wird; bei der Industrie- und Handelsschutz GmbH (IHS), in deren Reihen der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, tätig ist. Der Geschäftsführer im Bundesverband Deutscher Detektive (BDD) ist Generalmajor a.D., Arno E. Schäfer.

dung rechtsstaatlicher Ordnung der Bundesrepublik, insoweit unterschiedliche Befugnisse beider Akteure sich zu einer kaum kontrollierbaren »handfesten Zusammenarbeit« entwickeln (Weichert 1995). Der Jurist Hans-Martin Zimmermann mag angesichts der offensiven Rekrutierungspraxis durch private Sicherheitsdienste nicht ausschließen, »daß solche ehemaligen Kollegen die Türen zur Polizei öffnen sollen« (1996).

Damit wäre eine der Türen aufgestoßen, die den Blick auf Strukturen und Verhandlungssysteme freigibt, die zur Formulierung und Durchsetzung politischer Entscheidungen offenbar als konstitutiv betrachtet werden: In der Policy-Forschung als »Netzwerke«, in der Neokorporatismusforschung als »Integration organisierter außerstaatlicher Interessen« bezeichnet, erscheinen solcherart Partnerschaften nun auch auf dem Sicherheitsmarkt, wo sich auch Einzelhandel und Kommune gegenseitig »Sicherheitspartnerschaften« andienen (Gemeinsame Standpunkte 1997).¹⁸ Privatwirtschaft und Versicherungen nebst privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei bestätigen sich die begrenzte Steuerungsfähigkeit des Staates und »die Notwendigkeit einer Neuordnung der Zuständigkeiten für Aufgaben der Inneren Sicherheit« (Schult 1996). Dieser Art »Neuordnung« findet ihren Niederschlag auch in einer Re-Hierarchisierung urbaner Räume.

2. Privatisierung innenstädtischer und peripherer Räume D.R.O.P.-Konzepte und Festungen im »Regionalzentrum Ost«

Es ist vor allem der Einzelhandel, der die privatwirtschaftliche Kontrolle über städtische öffentliche Räume einklagt, ein Innenstadt-Management wie bei Einkaufszentren fordert und sich dabei – auch angesichts knapper Kassen – zunehmend durchsetzt. Den Nimbus der Glaubwürdigkeit solcherart Forderungen schöpft er dabei aus der weitgehend unwidersprochenen Leitbildfunktion, die dem Einzelhandel in der Tradition der verantwortungsbewußten Kaufmannschaft europäischer Städte zugeschrieben und zugestanden wird (Hatzfeld 1997).

Und im gleichen Maße, wie (ausgerechnet) die *WirtschaftsWoche* die »ästhetische Verwahrlosung der deutschen Städte« durch »merkantiles reengenering« beklagt (Deysson 1997), wird an diesem Leitbild und der damit einhergehenden weiteren Durchkommerzialisierung öffentlicher Stadträume festgehalten. Um so vehementer, als die Konkurrenz »auf der grünen

18 Der Persönliche Referent des damaligen Innensenators Heckelmann, Dirk Gutberlet, faßte dies in einem Brief an den Vorsitzenden der Hotel- und Gaststätten-Innung folgendermaßen: »Herr Heckelmann wäre an einer derartigen 'konzertierten Aktion' zwischen Polizei, seriösen Sicherheitsfirmen wie der des Herrn Frede und den Betreibern von Vergnügungsstätten interessiert, um politisch etwas im Interesse der Stadt voranzubringen« (zit.n. Eick 1995a). Da war es ärgerlich, aber für Gutberlet folgenlos, daß das »Security Team Frede« gar keine Lizenz hatte.

Wiese« Kaufkraft absaugt und den Kampf mit den Innenstädten um den »S-Klasse-Konsumenten« (Sauberkeit, Sicherheit, Segregation) beim »Erlebniseinkauf« angetreten hat.¹⁹ Im Berliner Umland und in der Stadt selbst entstehen so private Inseln hochpreisigen, demonstrativen Konsums, begleitet vom Ausbau dieser Räume zu konsumerablen Festungen. An diesen »Nicht-Orten« (Augé 1994) steigt der Kontrollbedarf gegen die verarmte Stadt- und Migrationsbevölkerung.²⁰ Nicht Immobilienspekulanten und neoliberale Politikmuster, sondern Obdachlose und (ausländische) »Jugendbanden« werden für die Zerstörung integrativer Sozialmilieus und subjektiver Sicherheitsgefühle verantwortlich gemacht (Beste 1996).

Abgesichert durch mechanische und elektronische Sicherheitstechnologien, kontrolliert durch staatliche Polizei in Zivil und private Sicherheitsdienste in Phantasie-Uniformen, nächtens bestreift durch Bürgerwehren, drückt sich soziale Polarisierung aus. Sie im Zaum und wenigstens die 1a-Lagen sauber zu halten, ist das Ziel. Einige Beispiele mögen dies illustrieren:

Die Berliner und Brandenburger Einzelhandelsverbände fordern eine »umfassende Sicherheitspartnerschaft: Sichere Innenstädte sind ein wichtiger Standortfaktor für den Einzelhandel. Der Handel ist bereit, sich mit Sachverstand und Engagement in die Gestaltung ganzheitlicher Sicherheits- wie vor allem auch Präventionsmechanismen einzubringen« (Gemeinsame Standpunkte 1997).

Etwas weiter ist die Daimler Benz AG (debis), die am Potsdamer Platz die Schelling- und Linkstraße in Privatregie übernehmen will. Am Kurfürstendamm hat der Senat den Los-Angeles-Platz bereits an eine Privatfirma verkauft. Ab Sommer 1998 soll das bestehende Grillverbot in allen städtischen Parks umgesetzt werden, während für die Neuköllner Hasenheide gleich die Einzäunung und Verpachtung an ein Privatunternehmen vorbereitet wird. Verkaufen will man im Rahmen des »Planwerks Innenstadt« auch Frei- und Grünflächen am Friedrichswerder und Marx-Engels-Forum (Mit-

19 Zu berücksichtigen sind hier die eklatanten Veränderungen, von denen die Einzelhandelsbranche, und hierbei insbesondere der mittelständische Facheinzelhandel, seit 1980 betroffen ist. Über 19% Marktanteile verlor er durch Konzentrationsprozesse, neue Betriebs- und Verkaufsformen (Shopping Center; Factory Outlet Center; SB-Märkte usw.) sowie an multifunktionale Einrichtungen vorwiegend am Stadtrand, die innerstädtische Funktionen übernehmen (Musik-Arenen, Multiplex Cinemas, Großdiskotheken). Verdrängungs- und Konzentrationsprozesse der Branche holt Berlin seit 1990 zeitversetzt und beschleunigt – etwa in Form 13 neu gebauter *Shopping Center* (1999: 26) mit dann insgesamt 3,9 Mill. Quadratmetern Verkaufsfläche – nach. Während im Umland 12 *Center* eröffnet haben, sind die Umsatzzahlen des Berliner Einzelhandels in den vergangenen sechs Jahren ununterbrochen gesunken (Wieking 1997).

20 Mit Blick auf den ländlichen Raum muß zumindest für das Berliner Umland von einem »braunen Ring« gesprochen werden, da hier weitgehend aus männlichen Jugendlichen (Erb 1997) bestehende neonazistische »Banden«, wenn nicht »Gangs« und Organisationen diese Kontrollfunktion öffentlicher Räume übernommen haben (Schröder 1997).

te). Alle »gefährlichen Orte« der Stadt und U-Bahnhöfe sollen, wie die Bahn AG dies für die Fernbahnhöfe und deren Umfeld bereits umsetzt, zukünftig mit Videokameras überwacht werden. Zentrale Plätze und Parks der Stadt sollen in Senatsverantwortung übergehen und werden der bezirklichen Verantwortung entzogen.²¹

Ähnliche Tendenzen, bei aber beeindruckender Vielfalt im Detail (Innenstadtaktion 1997) und einer Innovationskraft, die sich bisweilen in der Terminologie der 30er und 40er Jahre dieses Jahrhunderts wiederfindet²², belegen die Kapazität des Lokalstaats, die Rolle des bloßen Exekutors nationalstaatlicher Anordnungen abzustreifen und sich mit eigenem Design sicherheits- und ordnungspolitisch zu positionieren. In der »pluralisierten Gesellschaft« werden organisierte private Interessen und unterschiedliche Klientelgruppen in Sicherheitspolitiken nun auch kleinräumig integriert. So ein Befund läßt sich nicht mit Enthierarchisierung oder gar neuen demokratischen Potentialen gleichsetzen. Vielmehr bleibt ökonomische Potenz ein wesentlicher Faktor für Definitionsmacht, etwa über Zugangsberechtigungen, auch wenn die »Anwendung unmittelbaren Zwangs« durch private Sicherheitsdienste und die Praxis des Wegschließens noch Ausnahmen darstellen. Betroffen sind jene, denen es an dieser Potenz und vollen Bürgerrechten mangelt: Obdachlose, MigrantInnen, DrogenkonsumentInnen, Kinder und Jugendliche²³, Geistesranke²⁴ und Gefängnisinsassen²⁵.

Während so die Polizei »in die Rolle eines Werkschutzes im Unternehmen Stadt« gerät (Jaschke 1997), oder doch zumindest »auf Zuruf des Einzelhandels« (Eick 1995) aktiv wird, machen die privaten Sicherheitsdienste

21 Der Hauptstadtscheid bietet noch eine besondere Perfidie, denn die öffentlichen Stadtfächen durchzieht das politische Establishment aus Bundesregierung und Parlament – vorrangig in der Stadtmitte – zukünftig mit »temporären Bannmeilen« für den Transport von Staatsgästen und ihrer selbst, an deren Enden Absperrgitter, Zäune, Videokameras sowie die eine oder andere noch in der Diskussion befindliche permanente Bannmeile das Ende der Öffentlichkeit für eben diese signalisieren.

22 So wollte der bis 1996 im Vorstand der Berliner Bank AG tätige Hubertus Moser dort weitermachen, »wo wir 1945 aufgehört haben«, während Klaus-Rüdiger Landowsky, Aufsichtsratsmitglied selbiger Bank und zugleich Berliner CDU-Fraktionsvorsitzender, im Abgeordnetenhaus von Berlin erklärte: »Es ist nun mal so – wo Müll ist, sind Ratten, und wo Verwahrlosung ist, ist Gesindel, meine Damen und Herren. Das muß beseitigt werden in der Stadt« (Abgeordnetenhaus von Berlin, 27.2.1997).

23 In diesen Zusammenhang gehören Forderungen nach geschlossener Heimunterbringung von straffällig gewordenen Kindern und Jugendlichen (CDU-Dokumentation 33/1997 1997; Süddeutsche Zeitung vom 19.9.1997: 35).

24 In Berlin wird die Internierung und Kontrolle von sog. Geisteskranken in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (Reinickendorf) durch private Sicherheitsdienste derzeit vorbereitet. 72 Wachschützer sollen zum Einsatz kommen und »im Zweifelsfall (...) die Patienten auch fesseln und ihre Post öffnen. Gleichzeitig darf der Wachdienst auf ärztliche Anweisung hin auch die Zimmer der Patienten durchsuchen, auch wenn sie nicht anwesend sind« (Geschonneck/Helberg 1997).

25 Vgl. Lindenberg (1997) sowie Christie (1995).

gute Fortschritte bei der »Ausgliederung weiterer Polizeiaufgaben an private Sicherheitsunternehmen« (Glavic 1996) und der Darstellung individueller Interessen ihrer Auftraggeber als Gemeinschaftsinteressen aller. Ihr Einsatz redefiniert öffentlichen Raum, begrenzt das Einsatzfeld staatlicher Polizei, wie diese ihre Einsatztaktiken modifiziert. Städtischer Raum ist so (noch) in polizeiliche Experimentierfelder zerlegt – unterfüttert durch polizeispezifisches Ordnungsrecht wie das ASOG. Die jeweilige Bevölkerung ist Gegenstand verschiedener, als »Pilotversuche« bezeichneter Deportations-,²⁶ Repressions- sowie Ordnungs- und Präventionskonzepte auf kommunaler, aber auch nationaler Ebene.²⁷ Man könnte sie vielleicht als »D.R.O.P.-Konzepte« bezeichnen.

Tabelle 1: Maßnahmen nach Polizei- und Hausrecht in Berlin 1997

Akteur	Maßnahmen gesamt	Platzverweise
Operative Gruppe City West	7.000	3.650
Operative Gruppe SO 36	3.600	1.400
Operative Gruppe Alex ¹⁾	3.000	1.500
Operative Gruppe Potse ¹⁾	2.500	1.000
Bundesgrenzschutz Präsidium Ost	k.A.	10.670
Stab Bahnsicherheit	10.800	1.000
Bahn und Schutz GmbH	666.000	108.000
IHS, Industrie- und Handelsschutz GmbH ¹⁾	223.000	108.000
Summe	915.900	224.220

Quelle: diverse Jahresberichte, eigene Berechnungen,

¹⁾ Schätzungen

Die diversen Etablierungen von Sicherheitswachen, Präventionsräten oder Sicherheitspartnern, die sich am anglo-amerikanischen »Community Policing« orientieren und von der CDU über Bündnis 90/Grüne bis zur PDS

26 Mit der Verwendung des Begriffs »Deportation« soll nicht verharmlost werden, daß der Rechtsvorgänger der Bundesrepublik Deutschland, das nationalsozialistische Deutsche Reich, seine Opfer oft in Todeslager »deportierte«. »Abschiebung« und »Rückführung« von Bürgerkriegs- und anderen Flüchtlingen in »ihre« Heimatländer – zunehmend Gegenstand polizeilichen und privatwirtschaftlichen Tätigwerdens in der Bundesrepublik – führen dagegen nicht direkt oder nur mittelbar (etwa über gleichzeitig stattfindende Geheimdienst- und Polizeiausbildung oder Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei) zum Tode der so »Rückgeführten«. Aber in beiden Fällen steht die »zwangsweise Verschickung« – und nichts anderes bedeutet Deportation – am Anfang.

27 Dazu gehört das von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) initiierte »großstädtische Modellvorhaben in der »Aktion Sicherheitsnetz«, das auch den regelmäßigen Einsatz des BGS in den Städten vorsieht. Dieses gemeinsame Netz von Bund, Ländern und Gemeinden (CDU-Dokumentation 33/1997) soll die Erhöhung der öffentlichen Ordnung und das Vorgehen gegen »Unordnungsszenen« zum Schwerpunkt haben: »Alkoholismus, Pennertum, aggressives Betteln und Skateboardertum sind (...) nicht zu dulden, weil sie das Sicherheitsgefühl der Bürger verschlechtern« (zit.n. Süddeutsche Zeitung, 22.11.97: 6). Bisher ist das Interesse an bundeseinheitlichem Handeln aber begrenzt – zumal Sach- und Personalmittel aus dem Bundeshaushalt nicht in Aussicht stehen.

getragen werden, sind tatsächlich Varianten zum Blockwart – mit dem zentralen Unterschied, daß mittlerweile zunehmend Ressourcen der Privatwirtschaft integriert werden. Hier bleibt leider nicht der Raum, diese lokalstaatlichen Präventionsinitiativen zur Wiedergewinnung »strategischer Raumkontrolle« (Ruddick) detailliert darzustellen. Sie werden uns aber in den kommenden Jahren – »vom Pittbull-Präventionsrat bis zur Birkenstock-Bürgerwehr« – noch beschäftigen (Eick 1997a; Lehne 1996; Hamerschick u.a. 1996; Hughes 1997).

Verspätet ab Februar 1998 wird die Polizei-Direktion 5 (Kreuzberg/Neukölln) das Pilotprojekt »Modell Berlin« einführen: Kleinkriminalität soll dann von der Schutzpolizei festgestellt, aufgenommen, ermittelt und direkt an die Staatsanwaltschaft übergeben werden²⁸, um, so die Argumentation, die Kriminalpolizei zu entlasten (Stab des Polizeipräsidenten 1997). Zugleich wird der Schwerpunkt polizeilicher Arbeit damit auf die kleinste lokale Polizeieinheit, den Abschnitt, herunterverlagert. Allein im Abschnitt 54 (Sonnenallee, Neukölln) werden gut 160 Schutzpolizisten »durch den gezielten Einsatz in Ihrem Lebensbereich« (Polizeipräsident Berlin 1997) Präsenz und – in sechswöchigen Intensivkursen erworbene – kriminalpolizeiliche Kompetenz zeigen.

3. Der BOS-Komplex: staatliches Gewaltmonopol als *Public Private Partnership*

Staatliche Gewalt, die sich ja gern – neben der Kontrolle und Verhältnismäßigkeit in ihrer Anwendung, der ihr immanenten Daseinsvorsorgeverpflichtung und dem Schutz des Bürgers vor individueller Gewalt – auch aus der Behauptung rechtfertigt, Bürger- und Staatsinteressen fielen in eins, führt zu ihrer Durchsetzung im Innern die Polizei ins Feld. Dergestalt in das Gewaltmonopol eingelassene Sicherheitskräfte stabilisieren damit zugleich herrschende Eigentumsverhältnisse.

Wie Wolf-Dieter Narr betont hat, bedeutete das staatliche Gewaltmonopol »nie staatliche Totalität aller Gewalt«, und es sei daher »falsch, von vornherein zu behaupten, private Sicherheitsdienste unterhölten als solche den staatlichen Monopolanspruch und seine Realität« (Narr 1992). Die »wirtschaftliche Nutzung privaten Kontrollbedarfs« (Voß), die »Fragmentierung öffentlicher Sicherheit« (Funk), die »Verlängerung des staatlichen Gewaltmonopols« (Trotha) oder gar dessen Ende (Sack) sind gleichwohl regelmäßig Gegenstand politischer und politikwissenschaftlicher Diskussion. Deu-

28 »Die stärkere Einbeziehung der Schutzpolizei in die Kriminalitätsbekämpfung basiert auf der Grundvorstellung, daß der Mitarbeiter der Schutzpolizei einen Einsatz grundsätzlich von der ersten Maßnahme ('Sicherungsangriff') bis zur Abgabe an die Amts- oder Staatsanwaltschaft/Ahndungsbehörde bearbeitet.« (Stab des Polizeipräsidenten 1997: 8)

ten sich in Berlin solche Parallelstrukturen zum staatlichen Gewaltmonopol an, die zunächst nur diejenigen betreffen, denen keine Bürgerrechte eignen oder eine solche Zuschreibung qua kriminalisierender Ausgrenzung vorzuenthalten wird? Private Sicherheitsdienste bewegen sich – auch in Hinblick auf die Frage, welche Funktion der Nationalstaat als Garant sozialer Kohäsion noch haben will und darf – als Akteure in einem hochsensiblen Bereich. Mit zahlreichen neuen Aufgabenfeldern, die in den vergangenen Jahren der Branche zugewachsen, von ihr gefordert und durchgesetzt worden sind, sind auch Bereiche tangiert, die wir als hoheitliche Aufgaben in Erinnerung haben. Berlins Innenstaatssekretär Eice Lancelli rechnet zu diesen Aufgaben immerhin noch Finanzen, Justiz und Innere Sicherheit, es könnten »alle anderen staatlichen Tätigkeiten privatisiert beziehungsweise ausgelagert werden.« Und in der Tat sind die Bemühungen des Berliner Senats, aus der Privatisierung der Subventionsmetropole das »Unternehmen Berlin« zu generieren, unübersehbar.

Gerade im Bereich Innerer Sicherheit aber, so der Hamburger Kriminologe Fritz Sack, finde ein Rückzug des Staates statt: »Das staatliche Sicherheitsmonopol existiert nicht mehr und ist nicht mehr wiederzugewinnen. Das kollektive Gut Sicherheit wird zunehmend ein privates, und es wird ein käufliches Gut« (zit.n. Frankfurter Rundschau, 18.11.1996). Ehrenamtliche Bürgerwachen, Bürgerwehren und private Sicherheitsdienste seien dafür unübersehbarer Ausdruck. Für den in Frankfurt/M. lehrenden Juristen Michael Voß (1997) dagegen ist das Charakteristikum privater Sicherheitsdienste die »wirtschaftliche Nutzung eines privaten Kontrollbedarfs, der sich für die Inanspruchnahme öffentlicher Räume durch alle Bürger als partikulare Ausgrenzungsstrategie erweist«, es gehe aber »nicht um die Privatisierung staatlicher Kontrollaufgaben«. Bereits die neuen Aufgabenfelder privater Sicherheitsdienste zeigen, daß dies sicher eine Verkürzung der Problematik ist. Zu den Auftraggebern gehören auch staatliche Stellen, und unterschiedliche Handlungslogiken schließen eine Unterhöhlung des staatlichen Gewaltmonopols genauso wenig aus. Keine Rede kann davon sein, private Sicherheitsdienste bedienten nur privaten Kontrollbedarf. Das wird genauer zu betrachten sein.

Jenseits der skizzierten »handfesten Zusammenarbeit«, von der auch im Berliner Polizeiapparat (noch) niemand gern spricht, lassen sich in der Branche starke Konzentrationsprozesse beobachten:

Sicherheit als Oligopol im Kondominium. Die Struktur privater Sicherheitsdienste ist erstens durch Profitinteressen und Partikularnormen charakterisiert (und nicht an Gleichheitsvorstellungen und universellen Normen orientiert), hat zweitens vom Staat in Teilbereichen Repressions- und Sanktionsrecht übernommen und ist drittens, endlich bedeutender Partner bei der Definition von Devianz und Sicherheit geworden. Ein kurzer Blick auf Ber-

lin zeigt einige Tendenzen.

Tabelle 2: Private Sicherheitsdienste in der BRD

Firma	Umsatz in Mio	Beschäftigte	Mutter	Marktanteil
Raab Kaarcher Sicherheit, Essen	502	10.500	Veba AG	10 %
VSU/ Niedersächsische W&S Gesellschaft, Hannover	426	k.A.	k.A.	8,5%
Protectas, Frankfurt/ Deutscher Schutz- u. Wachdienst	382	6.000	Securitas AG Schweden	7,6%
SIBA Bewahrungsdienst, Karlsruhe/ GWU	256	k.A.	k.A.	5,1%
Kötter Security, Essen	226	k.A.	k.A.	4,5%
DSW Security, Düsseldorf	216	k.A.	k.A.	4,3%
IHS Industrie- u. Handelsschutz, Frankfurt/Main	151	2.500	Claus Wissner-Gruppe	3,0%
ASD, Allgemeiner Sicherheitsdienst, Hamburg	135	3.000	Securicor AG London	2,7%
Pedus Sicherheitsdienst, Zeuthen/Berlin	125	k.A.	Peter Dussmann-Gruppe	2,5%
Wako Nord, Hamburg	125	k.A.	k.A.	2,5%
WIS Wirtschafts- u. Industriesicherung, Köln	115	2.000	k.A.	2,3%
WSD Wach- u. Sicherheitsunternehmen	80	k.A.	k.A.	1,6%
Frankfurter Werkschutz AG Frankfurt/M	60	k.A.	k.A.	1,2%
Brink's Schenker GmbH Frankfurt/M	40	k.A.	Stinnes AG	0,8%
Gesamt: 14 Sicherheitsdienste (1% von ca. 1500)	2839	ca. 80.000		56,6%

(Quelle: Marktschätzung, diverse Jahresberichte, eigene Berechnungen)

* Marktführer ist eine Tochter der Veba AG, »Raab Karcher Sicherheit« (RKS), mit 10.500 Beschäftigten (Berlin: 2.200 Vollzeitkräfte): Sicherheit, Facility- und Immobilien Management (30%ige Beteiligung an Müller International) sind zur »Raab Karcher AG Veba Immobilien-Management« zusammengefaßt. RKS-Geschäftsführer ist der ehemalige Innenstaatssekretär der Bundesregierung, Hans Neusel. RKS ist seitdem stark in der Bewachung Berliner Bundesflächen engagiert. Sie hält 40% Marktanteile an der Bewachung von (Veba-)Atomkraftwerken, räumte aber schon (rechtswidrig) Häuser. Die neu gegründete Tochtergesellschaft »Raab Karcher Sicherheit Privat GmbH« will bis 1999 rund 30.000 Privatkunden an ihre Alarmanlagen binden (in Berlin derzeit 5.000). Eine weitere Tochter,

die Stinnes AG, ist am Wachschutzunternehmen Brink's Schenker GmbH beteiligt.

Die »Industrie- und Handelsschutz GmbH« (IHS) ist Teil des Firmenkonglomerats von Claus Wisser (600 Mio. DM Umsatz, 20.000 Beschäftigte). Vorstandsmitglied der IHS, mit 2.500 Beschäftigten einer der Marktführer bei ÖPNV-Sicherheitsdienstleistungen, ist der ehemalige BND-Präsident, Heribert Hellenbroich, beratend tätig ist der Ex-IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler. Gegen die IHS wird pikanterweise wegen gewerkschaftlicher Behinderung ermittelt. Auch im Bereich Baustellenüberwachung (Potsdamer Platz, Bundeskanzleramt) tätig, setzt sie – unterstützt durch Hundestaffeln – in Berlin (seit 1990), in Frankfurt/M. (1991), Köln (1993) und Ludwigsburg das Hausrecht auf dem Gelände und in den Fahrzeugen der jeweiligen Verkehrsbetriebe durch. In Frankfurt/M. wurden so 192.416 Platzverweise ausgesprochen (1993), in Berlin wurden allein in neun Monaten 167.000 »Maßnahmen« durchgeführt (1992), von denen sich über 95.000 gegen Obdachlose richteten (Tabelle 1); in Köln wurden Obdachlose gar mehrfach durch IHS-Mitarbeiter verprügelt.

Der Umbau der Personenbahnhöfe bei der Deutschen Bahn AG wird von »Bahnhof Management- und Entwicklungsgesellschaft« (BME) koordiniert, die ein Gemeinschaftsunternehmen der »Deutsche Bahnen Beteiligungsgesellschaft mbH« und der zur Otto-Gruppe gehörenden »ECE Projektmanagement GmbH« ist. ECE betreibt in der Bundesrepublik bereits mehr als 30 Einkaufszentren. Eigener Sicherheitsdienst und eigener Immobilienbesitz in nahezu allen Städten der BRD – mit Anspruch auf das Hausrecht und dessen Durchsetzung – treffen hier zusammen. Mit ihrer Privatisierung 1991 ist die Deutsche Bahn AG, die mit der Vermarktung nicht mehr benötigter Verkehrsflächen als Immobilienmanager vor allem innerstädtischer Flächen auftritt, auch zu einem wichtigen Akteur im Sicherheitsbereich aufgestiegen. Der Umbau zentraler Bahnhöfe zu »Shopping Malls mit Gleisanschluß« geht seit 1994 einher mit einer neuen Sicherheitskonzeption, dem »3-S-Konzept« (Service, Sauberkeit, Sicherheit), und wird durch den knapp 2.000 Beschäftigte umfassenden betriebseigenen Sicherheitsdienst, die »Bahn Schutz und Sicherheit GmbH« (BSG), umgesetzt. Sie vertreibt pro Monat mehr als 7.000 Personen aus den drei Berliner Bahnhöfen (Eick 1997). Bei der Berliner S-Bahn (ebenfalls 100%ige Tochter der Deutschen Bahn AG) werden seit 1996 für 25 Millionen Mark pro Jahr der »Pedus Sicherheitsdienst« und die »B.O.S.S. Sicherheitsdienste GmbH« eingesetzt, die Unterstützung durch den BGS erhalten: »Einhergehend damit wurde das S-Bahnnetz in Einsatzabschnitte segmentiert, denen wiederum festes Sicherheitspersonal zugeordnet wurde« (Stab Bahnsicherheit 1997).

* Die Immobilienhändler Helmuth Penz und Dietrich Garski sind seit Jahrzehnten in der Stadt aktiv und zählen zum festen Inventar des schon geschichtsmächtigen (und teilweise vorbestraften) »*Berliner Sumpfs*« (Sontheimer/Vorfelder 1987; Schindler 1978). Sie betreiben neben ca. 40 Flüchtlings-, Aussiedler- und Asylbewerberheimen auch die SORAT-Kette. Hier sind Alten- und Pflegeheime sowie die als »Art'Otel« firmierenden Hotels zusammengefaßt. SORAT hat sich zudem im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes auch in der Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern engagiert, die in Berlin kein Bargeld, sondern nur noch »Kontrollkarten« erhalten und sich in zwei von der Senatsverwaltung festgelegten und von SORAT betriebenen Geschäften, sog. »Akzeptanzstellen«, versorgen müssen. Teil ihres Firmenkonglomerats, das Garski wegen seiner Vorstrafen von seiner Frau Claudia führen lassen muß, ist auch oben genannter »B.O.S.S. Sicherheitsdienst«, der in Berlin und Brandenburg den Betrieb und die Sicherung der Heime organisiert und auf den Fern- und S-Bahnhöfen gegen Obdachlose, DrogenkonsumentInnen und (ausländische) Jugendliche vorgeht.

Penz und Garski ziehen so aus (zunehmender) Armut und Verelendung nicht nur eklatante Extraprofite – pro Bett und Monat für Obdachlose bis zu 1.000 Mark –, darüberhinaus werden eben diese Obdachlosen und illegalisierten MigrantInnen vom betriebseigenen Sicherheitsdienst aus den Bahnhöfen in die betriebseigenen Heime geprügelt²⁹ und dort unter Verschuß und Kontrolle gehalten. Für illegalisierte Flüchtlinge und abgelehnte AsylbewerberInnen erfährt diese Praxis noch dadurch eine Zuspitzung, daß der »B.O.S.S. Sicherheitsdienst« auch Teile der Berliner und Brandenburger Abschiebegefängnisse und Flüchtlingslager managt und damit in der Tat »Rundum-Konzepte« (Olschok-Tautenhahn 1997), also umfassende, geschlossene Sicherheitsstrukturen aufbaut.

Auch aus den Reihen der Polizei kommen Vorschläge, die auf das Unterlaufen von Rechtsstaatsgebot, Gewaltenteilung und Gewaltmonopol hinauslaufen können: Heinrich Bernhardt, Abteilungsleiter im Polizeipräsidium Frankfurt/M., schlägt Amts- und Staatsanwaltschaften vor, »sich vom Dogma des Legalitätsprinzips als Verpflichtung« zu lösen, Strafschwerpunkte zu setzen. Es sei »die Polizei mittelfristig von allen verkehrslenkenden und -regelnden Aufgaben zu entbinden« (Bernhardt 1997). Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert ein eigenes Strafrecht für die Polizei (Dietrich 1997) und wirft der Justiz systematischen »Gesetzesungehorsam«

29 Ein Initiativkreis Berliner Pastoren, die »Arbeitsgemeinschaft Leben mit Obdachlosen«, hat, neben anderen Hilfsorganisationen der Stadt, mehrfach auf Übergriffe von privaten Sicherheitsdiensten gegen Obdachlose hingewiesen. Insbesondere der »B.O.S.S. Sicherheitsdienst« gilt dabei als eine besonders rabiate Variante der Ausgrenzung von Armutsbevölkerung.

durch schleichende Entkriminalisierung von Bagatelldelikten vor (Braasch u.a. 1997).

* Private Sicherheitsdienste sind in Berlin auch zu gleichberechtigten Partnern bei der Definition von Sicherheitsrisiken und sog. Problemgruppen aufgestiegen: Der Fahrdienstleiter der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Norbert Klempert, teilt mit, Vertreter der IHS nahmen regelmäßig an den Arbeitsbesprechungen teil. Der BVG-Pressesprecher, Ulrich Mohneke, fordert die Einschränkung des staatlichen Gewaltmonopols auf U- und Fernbahnhöfen: »Solange die Polizei nichts von ihrem Monopol abgibt, läuft da was schief« (zit.n. Hasselmann 1994). Das »private Sicherheitsgewerbe strebt nicht nach hoheitlichen Befugnissen«, sagen Branchenvertreter, allerdings, »nicht alle Aufgaben, die heute von staatlichen Stellen wahrgenommen werden, sind hoheitliche Aufgaben (...) Die Fülle der von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben muß einer Aufgabenkritik unterzogen werden.« (Olschok-Tautenhahn 1997; Hohl 1994). Auch bei der S-Bahn finden 14-tägige »Koordinierungs- und Einsatzbesprechungen mit dem BGS und den privaten Sicherheitsfirmen unter der Leitung des Stabes Bahnsicherheit statt« (Stab Bahnsicherheit 1997).³⁰ Die Geschäftsleute des Kurfürstendamm setzten eine beim Innensenat angesiedelte, vierteljährlich tagende Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Polizei, privaten Sicherheitsdiensten, Bezirks- und Senatsvertretern durch, bei der sie »eine Ausweitung bzw. Zusammenfassung aller im Bereich City-West tätigen Bewachungsunternehmen unter dem Gedanken der Vereinheitlichung und Erweiterung der Aufgaben« ankündigten (Ergebnisprotokoll City 1994). Die Bahn AG kann Obdachlose in parlamentarischen Gremien inzwischen un widersprochen als »Herumlungernde« bezeichnen (Abgeordnetenhaus von Berlin 1996).

Wenn mittlerweile in den Villenvierteln Berlins bewaffnet die »Berliner Wache« patrouilliert und in Abstimmung mit der Polizei Kontrollen durchführt, und auch im ärmsten Berliner Bezirk (Kreuzberg) die »TS Security« für die Berliner Wohnungsbaugesellschaft Gewobag das Gelände um den Wassertorplatz überwacht (Bratfisch 1997: 14), scheint einiges dafür zu sprechen, daß das »Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen« (Max Weber) ganz im Sinne der unternehmerischen Stadt heute als *Public Private Partnership* daherkommt. Die Polizei-

30 Weiter heißt es dort: »Die Zusammenarbeit mit dem BGS und den Polizeibehörden wurde verbessert. Es gibt jetzt verbindliche Regelungen z.B. zu: Presseauskünften, Strafantragstellungen, Personalienbekanntgabe bei auf frischer Tat Betroffenen und zum gegenseitigen Informations- und Lageaustausch. (...) Die Ergebnisse der Lageauswertung werden ab Mitte April wöchentlich mit Verantwortlichen der Sicherheitsfirmen unter Beteiligung des BGS ausgewertet. (...) Es ist auch geplant, spezielle Präventionsprogramme mit dem BGS in Schulen, Jugendclubs usw. durchzuführen.«

führungsakademie in Hilstrup hat diesem Trend zum *Business*-Bündnis bereits 1993 einen Namen gegeben – »Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben«, BOS.

* * *

Bundesinnenminister Manfred Kanther, bei jedem Auftritt sichtlich und erfolgreich bemüht, den Eindruck gewichster Schafstiefel zu vermitteln, hat 1998 zum »Sicherheits-Wahljahr« ausgerufen. Noch in den Nachhall der knallenden Stiefel haben alle Parteien in dieses Credo eingestimmt. Auch die Sicherheitsbranche setzt immer offensiver auf den »Angstmarkt« als merkantiles *perpetuum mobile* der Profitmaximierung. Angesichts der Umschlaggeschwindigkeit immer neuer (alter) Konzepte und Horrorszenarien ist es schwierig, einen Ausblick zu wagen. Eines aber ist unübersehbar: Die Privatisierung staatlicher Sozialkontrolle zerreißt den domestizierend wirkenden Zusammenhang von staatlichem Gewaltmonopol auf der einen und rechtsstaatlicher Ordnung mit individuellen Grundrechten auf der anderen Seite. In dem Maße, wie die Bagatellisierung individueller Grundrechte vorschreitet, ein oligopolistisch strukturierter Sicherheitsmarkt und präventiv angelegte Sicherheitskonzepte sich zu einem neuen Typus von »Kontrollgesellschaft« verdichten, gewinnt – und das ist der harte Kern der »Berliner Republik« – die »Deutschland AG« für ihre Mitarbeiter im Wortsinne »exklusive« Qualität. Die in der neuen Republik bisher gegebenen Antworten auf die (immer virulente) Frage nach der Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie, erwecken den Eindruck, als wolle man sich mittelfristig von einem dieser Strukturprinzipien trennen. Mein Eindruck ist nicht, daß es sich dabei um den Kapitalismus handeln wird.

Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin 1996: *Ausschuß für Soziales (Wortprotokoll)*, 7. Sitzung am 3. Juni 1996: *Vertreibung von Obdachlosen aus den Bahnhöfen und rechtswidriges Verbringen von Personen an den Stadtrand von Berlin durch die Polizei*, Berlin
- Antirassistische Initiative (Hrsg.in) 1997: *Schwerpunktheft City 2000: Service. Sicherheit. Sauberkeit.*, in: *ZAG – zeitung antirassistischer gruppen*, Selbstverlag, Berlin
- Augé, Marc 1994: *Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit*, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M.
- Becker, Jan/Berndt, Elvira 1996: *Vorbemerkungen zum Verhältnis von Sozialarbeit und Polizei*, in: *Gangway e.V. (Hrsg.) (1996)*, S.291-301
- Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.) 1997: *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Argument Verlag, Hamburg/Berlin
- Bernhardt, Heinrich 1997: *Polizisten sind frustriert, wenn ihre Arbeit im Papierkorb landet. Kriminalitätsbekämpfung und Justiz*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 7.11.1997, S.19
- Beste, Hubert 1996: *Warum findet die Revolution nicht statt? Private Sicherheitsdienste im urbanen Raum*, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* (Nr. 135, Heft 3, September 1996), Leske + Budrich Verlag, Opladen

- Büchler, Heinz/Wagner, Dieter/Grawert, Achim/Fiedler, Anne-Katrin 1994: *Effektivität und Effizienz kriminalpolizeilicher Organisationsformen auf Zeit* (BKA Forschungsreihe, Band 31), Selbstverlag, Wiesbaden
- Braasch, Hans-Joachim/Kommoß, Klaus/Kohn, Klaus/Winkelmann, Otto-H. 1997: *Gesetzesungehorsam der Justiz*, Schmidt-Römhild Verlag, Lübeck
- Bratfisch, Rainer 1997: Gewobag mit neuem Mieter-Service. Privat-Sheriffs sorgen für Sicherheit, in: *MieterMagazin. Magazin des Berliner Mietervereins e.V.* (12/97), S.14-15
- Bremer, Peter/Gestring, Norbert 1997: Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung in deutschen Städten?, in: *PROKLA* 106, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, S.55-76
- Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hrsg.) 1996: *Unternehmen Globus. Facetten nachfordristischer Regulation*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
- Bundesministerium des Innern 1997: *Konzept zur Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes (BGS)*, 11. September 1997, Bonn
- Busch, Heiner/Pütter, Norbert 1994: Operative Polizeimethoden – Vergeheimdienstlichung von Ermittlungen, in: *Bürgerrechte & Polizei/Cilip* 49 (3/49), Cilip Verlag, Berlin, S.6-15
- CDU-Dokumentation 33/1997 1997: *Beschluß des 9. Parteitages der CDU Deutschlands. Sicher leben in Deutschland: Zwölf Thesen zur Inneren Sicherheit*, Bonn
- Christie, Nils 1995: *Kriminalitätskontrolle als Industrie. Auf dem Weg zu Gulags westlicher Art* (Forschungen zur Kriminalpolitik, Bd. 10), Centaurus Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler
- Dangschat, Jens S. 1995: »Stadt« als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31-32/95, Bonn, S.50-62
- 1997: Entwicklung sozialer Problemlagen als Herausforderung für die soziale Stadt, in: Walter Hanesch (Hrsg.): *Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit*, Leske + Budrich Verlag, Opladen, S.77-110
- Diederichs, Otto 1995: Polizei und Jugendliche – alte Rezepte für neue (?) Probleme, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 51 (2/95), Cilip Verlag, Berlin, S.36-41
- Dietrich, Stefan 1997: Verbrechen lohnt sich wieder. Kriminalbeamte prangern den »Gesetzesungehorsam der Justiz« an, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 8.11.1997, S.12
- During, Rainer W. 1997: »Rumba« soll Räubern auf die Spur kommen, in: *Der Tagesspiegel* vom 5.11.1997, Berlin, S.10
- Eick, Volker 1995: Die »Operative Gruppe City-West« – Polizeiarbeit auf Zuruf des Einzelhandels, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 51 (2/95), Cilip Verlag, Berlin, S.30-35
- 1995a: »Berlin wird Hauptstadt,... aber sicher«, in: Frank Sträter (Hrsg.): *Los Angeles, Berlin. Stadt der Zukunft, Zukunft der Stadt*, context Verlag, Stuttgart, S.130-142
- 1996: »Mein ist die Stadt...« *Das Berliner Sicherheitssystem und die Zugangsbedingungen der Stadt für ihre BewohnerInnen*, Diplomarbeit FU Berlin
- 1997: »Schluß mit den Problembürgern!« Eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG schafft öffentliche Räume, in: *MieterEcho. Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft* (Nr. 265), Nov./Dez. 1997
- 1997a: »Bringt der Blockwart jetzt Blumen?« Die Vorschläge der Berliner Grünen-Abgeordneten Renate Künast zur Etablierung von »Präventionsräten« belegen grün-alternative Routinisierung im Bereich »Populismus und Innere Sicherheit«. Mehr leider nicht, in: *RAG. Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen* Nr. 21/Okttober, S.7-8, Berlin
- Eick, Volker/Strunk, Sabina 1995: Der Kurfürstendamm ist sauber. Die »City-Cops« feiern Geburtstag, in: *die tageszeitung* vom 3. Juli 1995, Berlin
- Erb, Rainer 1997: *Vergleichende Studie über Jugendliche in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen*, im Erscheinen, Potsdam
- Ergebnisprotokoll City 1994: *Ergebnisprotokoll der 10. Arbeitsgruppensitzung »City« am 28. Juli 1994*, Berlin
- Frese, Alfons 1997: Für 6,50 Mark die Stunde Wache stehen. Im Berliner Sicherheitsgewerbe tobt ein brutaler Preiskampf, in: *Der Tagesspiegel* vom 19.1.1997, S.19, Berlin
- Funk, Albrecht 1995: Die Fragmentierung öffentlicher Sicherheit. Das Verhältnis von staatlicher und privater Sozialkontrolle in der politikwissenschaftlichen Diskussion, in: Sack u.a. (Hrsg.) 1995: *Privatisierung staatlicher Kontrolle: Befunde, Konzepte, Tendenzen*, Nomos Verlag, Baden-Baden, S.38-55

- Gangway e.V. 1997: *Arbeitsmaterialien zur Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalität in Berlin 1987 bis 1996*, Berlin
- Gangway e.V. (Hrsg.) 1996: *Streetwork und Professionalität. Dokumentation einer Fachtagung zu Leistungsprofilen von Streetwork aus Österreich, der Schweiz und Deutschland*, Berlin
- Gemeinsame Standpunkte 1997: *Gemeinsame Standpunkte zur Lage des Einzelhandels in der Region Berlin/Brandenburg (10-Punkte Papier)*, hrsgg. vom Gesamtverband des Einzelhandel Berlin (GdE) und dem Einzelhandelsverband Brandenburg (EHV), Berlin/Potsdam
- Geschonneck, Fina/Helberg, Michael 1997: Wachschutz für kranke Straftäter erst ab April. Europaweite Ausschreibung ist beendet, in: *Berliner Zeitung* vom 4.11.1997
- Glavic, Jürgen J. 1996: Situation privater Sicherheitsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland / Ist-Situation, Prognosen und Konjunktüreinschätzung, in: *Polizei und private Sicherheitsdienste. Modelle und Erfahrungen* (Reihe »Texte« der Hochschule für Polizei, Band 8), Selbstverlag, Villingen-Schwenningen
- 1995: Was geschieht mit den Privaten? Tätigkeiten des privaten Sicherheitsgewerbes in Gegenwart und Zukunft, in: *Deutsches Polizeiblatt. Fachzeitschrift für die Polizei in Bund und Ländern* (DpolBl 6/95), Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, S.4-9
- Grabow, Busso 1996: *Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts »Entscheidungsfelder städtischer Zukunft«*, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- Grabow, Busso/Henckel, Dietrich/Hollbach-Grömig, Beate (Hrsg.Innen) 1995: *Weiche Standortfaktoren*, Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag, Stuttgart/Berlin/Köln
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1995: *Dienstleistungsgesellschaften*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.
- Häußermann, Hartmut 1997: Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in: *Leviathan*, Westdeutscher Verlag, Opladen, S.12-27
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.) 1993: *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte* (Leviathan Sonderheft 13/1993), Westdeutscher Verlag, Opladen
- Hammerschick, Walter/Karazman-Morawetz, Inge/Stangl, Wolfgang 1996: *Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik*, Nomos Verlag, Baden-Baden
- Hasse, Jürgen 1994: *Erlebnissräume. Vom Spaß zur Erfahrung*, Passagen Verlag, Wien
- Hasselmann, Fred 1994: BVG und Bahn wollen selbst für Ordnung sorgen. Neue Befugnisse gefordert, in: *Berliner Zeitung* vom 25. Oktober 1994, S.16
- Hatzfeld, Ulrich 1997: *Strategien für die Sicherung der Attraktivität von Innenstädten*. Vortrag auf der Expertentagung »Stadt der Zukunft« der Hanns-Seidel-Stiftung am 25. November 1997, Wildbad Kreuth
- Heinelt, Hubert/Mayer, Margit (Hrsg.Innen) 1997: *Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege zur Ressourcenmobilisierung*, Leske + Budrich Verlag, Opladen
- Hoffmann-Riem, Wolfgang 1977: Übergang der Polizeigewalt auf Private? Überlegungen zur Entwicklung gewerblicher Sicherheitskräfte, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 11, S.277-284
- Hoogenboom, Bob 1992: Die Verflechtung zwischen staatlicher und privater Polizei, in: *Kriminologisches Journal* (4. Beiheft): *Polizei-Politik. Streitfragen, kritische Analysen und Zukunftsperspektiven* (hrsgg. von Manfred Brusten), Juventa Verlag, Weinheim
- Hohl, Peter 1995: Der deutsche Sicherheitsmarkt, in: *Sicherheits-Jahrbuch 1995/96 für Deutschland, Österreich und die Schweiz* (Bd. 1), Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart, S.84-93
- Hughes, Gordon 1997: Policing Late Modernity. Changing Strategies of Crime Management in Contemporary Britain, in: Nick Jewson/Susanne MacGregor (Hrsg.Innen): *Transforming Cities. Contested Governance and New Spatial Divisions*, Routledge, London, S.153-165
- Innenstadtaktion 1997: *Innen! Stadt! Aktion! Gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung*, Beilage in den Zeitungen Berner Tagwacht, schein Schlag, taz und WoZ (Mai/Juni 1997), Berlin/Bern/Zürich
- Jaschke, Hans-Gerd 1997: *Öffentliche Sicherheit im Kulturkonflikt. Zur Entwicklung der städtischen Schutzpolizei in der multikulturellen Gesellschaft*, Campus Verlag, Frankfurt/M
- Jürgensen, Hans 1994: Mit der Kriminalität wächst die Beliebtheit privater Sicherheitsdienste. Eine Branchenübersicht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.12.1994, S.14

- Kaufmann, Franz-Xaver 1970: *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem*, Stuttgart
- Kersten, Joachim 1997: Theorien der geringsten Einfallskraft. Polizeiforschung: Daniel J. Goldhagen, Christopher Browning und die Debatte zum Sicherheitsmodell New York, in: *die tageszeitung* vom 29.8.1997, S.10, Berlin
- Köbschall, Thomas 1996: Der Verbringungsgewahrsam aus rechtlicher Sicht, in: *Polizei-heute. Führung, Technik, Ausbildung, Recht* (Ausgabe 6/96), Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, S.213-220
- Kronauer, Martin 1997: »Soziale Ausgrenzung« und »Underclass«: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan*, Westdeutscher Verlag, Opladen, S.28-49
- Kube, Edwin/Schneider, Hans/Stock, Jürgen (Hrsg.) 1996: *Vereint gegen Kriminalität – Wege kommunaler Kriminalprävention*, Schmidt-Römhild Verlag, Lübeck
- Lehne, Werner 1996: Präventionsräte, Stadtteilforen, Sicherheitspartnerschaften. Die Reorganisation des Politikfeldes »Innere Sicherheit«, in: *Politischer Wandel, Gesellschaft und Kriminalitätsfurcht*, hrsgg. von Trutz von Trotha, Nomos Verlag, Baden-Baden, S.299-319
- Lindenberg, Michael 1997: *Ware Strafe. Elektronische Überwachung und die Kommerzialisierung strafrechtlicher Kontrolle*, AG SPAK Verlag, Reihe Wissenschaft, München
- Mahlberg, Lothar 1988: *Gefahrenabwehr durch gewerbliche Sicherheitsunternehmen* (Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 532), Duncker & Humblot Verlag, Westberlin
- Narr, Wolf-Dieter 1992: Der Markt der Sicherheit, das Gewaltmonopol des Staates und die Bürgerrechte, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 43 (3/92), Berlin, S.6-13
- Olschok-Tautenhahn, Harald 1997: Private Sicherheitsdienste. Rundum-Konzepte gefragt, in: *Die Berliner Wirtschaft/Informationen der IHK zu Berlin*, Heft 11 (Nov. 1997), S.10-14
- Polizeipräsident Berlin 1997: *Ihre Sicherheit – unser Anliegen. Mehr Sicherheit und Bürgernähe in Ihrem Lebensbereich durch die 3. Dienstgruppe Ihres Abschnitts 54*, Handzettel (Dezember 1996)
- Rada, Uwe 1997: Vom Rand in die Mitte. Eine in Aufregung geratene Mittelschicht sucht ihren Platz, in: *scheinschlag. zeitung für die berliner innenstadt* Nr.24/97 vom 6.11.1997, S.3
- Remus-Woelffling, Manuela 1997: *Radio-Interviews mit der Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft City e.V. vom 3. und 4. Juni 1997 im Sender Freies Berlin* (Abschrift)
- Saberschinsky, Hagen 1996: »Auch der Lauschangriff ist kein Patentrezept« Interview mit Hagen Saberschinsky, in: *Top. Top of the Tops* Magazin Berlin vom 1.3.1996 (Ausgabe 1, 10. Jahrg.), Berlin, S.18-20
- Schaffranek, Jürgen 1996: Veränderung der Konsummuster bei illegalen Drogen – Zusammenhänge von ordnungspolitischer Repression auf die Szenen und Hochrisikokonsum, in: *Gangway (Hrsg.) (1996)*, S.246-259
- Schindler, Heinz 1987: *Berlin und seine Kommanditisten*, Saterland Verlag, Westberlin
- Schmidt, Gisela 1980: Entwicklung einer Strategie der Gewalt. Einkaufszentrum und Fußgängerzone, in: *Autonomie* Nr.3 (Alte Folge), S.33-42, Hamburg
- Schröder, Burkhard 1997: *Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst*, Rowohlt Verlag, Reinbek
- Schult, Horst 1996: Die Aufgaben des privaten Sicherheitsgewerbes bei der Gewährung der Inneren Sicherheit: Stand und Entwicklungstendenzen, in: *Kube u.a. (Hrsg.) (1996)*, S.295-313
- Sewing, Werner 1997: Planwerk Innenstadt Berlin. Ein Frontbericht aus der Europäischen Stadt, in: *Centrum. Jahrbuch Architektur und Stadt 1997-1998*, Vieweg Verlag, Braunschweig, S.37-48
- Sontheimer, Michael/Vorfelder, Jochen 1987: *Antes & Co. Geschichten aus dem Berliner Sumpf (Zur 750-Jahr-Feier Berlins. Erweiterte Neuauflage. Gerichtsgeprüft)*, Rotbuch Verlag, Westberlin
- Stab Bahnsicherheit 1997: *Sicherheitsreport 1996*, Berlin
- Stab des Polizeipräsidenten 1997: *Initiative der Polizei zur verstärkten Einbindung der Schutzpolizei in die Kriminalitätsbekämpfung* (Stand Januar 1997), Berlin
- Steglich, Ulrike 1997: Unbekannte Urbaniten. Im Deutschen Architekturmuseum forschten die Masterplaner nach Yuppies und fanden – nur arme Ausländer, in: *die tageszeitung* vom 22.10.1997, S.24, Berlin

- Strukturpolitische Expertenkommission 1992: *Auf dem Weg zur Wirtschaftsmetropole Berlin. Empfehlungen der Strukturpolitischen Expertenkommission*, Selbstverlag, Berlin
- Voß, Hans-Ulrich 1993: Innovative Organisation. Gedanken zur Organisation der Ermittlungstätigkeit und Verbesserung der operativen Verbrechensbekämpfung, in: *Kriminalistik* (Heft 10/93), S.602-609
- Voß, Michael 1997: Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Bereich, in: *Widersprüche*. (Heft 63), Kleine Verlag, Bielefeld, S.37-49
- Weber, Tilman 1997: Katz und Maus auf dem Alex. Polizeistreifen auf dem Alexanderplatz sorgen für Zurückhaltung bei Schnorrern, in: *die tageszeitung* vom 20.10.1997, S.22, Berlin
- Weichert, Thilo 1995: Die Privatisierung der öffentlichen Sicherheit. Vom »großen Bruder« zur »großen Familie«, in: Rolf Gössner (Hrsg.) 1995: *Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat*, Nomos Verlag, Baden-Baden, S.263-280
- Wiekling, Klaus 1997: Im Sog der großen Paläste. Milliardeninvestitionen drücken auf den Einzelhandel, in: *Der Tagesspiegel* vom 19.10.1997, S.11, Berlin
- Wolf, Kathrin 1996: *Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Berlin. Ursachen, Umfang und Folgen* (ISR Diskussionsbeitrag Nr. 45), hrsgg. vom Institut für Stadt- und Regionalforschung der Technischen Universität Berlin (September 1996)
- Zimmermann, Hans-Martin 1996: Privatisierung von Sicherheitsaufgaben aus Sicht der Polizei, in: *Kube u.a. (Hrsg.) (1996)*, S.315-328
- Zimmermann, Katrin/Helberg, Michael 1997: Angst vor Baustellenspionage: Höchster Alarm für BGS, in: *Berliner Zeitung* vom 2.9.1997, S.25

PROKLA 113 (Dezember 1998): Konzentration des Kapitals

Daß kapitalistische Entwicklung Konzentrationsprozesse einschließt, scheint eine Binsenweisheit zu sein. Welche Resultate hatten aber die Konzentrationsprozesse der Vergangenheit? Wo sind die Großen von gestern und vorgestern geblieben? Und ist Größe tatsächlich ein entscheidender Konkurrenzvorteil oder nicht eher Schnelligkeit und Flexibilität? Gerade angesichts verstärkter Netzbildung zwischen weiterhin selbständigen Unternehmen sowie flexiblen Formen der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen scheinen traditionelle Konzepte von Konzentration nicht mehr angemessen zu sein. Was heute Konzentration im industriellen und im Finanzsektor bedeutet und welche Wirkungen von ihr ausgehen, soll in diesem Heft der PROKLA untersucht werden.

Uli Jähler

No Gangs – Gangs No

Jugend, Subkulturen und Gewalt. Eine Berliner Skizze

Fresken auf Augenhöhe

Der weitläufige Bestand gründerzeitlicher Fassaden bietet einen unschätzbaren städtischen Vorteil: flächendeckend verwandelt er die Gesichter der Stadt in Geschichte; und in den Schneisen, Brachen und Überbauungen sind die Wunden offenbar, die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte in die alte Struktur geschlagen haben. So, aber nicht nur so hat Berlin der Forderung nach der Lesbarkeit der Städte mehr als andere Genüge getan. Gleichmütig nämlich rahmt dieselbe gründerzeitliche Fassade – genauer, der hervortretende, zur Hochparterre durch einen Sims abgegrenzte Sockel des Souterrains – alle ihre Beschriftungen ein und beglaubigt die erwünschten und die unerwünschten Zeichen und Stimmen der Stadt. Kinderkritzeleien, Graffiti und politische Parolen der jüngst vergangenen Bewegungen überschreiben hier die letzten, verblässenden Hinweistafeln zum wilhelminischen Berlin, zu »Holz und Kohlen« und »Destillen«. Hier, auf Augenhöhe, hat die Stadt ihre (sozial-)geschichtlichen Randnotizen abgelegt.

Aber sie alle sind dabei, ihre Haltbarkeitsdauer zu überschreiten, seit sich das Ornament des HipHop, der amerikanischen *gangs* und *ghettos*, mit bislang unbekanntem Anspruch auf Vollständigkeit ausgebreitet hat. Wie Endlosbänder signieren *tags*, hyroglyphengleiche Namenskürzel, die symbolische Inbesitznahme ganzer Straßenzüge und Blöcke, Eingänge und Höfe in den verdichteten westlichen und östlichen innerstädtischen Bezirken. Auf Brandmauern und den Flächen, die die U-/S-Bahnhöfe und -Strecken bieten, blühen die kryptischen Buchstaben und Comic-Fantasien zu *pieces*, Wandbildern, auf. Außer Zweifel steht: die *tags* und *pieces* halten nicht, was sie beschwören – die *gangs* und *ghettos* nach amerikanischem Muster gibt es nicht. Aber die Sprayer und Tagger malen die Gang- und Ghettofaszination, die tausende unterprivilegierte Jugendliche, zumal die Einwandererkinder, ergriffen hat. Tatsächlich stellen sie die Avantgarden einer neu entstehenden städtischen Unterschicht. Die Berliner Sozialstatistiken, soweit vorhanden, legen davon Zeugnis ab. Mit schlechtesten Schulabschlüs-

sen und höchster Arbeitslosigkeit bevölkern sie die Viertel der Bezirke, wo wachsende Angewiesenheit aufs Sozialamt ansonsten mit der De-industrialisierung der Stadt und dem Rückzug der kommunalen Verwaltung, vom Jugendzentrum bis zum Arbeitsamt, zusammengeht. Und ethnische Diskriminierung, die wirklich erlebte und die bloß eingeredete, tönt die eigene Erfahrungswelt mit den aus Videoclips gewonnenen exotischen Farben der amerikanischen Slums und des schwarz-weißen Rassenkrieges.

Aus solchem zugleich realen und fantastisch bizarren Spektrum, in dem handfeste Marginalität, der schöne, morbide Schein der Pop-Kultur und subkulturelle Selbstorganisation zusammenfließen, sind auch die Namen der Araber Boys, der 36er Prinzen-Killer, Black Panthers oder Turkish Mafia Kids komponiert. Aber der hiesige Traum vibrierender Überlebenskämpfe berührt sich mit der vorbildhaften Wirklichkeit am entscheidenden Punkt des Unterschieds. Ein Schlaglicht wirft darauf das Ereignis, das den *tags* ihren Namen und den Anlaß massenhafter Verbreitung gab. Gewiß ironisiert der Begriff die konventionellen »tags«, die gewöhnlichen Etiketten und Preisauszeichnungen der Waren. Doch den Titel des Erfinders darf ein junger *writer* zu Beginn der 70er Jahre für sich reklamieren, der sich *taki 183* nannte. Als Botenjunge verteilte er per Filzschreiber seinen Namen und die Nummer der Straße, in der er in Manhattan wohnte, überall in der Stadt. Unter der Hand geriet so jedes auch in der New Yorker Bronx angelandete *taki* ebenso zur Botschaft der List, die Demarkationslinien und -zeichen dortiger rivalisierender *gangs* als einzelner durchbrechen zu können. Und was für die Graffiti als eine ihrer Ausdrucksformen, gilt für die Kultur des HipHop überhaupt: jeder breakdance ein solistischer und artistisch getanzter statt blutig ausgefochtener Bandenkrieg; jeder rap eine sublimierte Rivalität, gesungene Schmährede, als Kommentar dazu (Meyer/Hebecker 1995, 149f). HipHop bot den Versuch, den thrill des Ghettos zu bewahren, aber die wirkliche Zerstörungsmacht und hysterische Gewalt der *gangs* in Kunst zu verwandeln. (Und selbstverständlich ist seither die Kunst des HipHop vom Rückfall in Propaganda für die Gewalt bedroht.)

Nun wirft dieselbe Kunst, seit mehr als einem Jahrzehnt aus der Bronx nach Berlin und anderswo übertragen, ihre Botschaften als subtile und trotzdem folgenreiche Menetekel an die Wand. Sie prophezeien keine amerikanischen Verhältnisse. Aber sie drücken die Aufkündigung allgemeiner Verbindlichkeiten und politischer Vermittlungsversuche, nicht nur durch randständige Jugendliche, sondern von allen Seiten in der Stadt aus. Gewiß beschlagnahmten die Tagger und Sprayer, anders als vorgängige Jugendbewegungen und -subkulturen, nur noch zu privaten Zwecken den öffentlichen Raum – Ich spraye, also bin ich. *Fame inclusive* (und bisweilen, angesichts gelungener und waghalsig plazierter *pieces*, ja zu Recht). Wo in U-Bahnzügen *battles*, Kämpfe um einen Vorsprung an Präsenz und Repräsen-

tation ausgetragen werden; wo auf Bahnhöfen Grenzmarkierungen und Drohungen konkurrierender Gruppen verzeichnet sind, da entziehen sie sich dem Verständnis der Nichteingeweihten. Die Kontrahenten haben Territorien abgesteckt, durch die die unbeteiligten Passanten ahnungslos hindurchziehen. Die regulären Stadtbewohner und -vertreter nehmen, wenn überhaupt, nur die schmutzigen Schmierereien, aber niemals die Anzeichen künftig möglicher sozialer Realitäten zur Kenntnis: die Genese einer urban underclass eigener Prägung, in der geringes Bildungsniveau, das Wegbrechen ehemals noch erreichbarer industrieller Arbeitsplätze, eine wachsende Segregation des Wohnungsmarktes und ethnische Spaltungslinien eine stabile städtische Armutskultur mit anomischen Folgen kultivieren.¹ Vielleicht kommt die Unlesbarkeit der Fresken auf Augenhöhe ja der Blindheit der Stadtbürger entgegen. Doch solche Ignoranz besitzt in Berlin, der so zweideutig, sozial und politisch, tief gespaltenen Stadt, eine eigene Paradoxie. Die malernde Szene hatte an der Mauer ja das längste Graffito der Welt. Und im selben Jahr 89, als die Mauer fiel, brachen in Berlin auch die bis dahin größten Scharmützel zwischen rivalisierenden Banden unterprivilegierter Jugendlicher auf. Doch das offizielle Berlin, das dann die Mauer musealisierte und in alle Welt verkaufte, schlug die gemalten Vorboten einer kommenden städtischen Armutskultur nur dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu. Vorne bunt und hinten grau.

Wo Gewalt zum Thema wird, mehren sich die Blickbeschränkungen bekanntlich auf allen Seiten. Dennoch, ich will mich im folgenden weder in einer Genealogie der Jugendgewalt noch in einer Methodologie ihrer theo-

1 Natürlich entspricht auch der Begriff der urban underclass den amerikanischen Verhältnissen in den Ghettos, den innerstädtischen Armutsgeländen. Bremer/Gestring (1997) skizzieren die amerikanische Debatte und prüfen ihre Übertragbarkeit auf die BRD, insbesondere ihre ausländische Migrantenbevölkerung, mit dem Ergebnis eines Noch Nicht. Die Entstehung einer neuen Unterklasse würde freilich – namentlich in den krisengeschüttelten Städten des Nordens (Berlin, Bremen, Hamburg, das Ruhrgebiet) – umso wahrscheinlicher, je mehr entgegensteuernde Sozial-/Politiken, Arbeitszeitverkürzungen und Neuverteilung der Arbeit, Regulierung des Wohnungsmarktes, Integration von Ausländern, ins Hintertreffen gerieten. Allerdings sind ja auch die prinzipiellen sozialstaatlichen Riegel zu betonen, die im politischen Institutionengefüge der BRD mit seinen Maximen des Lastenausgleichs zwischen Ländern und Kommunen, zwischen strukturschwachen und -starken Regionen und Stadtteilen bislang noch die räumlichen Verwahrlosungen behindern, die in den innerstädtischen Slums und Ghettos wirksam sind. Bei Schneider-Sliwa (1994) ist nachzulesen, wie das politische System der USA jenseits institutionell verankerter Ausgleichsprinzipien im Zusammenspiel von Bundes- und Kommunalpolitik Zirkel wachsender Verelendungen schafft, bis daß sich selbst überlassene Zonen einer urbanen Wildnis noch von den minimalsten infrastrukturellen Versorgungs-, den Buslinien, der Müllabfuhr etc., abgeschnitten werden. Davon sind die deutschen Städte noch weit entfernt, auch wenn, wie Mayer (1997) in einem Vergleich von Berlin und Los Angeles darlegt, global gewordene Zwänge ökonomischer Restrukturierung in beiden Städten auch ähnliche Folgen neuer urbaner Konfigurationen und sozialer Polarisierung gezeitigt haben.

retischen Herleitung versuchen. Stattdessen eine soziale Kartographie und kulturelle Phänomenologie der urbanen Gewalt in Berlin. »Kleine Kriminologie« und »Wilde Kinder« stehen als Titel dafür. Und auch weil die Ursachen der wachsenden Gewalt weniger in der Jugend selbst als in den auf sie wirkenden Kräften liegen, leiten mich dabei primär nicht weit ausholende Erklärungen, sondern dichte Beschreibungen an.

Kleine Kriminologie

Lange hatte das linke Milieu die Berliner Gewaltereignisse und -szenarien bestimmt. Hausbesetzer und Autonome errangen letzte Siege und Erfolge, untermalt vom neuen Lärm des Punk. Doch in ihrem Schatten betraten mehr und mehr andere Akteure die Bühne der Stadt: Fußballfans und Skinheads einerseits, Banden von Migrantenkindern und -jugendlichen andererseits. Das vervielfältigte nicht nur die Schauplätze des wilden Lebens. Die Regularien der Jugendkultur änderten sich, als zu Beginn der 80er Jahre den jungen, gebildeten Außenseitern aus freien Stücken erste Stoßtrupps aus bildungsferne(re)n Schichten, von Jugendarbeitslosigkeit und unfreiwilliger Marginalität tangiert, in die Arenen folgten. Hools ignorierten die linke Tugend der Rechtfertigung der Randalen, radikalisierten die schiere Lust an wütender Gewalt; Skinheads kleideten sie in neue Rechtfertigungen ein. Dem – politischen oder pop-kulturellen – Internationalismus folgte Fremdenhaß. Das formierte junge Ausländer, selber angriffslustig, erst recht zur Gegenwehr. In den Rissen der Jugendkultur wuchsen die Rivalitäten, und mit den Feindschaften kreuz und quer sickerte eine knappe Dekade lang die wechselseitige Gewalt in die jugendlichen Lebenswelten ein.²

Auch in einer Chronik Berliner Jugendgewalt würden schließlich die Jahre 89/91 als Wendejahre verzeichnet stehen: eine Zeit der Bandenkämpfe mit beweglichen Fronten, eines innerstädtischen Gewalttourismus zwischen den Bezirken und dem West- und Ostteil der Stadt begann. Wo neben den Stichwaffen auch der Baseballschläger zum privilegierten »joystick« wurde, stieg entsprechend die Zahl der Verletzten und bisweilen sogar Toten an.

Aber der »Krieg in den Städten«, den zwei Berliner Journalisten (Farin/Seidel-Pielen 1991) in ihrem gleichnamigen Buch suggerierten, fand und findet hier nicht statt; ebensowenig wie die »Jugendgangs in Deutschland«, so der Untertitel, ihren Namen verdien(t)en. Ein loser Blick in andere Berichte, ebenfalls geschrieben im Gefolge der in allen westlichen Metropo-

2 Nach der Vorarbeit der strategischen Kerne holt zeitverzögert die allgemeine Kriminalstatistik auf. Zwischen 1987 und 1989 steigt bundesweit (einschließlich Westberlin) die Gewaltkriminalität der Jugendlichen und Heranwachsenden an. Und auffällig: Früher und intensiver markieren die 14-18Jährigen vor den 18-21Jährigen die Trends – bei den Delikten der Körperverletzung wie beim Raub (Pfeiffer 1995, 33ff).

len während der 80er Jahre angestiegenen Jugendgewalt, widerlegt die Behauptung und macht die – qualitativen und quantitativen – Maßverhältnisse klar.

50-70.000 schwarze (und Einwanderer-)Jugendliche, so schätzt man in Los Angeles, sind dort in *gangs* organisiert. Ihre Hinterlassenschaft: mehrere hundert eigene Tote pro Jahr (Davis 1994, 310, 352f; Ohder 1992, 37). Aus einer Chicagoer Sozialsiedlung, von den *Vice Lords* kontrolliert – geschätzter Wochenumsatz an Drogengeldern: 50-100.000 Dollar –, ist über den pädagogischen Alltag einer Mutter in einer Parterrewohnung berichtet; unermüdlich trainiert sie ihren drei kleinen Kindern zum Schutz vor Querschlägern bei den ortsüblichen Schießereien das reflexhafte Auf-den-Boden-Legen an (Kotlovitz 1993, 34, 54ff). Ein Sozialarbeiter, zum Romancier der *gangs* in Oakland geworden, berichtet von den Praktiken, den Nachwuchs zu beschaffen: ein 18-jähriger Dealer wirbt 12-jährige Kinder als Straßenverkäufer und bezahlt mit Schnellfeuerwaffen, die bei der Konkurrenz und bei säumigen Kunden Nachdruck verleihen (Mowry 1993).

Streetgangs bilden hoch organisierte Gruppen. Ihre Basis – eine territoriale, gegen Rivalen mörderisch verteidigte Ökonomie des Drogenhandels, der Schutzgelderpressung, des Diebstahls, Raubes und der Hehlerei; das routinierte Rekrutieren von Nachwuchs macht die *gang* auf Dauer stabil; so sind auch die funktionalen Rollen und Positionen – vom »Präsidenten« und seinen »Ratgebern« über »Kriegsminister«, »Verhandler«, »Waffenwart« hinab zu den jüngsten Mitgliedern – auf mehrere Generationen der 15 bis 50-Jährigen verteilt. Und kaum besäße die Sozialform der *gang*, seit Iren sie im 19. Jh. erfanden, solche historische Kontinuität, wäre sie nicht tief eingelassen in die Einwanderungs- und Sozialgeschichte amerikanischer Städte. Sie hat mit den wachsenden kriminellen Gewinnen auch die Aufstiegswege vormaliger underdogs in die gute Gesellschaft, der Politik und Wirtschaft, organisiert.³ Die Gründe des explosionsartigen Revivals amerikanischer *gangs* in den 70ern, erst recht den 80er Jahren sind komplex. In Bündiger, zugespitzter Formulierung: nachdem der Abbau innerstädtischer Industrien und die Auslagerung der erfolgreichen tertiären Wirtschaft in die suburbs

3 Whyte (1943) hat den Klassiker zur Street Corner Society, zu den Relationen von *gangs*, *rackets*, Politik und Geschäft anhand des Einwanderer- und Elendsviertels Cornerville/Eastern City geschrieben. Seine Befunde über die Verknüpfung der legalen und illegalen Ökonomie und die Kanäle sozialer Mobilität gehören nicht nur zu den Grundeinsichten amerikanischer Kriminalsoziologie (vgl. Cloward 1959/1968), sondern ja auch zur populären Legende der *gangs*; so sehr, daß Sergio Leone sein filmisches Epos über die Geschichte einer Gang, *Once upon a time in America* (1982-1984), zugleich als Bilanz eines Genres und der (Verfalls-)Geschichte des american dream inszenieren konnte. Und auch weil die Legende eine frei verfügbare »kulturelle Ressource«, eine »Zugangschance zu illegitimen Mitteln« darstellt, können tausende *youth gangs* auf niederem Niveau der Erwerbs- und Gewaltkriminalität operieren.

die problematischen inner cities als entkoppelte, ökonomische Branchen zurückgelassen hatte, folgte die Gegenökonomie des crack. Heute haben die *gangs*, wie Mike Davis (1994, 355ff) für Los Angeles gezeigt hat, den Hausierhandel der fatalsten aller Drogen übernommen, während einzelne, im *ghetto* aufgestiegene »Lumpenkapitalisten« die Kommunikations- und Karrierebrücken zu den Großhandelshierarchien und Kartellen des Drogenweltmarktes bauen.

Damit halten in Berlin nur martialische Namen Schritt. 1600 Personen hatte Ende 1990 die Arbeitsgemeinschaft Gruppengewalt der Polizei nach gut einjähriger Arbeit in ihrer Kartei für Westberlin erfaßt; 400-500 rechnete sie einem harten Kern von Kombattanten zu. Ihren Schätzungen gemäß schlugen rund 4000 Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren aufeinander ein.⁴ Doch auch die Fighters oder die Turkish Foreign Mafia, aus Cliques zu losen Gebilden mit allerdings festem outfit vernetzt, organisieren die *action* der 14-19jährigen, keine Erwerbskriminalität. Straftaten, kommentierte der Kriminologe Ohder die Lage, gehören zur Praxis, nicht zur Programmatik der Gruppen (1991, 67, 95ff). Gelassen verbuchte die Jugendsoziologie intensivere, aber gewöhnliche Devianz von peer groups. Oder, um mit Joachim Kersten zu sprechen: Junge Männer, verwurzelt in der »Männlichkeitskultur marginalisierter Schichten und Ethnien«, aber ausgeschlossen von Macht, Kontrolle, Status, und gesellschaftlich anerkannter Tätigkeit, agieren untereinander die Männlichkeitsbeweise aus (1997, 109; 1993).

Es sind nur einzelne darin, die routiniert den Weg vom inzwischen gewohnten Standard der Jugenddelinquenz – den flächendeckenden Sachbeschädigungen in den öffentlichen Verkehrsmitteln, den Diebstählen und manchmal brutalsten Körperverletzungen – zur professionellen Karriere gehen.⁵ Ansonsten liegt Berlin weiterhin im Trend: die Kriminalitätsbelastung der 14-21jährigen steigt. Der Raub unter Gleichaltrigen, das klassische Delikt, und die dabei eingesetzte oder angedrohte Gewalt weisen die

4 Die erweiterte AG Jugendgruppengewalt ging aus der im April 1989 eingerichteten AG Skinheads hervor. Heute existiert – neben den »Operativen Gruppen Jugendgruppengewalt« und den Fachkommissariaten in den Direktionen – die Zentralstelle für Jugendsachen beim Landeskriminalamt der Berliner Polizei. Die nun hier zentralisierte Statistik wertet Raub, Körperverletzung, Bedrohung, Sachbeschädigung und Begleitdelikte wie unerlaubter Waffenbesitz dann als Jugendgruppengewalt, wenn diese Delikte von mindestens zwei Tätern im Alter von 8 bis zu 25 Jahren begangen werden oder wenn ein Einzeltäter die Gruppe als Machtinstrument einsetzt. Zu den aufgeführten Zahlen vgl. Ohder (1992, 9f, 67) und Farin/Seidel-Pielen (1991, 8).

5 Etwa 80 Personen mit mehr als 6 anhängigen Verfahren in den Jahren 89/90 errechnet Ohder (1992, 74) aus den Daten der polizeilichen Kartei Jugendgruppengewalt. 65 Intensivtäter (mehr als 10 rechtswidriger Taten pro Jahr verdächtigt) gibt der Jahresbericht 1995 der Zentralstelle für Jugendsachen, Jugenddelinquenz in Berlin, S. 30, an. Von 100 dauerhaft gewalttätigen, kriminellen Jugendlichen im Bezirk sprach jüngst die Kreuzberger Jugendstadträtin in ihrer Antwort auf eine Anfrage der SPD zur Jugendgewalt und -kriminalität (taz vom 1.12.97).

höchsten Zuwachsraten auf. Die jüngste Statistik zur Jugendgruppengewalt gibt Auskunft, wie sich von 1992 bis 1996 der Raub von 2363 Fällen auf 4818 gut verdoppelt hat. Und der Einsatz von Waffen, erstmals für 1994 registriert, ist binnen zweier Jahre von 1045 auf 1945 Nennungen emporgeschwungen (Jugenddelinquenz in Berlin, Jahresbericht 96, 18). Unzweifelhaft der überproportionale Anteil, der aufs Konto ausländischer Jugendlicher geht. Ihre – wie es heißt – »Tatverdächtigenbelastungsziffer« liegt durchschnittlich doppelt so hoch wie die der deutschen Gleichaltrigen (ebd., 4). In Schöneberg, Kreuzberg oder Neukölln machen sie sogar 2/3 der Ermittelten aus (ebd., 20). Der extreme Ausschlag relativiert sich indes auch an ihrer überproportional hohen Zahl unter den Altersgleichen, insbesondere in den schlechten Quartieren, in denen eh die meisten Migranten leben. Überhaupt markiert die map of crime einen sowohl gut bekannten als im Detail auch überraschenden Weg durch die Stadt.

Gleichförmig verteilt die allgemeine Statistik die Delikte über die Berliner Bezirke. Anders verteilen sich die Brennpunkte der jugendlichen Delinquenz und Gewalt.⁶ Innerhalb der Stadtfläche kristallisieren sie eine eng umreißbare, klar gezeichnete Topographie des wilden Lebens aus: Straßenzüge und Viertel in prekären Wohngebieten, Ereignisorte, Verkehrslinien. Ironischerweise legen diese »combat zones« ihre Spur geradezu in Gestalt einer Sichel durch den Westteil der Stadt: ein Halbkreis, der einen Bogen vom Wedding über Moabit, Charlottenburg, die westliche Innenstadt zum Kottbusser Tor bzw. Hermannplatz in Kreuzberg und Neukölln zieht, um dann in gerade Linie nach Südosten, zur Gropiusstadt zu gehen. Der Ostteil dagegen spannt seine Fronten längs der S-Bahnen nach Treptow, bzw. Marzahn und Hellersdorf.

Eine vertraute Typologie delinquenter Stadträume bildet sich ab. Da sind zum einen die innerstädtischen westlichen Bezirke, in denen die – seit der politischen Vereinigung sprunghaft vertiefte – Polarisierung bzw. Verarmung der Stadt am härtesten durchschlägt.⁷ In den prekären Distrikten stellen ausländische Jugendliche fast oder mehr als die Hälfte der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Das konzentriert mit den überhaupt fehlenden oder schlechten Schulabschlüssen die geringe Berufsausbildung und erst recht die Jugendarbeitslosigkeit. Deren Quote unter den Ausländern ist aus diversen Gründen schlicht unbekannt. Gingen Schätzungen schon 1989 auf 30% (Ohder 1992, 136), so wird heute mit Zahlen zwischen 40 und 60% jongliert (Tagesspiegel vom 25.3.97). Als Träger trauriger Rekorde stützen

6 Sie sind den Quartalsberichten der Zentralstelle für Jugendsachen zu entnehmen.

7 Das sind in der Rangfolge der Belastungen: Kreuzberg, Tiergarten, Wedding, Neukölln, Schöneberg (vgl. Sozialstrukturatlas 1997, 8). Der östliche Stadtteil steht besser da. Und von den drei ärmeren Bezirken sind Prenzlauer Berg und Mitte auf der Rangliste erheblich nach oben gerückt (vgl. Sozialstrukturatlas 95, 23).

sie jedenfalls die bezirksspezifischen Trends. In Kreuzberg, das die Berliner Spitze hält, lag 1996 die Arbeitslosenquote bei 26%, der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung auch schon bei 13% (Sozialstrukturatlas Berlin 1997, 23, 25). Und da das hiesige Armutsprofil insbesondere die Kinder (Alleinerziehender und einkommensschwacher Familien) trifft, wird in Gesamtberlin heute jedes 5. eingeschulte Kind als Zahlungsadressat der Sozialämter geführt. Den groben Daten fügen Sozialarbeiter ihre kleinräumigen Beobachtungen hinzu: die Verwahrlosung ganztägig unbeaufsichtigter, streunender Vorschulkinder, schlechte Ernährung und Mangel an Winterkleidung, steigende Aggressivität etc.⁸ Im existentiellen Nirgendwo, in den Niemandsländern zwischen versagenden Elternhäusern, gemiedenen Schulen und versperrten Wegen zu Arbeit und Beruf wachsen die delinquenten Binnenländer der jüngsten und jungen, sozial, kulturell, ethnisch Ausgebürgerten heran.

Andererseits die neueren Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, die funktional entmischten Wohn- und Schlafsilos in relativer Entfernung zur inneren Stadt. Auch hier lastet sozialer Innendruck: ein dem – westlichen wie östlichen – Sozialstaat verpflichtetes, homogenes Milieu der Arbeiterschaft und unteren Mittelschicht, das die Angst vor Deklassierung gemeinsam mit der Ausländerfeindlichkeit an die Kinder weiterreicht.⁹ Und was hier an kumulierter Armut fehlt, wird durch die buchstäblich in Stein gehauene und in Beton gegossene Langeweile wettgemacht. Auch weil sonst nichts los ist, finden die örtlichen Scharmützel im Märkischen Viertel und der Gropiusstadt, in Lichtenberg, Hellersdorf und Marzahn längs der U- und S-Bahnlinien statt.

Erstaunlich bleibt freilich die unterschiedliche Verteilung der Delikte in der Stadt. Es scheint in der Summe, als ob das statistische Durchschnittsopfer von 1995, männlich und 22 Jahre alt, im Wedding wie in Schöneberg und erst recht in der City mit Raubüberfällen vertraut geworden ist; auf dem Weg nach Osten kann es sich nun schon in Kreuzberg und Neukölln, den sozial schwierigsten Stadtteilen, an die steigende Gefahr der Körperverletzung gewöhnen, die in den südöstlichen Stadtteilen Friedrichshain, Lichtenberg, Treptow und Köpenick notorisch ist; in Hellersdorf und Marzahn, Hohenschönhausen, Prenzlauer Berg und Weißensee, den nordöstlichen Bezirken, holt auch der Raub dann wieder auf.¹⁰ Kein Wunder, zwischen

8 Diese Beobachtungen sind dem Neuköllner Kinder- und Jugendhilfebericht entnommen. Für Berlin bislang einzigartig werden hier die Problemlagen Jugendlicher nach den statistischen Gebieten sozialräumlich ausgewertet.

9 Die Wahlergebnisse legen Zeugnis davon ab. Das Märkische Viertel und die Gropiusstadt im Westen, im Osten Hellersdorf und Marzahn stellen einen Gutteil der REP-Wählerschaft, mit jeweils extrem hohem Anteil der jungen Wähler.

10 Diese denkwürdige Verteilung geht ebenso aus den absoluten Zahlen wie auch aus dem relativen Anteil hervor, den Raub und Körperverletzung jeweils an den insgesamt regist-

Gedächtniskirche und Bahnhof Zoo, um die Discos und Kinos der City herum steigt die samstägliche Fieberkurve an. Darüberhinaus fällt eine Interpretation nicht leicht. Vielleicht trifft auf die bezirklichen Unterschiede die ökologische Faustregel urbaner Kriminologie zu, daß der Raub mit Armut, die persönliche Gewalt mit sozialer Desintegration korreliert, mit Anonymität, zerrütteten familialen Verhältnissen und schwindender nachbarschaftlicher Kontrolle (Ohlemacher 1995, 712ff).¹¹ Andererseits haben wohl auch die rechtsextremen Skinheads, wo sie die östlichen Stadtteile dominieren, ihren Akzent in die Statistik der Polizeidirektionen geschlagen. Das deutet überhaupt eine bundesdeutsche Typik und eine Berliner Besonderheit an. Jugendgewalt ist stark durch das politische Selbstverständnis strukturiert. Politik, nicht die kriminelle (Drogen-) Ökonomie wie bei den amerikanischen *gangs*, zerlegt die Stadt in subkulturelle Reviere und zieht den Nachwuchs für die Szenen heran. Aktivisten der politischen Jugendkultur aller Fraktionen haben die Territorialitätsmuster in nun schon langen Zeiträumen adaptiert und stabilisiert. Im selben Maße, wie das linke Milieu die Universität verließ und sich zuletzt in Hausbesetzungen reproduzierte, hat es auch eine neue Generation und einen neuen Typus von Territorialkämpfern sozialisiert: Autonome gaben zu Beginn der 80er die Parole »Bildet Banden« aus, um ihr Kreuzberg von Faschos und den verhaßten Vorposten sozialer Aufwertung in SO 36, der »BAT-II-A Mittelschichtkultur«, zu befreien. Und die neue Zentralität Kreuzbergs nach dem Fall der Mauer hätte dem Kampf gegen die »Umstrukturierung« des Stadtteils erst recht neue Nahrung verliehen, wären ihre Nachfolger nicht so zahlreich seit 1990 nach Friedrichshain, Mitte und Prenzlauer Berg verzogen. Dort liegen sie, wenn sie sich nicht zur Ruhe gesetzt haben, mit den Rechtsradikalen der angrenzenden Ostbezirke im Kampf. Die haben – nach dem eskalierenden Zwischenspiel zweier Hausbesetzungen durch Neonazis in Lichtenberg – an den Skinheads ihre Platzwarte; an jenen also, die durch die Schule der wechselseitigen Trophäen- und Menschenjagd der Fußballhools und erst recht des virulenten Hasses auf Asylbewerber im Osten samt seinen Erfolgen in Hoyerswerda und Rostock gegangen sind. Und die schlagenden Verbindungen der Einwandererkinder hatten sich ebenfalls während der 80er Jahre schon unter Vorzeichen der Verteidigung gegen

rierten Delikten haben (vgl. Jugenddelinquenz in Berlin, Jahresbericht 96, 19).

11 Entsprechende systematische Untersuchungen existieren für Berlin nicht. Der Neuköllner Kinder- und Jugendhilfebericht 96 (103, 108, 113) legt jedenfalls dar, daß in den sozialstatistisch überdurchschnittlich gut platzierten Gebieten der Gropiusstadt und Umgebung Familienprobleme wachsen, Erziehungsschwierigkeiten, ja elterliche Forderungen nach Heimunterbringung der Kinder immer häufiger zu beobachten sind. Und erst recht in Hellersdorf (1994: 286; 1996: 421) und in Marzahn (1994: 451; 1996: 639) steigt nach Angaben des Statistischen Landesamtes die Zahl der Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen an.

ausländerfeindliche Angriffe formiert.¹²

Heute nähert sich die administrativ geeinte Stadt subkulturell ihrer stabilen Dreiteilung an – das Lokalkolorit des Westens wird von den Migranten, das des Ostens von Faschos eingefärbt; Autonome haben sich in Mitte und Prenzlauer Berg an die eingesessene Szene und die dort umherschweifende jüngste Bohème der ganzen Stadt assimiliert.

Die regionalen Hegemonien erklären im übrigen auch das Verschwinden der namhaften großen Migranten-Gruppen wie der 36 Boys aus den Kampfesarenen. Im sich wechselseitig öffnenden Berlin der Jahre 89/91 hatten sie ja nicht zufällig ihre große Zeit – Euphorien kommender Erfolge, als würden die Karten zur Aufteilung grenzüberschreitender Reviere neu gemischt. Aber wo die öffentliche Sichtbarkeit auf fremdem Territorium schon fast den ganzen Machtanspruch dokumentierte, stieg selbstverständlich und in erster Linie der Erfolg erkennungsdienstlicher Arbeit an. Polizeilicher und justizieller Verfolgungsdruck hat die vermeintlichen *gangs* aufgelöst und die *gangbanger* auf Heimspiele zurückgeführt. Und die kontinuierliche Angriffslust wuchert heute, aus den großen Gruppen und großen Feindbildern entbunden, kleinteilig und namenlos im Alltag der Jugendlichen fort.¹³ Dieselben regionalen Hegemonien erklären ferner, warum die Welle der Gewalt gegen Asylbewerber seit 1991, die ebensoviel nationalistisches Ressentiment wie verschobenen Sozialprotest und schiere Lust auf Pogrome band, im Ostteil und erst recht im Umland, aber weniger im alten Westberlin ihre nachhaltigen Spuren hinterlassen hat.¹⁴

Verständlich wird aber auch, warum Prophezeiungen der Gewaltentwicklung in der Zone zwischen Delinquenz und Politik so schwierig sind. Er-

12 Die (Atmosphäre der) Bedrohung war bis 1989 immerhin schon soweit gediehen, daß die Westberliner Schulverwaltung am 20. April, dem hundertjährigen Geburtstag Hitlers, ausländischen Kindern den Schulbesuch freistellte, weil rechtsextreme Überfälle angekündigt worden waren. Das Erlebnis hat erhebliche Wirkungen auf die Militanzbereitschaft ausländischer Jugendlicher gehabt (vgl. Ohder 1992, 146).

13 Symptomatisch für die multiplizierten Rivalitäten und selbst-/zerstörerischen Aggressionen ist die (in einem Fall vorübergehende) Schließung zweier Jugendzentren in Kreuzberg wegen massiver Gewalt gegen Sozialarbeiter und von Arabern, Türken, Kurden untereinander (vgl. taz vom 13./14.9.97).

14 Seit der Berliner Verfassungsschutz (ab 1991) die rechtsextremen Vorfälle für ganz Berlin erfaßt, werden kontinuierlich ca. 2/3 der Skinhead(s)/-Aktivitäten und der Gewalttaten im Ostteil der Stadt registriert. Die Unterschiede prägen sich noch deutlicher im Kontext eskalierender Ereignisse aus: Durch den Pogrom in Rostock-Lichtenhagen während der letzten Augustwoche 1992 angestoßen, werden in der Zeit vom 23.8.-1.10.92 10 (versuchte) Brandanschläge auf Wohnheime von Ausländern und Asylbewerbern sowie türkische Imbisse in Ostberlin gemeldet, ein Brandanschlag auf eine Schwulenkeipe und ein antisemitischer Sprengstoffanschlag auf ein Mahnmal dagegen im Westteil der Stadt. (Verfassungsschutzbericht Berlin 1992, 233ff). Im Berliner Umland ist das rechte Jugendmilieu zur dominanten, vielerorts zur einzigen Subkultur geworden (vgl. hierzu, wenn auch nicht auf neuestem Entwicklungsstand, Erb 1994, Wagner 1994, Sturzbecher/Dietrich/Kohlstruck o.J.)

eignisse und die Bewegungen, die sie anstoßen können, sind nicht vorherzusagen.¹⁵ Langfristige kriminologische Trends sind dagegen absehbar. Es gibt keinen Grund, einen nachlassenden Hang zur Delinquenz bei Jugendlichen und Heranwachsenden anzunehmen. Im Gegenteil: sie ist, wo die gängigen Markenklamotten und andere Objekte der Begierde schon das wachsende und nicht aufzuhebende Wohlstandsgefälle spiegeln, zu nicht geringem Teil auf dem Weg zur Armutskriminalität. Im Segment einer Jugend, das die gesellschaftlichen Spaltungen auf engstem Raum spiegelt, wird Mertons klassische Theorie der Anomie (1957/1968)- die Verfolgung legitimer Ziele mit illegitimen Mitteln – aufs anschaulichste wahr. Die normative Einbindung in die Gesellschaft wird schwächer, wenn fürs konventionelle Verhalten kein Lohn mehr winkt. Die Tendenz kreist tatsächlich die 2. und 3. Generation der Migranten als *eine* ihrer aussichtsreichen Kandidaten ein. Umso mehr, wenn *außen* eine ethnisch diskriminierende deutsche Gesellschaft die Türen schließt und wenn *innen* der familial gewendete, zusätzliche Kulturkonflikt noch den letzten Halt zerreißt. Das treibt in die »Bande«. Aber *gangs*? Da sind die Berliner Zugangswege zur organisierten Kriminalität und ihren Absatzmärkten versperrt, ihre Branchen, Drogen- und Waffenhandel, Schutzgelderpressung, Zuhälterei und Menschenhandel, Schmuggel und KFZ-Verschlebung, von anderen, Mächtigeren, belegt.

Wilde Kinder

Berlin – ein lakonisches Resumé, taugt nicht als Hauptstadt der Jugendkriminalität. Und seit Migrationskonflikte und Fremdenhaß die Jugendkultur politisieren, hat Berlin auch den alten Rang der Kapitale politischer Jugendbewegungen verloren. Doch keine Stadt, die wie das ummauerte, alte Westberlin, Hochburg aller bundesdeutschen Bohèmiens und schrillen ästhetischen Szenen, bis heute folgenreich den Unterschied zwischen Kunst und Leben eingeebnet hat. Darin hatte Jürgen Habermas das Charakteristikum der subversiven Gegenkulturen der Jugend gesehen. Sie hätten vollendet, was in der Hülle der modernen Kunst entstanden war: Befreiung einer expressiven Subjektivität aus den Konventionen des Alltags im Medium der Vereinigung von Kunst und Leben (1987, 326). In unterschiedlichen Namen und Begründungen – ob Wertewandel, Paradigmenwechseln, kulturellen Motivationskrisen etc. – hatten Habermas und andere ihre Theorien über den Stand und das Konfliktpotential gesellschaftlich möglicher Selbstverwirklichungsansprüche entworfen. Nur hatten sie alle die Rech-

15 Das trifft insbesondere auch auf die Frage zu, ob die diversen Nationalismen ausländischer, islamischer Jugendlicher wirklich ins Fahrwasser des »Verlockenden Fundamentalismus« geraten (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997).

nung auf die Gegenkulturen der Selbstverwirklichung ohne die Kulte gewaltträchtiger Selbstbehauptung, auf die Freiheitsräume der Postadoleszenz ohne die *wilden Kinder* gemacht.

Schon am Berliner Punk der später 70er Jahre war allerdings zu lernen, daß die *gelebte Kunst* kein Privileg gebildeter Mittelschichtsjugendlicher blieb. In London zwischen Kunsthochschule und den Boutiquen der Kings Road entstanden, arrangierte der Punk die Dinge des alltäglichen Gebrauchs, ihren gegenständlichen und akkustischen Abfall, den Müll und den Lärm, zum Bild einer Zivilisationskatastrophe, das in gehobener Stimmung am eigenen Leib zu tragen war. Und grelle, zerrissene Gestalten, die das »Wenn alles getan ist« einer Berliner Bier-Reklame in ein apokalyptisches Signal ummünzten, führten alsbald vor, wie aus der inszenierten Bettelei als letztmöglichster geschichtsphilosophischer Haltung eine letzte Einkommensquelle an den Eingängen zur U-Bahn geworden war.

Heute breitet sich – anders als damals – das »no future« in wachsender Übereinstimmung mit der Spaltung der Arbeitsmärkte und der Bildungsstätten aus.¹⁶ Aber nicht allein Armut und Ausgrenzung haben hier, am Wendepunkt der Gesellschaft und der Jugendkulturen, »motivbildende Kraft«. Konservativ an Anerkennung in einer »Arbeitsgesellschaft« orientiert, die ihnen Integration und Aufstieg nicht mehr bieten kann, klagen unterprivilegierte Jugendliche quer durch die Szenen den Schaden, den sie in einer sozial rückschrittlichen »Wirtschaftsgesellschaft« nehmen, durch selbstorganisierte Entschädigungen in der »Erlebnisgesellschaft« (Schulze 1993) ein. An deren Fortschritt nehmen sie mit maximalem Einsatz teil. Aufschlußreich hat sich das neue Gewaltmilieu längs erlebnisintensiver Mittel entwickelt: zwischen den Ritualen des Samstagsfiebers, das der Fußballhool als Freizeitspaß ohne Maß zelebriert, und den Möglichkeiten freier Image-Inszenierung von Skinheads, *ghetto-kids* und anderen mit Mitteln des subkulturellen Stils, spannt sich das ästhetisch integrierte und differenzierte, habituelle Netzwerk der Gewalt. Die *action* ist ihm zum höchsten Kulturgut geworden; und es hat, obgleich bildungsfern, trotzdem seine eigenen, alternativen Kulturakademien: Videotheken mit ihren Kultfilmen steuern den theoretischen¹⁷, Kampfsportschulen den praktischen Teil der Ausbildung

16 Auch davon legt der städtische Kunstraum Zeugnis ab. Als wäre sie von tiefer Einsicht in den epochalen Umbruch gelenkt, überzieht die Graffiti-Kultur heute mit sicherer Hand die richtigen Orte mit ruinösem, verwilderndem Charme: die Netze von U-, S- und Eisenbahn, an denen die alte, nun absterbende industrielle Stadt ihre stärksten Fortschrittssymbole hatte.

17 Es scheint, als seien die Videorecorder, seit 1980 verbreitet, zur rechten Zeit gekommen, um von den neuen Subkulturen der unteren Schichten genutzt zu werden und um hier (mit Ausnahme des HipHop und natürlich des Punk) den Mangel an eigener (ästhetischer) Produktivität zu kompensieren. Je niedriger jedenfalls der Bildungsgrad und je näher am Milieu der Fußball- und Body-Building-Fans, desto mehr steigt der Video- und Gewaltkonsum (männlicher) Jugendlicher an (vgl. Lukesch 1989, 31, 36, 191, 194).

bei. Der gewöhnliche jugendliche Delinquent früherer Jahre ist – kulturell hochgerüstet – als wertgewandelter Schläger zurückgekehrt: »expressiv«, »dezentralisiert«, »seine Welt von den Bedürfnissen des« (eben nur prügelnden) »Individuums her aufbauend«; und vor allem: geil auf Gewalt, die Weg und Ziel seiner Selbstverwirklichung ist. Und auf den Straßen findet, unterhalb der politischen Fronten, zur ästhetischen Überwindung der Tristesse auch und gerade *style war* und *gelebtes Kino* statt. Wo Köpfe aneinanderschlagen, liegen auch irrealer Räume und Zeiten quer – The Warriors in der Bronx mit und gegen Kampfbünde der Weimarer Republik. Wer die wirren Szenarien überblickt, dem wird vordringlich eines klar: vor den alternativen Kulturen der Bildungsschichten haben die diversen Selbstbehauptungskulte unterprivilegierter Jugendlicher einen Vorsprung gewonnen – zumindest an öffentlicher Ausdrucksmacht.

Und vielen scheint es ja, ohne daß eine zumindest beschreibungsfähige Sprache schon zuhanden wäre, als habe diese Wende auch eine neue, subtile Sozialpathologie zum Vorschein gebracht. Je mehr der Wille zur öffentlichen Manifestation die sozial Unteren und auch die immer Jüngeren ergreift, desto mehr wird hinter der verführerischen Annäherung von Kunst und Leben eine böartige *Eintrübung des Unterschieds von Ernst und Spiel* sichtbar.

Der Raub, das privilegierte Delikt unter den Jüngsten, fällt selber darunter. Gerade seine Verbreitung hielt nicht nur mit der Armut Schritt. Fußballfans hatten das »Abziehen« von »Kutten« als Teil einer stillschweigend verabredeten, wechselseitigen Trophäenjagd ins Repertoire der Jugendkultur eingeführt. Entgrenzt aus der Verabredung zweier Kontrahenten hat es sich nun in die Alltagswelt der Kinder und Jugendlichen eingelagert. Mit Ausnahme der Räder, teuren Basketballschuhe und Jacken ist die Ausbeute meist eher gering: Kleingeld, die BVG-Karte, Walkman samt Kassetten etc. Den Kick gibt das Erlebnis von Dominanz und Unterwerfung (Ohder 1992, 87, 97) – in einer Zwischenzone von Bereicherungsabsicht und üblem Scherz, auf den man sich herausreden kann: zum *Gang-* das *Gangstaspiel*. So sind, unter der spröden Oberfläche der statistischen Zunahme des Raubes, längst auch zwei Realitätsgeltungen in den Wettstreit um die Vormacht getreten: für die einen ist Gesetzesbruch, was den anderen geradezu als Spielregel gilt. Kein Zweifel, das Spiel ufert in gleichem Maße aus, wie das Netz alltäglicher sozialer Kontrolle schwindet und das Wissen um die Normverletzung in den peer groups in Vergessenheit gerät. Doch nicht allein in der Verschiebung der Verhältnisse von Einfluß und Macht liegt das Problem. Die Pointe liefert die Umstandslosigkeit, mit der das wilde Spiel von den Schauplätzen der sozialen Wirklichkeit selber Besitz ergreift; und mehr noch der Hang zur Vollständigkeit und zur Konsequenz, wenn die Akteure ihre *Gegenspieler* als unbetene *Mitspieler* und die realen Folgen

ihres Handelns in ihr Spiel integrieren – als Risikomaximierungen, die den Reiz erhöhen. Dieselben Fußballhools hatten den Plot von Räuber und Gendarm ja auch unter Realbedingungen, in Echtzeit, unter Einbezug des gesamten Stadtraums gespielt. Unter massivstem Polizeieinsatz wurden die wahren Rekorde errungen, die Verwüstung von Zügen, Entglasungen von Innenstädten etc.

Das Szenario von *gang*, *ghetto* und *grafitti* variiert das Thema; es verwandelt den städtischen Raum mitsamt den erlebten Realien ruinöser Viertel, eigener Marginalität und empfundener Diskriminierung in den selbstgeschaffenen Erlebnispark. Die *gang* – das Zauberwort der Gemeinschaft junger (noch nicht) Männer; das *ghetto* – der aus der Not in die Tugend umgelogene, vibrierende Überlebenskampf; die *grafitti* malen das Dekors. Und aufschlußreich der Jargon der Grafitti-szene: *toys*, Spielzeug, werden die Jüngsten, gerade praktisch Anzulernenden genannt. Doch die Namen der zu lernenden Praktiken – *battle* für den Wettstreit um die meisten und besten *tags* und *pieces*, *bombing* für das großflächige Bemalen – kündigen ernstere Folgen an. Gemeint sind weniger die wiederkehrenden Deutungsdifferenzen: daß die Justiz die Malereien als Sachbeschädigungen, das übliche »Abzocken« von Farben etc. als Beschaffungskriminalität zählt. Die Sprayer verteilen ihre Spuren ja wie sichtbar gewordene Existenzbeweise, draußen, in der Stadt; nach innen ist die Szene längs der Konkurrenz um Anerkennungsprofite organisiert. Der *fame*, der über die Bilder und über die Größe der Gefolgschaft von *toys* für den *writer* zu gewinnen ist, verlangt *respect*. In der chimärischen Zone zwischen Ernst und Spiel leben die Sprayer, von den *kings*, den Meistern, abwärts, die Hierarchien imaginärer Adels- und Zunftprivilegien nach. Auch sie markieren, neben den Reviergrenzen, wer wo malen darf. Wo die Respektbezeugung verweigert, ja wo die Forderung, etwa durchs rituelle Übermalen (*crossen*) von Bildern, provokativ zurückgewiesen wird, hilft schnell die handfeste, bisweilen bewaffnete Drohung nach; erst recht, wo die *crews* der Sprayer, von eh gewaltbereiten »gangs« instrumentalisiert, als deren Werbeträger nach außen und Hofmaler nach innen fungieren.¹⁸ Und auch die dann bei Messerstechereien Verletzten oder die, die beim *bombing* fahrender Züge aus geöffneten Türen heraus und beim Surfen buchstäblich »auf der Strecke« blieben, bieten nicht zwingend den Anlaß zum Abbruch des todernsten Spiels. Sie fügen sich in die Endlosschleifen der Risikomaximierung ein und bestätigen, was das Maß der erregenden Dinge des außergewöhnlichen Lebens ist:

18 2000-3000 Jugendliche spraysen nach Schätzungen der Berliner Polizei, ohne fest in die Szene eingebunden zu sein. Hier ist dagegen von deren hartem Kern die Rede. Einen aufschlußreichen Bericht vom Leben zwischen *gang*, *ghetto* und *grafitti* gibt der kroatische Junge, der unter dem Namen Odem von 1988-1996 seinen Königsweg durch die Berliner Szene machte (Deppe 1997).

hardcore action – das normale Leben hinter sich lassen und zum harten Kern gehören, wie Odem, ein *king* der Sprayer, sagt (Deppe 1997, 14f). Riskante Szenen, die Gelegenheit zu heroischem Verhalten und zu daraus folgenden moralischen Gratifikationen bieten – so hatte Ervin Goffman (1971) vor 30 Jahren die *action* analysiert. Die Rede von der *action* entstand in der Welt der professionellen Glücksspieler. Mit der Höhe des Einsatzes und der Größe des Wagnisses entfaltete sich der intensive *thrill*; an der *coolness* als moralischer Haltung in Charakterwettkämpfen, an der Fähigkeit, die Überraschungen des Spiels mit Haltung zu parieren, fand die *action* ihr Maß. Doch eben darum liest sich die Studie und mit ihr die Sache heute so altherwürdig – antiquiert. Mochte Goffman auch noch die weiten Umlaufbahnen verfolgen, auf die die Spieler als erste das Wort geschickt hatten.¹⁹ Jene jüngeren Metamorphosen blieben ihm verschlossen, als die Subkulturen der Gewalt das Wort und die Sache in eigener Regie übernahmen:

»Das war voll die dicke Action. Kampfhunde waren da am Start, alle möglichen Waffen, Gruppen, die durch die Straßen zogen und sich prügeln, dazwischen Leute, die mit ihren Autos voll Speed auf irgendwelche Menschenansammlungen zuhielten. Der Wahnsinn.« (Deppe 1997, 38)

So liest und lebt sich die *action* am Ende ihrer langen Reise, in Berlin und anderswo. Als Realexperiment auf die Intensivierung des Lebens, als *thrill*-Maximierung jenseits aller Charakterprüfungen gewinnt sie heute Gestalt. Im selben Maße riß das moralische Band der *action*, wie der Rausch und das Mysterium der Gewalt in ihr Zentrum trat: besinnungslos außer sich und damit bei sich zu sein (Anselm 1994). Entgrenzungen der Brutalität und Ausweitung der Opfergruppen legen davon Zeugnis ab. Quer durch die Fraktionen agieren Kombattanten in einem bewußt auf Verrohung, Enthemmung, Entladung angelegten Kontext. Virtuos beherrschen sie die Techniken der Konfrontation, Selbststimulation und Eskalation. Und die Welle der Gewalt gegen »Asylanten«, die für drei Jahre den Pogrom und den Brandanschlag auf Häuser als Teil des Freizeitangebots rechter Jugendlicher installierte, bot Gelegenheit zu sehen, daß sich auch die organisierte Menschenjagd, der Mord in Sport verwandelt hat. Wer die vorhandenen Milieubeschreibungen, die Interviews und Gerichtsprotokolle durchforstet, wird finden, wie die Täter aus dem tödlichen Ernst das Gefühl enervierten Lebens, aus dem mitlaufenden Charakter bloßen Spiels aber das opake Bewußtsein der imaginären Folgenlosigkeit ihres Tuns und unversehrter, ei-

19 Es drang in den Jargon der kleinen Kriminellen ein, deren Leben im Warten auf die verstreuten günstigen Gelegenheiten besteht, um das Schicksal und mit ihm das Glück herauszufordern. Und andererseits hatte sich während der 60er Jahre die kommerzielle Ästhetik der Werbung der *action* bemächtigt, um dem Konsum sportlicher Wagen, erregender Parfums und scharfer Alkoholika etc. die Lebensform des Abenteurers aufzuprägen.

gener moralischer Integrität ziehen (Bergmann/Leggewie 1993).

Zuletzt: Wer von der *action* redet, soll vom *actor*, dem Schauspieler, nicht schweigen. Spiegelbildlich hält der Wandel, die Brutalisierung der *action* mit dem Wandel und der Brutalisierung des Actionfilms, der Massenkultur überhaupt Schritt. Ungeachtet des komplexen Zusammenspiels – an der Überbietungslogik, am Zwang zur Intensivierung schon eingewohnter Reize haben beide ihr Maß. Und Medien liefern der *action*, den Ritualen und Kulte der Selbstschöpfung und -behauptung, auch die öffentliche Anerkennung. Die Dialektik der skandalträchtigen Nachricht, die mit der Information hinterrücks die Möglichkeit zur Nachahmung in Umlauf bringt, ist hinlänglich bekannt. Subkulturen, Bewegungen, Gewaltserien leben davon. Der Kommunikationsfluß der medialisierten Gesellschaft stiftet ja nicht nur einen Informationsfluß, sondern ebenso ein ästhetisches Netz, das intensive Signalwerte, Identitätsbilder und Möglichkeiten zur Image-Inszenierung verteilt. So werden die Medien noch selber zum Spielfeld, zu Schauplätzen der Eintrübung von Ernst und Spiel. Nach Meinungsmustern wird gewöhnlicherweise geurteilt, ob eine Information als gute oder schlechte Nachricht zählt; und eingeschliffene Rezeptionsweisen wachen ferner darüber, daß man »Information« und »Unterhaltung« konventionell, dem Genre gemäß, zuteilt. Andere durchkreuzen die Rezeptionskonventionen, basteln subkulturellen »Stil« und anderes mehr. Man höre:

»Erst mal kommt Herta, und dann kommt 'ne ganze Weile gar nichts«, antwortet einer auf die Frage, was ihn außer Fußball sonst noch interessiert. »Und dann kommt Deutschland«, fällt ein zweiter ein. Oder: »Karatekämpfer«, schwärmt einer aus einer Straßenclique, die Bruce Lee zum Idol erkoren hat, »wenn der, angenommen nur, der würd' jetzt leben, würd' hier leben auf jeden Fall in Deutschland, hier, ganz schön trouble sein. In Deutschland.«

Das sind nicht nur Interviewsätze von entfesselter Banalität, sondern auch von geradezu erkenntnistheoretischer Dignität. Sie bekunden die Mechanik, nach der zwar keine kohärenten Weltbilder (wer hat die schon), aber videotisierte und politisierte Bilderwelten entstehen. Buchstäblich *ver-rückt* werden zur Verfügung stehende Mittel von ihnen konventionell zugeschriebenen gesellschaftlichen Orten: Fanatismus für sportive Helden, Filmplots, Gewaltbilder werden der sogenannten Unterhaltungssphäre entrissen und auf der Straße in »Echtzeit« ausagiert; die Straße, der Ort der gewöhnlichen Devianz oder Delinquenz, wird in die Sphäre des Politischen hinübergeblendet – und in Deutungen interpretiert, in denen wiederum Fragmente politischer Ideologeme, zu *buttons* geronnen, mit Genrebildern und Genrehelden fusionieren. Dem »Jugend-Irre-Sein«, wie Katharina Rutschky jüngst sagte, korrespondiert in der postmodern gewordenen Gesellschaft ein künstlicher Wahn. Kein Zufall, daß *wilde Kinder* ihm verfallen – in genau jenem lebensgeschichtlichen Augenblick, wo außen, sozial, bereitetes Scheitern ins Bündnis mit einem inneren Zwang zur Infantilität gerät; wenn das Spiel in Heldenrollen, Teil der Aneignung der erwachsenen

Welt, sich in die Abwehr einer abweisenden Welt verkehrt. Darum reichen die Feinderklärungen, die massenhaft den Interviews mit Kinderkombattanten aller Fraktionen zu entnehmen sind, auch nicht schon für die Aussichten auf einen, nach Enzensberger (1993): »molekularen Bürgerkrieg«; aber doch für Ansichten einer molekularen Anomie – Wildnis in den Köpfen. »Die Linken« – weiß ein Mädchen zu berichten, die bei den Rechtsradikalen ist, damit sie »Umgang hat« – »haben so Zeckenschuhe an, die nennt man 'Linkenschuhe', weil vorne Gummi ist, schwarz oder andere Farben, mit Kappen«...²⁰

* * *

Wenn ein Straßenzug reif dafür ist, vielleicht nur, weil drei Halbwüchsige ins kritische Alter eingetreten sind, treibt diese Wildnis ihre Röhren ein Stück weiter durch die Stadt. Das gestohlene und demolierte Fahrrad bleibt tagelang auf dem Trottoir liegen. Vielleicht neben den Matratzen und der ausrangierten Spüle, die immer öfter einen Kranz um die Bäume der Straße bilden, seit die Gebühren für Sperrmüll erhöht worden sind. Und dann und wann zündet einer auch ein Auto an.

Die Politik hat den Zeitpunkt entgegenzusteuern längst verpaßt. Sozialarbeiter, die den nicht existierenden *gangs* dennoch das Wort reden, wechseln, mutlos geworden an der eigenen Profession, über zur Ghettofaszination. Darum scheint eine neue Kunst der Stadtbewohner vonnöten: das eigene Viertel zu lieben und zu verteidigen, ohne zum Blockwart zu konvertieren.

Literatur

- Anselm, Sigrun (1994): Primäre und sekundäre Motive für jugendliche Gewalttaten, in: *Bergmann/Erb (Hrsg.)(1994)*, 143-155.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) (1994): *Rechtsextremismus in Deutschland*, Ffm.
- Bergmann, Jörg; Leggewie, Claus (1993): Die Täter sind unter uns. Beobachtungen aus der Mitte Deutschlands, in: *Kursbuch* 113, Sept./93, 7-37.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer (Hrsg.)(1994): *Neonazismus und rechte Subkultur*, Berlin.
- Bietau, Alfred; Breyvogel, Wilfried; Helsper, Werner (1981): Zur Selbstkrise Jugendlicher in Schule und Subkultur, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, 3/1981, 339-362.
- Bremer, Peter; Gestring, Norbert (1997): Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung in deutschen Städten? in: *PROKLA* 106 27/1, 55-76.
- Cloward, Richard A. (1959/1968): Illegitime Mittel, Anomie und ab weichendes Verhalten, in: *Sack/König (Hrsg.) (1968)*, 314-338.
- Davis, Mike (1994): *City of Quartz*, Berlin.
- Deppe, Jürgen (1997): *Odem: On The Run. Eine Jugend in der Grafitti-Szene*, Berlin.
- Enzensberger, Hans Magnus (1993): *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, Ffm.
- Erb, Rainer (1994): Rechtsextremistische Gruppengewalt in den Neuen Bundesländern, in: *Benz (Hrsg.)(1994)*, 110-136.

20 Das Zitat stammt aus einem Gespräch mit zwei ca. 13 Jahre alten Mädchen in Ostberlin, abgedruckt in Schröder (1992, 192ff). Die Hertha-Fans sind aus der taz (13.12.82) zitiert. Der »Karatekämpfer« findet sich bei Bietau/Breyvogel/Helsper (1981).

- Farin, Klaus (1997): *Die Skins. Mythos und Realität*, Berlin.
- Farin, Klaus; Seidel-Pielen, Eberhard (1991): *Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland*, Berlin.
- Goffman, Erving (1971): *Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation*, Ffm.
- Habermas, Jürgen (1976): *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*, Ffm.
- Hebecker, Eike; Meyer, Erik (1995): Appetite For Destruction: US-HipHop, in: *testcard. Beiträge zur Popgeschichte* 1/Sept.95, 148-155.
- Heitmeyer, Wilhelm; Müller, Joachim; Schröder, Helmut (1997): *Verlockender Fundamentalismus*, Ffm.
- Joas, Hans; Knöbl, Wolfgang (Hrsg.)(1994): *Gewalt in den USA*, Ffm.
- Jugenddelinquenz in Berlin. Jahresbericht 1996*, hrsg.v.: Der Polizeipräsident in Berlin, Landeskriminalamt 143, Zentralstelle für Jugendsachen.
- Kersten, Joachim (1993): Männlichkeitsdarstellungen in Jugendgangs. Kulturvergleichende Betrachtungen zum Thema »Jugend und Gewalt«, in: *Otto/Merten (Hrsg.)(1994)*, 227- 236.
- (1997): Die Gewalt der Falschen. Opfermentalität und Aggressionsbereitschaft, in: *Farin (Hrsg.)(1997)*, 96-117.
- Kotlowitz, Alex (1993): *Kinder gibt es hier nicht mehr. Der Bürgerkrieg in amerikanischen Großstädten*, Reinbek/Hamburg.
- Lukesch, Helmut (1989): *Video im Alltag der Jugend*. Medienforschung Bd.2, Regensburg.
- Mayer, Margit (1997): Berlin – Los Angeles. Berlin auf dem Weg zur »Global City«? in: *Prokla* 109, 27/4, 519-543.
- Merton, Robert K. (1957/1968): Sozialstruktur und Anomie, in: *Sack, Fritz; König, Rene (Hrsg.)(1968)*, 283-313.
- Mowry, Jess (1993): *Megacool*, Reinbek/Hamburg.
- Neuköllner Kinder- und Jugendhilfebericht 1996*, hrsg.v.:Bezirksamt Neukölln von Berlin. Abteilung Jugend und Sport, 3.Aufl.1997.
- Ohder, Claudius (1992): *Gewalt durch Gruppen Jugendlicher. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Berlins*, Berlin.
- Ohlemacher, Thomas (1995): Eine ökologische Regressionsanalyse von Kriminalitätsziffern und Armutsraten. Fehlschluß par excellence? in: *KZSS* 4/95, 706-726.
- Otto, Hans-Uwe; Merten Roland (Hrsg.)(1994): *Rechtsextreme Gewalt im vereinigten Deutschland* (Bonn).
- Pfeiffer, Christian (1995): *Kriminalität junger Menschen im vereinigten Deutschland. Eine Analyse auf Basis der polizeilichen Kriminalstatistik 1984-1994*, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Forschungsberichte Nr. 47.
- Sack, Fritz; König Rene (Hrsg.)(1968): *Kriminalsoziologie*, Wiesbaden.
- Schneider-Sliwa, Rita (1994): Kernstädte – Nährboden der Gewalt, in: *Joas, Hans; Knöbl, Wolfgang (1994)*, 21-47
- Schröder, Burkhard (1992): *Rechte Kerle. Skinheads, Faschos, Hooligans*, Reinbek/Hamburg.
- Schulze, Gerhard (1993): *Die Erlebnisgesellschaft*, Ffm.
- Sozialstrukturatlas Berlin 1995*, hrsg.v.: Senatsverwaltung für Gesundheit Berlin.
- *Fortschreibung 1997*, hrsg.v.: Senatsverwaltung für Gesundheit Berlin.
- Sturzbecher, Dietmar; Dietrich Peter; Kohlstruck, Michael: *Jugend in Brandenburg* 93, hrsg. v. der Landeszentrale für Politische Bildung (o.J.).
- Verfassungsschutzbericht Berlin 1992*, hrsg.v. Landesamt für Verfassungsschutz Berlin.
- Wagner, Bernd (1994): Gewaltaktivitäten und »autonome« rechtsextrem-orientierte Strukturen in den neuen Bundesländern, in: *Bergmann, Werner; Erb, Rainer (Hrsg.)(1994)*, 77-98.
- Whyte, William F. (1943): *Street Corner Society*, Chicago.

Eckhard Hein

Karl Marx, ein klassischer Ökonom?

Zur Bedeutung von Geld und Zins in der Marxschen Ökonomie und
den Implikationen für eine Theorie der Kapitalakkumulation

1. Einleitung

Der Rolle des Geldes und des Geldzinses wird in der marxistischen ökonomischen Theorie allgemein wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In den weit verbreiteten Einführungen von Mandel (1978) und Sweezy (1974) wird Geld nicht oder nur soweit thematisiert, daß ein kurzer Überblick über die Marxsche Argumentation im ersten Band des *Kapital* gegeben wird, in der Geld aus der Abfolge der Wertformen entwickelt wird und den begrifflichen Übergang zum Kapital bildet, das dann den eigentlichen Gegenstand des Theoretisierens darstellt. Die relativ frühen Versuche von Fritsch (1968) und De Brunhoff (1976), die Marxsche Geld- und Kredittheorie auszuformulieren, sind wenig beachtet worden und blieben insbesondere für die Entwicklung marxistischer Akkumulations- und Krisentheorien weitgehend folgenlos. Dort wird der langfristige Akkumulationstrend der kapitalistischen Ökonomie sowie die krisenhafte Abweichung von diesem Trend i.d.R. aus realwirtschaftlichen Faktoren, d.h. aus der Entwicklung der Verteilungsverhältnisse oder aus der spezifisch kapitalistischen Form der Produktivkraftentwicklung, abgeleitet. In der krisentheoretischen Debatte stehen sich dann bekanntlich Unterkonsumtionstheorien, Profit-Squeeze-Theorien sowie Ansätze, die den tendenziellen Fall der Profitrate in den Mittelpunkt stellen, gegenüber. Gemeinsam ist diesen Theorien bei aller Unversöhnlichkeit, daß sie letztlich realwirtschaftliche Theorien bleiben, die Geld und Zins bestenfalls als modifizierende Momente nachträglich einführen.²

Unter diesen Umständen verwundert es wenig, daß sich als post- oder monetär-keynesianisch verstehende Autoren die Marxsche Theorie eindeutig

1 Vgl. als Überblick z.B. Glombowski (1984), Priewe (1988), Shaikh (1978).

2 Die nachträgliche Einführung von Geld und Kredit als krisenmodifizierende Momente findet sich exemplarisch in dem Werk von Krüger (1986), auf das weiter unten noch genauer einzugehen sein wird.

in das realwirtschaftlich argumentierende Lager der Klassik einordnen, dem dann nur die keynesianische Theorie als monetäre Alternative gegenübersteht.³ Andererseits sind jedoch insbesondere in der anglo-amerikanischen Diskussion die Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten von Marxscher und Keynescher Theorie im Hinblick auf die Rolle von Geld, effektiver Nachfrage und Zins betont worden, die es als naheliegend erscheinen lassen, auch Marx als monetären Ökonomen zu klassifizieren.⁴

Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, die Grundlagen der Marxschen Geld- und Zinstheorie erneut zu betrachten und insbesondere ihre Implikationen für die Theorie der Kapitalakkumulation zu überprüfen, wobei sich gelegentliche Vergleiche mit und Anleihen bei der Keyneschen und postkeynesianischen Theorie als hilfreich erweisen werden.

2. Geld und Zins in der Marxschen Theorie

Die Marxsche Werttheorie als monetäre Theorie

Die Interpretation der Marxschen Werttheorie als monetäre Werttheorie kann an die Arbeiten von Rubin (1973), Backhaus (1974, 1975, 1978, 1986), Krause (1977, 1979, 1984), Reuten (1988, 1995) und Heinrich (1991) anknüpfen. Diese Arbeiten zeigen, daß die Kategorie des Wertes im Sinne Marxsens zwingend notwendig die des Geldes einschließt, Werttheorie damit gleichzeitig Geldtheorie sein muß und die Marxsche Werttheorie in Abgrenzung zu reinen Arbeitsmengentheorien des Wertes damit sinnvollerweise als »monetäre Werttheorie« klassifiziert werden sollte.⁵ Insbesondere in der Arbeit von Heinrich (1991) ist zudem gezeigt worden, daß Marx sich bei der Entwicklung der Geldkategorie in einige Widersprüche verwickelt und dem Anspruch, mit der eigenen Werttheorie über die Klassik hinauszugehen, nicht an jeder Stelle gerecht wird.

Marx beginnt die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise im *Kapital* bekanntlich mit der Untersuchung der Ware als Elementarform des Reichtums der bürgerlichen Gesellschaft. Die Produkte individueller Arbeiten nehmen in arbeitsteiligen, kapitalistischen Marktökonomien Warenform an. Durch den Warentausch wird in diesen Ökonomien die gesellschaftliche Arbeitsteilung vermittelt und der gesellschaftliche Zusammenhang hergestellt. Diese Vermittlung gesellschaftlicher Arbeitsteilung wird von Marx

3 Vgl. z.B. Riese (1994), Betz (1988), Heine/Herr (1992, 1996), Herr (1988), aber auch Amadeo (1986) und Marglin (1984).

4 Vgl. z.B. Fan-Hung (1939), Alexander (1940), Kenway (1980), Dillard (1984), Foley (1986), Sardonì (1986, 1987), Rogers (1989) und Rotheim (1991).

5 Eine solche Klassifizierung schlägt schon Backhaus (1975) vor. Er unterscheidet dabei die Marxsche Werttheorie von marxistischen Werttheorien, wobei die verschiedenen Varianten der marxistischen Werttheorien einem prämonetären Theorietypus zugeordnet werden.

durch die Analyse des Wertes eingehend untersucht. Hierbei geht es in erster Linie um die Begründung, warum Arbeitsprodukte die Wertform annehmen, und in zweiter Linie um die Analyse reproduktionsfähiger Austauschproportionen der Waren, die durch die Wertgröße bestimmt werden.

Die Vergesellschaftung der Arbeitsprodukte und die Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs kann nach Marx in einer dezentralen Marktökonomie nur in der einzig gesellschaftlichen Sphäre dieser Ökonomie stattfinden. Diese ist die Markt- bzw. Zirkulationssphäre. Hier treffen die verschiedenen Privatarbeiten in Gestalt der von ihnen produzierten Waren aufeinander und haben unter Beweis zu stellen, daß sie notwendiger Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitsverausgabung sind, daß ihre Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeit darstellt. Erst im Verhältnis von Ware zu Ware kann die Wertgegenständlichkeit der Ware damit erscheinen, indem die Arbeitsverausgabung für eine Ware auf die Arbeitsverausgabung für alle anderen Waren bezogen wird (vgl. MEW 23, 117).

Betrachtet man mit Marx den Warentausch als Ausdruck einer spezifischen Form der gesellschaftlichen Arbeit, so können Werts substanz und Wertgröße nicht unabhängig von dieser Form durch gesellschaftlich unspezifische physiologische, stoffliche Kategorien – d.h. durch Verausgabung von konkreten physischen Arbeitsmengen – bestimmt sein. Versuche, die Marxsche Werttheorie in dieser Weise als Weiterentwicklung der ricardianischen Arbeitsmengentheorie zu interpretieren, greifen damit zu kurz und werden dem spezifisch gesellschaftlichen Charakter des Wertes in der Marxschen Werttheorie nicht gerecht. Als Werts substanz ergibt sich bei Marx nicht konkret verausgabte Arbeit, sondern vielmehr abstrakte Arbeit, die erst durch den Tausch konstituiert wird, also keine vorgesellschaftliche und damit präzirkuläre Existenzform besitzt (vgl. auch Reuten 1988, 127).⁶

Dies bedeutet ferner, daß auch die Wertgröße und damit die Austauschproportionen der Waren nur in einer gesellschaftlichen Kategorie zum Ausdruck kommen können, in der dem Produkt der individuellen Arbeit – der Ware – ein bestimmter Anteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zugeordnet wird. Die Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs indi-

6 Dies ist jedoch im ersten Band des *Kapital* nicht an jeder Stelle deutlich herausgestellt, scheint Marx doch hier gelegentlich einer physiologischen Definition der abstrakten Arbeit anzuhängen. So schreibt er z.B.: »Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert.« (MEW 23, 61). Wie Heinrich (1991, 169ff) allerdings feststellt, verläßt Marx mit dieser physiologischen Auffassung von der wertbildenden Arbeit sein eigenes Forschungsprogramm. Denn faßt man abstrakte Arbeit als gesellschaftliche Kategorie, so bleibt sie auf die bürgerliche Gesellschaft beschränkt. Hängt man jedoch der physiologischen Interpretation an, so kann abstrakte Arbeit auf alle Produktionsweisen bezogen werden. Die spezifisch bürgerliche Form der Vergesellschaftung von Arbeit im Begriff der »abstrakten Arbeit« ginge verloren (vgl. auch Rubin 1973, 96).

vidueller Privatarbeiten in einer Marktökonomie erzwingt daher stets die Herausbildung eines allgemeinen Äquivalentes als Repräsentant von gesellschaftlichem Wert, auf das sich die individuellen Privatarbeiten beziehen müssen. Die Wertgröße einer Ware ist daher nicht prämonetär gegeben, sondern sie bestimmt sich im Austauschprozeß, in dem die Werts substanz, die abstrakte Arbeit, und die Austauschproportionen durch den Bezug auf das allgemeine Äquivalent erst hergestellt werden. Dieses allgemeine Äquivalent, auf das sich die Waren im Austauschprozeß beziehen, kann nun als Geld bezeichnet werden (vgl. auch Reuten 1995). Die Marxsche Werttheorie ist in dieser Hinsicht monetäre Werttheorie und gleichzeitig Geldtheorie.

Die Marxsche Entwicklung der Geldform im ersten Band des *Kapital* löst den Anspruch einer monetären Werttheorie allerdings nur mit Einschränkungen ein. Ausgehend von der Überlegung, daß die Wertgegenständlichkeit und damit der Tauschwert der Waren nur im Verhältnis von Ware zu Ware erscheinen kann, leitet Marx bekanntlich über die einfache oder zufällige Wertform, die entfaltete Wertform und die allgemeine Wertform letztlich die Geldform ab (vgl. MEW 23, 62ff). Geld – als gesellschaftliches Resultat dieses Prozesses – ist daher kein nachträglich eingeführtes Mittel zur Erleichterung eines Naturaltausches, sondern ergibt sich zwingend aus den Kohärenz-Anforderungen der kapitalistischen Warenproduktion. Entscheidend bei der Herleitung der Geldkategorie ist für Marx dann jedoch die Aussonderung einer bestimmten Ware als Geldware. Die Geldform ist für Marx daher eindeutig an die Warenform geknüpft (vgl. MEW 23, 101) und er geht deshalb vom Gold als Geldware aus (vgl. MEW 23, 84). Diese Marxsche Vorstellung ist in der marxistischen Theorie kontrovers beurteilt worden.

Die in der Debatte vertretenen Auffassungen lehnen entweder die Marxsche Wertformentwicklung und die Anbindung des Geldes an eine Ware ab⁷ oder aber sie beurteilen die Marxsche Vorgehensweise zumindest als theoretisch korrektes Verfahren, wenn auch das Konzept der Geldware häufig als historisch überholt gilt und daher überwunden werden müsse.⁸ Gemeinsam ist diesen Positionen, daß sie nicht hinreichend zwischen der Wertformentwicklung und der Fassung bzw. Entstehung des Geldes unterscheiden.

Eine solche Unterscheidung findet sich hingegen in den Arbeiten von Heinrich (1991), Lipietz (1982), Reuten (1988, 1995) und Williams (1992). Hier wird deutlich gezeigt, daß Marx im Rahmen der Wertformentwicklung

7 Vgl. z.B. Beckenbach (1987, 67ff), Cartelier (1991) und De Vroey (1981, 1982).

8 Vgl. z.B. De Brunhoff (1976), Crotty (1985, 1987), Ganßmann (1996), Foley (1983, 1986a) und Weeks (1981).

zwar die Notwendigkeit eines allgemeinen Äquivalents nachgewiesen hat, es aber keine zwingende Begründung dafür gibt, daß das allgemeine Äquivalent selbst eine Ware sein müsse.⁹ Selbst wenn man es mit einer Geldware zu tun hat, so sei diese immer nur ein Repräsentant von oder ein Zeichen für »Wert«.

Dieses Verständnis von Geld als gesellschaftlich anerkanntes und garantiertes Zeichen für Wert ist nun kompatibel mit einem modernen Geldsystem als Hierarchie von Zahlungsverprechen mit von unten nach oben zunehmender gesellschaftlicher Validität und Liquidität, in dem Zahlungen zwischen zwei Parteien durch die Übergabe von Zahlungsverprechen Dritter mit höherer gesellschaftlicher Akzeptanz erfolgen (vgl. z.B. Foley 1987, 520). Ein solches Geldsystem zeichnet sich nach Graziani (1989), einem Vertreter des »monetary-circuit«-Ansatzes, durch folgende Eigenschaften aus: 1. Geld ist immer ein Geldzeichen und keine Geldware, 2. Geld muß als finales Zahlungsmittel akzeptiert werden und 3. Zahlungen können nicht mit Zahlungsmitteln erfolgen, die vom Zahlenden selbst geschöpft werden. Dieses Konzept setzt für den jeweiligen gesellschaftlichen Raum ein Zahlungsmittel von höchster gesellschaftlicher Validität und Liquidität voraus. In der modernen kapitalistischen Ökonomie ist dies das durch die gesellschaftliche Institution »Zentralbank« oder den Staat garantierte Zentralbankgeld als nur noch gegen sich selbst einlösbares Zahlungsverprechen. Ein solches Geldsystem scheint mit der aus der Marxschen monetären Werttheorie abgeleiteten Geldkategorie vollkommen verträglich zu sein.

Die Funktionen des Geldes in einer monetären Werttheorie

Nachdem die elementare Verknüpfung von Wert- und Geldkategorie bei Marx dargestellt wurde, sollen die sich hieraus ergebenden Funktionen des Geldes genauer betrachtet werden. Geld ist erstens Maß der Werte und Maßstab der Preise (vgl. MEW 23, 109ff). Die Werte der Waren stellen

9 Heinrich (1991, 182ff) sieht das grundsätzliche Defizit der Marxschen Herleitung der Geldkategorie darin, daß der Übergang von der allgemeinen Wertform zur Geldform einen Bruch in der Darstellung bedeutet. Mit dem Übergang von der allgemeinen Wertform zur Geldform wechselt Marx die theoretische Ebene, indem er nun, statt mit der begrifflichen Entwicklung der Formen zu argumentieren, auf gesellschaftliche Gewohnheiten zurückgreift, die durch Ausschluß einer bestimmten Ware (Gold) die Geldform begründen. Wenn aber die Entwicklung des Geldes kein Bestandteil der begrifflichen Wertformentwicklung ist, sondern handlungstheoretisch begründet wird, indem sich alle Waren auf einen bestimmten Repräsentanten von »Wert an sich« beziehen, so muß laut Heinrich bezweifelt werden, daß dieser Repräsentant selbst Wert besitzen muß. Indem Marx Geld als Warengeld auffaßt, sitzt er demnach einer bestimmten historischen Entwicklungsphase des kapitalistischen Geldsystems auf und beschränkt damit die Aussagekraft seiner eigenen Geldtheorie, weil er nicht erkennt, daß jedes Geld, also auch die Geldware, nur Repräsentant von »Wert als solchem« und damit Wertzeichen ist.

sich nach Marx in dem allgemeinen Äquivalent, dem Geld, dar. Die Preise der Waren werden daher in Einheiten der Geldes gemessen. Die Preisform des Wertes wird so zur adäquaten Form, in der sich die potentiell krisenhafte ex-post-Vergesellschaftung in kapitalistischen Ökonomien vollziehen kann, in der sich die regulierenden Zentren der Reproduktion (Wert, Produktionspreis, allgemeine Profitrate) erst als Durchschnitt vergangener Schwankungen durchsetzen. Dies schließt einerseits Vorstellungen einer prämonetären Werttheorie bei Marx nochmals grundsätzlich aus. Andererseits bedeutet jedoch die Marxsche Unterstellung einer Geldware, daß das Geld als Maßstab der Preise eine eigene, vor dem Eintritt in die Zirkulation bestimmte Größe hat – gemessen in gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit – und die Preise aller Waren und das Preisniveau der Ökonomie durch Bezug auf diese Größe festgelegt werden. Die Vorstellung einer Geldware muß jedoch bei der Interpretation der Marxschen Werttheorie als monetäre Werttheorie fallen gelassen werden. Hierdurch ist das Preisniveau nicht mehr als Verhältnis der vermeintlich durch verausgabte Arbeitszeit determinierten Werte der Waren zum Wert der Geldware gegeben, sondern es bleibt indeterminiert. Foley (1983) hat hier als Alternative vorgeschlagen, das Preisniveau und damit den Wert des Geldes durch die Preissetzungsentscheidungen der kapitalistischen Unternehmen zu erklären, die wiederum vom Akkumulationstrend und vom Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit abhängen. Hierauf ist weiter unten im Zusammenhang mit den akkumulationstheoretischen Implikationen der Marxschen Geldtheorie zurückzukommen.

In der zweiten Funktion als Zirkulationsmittel vermittelt Geld laut Marx den – hypothetischen – einfachen Tausch Ware gegen Ware (vgl. MEW 23, 118ff). Geld vereinfacht zwar den Warenaustausch für den individuellen Warenproduzenten, es verdeutlicht ihm aber gleichzeitig seine Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Der Warenproduzent A kann nur verkaufen, wenn der Warenproduzent B vorher verkauft hat, und nun über das Geld verfügt, mit dem er das Produkt des Produzenten A nachfragen kann. Die Rolle des Geldes als Zirkulationsmittel bildet für Marx somit zugleich den ersten Ansatzpunkt für die Kritik des Sayschen Gesetzes, indem durch die Rolle des Geldes als Zirkulationsmittel die »Möglichkeit der Krise« wegen eines Mangels an aggregierter Nachfrage gegeben ist (vgl. MEW 26.2, 505).¹⁰

Die dritte Funktion des Geldes als Geld bezieht sich Marx zufolge auf das Geld als Mittel zur Schatzbildung, auf Geld als Zahlungsmittel und auf das Geld als Weltgeld. Mit der Trennung von Kauf und Verkauf durch die

10 Zur Marxschen Auseinandersetzung mit der ricardianischen Variante des Sayschen Gesetzes vgl. Kenway (1980) und Sardoni (1987, 26ff).

»Dazwischenkunft« des Geldes ergibt sich gleichzeitig die Möglichkeit der Schatzbildung (vgl. MEW 23, 144ff). Die Schatzbildung oder »Hortung« bedeutet, daß stets ein Teil des in der Gesellschaft vorhandenen Geldes dem ökonomischen Kreislauf entzogen ist. Die Veränderung der Horte durch Zunahme der Geldhaltung kann in spezifischen Konstellationen ökonomisch rational sein und durch Entzug von Nachfrage nach Waren eine allgemeine Überproduktionskrise auslösen.

Geld fungiert als Zahlungsmittel, wenn der Verkauf der Ware und die Realisierung ihres Preises zeitlich getrennt werden (vgl. MEW 23, 148ff). Der Verkäufer wird zum Gläubiger, der Käufer zum Schuldner und Geld wird zum Inhalt des Gläubiger-Schuldner-Vertrages. Geld in der Funktion als Zahlungsmittel bildet sich damit zusammen mit dem Kreditwesen und der Kontraktökonomie heraus. Die Komplexität und Störanfälligkeit des Produktions- und Zirkulationsprozesses nimmt laut Marx hier zu, da nicht nur der Wert der von dem Schuldner zu produzierenden Waren überhaupt realisiert werden muß, sondern zu einem bestimmten Zeitpunkt zu realisieren ist, damit der Schuldner in die Lage versetzt wird, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Rolle des Geldes als Zahlungsmittel liefert Marx daher ein zweites Argument für die Zurückweisung des Sayschen Gesetzes (vgl. MEW 26.2, 511).

Als Weltgeld fungiert das Geld nach Marx nur in seiner Naturalform, d.h. als Gold (vgl. MEW 23, 156ff). Weltgeld ist international anerkanntes Zahlungsmittel und fungiert als universell anerkanntes Vermögen. In der hier gelieferten Interpretation der Marxschen Werttheorie muß als Weltgeld daher das Geld gelten, das im internationalen Zahlungsverkehr allgemein anerkannter Repräsentant von »Wert an sich« ist.

*Geldmenge, Preisniveau, Transaktionsvolumen:
Klassische Dichotomie bei Marx?*

Von Heine/Herr (1992) ist der Vorwurf erhoben worden, Marx reproduziere mit seiner Geldtheorie die klassische Dichotomie von realer und monetärer Sphäre, nach der das Realprodukt durch realwirtschaftliche Faktoren und das Preisniveau durch die Geldmenge bestimmt werde, und falle deshalb in das klassische Lager der ökonomischen Theorie zurück. Es ist an dieser Stelle also notwendig, den Zusammenhang zwischen Geldmenge, Preisniveau und Transaktionsvolumen bei Marx zu rekapitulieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion der Rolle des Geldes als Zirkulationsmittel weist Marx bekanntlich die Quantitätstheorie des Geldes zurück (vgl. MEW 23, 128ff) und hält ihr entgegen, daß nicht die Geldmenge das Preisniveau bestimme, sondern daß die durch die Wertsumme des realen Transaktionsvolumens bestimmte Preissumme das zur Transaktion not-

wendige Geldvolumen vorgebe. Marx nimmt dabei an, daß die Werte der Waren zusammen mit dem Wert der Ware Gold das Preisniveau und umgekehrt wie in der Quantitätstheorie – bei Konstanz der Umlaufgeschwindigkeit – die Geldmenge in der Zirkulation bestimmen. Einer dauerhaften Veränderung des Preisniveaus liege damit immer eine Veränderung in den Wertverhältnissen und nicht eine Veränderung in der Geldmenge zugrunde. Letztere ergibt sich erst als Folge.

Bei einer reinen Goldumlaufwährung gehen daher von der monetären Sphäre weder Einflüsse auf das Preisniveau noch auf das Transaktionsvolumen aus. Geldmenge und Preisniveau werden im Gleichgewicht komplett durch vermeintlich realwirtschaftliche Variablen (Transaktionsvolumen und Wertrelationen) bestimmt. Die Geldmenge für Zirkulationszwecke ist durch die Möglichkeit der Produktion der Geldware endogenisiert. Hierdurch ist allerdings – selbst bei einer Goldumlaufwährung – nicht die gesamte Geldmenge in der Ökonomie bestimmt, da zusätzlich die Geldmenge der Horte hinzukommt. Die Horte bieten einerseits neben der Goldproduktion das Reservoir, das die Anpassung der Geldmenge in der Zirkulation an das Transaktionsvolumen erlaubt, andererseits können von den Horten aber auch Störungen des Zirkulationsprozesses verursacht werden.

Wird die Geldware in der Zirkulationssphäre durch Wertzeichen ersetzt, so stellt sich nach Marx zwischen der Wertsumme der Geldware, die zur Zirkulation der Waren notwendig ist, und der Wertzeichenmasse eine eindeutig quantitätstheoretische Beziehung ein (vgl. MEW 23, 138ff). Das Wertzeichen repräsentiert die Geldware und erst dadurch Wert. Steigt nun das Volumen der Wertzeichen bei konstantem Niveau des Realproduktes und damit der Goldgeldmenge, die zur Zirkulation notwendig wäre, so steigt das allgemeine Preisniveau im selben Verhältnis. Eine strikte quantitätstheoretische Beziehung gilt allerdings nur dann, wenn ausgeschlossen ist, daß die Wertzeichen die Zirkulation verlassen. Dies ist jedoch nach Marx nicht unbedingt der Fall, da auch die Wertzeichen in die Schatzbildung eingehen können. Die Rolle des Geldes als Geld, die die Funktion der Schatzbildung einschließt, kann auch vom Stellvertreter der Geldware, d.h. vom Wertzeichen, ausgeübt werden (vgl. MEW 23, 143f).¹¹ Dann ist allerdings kein eindeutiges Verhältnis von Wertzeichenmenge/Geldmenge und Preisniveau mehr herstellbar.

Durch die Möglichkeit der Schatzbildung wird von Marx der quantitätstheoretische Zusammenhang zwischen Wertzeichenmenge und Preisniveau zerrissen und so ein Einfluß der monetären Sphäre auf die reale Sphäre und damit die Nicht-Neutralität des Geldes begründet. Das »Verkaufen-ohne-zu-kaufen« kann zu einem Mangel an aggregierter Nachfrage führen und

11 Hierauf hat insbesondere Heinrich (1991, 198f) hingewiesen.

begründet damit die »Möglichkeit der Krise«. Dies allerdings nur, wenn die Veränderung der Schatzbildung nicht als Nachfrage nach Produktion wirkt, d.h. wenn nicht von der Existenz einer beliebig produzierbaren Geldware ausgegangen wird. Hiermit ist innerhalb der Marxschen Ausführungen ein weiterer Grund für die Ablehnung des Geldwarenkongzeptes identifiziert.

Wird schon durch die Möglichkeit der Hortung von Wertzeichen ein quantitativ-theoretischer Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau in Frage gestellt, so wird ein solcher Zusammenhang durch die Berücksichtigung von Kreditgeld gänzlich unmöglich. Die Entwicklung des Kreditgeldes wird von Marx ausgehend von der Rolle des Geldes als Zahlungsmittel vorgenommen.¹² Kreditgeld entsteht durch die Monetarisierung finanzieller Forderungen, d.h. durch die Transformation von Forderungen in ein allgemein anerkanntes Zahlungsmittel (vgl. Lipietz 1982, 53). Marx unterstellt mit dem Kreditgeld nun die Endogenität der Geldmenge, die von der Kreditschöpfungsfähigkeit und -bereitschaft des Bankensektors und von der Kreditnachfrage der industriellen Kapitalisten abhängt, und folgt in dieser Hinsicht der Banking-Theorie.¹³ Eine klassische Dichotomie, nach der die Höhe der Produktion durch realwirtschaftliche Faktoren und die Höhe des Preisniveaus durch eine exogen gegebene Geldmenge bestimmt ist, kann der Marxschen Theorie damit insgesamt nicht vorgeworfen werden.

Kredit, Zins und Profitrate in der Marxschen Theorie

Nachdem Marx, wie oben erwähnt, die Grundlagen der Kreditökonomie bereits im ersten Band des *Kapital* ausgehend von der Rolle des Geldes als Zahlungsmittel thematisiert hat, wird im dritten Band eine Klassifizierung der Kreditformen in kommerziellen Kredit, den sich die Unternehmen untereinander gewähren, und Bankkredit vorgenommen (MEW 25, 413). Die Kreditvergabe durch den Bankensektor kann nach Marx entweder durch die Diskontierung von Handelswechseln geschehen, wodurch lediglich ein bereits bestehendes Kreditverhältnis übertragen wird, oder durch die unmittelbare Kreditgewährung, d.h. durch die Etablierung eines zusätzlichen Kreditverhältnisses (MEW 25, 416ff). Grundlage dieser Kreditgewährung ist das gehortete und bei den Banken deponierte Geld der Ökonomie, wobei Marx nicht davon ausgeht, daß die Kreditgewährung der Banken durch das

12 Zur Entwicklung des Kredits bei Marx vgl. die Ausführungen im folgenden Abschnitt dieser Arbeit. Zum Kreditgeld vgl. auch die Darstellung in De Brunhoff (1976, 72ff).

13 Die Vertreter der Banking-Theorie gingen im Rahmen der Banking-Currency-Kontroverse um den Peelschen Bankakt von 1844 davon aus, daß die Geldmenge durch Schöpfung von Kreditgeld und anderen Geldsubstituten endogenisiert sei, wohingegen die Anhänger des Currency-Prinzips die Möglichkeit der exogenen Steuerung der Geldmenge durch die Zentralbank vertraten. Zu den Unterschieden der Marxschen Position vom Banking-Standpunkt vgl. Arnon (1984), Candrian (1994, 217ff), Lapavitsas (1994) und Wray (1990, 114ff).

Sparen der Haushalte beschränkt ist. Er unterstellt vielmehr die Endogenität der Kreditgeldmenge durch die Möglichkeit der Kreditschöpfung aus dem »Nichts« (vgl. auch De Brunhoff 1976, 93f und Reuten 1988).

»Der Kredit nun, den der Bankier gibt, kann in verschiedenen Formen gegeben werden, z.B. in Wechseln auf andre Banken, Schecks auf solche, Krediteröffnungen derselben Art, endlich, bei Banken mit Notenausgabe, in den eignen Banknoten der Bank. Die Banknote ist nichts als ein Wechsel auf den Bankier, zahlbar jederzeit an den Inhaber, und vom Bankier den Privatwechslern substituiert. Die letztere Form des Kredits erscheint dem Laien besonders frappant und wichtig, erstens weil diese Art Kreditgeld aus der bloßen Handelszirkulation heraus in die allgemeine Zirkulation tritt und hier als Geld fungiert; auch weil in den meisten Ländern die Hauptbanken, welche Noten ausgeben, als sonderbarer Mischmasch zwischen Nationalbank und Privatbank in der Tat den Nationalkredit hinter sich haben und ihre Noten mehr oder minder gesetzliches Zahlungsmittel sind; weil es hier sichtbar wird, daß das, worin der Bankier handelt, der Kredit selbst ist, indem die Banknote nur ein zirkulierendes Kreditzeichen vorstellt.« (MEW 25, 417)

Mit der Entwicklung der Kontrakt- und Kreditökonomie ist gleichzeitig die Etablierung des zinstragenden Kapitals und des Zinses verbunden. Der Zins als Entschädigung für die temporäre Überlassung von Geldkapital stellt nach Marx einen Anspruch auf Teile des durch die Arbeiter des produktiven Kapitals produzierten Mehrwerts dar. Da der kapitalistische Verwertungsprozeß stets den Vorschuß von Geld voraussetzt, bekommt Geld hier die zusätzliche Eigenschaft, als Kapital zu fungieren (vgl. MEW 25, 351ff). Hiermit sind die Grundlagen für das zinstragende Kapital gegeben: Zinstragendes Kapital ist Geld, das in seiner Eigenschaft, als Kapital fungieren zu können, »verkauft« wird, d.h. auf Zeit verliehen wird. Der Preis hierfür ist der Zins.

Mit einer solchen Herleitung des Zinses verdeutlicht Marx ein eindeutiges Voraussetzungsverhältnis: Nur weil Geld als Kapital fungieren kann, kann es vom Geldbesitzer dem Unternehmerkapitalisten gegen Zins überlassen werden. Dieser ist bereit, einen Zins für die Überlassung von Geldkapital zu zahlen, weil die geliehene Geldsumme sich für ihn potentiell als Kapital verwertet. Der Gesamtprofit (Π) spaltet sich damit bei Einbeziehung des zinstragenden Kapitals auf in den industriellen Profit (Π^i) und in den Zins (Z):

$$(1) \quad \Pi = \Pi^i + Z$$

Die jeweiligen aus dem Mehrwert abgeleiteten Einkommensarten, Zins und industrieller Profit, stehen nach Marx in einem inversen Verhältnis zueinander. Die Höhe des Zinssatzes hat daher keinen Einfluß auf den Wert oder den Produktionspreis der Ware, sondern bestimmt lediglich die Aufteilung des Mehrwerts bzw. des Bruttoprofits auf Geldkapitalisten und industrielle Kapitalisten (vgl. MEW 25, 358).

Geht man davon aus, daß die Waren sich im Gleichgewicht zu ihren Produktionspreisen tauschen, d.h. daß der Konkurrenzprozeß eine tendenziell einheitliche Gesamtprofitrate (r) zwischen den Produktionssphären etab-

liert, so ergibt sich diese Gesamtprofitrate als Summe aus der einheitlichen industriellen Profitrate (r^n) und dem einheitlichen Zinssatz (i):¹⁴

$$(2) \quad r = r^n + i$$

Damit das Produktionsniveau in dem Marxschen Modell positiv bleibt, muß die Gesamtprofitrate den Zinssatz übersteigen, so daß sich eine positive industrielle Profitrate ergibt. Nur unter dieser Voraussetzung sind die Kapitalisten bereit, die unsichere Verwertung ihres Kapitals durch Realinvestitionen gegenüber einer sicheren Verwertung auf den Finanzmärkten als zinstragendes Kapital vorzuziehen. Eine positive industrielle Profitrate muß für die mit einem realen Kapitalvorschuß verbundenen Aufwendungen und Unsicherheiten entschädigen, wobei diese Entschädigung im Marxschen Modell, im Gegensatz zu den Vorstellungen bei Smith und Ricardo, keine unabhängige Größe ist, sondern sich vielmehr als Differenz aus Gesamtprofitrate und Zinssatz ergibt.¹⁵

In Bezug auf die konkrete Höhe des sich langfristig durchsetzenden Zinssatzes macht Marx deutlich, daß diese auf dem Markt für Geldkapital durch Angebot von und Nachfrage nach leihbaren Mitteln bestimmt wird (vgl. MEW 25, 377). Für den Zinssatz existiert allerdings keine »natürliche Rate«, d.h. kein durch die dominanten Kräfte des Systems bestimmtes langfristiges Schwankungszentrum (MEW 25, 370). Die Festlegung des langfristigen Zinssatzes erfolgt vielmehr durch einen Komplex von historischen, institutionellen und politischen Faktoren, die insbesondere die Verhandlungsstärke von Gläubigern und Schuldern widerspiegeln. Der Zins kann damit im Marxschen System als eine monetäre Kategorie bezeichnet werden, die für den Produktions-, Einkommensbildungs- und Akkumulationsprozeß zu einer exogenen Größe wird.¹⁶ Die Behandlung des Zinses als einen in der monetären Sphäre der Ökonomie determinierten Verteilungsparameter ist nun vollständig kompatibel mit der in der post-keynesianischen Theorie vertretenen Position, daß der Zinssatz von der Zinspolitik

14 In Übereinstimmung mit Marx wird hier davon ausgegangen, daß diese Aufteilung unabhängig davon erfolgt, ob der Gesamtkapitalvorschuß mit Eigenkapital oder Fremdkapital finanziert wird, weil auch auf den Eigenkapitalvorschuß ein kalkulatorischer Zins berechnet werden kann (vgl. MEW 25, 388).

15 Pivetti (1987) macht auf die Unterschiede der Betrachtung von Zins und industriellem Profit in den Werken von Smith, Ricardo und Marx aufmerksam und sieht bei Smith und Ricardo die Grundlagen für eine Betrachtung von industriellem Profit und Zins als unabhängige Komponenten gelegt, deren Summe erst die Gesamtprofitrate herstellt. Hier existiert dann keine inverse Relation zwischen Zinssatz und industrieller Profitrate mehr.

16 Die Marxsche geldmarkttheoretische Erklärung des Zinses unterscheidet sich damit zusammen mit der Keynesischen Erklärung von der neoklassischen gütermarkttheoretischen im wesentlichen dadurch, daß eine durch Nicht-Konsum erhöhte Verfügungsgewalt über Geld nicht notwendig zu einem erhöhten Angebot an Leihkapital führt und ein erhöhtes Sparen so nicht notwendig eine Senkung des Zinssatzes nach sich zieht (vgl. Feess-Dörr 1989, 131f).

der Zentralbank und den Liquiditäts- und Risikoerwägungen der Vermögensbesitzer bestimmt und zu einer exogenen Variablen für den Investitions- und Einkommensbildungsprozeß wird, wohingegen Geld- und Kreditmenge modellendogen durch die kreditfinanzierten Ausgaben determiniert werden.¹⁷ Die post-keynesianische monetäre Theorie liefert insbesondere eine Erklärung für die Angebotsseite auf dem Geldmarkt und die angebotsseitigen Determinanten der Zinshöhe. Sie steht damit, anders als z.B. Altvater (1991, 110ff) meint, nicht im Gegensatz zur Marxschen Zins- theorie, sondern ergänzt diese vielmehr.

Allerdings kann in einem Marxschen Modell, im Gegensatz zu der in der monetär-keynesianischen Schule vertretenen Auffassung,¹⁸ nicht davon ausgegangen werden, daß die Höhe des Zinssatzes die Gesamtprofitrate determiniert. Ein Marxsches Produktionspreismodell zeichnet sich vielmehr durch zwei Freiheitsgrade der Verteilung aus. Zum einen stehen Reallohn und Gesamtprofitrate in einem inversen Verhältnis, zum anderen besteht eine inverse Relation zwischen Zinssatz und industrieller Profitrate. Die Existenz zweier Freiheitsgrade reflektiert die Marxsche Sicht der beiden Konfliktlinien der Verteilung in kapitalistischen Ökonomien. Zum einen existiert ein Konflikt um die Verteilung des Nettoproduktes zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse, zum anderen ein Konflikt um die Verteilung des Mehrproduktes zwischen industriellen Kapitalisten und Geldkapitalisten.

Folgt man Marx, so wird die Gesamtprofitrate bestimmt, indem der Reallohn durch die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft vorgegeben wird. Die Vorgabe des monetären Zinses legt sodann die industrielle Profitrate fest, die damit zur Residualgröße wird. Allerdings hat diese Vorgehensweise den Nachteil, daß sie den Anforderungen einer monetären Wert- theorie nicht gerecht wird. Die Ware Arbeitskraft tauscht sich gegen das allgemeine Äquivalent »Geld« und nicht direkt gegen ein Warenbündel. Der Reallohn läßt sich so erst ermitteln, nachdem die Preisbildung auf den Gütermärkten erfolgt ist. Es ist daher nicht davon auszugehen, daß sich die Gesamtprofitrate über einen auf dem Arbeitsmarkt bestimmten Reallohn festlegen läßt, wodurch dann der ökonomische Prozeß gesteuert wird.

Die bereits von Sraffa (1960) erwähnte und dann von Pivetti (1985, 1987, 1991) und Panico (1985) ausformulierte Alternative, ein klassisches Produktionspreissystem über die Vorgabe des Geldzinssatzes, der dann die allgemeine Profitrate festlegt, zu schließen, vermag im Hinblick auf die Marxsche Theorie ebenfalls nicht zu überzeugen. In diesen Ansätzen muß

17 Vgl. zur post-keynesianischen monetären Theorie z.B. Cottrell (1994), Lavoie (1984, 1992), Kaldor (1970) und Moore (1988, 1989).

18 Zur monetär-keynesianischen Schule vgl. Riese (1986, 1989), Herr (1988) und Betz (1988).

von einer Konstanz der industriellen Profitrate bei Zinssatzvariationen ausgegangen werden, damit jedem Zinssatz eine eindeutige Gesamtprofitrate und hierdurch ein eindeutiger Reallohnsatz zugeordnet ist. Hierdurch wird jedoch der bei Marx berücksichtigte und in modernen Ökonomien nicht zu übersehende Verteilungskonflikt zwischen Unternehmen und Kapitaleignern bzw. Kreditgebern negiert. Dem von Betz (1988) präsentierten Vorschlag, die monetär-keynesianische Bestimmung der Profitrate durch den Geldzins als Auflösung eines Widerspruchs im Marxschen *Kapital* – und damit als Weiterentwicklung des Marxschen Werkes – aufzufassen, kann aus diesem Grund ebenfalls nicht gefolgt werden.

Im Rahmen der hier vorgestellten monetären Interpretation der Marxschen Theorie ist die Gesamtprofitrate vielmehr einerseits Resultat der Preisbildung auf Arbeits- und Gütermärkten, die von den dort vorherrschenden Konkurrenz- und Kräfteverhältnissen bestimmt wird, und andererseits abhängig vom Akkumulationstrend, der wiederum von der Relation der erwarteten Profitrate zum Zinssatz gesteuert wird.

3. Implikationen für die Akkumulations- und Krisentheorie

Die vorherrschende realwirtschaftliche Interpretation der Marxschen Akkumulationstheorie geht davon aus, daß in der Marxschen Theorie die Produktions- und Verteilungsbedingungen den Akkumulationspfad bestimmen und Realisationsprobleme lediglich für kurzfristige Abweichungen von diesem Pfad sorgen, aber keinen eigenständigen Einfluß auf ihn ausüben. Die Ausgabenautonomie der Einzelkapitale gilt folglich nur kurzfristig. Langfristig ist die Akkumulation hingegen durch die nicht-konsumierten Profite, d.h. durch das Sparen der Kapitalisten bestimmt. Geld, Kredit und Zins spielen für die Bestimmung des langfristigen Akkumulationstrends keine Rolle und werden bestenfalls als modifizierende Momente nachträglich eingeführt.

Eine solche Interpretation kann sich durchaus auf die Marxschen Ausführungen im *Kapital*, insbesondere auf das 23. Kapitel des ersten Bandes (*Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*, MEW 23, 640ff) und auf den dritten Abschnitt des dritten Bandes (*Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, MEW 25, 221ff) stützen, in denen Marx in der Tat von Realisationsproblemen und Einflüssen der monetären Sphäre absieht und den »reinen« Einfluß der Einkommensverteilung (MEW 23) und der Produktivkraftentwicklung (MEW 25) auf die Kapitalakkumulation diskutiert. Allerdings handelt es sich bei diesen Ausführungen nur um die Betonung bestimmter Krisenmomente der kapitalistischen Akkumulation, nicht jedoch um eine vollständige Akkumulations- und Krisentheorie, wie bereits Shoul (1957) bemerkte. Die Marxsche Akkumulations- und Krisen-

theorie auf diese Momente zu reduzieren, bedeutet daher, den monetären Charakter der Marxschen Werttheorie und die hieraus folgenden Implikationen zu negieren.

Folgt man z.B. dem realwirtschaftlichen Ansatz von Krüger (1986), so wird die erweiterte Reproduktion des Kapitals durch die produzierte Mehrwertmasse (m) beschränkt. Die durch die Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse bestimmte Mehrwertmasse bildet demnach die Grundlage für den sogenannten »Akkumulationsfonds«, der das gesparte Kapitalisteneinkommen darstellt und sich als Differenz zwischen Mehrwertmasse und Kapitalistenkonsum ergibt. Dieser Akkumulationsfonds ist nun den Investitionen in zusätzliches konstantes und variables Kapital (dK) vorausgesetzt. Das Verhältnis von Akkumulationsfonds zu Mehrwertmasse wird als Akkumulationsquote (a) bezeichnet, die die Relation von gespartem *und* investiertem Mehrwert zum gesamten Mehrwert angibt. Für die sich langfristig durchsetzende Akkumulationsrate (g_K) gilt nun:

$$(3) \quad g_K = dK / K = am / (c+v) = am' / (\Omega+1) = ar$$

wobei m' für die Marxsche Mehrwertrate, Ω für die organische Zusammensetzung des Kapitals und r für die Marxsche allgemeine Profitrate steht. Es sind folglich die »realwirtschaftlichen« Produktions- und Verteilungsverhältnisse, die die komplett realwirtschaftlich determinierte Profitrate vorgeben, die dann zusammen mit der Sparneigung der Kapitalisten den Akkumulationstrend bestimmt. Nur in einem solchen realwirtschaftlichen Modell läßt sich dann auch unter der Voraussetzung eines hier nicht weiter zu diskutierenden tendenziellen Falls der Profitrate¹⁹ eine quasi gesetzmäßige Entwicklung zur »strukturellen Überakkumulation von Kapital« ableiten, in der die durch die produzierte Mehrwertmasse maximal mögliche Akkumulationsrate nicht mehr hinreicht, ein weiteres Ansteigen der Mehrwertmasse zu veranlassen, und so eine Überakkumulationskrise auslöst.

Im Gegensatz zu einem solchen realwirtschaftlichen Akkumulationsmodell, in dem durch die unterstellte Identität von Sparen und Investitionen stets das Saysche Gesetz gilt, das Akkumulationsgleichgewicht ausschließlich durch realwirtschaftliche Größen bestimmt wird und Geld sowie Zins keine Rolle spielen, ergeben sich auf Basis der in diesem Beitrag formulierten monetären Grundlagen der Marxschen Theorie gänzlich andere Implikationen für die Akkumulationstheorie. Eine monetäre Marxsche Akkumulati-

19 Mag ein tendenzieller Fall für die Wertprofitrate theoretisch noch begründbar sein, indem bei Vorliegen des Marxschen Typs des technischen Fortschritts ein Anstieg des in Arbeitswerten gemessenen Kapitalkoeffizienten abgeleitet wird (vgl. z.B. Shaikh 1978), so ist dieses für die allgemeine Profitrate auf der Produktionspreisebene nicht mehr ohne weiteres möglich (vgl. z.B. van Parijs 1980, einen Überblick gibt Catephores 1989, 166ff).

onstheorie zeichnet sich demnach grundsätzlich dadurch aus, daß Investitionen auch langfristig unabhängig vom Sparen der Kapitalisten sind. Kapitalisten haben in einer Marxschen Geldwirtschaft zu einem auf dem Geldmarkt unabhängig vom Akkumulationstempo gegebenen Zinssatz Zugang zu Kredit, wodurch Investitionen finanziert werden können. Auch in einer Marxschen Theorie gehen die Investitionen damit dem Sparen voraus und werden nicht von diesem bestimmt. Eine solche Position läßt sich u.a. aus den Marxschen Reproduktionsschemata im zweiten Band des *Kapital* ableiten, in denen Marx die Bedingungen für die Realisation von produziertem Wert und Mehrwert spezifiziert und darauf hinweist, daß die Kapitalisten als Klasse erst durch ihre Ausgaben, d.h. durch ihren Konsum und ihre Investitionen, den produzierten Mehrwert realisieren (vgl. MEW 24, 321ff).²⁰ Allerdings formuliert Marx in den Reproduktionsschemata keine explizite Investitionsfunktion.

Eine solche Formulierung kann davon ausgehen, daß die Investitionsentscheidungen der Kapitalisten von der Differenz zwischen erwarteter Profitrate und dem auf dem Geldmarkt unabhängig von realwirtschaftlichen Gegebenheiten bestimmten Geldzinssatz abhängen. In der erwarteten Profitrate schlägt sich dabei die erwartete Kostenentwicklung sowie die erwartete Entwicklung des Auslastungsgrades nieder. Der durch die Geldpolitik der Zentralbank bestimmte Geldzinssatz nimmt hier zum einen auf direktem Wege Einfluß auf die Investitionen, indem er die Finanzierungs- bzw. Opportunitätskosten einer Realinvestition angibt. Zum anderen wirkt der Geldzinssatz in einem Marxschen Modell als Verteilungsparameter, indem seine Variation – je nach Überwälzung auf die Preise – entweder den Reallohnsatz oder die industrielle Profitrate berührt. Hierdurch gehen zusätzlich indirekte Wirkungen auf die Akkumulationsentscheidungen aus, weil eine Verteilungsänderung zum einen die Lohnkostenentwicklung beeinflusst und zum anderen – bei differenzierten Konsumquoten der verschiedenen Einkommensarten – die Konsumnachfrage und damit den Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten affiziert.

In einem auf Marxschen Grundlagen entwickelten Modell ist die funktionale Einkommensverteilung zwischen den gesellschaftlichen Klassen umkämpft. Sie ist das Resultat aus der Nominallohnfindung auf dem Arbeitsmarkt und der Preisbildung auf den Gütermärkten, die bei Unterauslastung der Produktionskapazitäten im Rahmen einer Mark-up Preissetzung auf die Lohnstückkosten erfolgt und bei Vollaustattung zusätzlich von der durch die Investitionen gesteuerten Nachfrage abhängt. Zudem kann auch in einem Marxschen Modell die langfristige Variabilität des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten unterstellt werden, so daß langfristig nicht not-

20 Vgl. hierzu ausführlich Hein (1997, 137ff).

wendigerweise von der Vollauslastung der Kapazitäten ausgegangen werden muß.²¹

In diesem Modell sind damit die sich an der erwarteten Profitrate und dem Geldzinssatz orientierenden Investitionen die Steuerungsgröße, die über Mengen- sowie Preis- und Verteilungseffekte das dazugehörige Sparen erst generieren. Ein solches Modell weist durch die langfristige Unabhängigkeit der Investitionen vom Sparen gewisse Ähnlichkeiten mit der post-keynesianischen Wachstums- und Verteilungstheorie von Kaldor und Robinson auf.²² Durch die Möglichkeit der langfristigen Unterauslastung der Produktionskapazitäten und die hiermit verbundene Bestimmung der Einkommensverteilung durch die Auseinandersetzung der sozio-ökonomischen Gruppen, die in der Mark-up Preissetzung zum Ausdruck kommt, gehen aber auch kaleckianische Elemente ein.²³

Formal kann ein solches Modell an die Überlegungen von Bhaduri/Marglin (1990) anknüpfen.²⁴ Dabei kann gezeigt werden, daß die Profitrate r (die den Gesamtprofit auf den preisbewerteten Kapitalstock bezieht) bei hier als konstant unterstellten Produktionsbedingungen von drei Größen abhängig ist: dem konstanten Kapitalkoeffizient v (er gibt die Relation von realem, nicht-verschleißendem Kapitalstock und realer Produktionskapazität an), dem Auslastungsgrad u (dem Verhältnis von tatsächlichem Output zur Produktionskapazität) und der Profitquote h (dem Anteil der Profite am Nettoproduct). Und zwar gilt:

$$(4) \quad r = h u / v$$

Der reale Zinssatz (i) wird gemäß den oben angestellten Überlegungen als eine für den Akkumulationsprozeß exogene Variable betrachtet, d.h. die Akkumulationsgeschwindigkeit hat langfristig keinen direkten Einfluß auf die Höhe dieses Zinssatzes. Die Kreditgeldmenge ergibt sich endogen durch die kreditfinanzierten Investitionen der Unternehmen, die den Einkommensbildungsprozessen vorangehen. Sie wird durch den Bankensektor zu einem gegebenen Zinssatz aus dem »Nichts« geschöpft.

Es gilt der oben für das Marxsche Modell abgeleitete Zusammenhang zwi-

21 Vgl. hierzu die Marxschen Bemerkungen zur Elastizität der industriellen Produktion im ersten Band des *Kapital* (MEW 23, 474), die implizieren, daß der Auslastungsgrad des Kapitalstocks auch langfristig variabel ist und insbesondere durch die Größe der Nachfrage bestimmt wird. Vgl. hierzu auch Kurz (1987).

22 Vgl. z.B. Kaldor (1957), J. Robinson (1962), Marglin (1984) und Hein (1997, 178ff).

23 Vgl. Kalecki (1956) und Steindl (1952) und zu modernen kaleckianischen Modellvarianten Amadeo (1986), Dutt (1984) und Rowthorn (1981) sowie den Überblick in Hein (1997, 200ff). Arestis (1996) nennt vier Faktoren, die aus post-keynesianischer Perspektive die Höhe des Mark-ups beeinflussen: den Substitutionseffekt bei Preisveränderungen, den Marktzutrittsseffekt, die Gefahr von staatlichen Preiskontrollen, sowie die Stärke der Gewerkschaften, auf Preiserhöhungen mit entsprechenden Lohnforderungen zu reagieren.

24 Eine ausführliche Formulierung des Modells findet sich in Hein (1997, 237ff).

schen Zinssatz (i), industrieller Profitrate (r^n) und Gesamtprofitrate (r), d.h. die Gesamtprofitrate spaltet sich auf in den Zinssatz und die industrielle Profitrate. Auch der Mark-up und die Profitquote sind nun aus zwei Komponenten zusammengesetzt, dem Anteil der industriellen Profite und dem Anteil, der für die Zinseinkommen zur Verfügung steht. Zusätzlich wird unterstellt, daß alle Zinseinkommen an die Kapitaleigentümer-Haushalte ausgeschüttet werden. Die Höhe des monetären Zinssatzes bestimmt so alle an die Kapitaleigentümer-Haushalte²⁵ fließenden Einkommen. Den ausgeschütteten Zinseinkommen stehen die industriellen Profite als einbehaltene Gewinne gegenüber.

Für die Verteilungswirkung einer Variation des exogenen Zinssatzes können zwei Fälle unterschieden werden: Entweder bleibt bei einer Zinssatzvariation der Mark-up konstant, so daß nur die Verteilung zwischen Zinseinkommen und einbehaltenen Gewinnen (den industriellen Profiten) betroffen ist, oder aber es kommt zu einer gleichgerichteten Variation des Mark-ups, so daß die Verteilungsrelation zwischen Gesamtprofiten und Arbeitseinkommen verändert wird.²⁶

Bei der Integration des Zinssatzes in die Spar- und Akkumulationsfunktion des Modells können folgende Wirkungen berücksichtigt werden. Erstens geht der Zinssatz in die Akkumulationsentscheidungen der Unternehmen ein, indem er Finanzierungskosten und -möglichkeiten sowie Opportunitätskosten einer Realinvestition beeinflußt. Zweitens wirkt der Zinssatz als Verteilungsparameter und beeinflußt so unter bestimmten Bedingungen die Lohnstückkosten und die Profitquote. Drittens haben Zinszahlungen Einfluß auf die Konsumnachfrage, indem Einkommen von den Unternehmen oder den Arbeiter-Haushalten zu den Kapitaleigentümer-Haushalten umverteilt wird.

Zwecks Vereinfachung der Diskussion wird hier die klassische Sparfunktion unterstellt, d.h. aus Lohneinkommen wird nicht gespart. Die von den Unternehmen einbehaltenen Gewinne sind dagegen komplett gespart. Das von den Unternehmen ausgeschüttete Zinseinkommen wird entsprechend der Sparneigung der Kapitaleigentümer-Haushalte (s_z) zwischen Konsum

25 Als Kapitaleigentümer-Haushalte gelten hier die Haushalte der eigentlichen Kreditgeber, die Haushalte der Kapitaleigner sowie die Haushalte der mit Eigenkapital operierenden Unternehmerkapitalisten.

26 Da die erfolgreiche Überwälzung von Zinssatzveränderungen auf die Preise zu einer Veränderung des Mark-ups führt, hängt die dauerhafte Überwälzbarkeit von den Faktoren ab, die die Höhe des Mark-ups bestimmen, d.h. allgemein von der Wettbewerbsintensität auf den Gütermärkten und der Stärke der Gewerkschaften, auf Preiserhöhungen mit entsprechenden Nominallohnsteigerungen zu reagieren. Hierbei ist zu erwarten, daß eine hohe Konkurrenzintensität und starke Gewerkschaften eine Überwälzung von Zinssatzerhöhungen weitgehend verhindern, aber die Weitergabe einer Zinssatzsenkung erzwingen. Umgekehrt ist bei geringer Konkurrenzintensität und schwachen Gewerkschaften die Überwälzung von Zinssatzerhöhungen auf die Preise eher möglich, die Weitergabe von Zinssatzsenkungen hingegen weniger wahrscheinlich.

und Ersparnis aufgeteilt. Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis S_{Π} setzt sich also aus den einbehaltenen Profiten und dem gesparten Teil des Zins-einkommens zusammen. Die gesamtwirtschaftliche Sparrate σ gibt das Verhältnis von Ersparnis S_{Π} und Kapitalstock K an. Sie hängt bei gegebener Sparneigung aus Zinseinkommen von der Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz ab. Je höher der Zinssatz, desto geringer die gesamtwirtschaftliche Sparrate, da Einkommen von den Unternehmen mit einer Sparquote von eins zu den Kapitaleigentümer-Haushalten mit einer Sparquote von kleiner als eins umverteilt wird. Es gilt:

$$(5) \quad \sigma = hu/v - (1 - s_z) i, \quad 0 < s_z < 1$$

Durch die Einbeziehung des Zinssatzes in die von Bhaduri/Marglin (1990) formulierte Akkumulationsfunktion, in der die Akkumulationsentscheidungen der Unternehmen von der erwarteten Profitrate abhängen, die unter der Voraussetzung der hier unterstellten konstanten Produktionsbedingungen in eine Kostenkomponente, die Profitquote, und in eine Nachfragekomponente, den Auslastungsgrad, zerlegt wird, ergibt sich nun folgende Erweiterung. Die Unternehmen müssen ihre Investitionen zum Teil durch langfristige Kredite finanzieren, und es soll angenommen werden, daß die Kreditgewährungsbereitschaft der Banken positiv mit den im Unternehmen zur Verfügung stehenden Eigenmitteln, d.h. mit der Quote der einbehaltenen Profite, korreliert. Je mehr Eigenmittel das Unternehmen aufbringt, desto größer ist daher das durch Fremdmittel (Kredite) finanzierbare Investitionsvolumen. Hinter dieser Überlegung verbirgt sich die Annahme, daß die Banken nur einen bestimmten maximalen Verschuldungsgrad der Unternehmen akzeptieren, um das Risiko der zukünftigen Zahlungsunfähigkeit des Schuldners zu minimieren.²⁷ Je größer daher die Quote der einbehaltenen Gewinne, desto größer die Expansionsmöglichkeiten des Unternehmens. Da die einbehaltenen Gewinne von der Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz abhängen, wird damit der Zinssatz neben der Profitrate zu einem Argument der Akkumulationsfunktion.²⁸ Es läßt sich damit folgende einfache linearisierte Akkumulationsfunktion mit g_K als Akkumulationsrate formulieren:

27 Dieser Zusammenhang wurde bereits von J. Robinson (1962, 86) und Kalecki (1971, 106) erwähnt. Er wird ebenfalls durch empirische Untersuchungen gestützt, die zeigen, daß der Zinssatz weniger als Indikator für die Kapitalkosten die Investitionen beeinflusst, sondern vielmehr, indem er die Verfügbarkeit interner Fonds zur Finanzierung von Investitionen berührt und so bei imperfekten Kapitalmärkten Einfluß auf den Zugang zu externen Finanzierungsquellen nimmt (vgl. z.B. Fazzari/Hubbard/Peterson 1988, Schiantarelli 1996).

28 Darüber hinaus wird die Höhe des Zinssatzes natürlich auch für den komplett mit Eigenkapital operierenden Unternehmerkapitalisten zu einer Einflußgröße auf seine Investitionsentscheidungen, indem sie ihm die Opportunitätskosten seiner Investitionen anzeigt. Auch unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich, daß von einem Anstieg des Verhältnisses von Zinssatz zu erwarteter Profitrate ein negativer Einfluß auf das Volumen der Investitionen ausgeht.

$$(6) \quad g_K = dK/K = \alpha + \beta u + \tau h - \theta i, \quad \alpha, \beta, \tau, \theta > 0, \quad g > 0 \text{ für } r-i > 0$$

Der Parameter α steht für die Veranlassung zur Akkumulation, die unabhängig von einer Veränderung von Profitquote, Auslastungsgrad oder Zinssatz existiert. Die Intensität des Einflusses der effektiven Nachfrage auf die Akkumulationsentscheidungen wird durch β beschrieben, τ steht für die Einflüsse des Verteilungskampfes und θ für die des erwarteten realen Zinssatzes. Voraussetzung für eine positive Akkumulationsrate ist, daß die Differenz zwischen Gesamtprofitrate und Zinssatz positiv ist, so daß ein positiver industrieller Profit gewährleistet bleibt.

Das Akkumulationsgleichgewicht läßt sich durch die Übereinstimmung von Akkumulations- und Sparentscheidungen ermitteln:

$$(7) \quad \sigma = g_K$$

Es kann nun gezeigt werden, daß die Auswirkung einer exogenen Zinssatzvariation auf die Gleichgewichtsposition des Systems, d.h. auf den Auslastungsgrad, die Akkumulationsrate und die Profitrate des Gleichgewichts, davon abhängen, welche Werte die Parameter β , τ und θ in der Investitionsfunktion und welchen Wert die Sparneigung s_z in der Sparfunktion annehmen.²⁹

Aus dem hier skizzierten Ansatz, der sich darum bemüht, bestimmte Einsichten aus der Marxschen monetären Theorie aufzunehmen, sind deshalb keine ehernen Akkumulationsgesetze mit zwangsläufig resultierenden Krisen der »strukturellen Überakkumulation« mehr deduzierbar. Es lassen sich theoretisch vielmehr multiple Gleichgewichte ableiten, die als mögliche Akkumulationsregimes charakterisiert werden können. Diese Regimes sind durch die spezifischen Verhaltensparameter in der Akkumulations- und Sparfunktion begründet und reflektieren verschiedene historische und institutionelle Voraussetzungen des Akkumulationsprozesses. Eine Akkumulationskrise ist in einem solchen Ansatz ebenfalls nur aus dem Zusammenwirken von erwarteter Profitrate und Geldzinssatz zu erklären und kann damit nicht mehr nur realwirtschaftlich durch Unterkonsumtion, Profit-Squeeze oder den tendenziellen Fall der Profitrate begründet werden.³⁰

4. Schlußbemerkungen

Wirft man die eingangs gestellte Frage, ob man es bei Marx mit einem klassischen Ökonomen zu tun hat, abschließend erneut auf, so haben die Ausführungen in dieser Arbeit gezeigt, daß die Marxsche Theorie zwar einerseits im klassischen Denken verwurzelt ist, daß sie andererseits aber an

²⁹ Ein formaler Nachweise findet sich in Hein (1997, 244ff).

³⁰ Zur Marxschen und post- bzw. monetär-keynesianischen Krisentheorie und deren Komplementarität vgl. Arnon (1994), Crotty (1986), Pollin (1994) und Hein (1997, 252ff).

entscheidenden Stellen deutlich über die realwirtschaftliche Theorie der Klassik hinausgeht. Insofern wird eine Einordnung in das klassische Paradigma dem innovativ über die Klassik hinausgehenden Potential des Marx'schen Ansatzes nicht gerecht. Dieses Potential wurde hier insbesondere in dem monetären Aspekt der Marx'schen Theorie lokalisiert, der in der marxistischen Diskussion der vergangenen Jahrzehnte weitgehend vernachlässigt wurde, wodurch einer Einordnung Marxens in die Klassik sicherlich Vorschub geleistet wurde. Allerdings müssen die Marx'schen Grundlagen zu Geld, Kredit und Zins sowie ihre Implikationen für die Akkumulationstheorie weiterentwickelt werden. Die Heranziehung insbesondere post-keynesianischer Einsichten kann hierbei durchaus zu Präzisierungen beitragen.

Das monetäre Potential wird bereits an der Basis der Marx'schen Theorie, der Werttheorie, deutlich. Marx zeigt im Rahmen der Wertformentwicklung, daß die Vergesellschaftung der individuell und dezentral geleisteten Arbeit in der kapitalistischen Warenproduktion die Entwicklung eines allgemeinen Äquivalents erzwingt. Dieses allgemeine Äquivalent ist gesellschaftlich anerkannter Repräsentant von »Wert an sich« und damit Geld. Das Marx'sche Geldkonzept muß hierbei nicht zwingend auf einer Geldware aufbauen, sondern ist offen für ein modernes Kredit-Geld-System als Hierarchie von Zahlungsverprechen mit von unten nach oben zunehmender gesellschaftlicher Validität und Liquidität, wie es z.B. in der post-keynesianischen Theorie analysiert wird.

Auch der Zins wird bei Marx, genauso wie bei Keynes und in der post-keynesianischen Theorie, als monetäre Kategorie, d.h. als Kategorie des Geldmarktes, gefaßt. Der Zins ist in Marx'scher und post-keynesianischer Theorie den realwirtschaftlichen Einkommensentstehungsprozessen vorgegeben und wird nicht direkt von diesen beinflußt, wohingegen die Geld- und Kreditmenge endogen durch die kreditfinanzierten Ausgaben bestimmt wird. Dieser monetäre Zins unterscheidet sich mithin fundamental vom realwirtschaftlichen Zins neoklassischer Prägung.

Die Bestimmung der Höhe des langfristig gültigen Zinssatzes erfolgt in der Marx'schen Theorie durch konventionelle Faktoren und gehorcht damit keinen realwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, sondern wird durch die institutionellen Strukturen der Ökonomie und die Verhandlungsstärke von Gläubigern und Schuldnern festgelegt. Diese Sichtweise ist offen für eine Zinsdetermination durch die Zentralbank und die Risikoerwägungen der Vermögensbesitzer, wie sie in der post- und monetär-keynesianischen Theorie vorgenommen wird. Allerdings wird in der Marx'schen Theorie, anders als in Keynes'schen und post-keynesianischen Ansätzen, durch die Höhe des Zinssatzes nicht die Profitrate des Gleichgewichtes bestimmt. Von Marx wird vielmehr ein trilateraler Verteilungskonflikt zwischen industriell-

len Kapitalisten, Geldkapitalisten und Arbeitern und damit zwischen industrieller Profitrate, Geldzinssatz und Reallohn thematisiert, dessen Ausgang im Prinzip offen ist und dabei vom langfristigen Akkumulationstrend beeinflusst wird, aber auch auf diesen zurückwirkt.

Aus der monetären Interpretation der Marxschen Theorie ergeben sich daher weitreichende Implikationen für die Akkumulationstheorie. Eine rein realwirtschaftliche Ableitung des langfristig sich durchsetzenden Akkumulationstrends erscheint genauso ausgeschlossen wie eine nur realwirtschaftlich argumentierende Krisentheorie. Auch eine Marxsche Akkumulationstheorie hat vielmehr von kreditfinanzierten Investitionen als kausalem Faktor des Akkumulationsprozesses auszugehen, die den ökonomischen Prozeß steuern. Die Investitionen werden hierbei insbesondere von der Relation von erwarteter Profitrate und Zins beeinflusst. Eine Modellspezifikation solcher Einsichten kann wiederum auf post-keynesianische oder kaleckianische Modellvarianten zurückgreifen und diese – zumindest partiell – integrieren. Als Resultat erhält man, daß die bei Marx und in der marxistischen Akkumulationstheorie abgeleiteten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten im Sinne deterministischer Akkumulationstrends nicht aufrechtzuerhalten sind und sich vielmehr konkret historisch und institutionell geprägte Akkumulationsphasen und Krisen der Kapitalakkumulation ergeben. Zur Analyse derselben kann die marxistische Ökonomie nur unter der Voraussetzung beitragen, daß sie die in der Marxschen Theorie thematisierten monetären Faktoren von Anfang an in ihrer Analyse und Theoriebildung berücksichtigt.

Literatur

- Alexander, S. (1940): Mr. Keynes and Mr. Marx, in: *Review of Economic Studies*, 1940, 123-135.
- Altwater, E. (1991): *Die Zukunft des Marktes*, Münster.
- Amadeo, E.J. (1986): The Role of Capacity Utilisation in Long-Period Analysis, in: *Political Economy*, Vol. 2, 147-160.
- Arestis, P. (1996): Post-Keynesian Economics: Towards Coherence, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 20, 111-135.
- Arnon, A. (1984): Marx's Theory of Money. The Formative Years, in: *History of Political Economy*, Vol. 16, 555-575.
- (1994): Marx, Minsky and Monetary Economics, in: Dymski, G., Pollin, R. (Hg.), *New Perspectives in Monetary Economics. Explorations in the Tradition of Hyman P. Minsky*, Ann Arbor, 353-365.
- Backhaus, H.G. (1974): Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 1, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, Nr. 1, Frankfurt a.M., 52-77.
- (1975): Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 2, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, Nr. 3, Frankfurt a.M., 122-159.
- (1978): Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 3, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, Nr. 11, Frankfurt a.M., 17-77.
- (1986): Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit, in: *PROKLA*, Nr. 63, 23-62.
- Beckenbach, F. (1987): *Zwischen Gleichgewicht und Krise. Zur Konstitution einer Geldöko-*

- nomie, Frankfurt a.M.
- Betz, K. (1988): »Kapital« und Geldkeynesianismus, in: *PROKLA*, Nr. 72, 93-116.
- Bhaduri, A., Marglin, S. (1990): Unemployment and the Real Wage: the Economic Basis for Contesting Political Ideologies, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 14, 375-393.
- Candrian, D. (1994): *Karl Marx – ein dialektischer Eulenspiegel in der Geldtheorie*, Wiesbaden.
- Cartelier, J. (1991): Marx's Theory of Value, Exchange and Surplus Value: A Suggested Reformulation, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 15, 257-269.
- Catephores, G. (1989): *An Introduction to Marxist Economics*, Basingstoke, London.
- Cottrell, A. (1994): Post-Keynesian Monetary Economics, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 18, 587-605.
- Crotty, J. (1985): The Centrality of Money, Credit and Financial Intermediation in Marx's Crisis Theory, in: Resnick, S., Wolff, R. (Hg.), *Rethinking Marxism*, New York, 55-81.
- (1986): Marx, Keynes, and Minsky on the Instability of the Capitalist Growth Process and the Nature of Government Economic Policy, in: Helburn, S.W., Bramhall, D.F. (Hg.), *Marx, Keynes, Schumpeter. A Centennial Celebration of Dissent*, New York, 297-324.
- (1987): The Role of Money and Finance in Marx's Crisis Theory, in: Union for Radical Political Economics (Hg.), *The Imperiled Economy. Book I: Macroeconomics from a Left Perspective*, New York, 71-82.
- De Brunhoff, S. (1976): *Marx on Money*, New York.
- De Vroey, M. (1981): Value, Production and Exchange, in: Steedman, I., Sweezy, P.M. (Hg.), *The Value Controversy*, London, 173-201.
- (1982): On the Obsolescence of the Marxian Theory of Value: A Critical Review, in: *Capital & Class*, Vol. 17, 34-59.
- Dillard, D. (1984): Keynes and Marx: A Centennial Appraisal, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 6, 421-432.
- Dutt, A.K. (1984): Stagnation, Income Distribution and Monopoly Power, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 8, 25-40.
- Fan-Hung (1939): Keynes and Marx on the Theory of Capital Accumulation, Money and Interest, in: *The Review of Economic Studies*, 1939, 28-41.
- Fazzari, S.M., Hubbard, R.G., Petersen, B.C. (1988): Financing Constraints and Corporate Investment, in: *Brooking Papers on Economic Activity*, 1988, Vol. 1, 141-195.
- Feess-Dörr, E. (1989): *Die Redundanz der Mehrwerttheorie*, Marburg
- Foley, D.K. (1983): On Marx's Theory of Money, in: *Social Concept*, Vol. 1, 5-19.
- (1986): Say's Law in Marx and Keynes, in: *Cahiers d'Economie Politique*, 1986, 183-194.
- (1986a): *Understanding Capital*, Cambridge, London.
- (1987): Money in Economic Activity, in: Eatwell, J. et al. (Hg.), *The New Palgrave. A Dictionary of Economics*, Vol. 3, London, New York, Tokio, 519-525.
- Fritsch, B. (1968): *Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx*, Frankfurt a.M.
- Ganßmann, H. (1996): *Geld und Arbeit*, Frankfurt a.M., New York.
- Glombowski, J. (1984): Kritische Kommentare zur Akkumulationstheorie, in: *Mehrwert*, Nr. 25, 67-80.
- Graziani, A. (1989): The Theory of the Monetary Circuit, in: *Thames Papers in Political Economy*, Spring 1989.
- Hein, E. (1997): *Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation. Eine Betrachtung aus Marxscher, Keynescher und post-keynesianischer Perspektive*, Berlin.
- Heine, M., Herr, H. (1992): Der esoterische und der exoterische Charakter der Marxschen Geldtheorie – eine Kritik, in: Schikora, A., Fiedler, A., Hein, E. (Hg.), *Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus Peter Kisker*, Marburg, 195-209.
- (1996): Money Makes the World Go Round. Über die Verselbständigung der Geldsphäre und andere Mißverständnisse, in: *PROKLA*, Nr. 103, 197-225.
- Heinrich, M. (1991): *Die Wissenschaft vom Wert*, Hamburg.
- Herr, H. (1988): *Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien – die Vision einer Geldwirtschaft*, 2. Aufl., München.
- Kaldor, N. (1957): A Model of Economic Growth, in: *The Economic Journal*, Vol. 67, 591-624.
- (1970): The New Monetarism, in: *Lloyds Bank Review*, No. 97, July 1970, S.1-17.
- Kalecki, M. (1956), *Theory of Economic Dynamics*, 3. Aufl., New York.

- (1971): *Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy, 1933-70*, Cambridge.
- Kenway, P. (1980): Marx, Keynes and the Possibility of Crisis, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 4, 23-36.
- Krause, U. (1977): Die Logik der Wertform, in: *Mehrwert*, Nr. 13, 141-164.
- (1979): *Geld und abstrakte Arbeit*, Frankfurt a.M., New York.
- (1984): Über Geld als eine soziale Form, in: *Mehrwert*, Nr. 25, 40-50.
- Krüger, S. (1986): *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation*, Hamburg.
- Kurz, H.D. (1987): Elastizität der industriellen Produktion, Kapitalakkumulation und Einkommensverteilung, in: *Postkeynesianismus: Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Kalecki und Sraffa*, Marburg, 85-118.
- Lapavistas, C. (1994): The Banking School and the Monetary Thought of Karl Marx, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 18, 447-461.
- Lavoie, M. (1984): The Endogenous Flow of Credit and the Post Keynesian Theory of Money, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. 18, 771-797.
- (1992): *Foundations of Post Keynesian Economic Analysis*, Aldershot, Brookfield.
- Lipietz, A. (1982): Credit Money: A Condition Permitting Inflationary Crisis, in: *Review of Radical Political Economics*, Vol. 14, 49-57.
- Mandel, E. (1978): *Marxistische Wirtschaftstheorie*, 5. Aufl., Frankfurt a.M.
- Marglin, S.A. (1984): Growth, Distribution and Inflation: A Centennial Synthesis, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 8, 1984, 115-144.
- MEW 23: Marx-Engels-Werke, Band 23: Marx, K., *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals* (4. Aufl., 1890), Berlin 1962.
- MEW 24: Marx-Engels-Werke, Band 24: Marx, K., *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Zweiter Band: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals* (2. Aufl., 1893), Berlin 1963.
- MEW 25: Marx-Engels-Werke, Band 25: Marx, K., *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion* (1894), Berlin 1964.
- MEW 26.2: Marx-Engels-Werke, Band 26, Zweiter Teil: Marx, K., *Theorien über den Mehrwert, Zweiter Teil*, Berlin 1967.
- Moore, B.J. (1988): *Horizontalists and Verticalists: The Macroeconomics of Credit Money*, Cambridge.
- (1989): The Endogeneity of Credit Money, in: *Review of Political Economy*, Vol. 1, 65-93.
- Panico, C. (1985): Market Forces and the Relation between the Rates of Interest and Profit, in: *Contributions to Political Economy*, Vol. 4, 37-60.
- Pivetti, M. (1985): On the Monetary Explanation of Distribution, in: *Political Economy*, Vol. 1, 73-103.
- (1987): Interest and Profit in Smith, Ricardo and Marx, in: *Political Economy*, Vol. 3, 63-74.
- (1991): *An Essay on Money and Distribution*, Basingstoke, London.
- Pollin, R. (1994): Marxian and Post-Keynesian Developments in the Sphere of Money, Credit and Finance: Building Alternative Perspectives in Monetary Macroeconomics, in: Glick, M. (Hg.), *Competition, Technology and Money*, Aldershot, Brookfield, 97-117.
- Priewe, J. (1988): *Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln.
- Reuten, G. (1988): The Money Expression of Value and the Credit System: A Value-Form Theoretic Outline, in: *Capital & Class*, Vol. 35, 121-141.
- (1995): Conceptual Collapses. A Note on Value-Form Theory, in: *Review of Radical Political Economics*, Vol. 27, 104-110.
- Riese, H. (1986): *Theorie der Inflation*, Tübingen.
- (1989): Geld, Kredit und Vermögen. Begriffliche Grundlagen und preistheoretische Implikationen der monetären keynesianischen Ökonomie, in: Riese, H., Spahn, H.-P. (Hg.), *Internationale Geldwirtschaft*, Regensburg, 1-59.
- (1994): Marx und Keynes in einer Theorie der Geldwirtschaft, in: Heise, A., Meißner, W., Tofaute, H. (Hg.): *Marx und Keynes und die Krise der Neunziger*, Marburg, 35-50.
- Robinson, J. (1962): *Essays in the Theory of Economic Growth*, London, New York.
- Rogers, C. (1989): *Money, Interest and Capital*, Cambridge.

- Rotheim, R.J. (1991): Marx, Keynes, and the Theory of a Monetary Economy, in: Caravale, G.A. (Hg.), *Marx and Modern Economic Analysis*, Vol. II, Aldershot, Brookfield, 240-263.
- Rowthorn, R. (1981): Demand, Real Wages and Economic Growth, in: *Thames Papers in Political Economy*, Autumn 1981.
- Rubin, I. (1973): *Studien zur Marxschen Werttheorie*, Frankfurt a.M.
- Sardoni, C. (1986): Marx and Keynes on Effective Demand and Unemployment, in: *History of Political Economy*, Vol. 18, 419-441.
- (1987): *Marx and Keynes on Economic Recession*, Brighton.
- Schiantarelli, F. (1996): Financial Constraints and Investment: Methodological Issues and International Evidence, in: *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 12, 70-89.
- Shaikh, A. (1978): Eine Einführung in die Geschichte der Krisentheorien, in: *PROKLA*, Nr. 30, 3-42.
- Shoul, B. (1957): Karl Marx and Say's Law, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 71, 611-629.
- Sraffa, P. (1960): *Production of Commodities by Means of Commodities*, Cambridge.
- Steindl, J. (1952): *Maturity and Stagnation in American Capitalism*, 2. Aufl. 1976, New York, London.
- Sweezy, P.M. (1974): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, 4. Aufl., Frankfurt a.M.
- Van Parijs, P. (1980): The Falling-Rate-of-Profit Theory of Crisis: A Rational Reconstruction by Way of Obituary, in: *Review of Radical Political Economics*, Vol. 12, 1-16.
- Weeks, J. (1981): *Capital and Exploitation*, Princeton.
- Williams, M. (1992): Marxists on Money, Value and Labour-Power: A Response to Cartelier, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 16, 439-445.
- Wray, L.R. (1990): *Money and Credit in Capitalist Economies: The Endogenous Money Approach*, Brookfield.

SUMMARIES

PROKLA 110, Vol. 28 (1998), No. 1

Susanne Heeg: Reformulation of City-Politics in Berlin. The focus of this article are the shifts in the political forms and expressions of urban politics due to a neoliberal restructuring. It is argued that these trends consist in a transition from a distribution-oriented to an entrepreneurial, globally oriented city. This is connected to a reformulation of city images and a discourse about deregulation, privatization and market-led policies. Even the atypical case of Berlin can serve as an example of this transition.

Günter Seiler: On Subvention-Mentalities and Global-City-Dreams. The article analyses reasons of economic depression in Berlin focussing on subvention policies in former West-Berlin and problems of unification. It is shown that the economic policy of the Berlin city-government is unable to cope with the economic challenges. Some alternative concepts are sketched.

Karin Lenhardt: The »KOAI«, A »Black Box« as Decision-Maker. The urban development strategy of local politicians in Berlin after the »Wende« can be characterized as »bubble-politics« attracting international developers and investors with the vision of a prosperous global city. The paper stresses the key role of the KOAI, a secretly operating top-level administrative agency, in accelerating privatization processes in the eastern central district »Berlin-Mitte«. The orchestration of parallel public debates on the construction and/or reconstruction of Berlin-Mitte were nothing but a camouflage for the real decision-making processes happening behind closed doors.

Jens Sambale, Dominik Veith: Berliner Wagenburgen. This article focuses on the transformation of peripheral spaces in Berlin and the stigmatization of collective living arrangements within this process. The marginalization of the Berlin inner-city laagers (*Wagenburgen*) and the strategies and tactics they employ to confront this hegemonic project shed a light upon the complex set of relations between spaces, identities and resistance in the process of urbanization. A second topic is the formation of NIMBYism in Berlin in the process of suburbanization. The tensions arising between the inner-city and suburbanites articulate a new set of conflicts in Berlin politics. Regulating inner-city contradictions on the suburban fringe is history. The conflict concerning the (relocation of) laagers serves as just one example - but the most advanced for the time being.

Volker Eick: New Concepts of Security in »New Berlin«. In Berlin (and other big cities) private security agencies are growing rapidly. The expansion of their activity-fields, especially in public spaces, tends to transform the state monopoly of legal power in a »private public partnership«. As a consequence public spaces get more and more under private control. Unwelcome groups like poor or homeless people are excluded from using these places.

Uli Jähner: No Gangs - Gangs No. During the last two decades growing social tensions had a large impact on youth culture. The spreaded notion of *gangs* shows increasing gang-fascination but in contrast to US american cities in Berlin youth violence is not embedded in the patterns of a criminal economy. The distribution of juvenile delinquents and juvenile violence in town is analysed and a new social pathology of violence, which is transgressing the rivaling subcultures, is sketched: blurring the difference between earnest and game.

Eckhard Hein: Marx, a Classical Economist? Money and Interest in Marxian Economics. In Marxian economic analysis, especially in the theories of accumulation and crisis, money and a monetary rate of interest are usually introduced as only modifying elements after the dominant tendencies have been derived from real analysis. Contrary to such an interpretation this paper starts from the observation that there is solid ground for monetary analysis in Marx's economics especially if his theory of value is understood as a monetary

theory of value. The role of credit and the relation between the interest rate and the rate of profit in Marx's theory are discussed and compared to post-keynesian approaches. Finally, the implications of Marx's monetary analysis for the theory of capital accumulation are analysed and it is shown that no general laws of accumulation can be derived when the independence of accumulation from savings in a credit-money-economy and the effects of an exogenously determined rate of interest are introduced.

Zu den AutorInnen

Volker Eick ist Politologe und arbeitet in Berlin.

Susanne Heeg ist Soziologin und arbeitet am Lehrstuhl Wirtschafts- und Sozialgeographie der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, Postfach 776, 15207 Frankfurt/Oder.

Eckhard Hein ist Volkswirtschaftler und arbeitet am Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Uli Jähner ist Soziologe und Politologe und lebt in Möckernstr. 76, 10965 Berlin.

Karin Lenhardt ist Politologin und lebt in Fronhoferstr. 3, 12165 Berlin.

Jens Sambale ist Politologe arbeitet an einem Forschungsprojekt zu Stadtentwicklung und Obdachlosigkeit an der FU Berlin/Berlin-Forschung, Gärtnerstr. 3, 12207 Berlin.

Günter Seiler ist Volkswirtschaftler und arbeitet bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Berlin.

Dominik Veith ist Politologe arbeitet an einem Forschungsprojekt zu Stadtentwicklung und Obdachlosigkeit an der FU Berlin/Berlin-Forschung, Gärtnerstr. 3, 12207 Berlin.